

Ziai  
Global Governance

# — einsprüche 17 —

*Aram Ziai* studierte in Aachen, Dublin und Hamburg Soziologie, Politikwissenschaften und noch einiges mehr. Zur Zeit ist er DFG-Stipendiat und Lehrbeauftragter an den Universitäten Aachen, Kassel und Magdeburg.

Aram Ziai

Zwischen Global Governance  
und Post-Development

Entwicklungspolitik aus  
diskursanalytischer Perspektive

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

**Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2006  
© 2006 Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster  
Alle Rechte vorbehalten  
Lütke Fahle Seifert AGD, Münster  
Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz  
Gedruckt auf säurefreiem Papier  
ISBN 3-89691-592-4

# Inhalt

Einleitung: Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive	9
<b>1. Foucault in der Entwicklungstheorie</b>	11
Die Foucault'sche Diskurs- und Machtanalytik	11
Von der juridisch-diskursiven zur strategischen Machtkonzeption	13
Von der Mikrophysik der Macht zur Gouvernementalität	14
Post-Development-Ansätze	15
Escobar: Entwicklung als Herrschaftsdiskurs	19
Ferguson: Die Anti-Politik-Maschine	21
DuBois: Regulierung und Disziplinierung durch „Entwicklung“	23
Eblinghaus/Stickler: Der machtverstrickte Diskurs der Nachhaltigkeit	24
Timpf: Das Dispositiv der zukunftsfähigen Entwicklung	27
Brigg: Jenseits der Kolonisierungs-Metapher	28
Foucault'sche Perspektiven auf „Entwicklung“: Fazit und Ausblick	30
<b>2. Imperiale Repräsentationen</b>	
Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs	33
Kolonialer Diskurs	33
Entwicklungsdiskurs: Diskontinuitäten ...	36
... und Kontinuitäten	39
<b>3. Zur Ordnung und Transformation des Entwicklungsdiskurses</b>	42
Diskursanalyse der Entwicklung	42
Formationsregeln der Gegenstände und Äußerungsmodalitäten	44
Formationsregeln der Begriffe und strategischen Wahlen	45
Wissen, Macht und die Ordnung des Entwicklungsdiskurses	46
Die Transformation des Entwicklungsdiskurses	47
<b>4. Begegnung im Entwicklungsprojekt</b>	
Zur Ko-Konstituierung von Handlungen, Identitäten und Wirklichkeitskonstruktionen im Entwicklungsdispositiv	49
„Entwicklung“	50
Empirische Beispiele	54
Fazit	56

5. Entwicklung, Neoliberalismus und Migration als Diskurse der Gewalt	57
Begriffsklärungen: Gewalt und Diskurse	57
Entwicklungsprojekte und Gewalt, Gewalt im Entwicklungsdiskurs	58
Strukturanpassungsprogramme und Gewalt, Gewalt im neoliberalen Diskurs	62
Migrationspolitik und Gewalt, Gewalt im Migrationsdiskurs	65
Fazit	68
6. Global Governance, Good Governance, Gouvernamentalität	70
Begriffsklärung: Good Governance, Global Governance, Gouvernamentalität	71
Konzeptionelle Differenzen	74
Die liberale Gouvernamentalität der Governance-Konzepte	82
Fazit	85
7. Global Governance aus postkolonialer Perspektive: Kontinuität und Wandel der diskursiven Formationen in den Nord-Süd-Beziehungen und die Rolle der Politikwissenschaft	88
Kolonialer und Entwicklungsdiskurs	89
Der Global-Governance-Diskurs	91
Fazit: Postkoloniale Kritik und die Rolle der Politikwissenschaft im globalen Regieren	96
8. Post-Development: Zwischen reaktionärem Populismus und radikaler Demokratie	98
Kritik am Post-Development: Die Standardvorwürfe	101
Einschätzung der Kritik	103
Skeptische und neo-populistische Varianten des Post-Development	107
Post-Development als reaktionär-populistisches Programm	109
Post-Development als Projekt radikaler Demokratie	110
Fazit	113
9. Die Stimme der Unterdrückten – Spivak, koloniale Wissensproduktion und die Post-Development-Kritik	114
Warum die Subalterne nicht sprechen kann	115
Koloniale Wissensproduktion	118
Die Post-Development-Kritik	119
Fazit	121

10. Globale Strukturpolitik oder nachhaltiger Neoliberalismus? Anmerkungen zum Entwicklungsdiskurs des BMZ unter der rot-grünen Bundesregierung	122
Abkehr vom Neoliberalismus und Primat der Armutsbekämpfung	123
Nachhaltige Entwicklung und die Konstruktion der „Einen Welt“	129
Frieden und Sicherheit als zentrales strategisches Motiv	132
Neuorientierungen des klassischen Paradigmas innerhalb des Entwicklungsdiskurses	134
Fazit	137
11. Die Bank, die Armen und der Markt Ideologische Mechanismen im Weltbankdiskurs	138
Harmonisches Spannungsverhältnis	139
Programmatische Kontinuität	140
Ideologische Diskursmechanismen	141
Fazit	147
Anmerkungen	149
Drucknachweise	161
Zitierte Literatur	162



## Einleitung: Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive

Was kann es heißen, Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive zu betrachten? Die hier versammelten Beiträge sollen zur Klärung dieser Frage beitragen. Auf den einfachsten Nenner gebracht, fragt ein diskursanalytischer Zugang nach der Art und Weise, wie über ein Thema gesprochen und geschrieben wird. Er geht davon aus, dass es unterschiedliche mögliche Arten gibt, die Realität zu beschreiben, und dass die Regeln und Implikationen einer bestimmten Sprechweise eine erhebliche Bedeutung haben können. Um das alte, aber immer noch aktuelle Beispiel zu bemühen: die sprachliche Etikettierung der Zapatistas in Mexiko als „Freiheitskämpfer“, „Aufständische“ oder „Terroristen“ hat eine offensichtliche erhebliche politische Dimension. Hinsichtlich der Entwicklungspolitik ist es nun ebenfalls ein Unterschied, ob die Länder Subsahara-Afrikas oder Südasiens als „unterentwickelte“ oder als „periphere“ Gebiete bezeichnet werden: Lassen sich die dortigen Probleme auf einen Mangel an Entwicklung oder auf eine bestimmte Stellung im kapitalistischen Weltssystem zurückführen? Oder auf korrupte Eliten, weshalb eher von „Rentier-Staaten“ gesprochen werden sollte? Jedenfalls scheint es ein lohnendes Unterfangen, den Regeln und Implikationen der verbreiteten „Entwicklungssprache“ nachzugehen. Dies soll in diesem Buch geschehen.

Kapitel 1 beschäftigt sich hierbei mit den Grundlagen eines diskursanalytischen Zugangs, insbesondere mit der Theorie bzw. Analytik Michel Foucaults und den bisherigen Versuchen, seine Methoden im Bereich der Entwicklungstheorie anzuwenden. Die Kapitel 2 bis 5 stellen, daran anknüpfend, die eigenen Versuche des Autors dar, Entwicklung als Diskurs zu erfassen: Dabei geht es um die Vorgeschichte des Entwicklungsdiskurses und seine Entstehung aus dem kolonialen Diskurs (Kap. 2), um die Formationsregeln des Diskurses und seine Transformation im Zeitalter von Neuer Weltordnung und Globalisierung (Kap. 3), um die Herausbildung von Identitäten im Entwicklungsdiskurs (Kap. 4), sowie um das Gewaltpotenzial des Entwicklungsdiskurses im Vergleich zu den Diskursen des Neoliberalismus und der internationalen Migration (Kap. 5).

Im nächsten Teil werden schließlich Diskurse untersucht, die sich am „Ende der Entwicklungsära“, in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts, herausbildeten – teils in Abgrenzung, teils in Fortführung des Entwicklungsdiskurses: Global Governance und Post-Development. In Kapitel 6 werden die Konzepte Global Governance, Good Governance und Gouvernementalität verglichen, um die verschiedenen Perspektiven auf die Frage der Regierungsführung und ihre Funktion für liberale Herrschaftssysteme zu verdeutlichen. Kapitel 7 analysiert, inwiefern der Global-Governance-Diskurs als potenzielles neues Leitbild der Nord-Süd-Beziehungen Konti-

nuitäten zum kolonialen und Entwicklungsdiskurs aufweist, aber auch, in welchen Punkten er sich deutlich unterscheidet. Kapitel 8 setzt sich mit dem Post-Development-Diskurs auseinander, der das Projekt der Entwicklung für gescheitert erklärt und nach grundsätzlichen Alternativen sucht. Dabei werden die Stärken einer radikaldemokratischen Kritik am Entwicklungsdiskurs, aber auch die potenziell reaktionären Konsequenzen eines Neo-Populismus deutlich. Kapitel 9 schließlich setzt sich am Beispiel der postkolonialen Kritik Spivaks mit der Frage auseinander, wer wie über die Dritte Welt sprechen darf und warum die Suche nach einer vermeintlich authentischen Stimme der Unterdrückten keine unproblematische Angelegenheit ist.

Im letzten Teil werden Institutionen der Entwicklungspolitik sowie die dort vorherrschenden Diskurse näher untersucht. Zum einen geht es um die bundesdeutsche Entwicklungspolitik der rot-grünen Regierung und ihr Konzept der globalen Strukturpolitik (Kap. 10). Zum anderen um die Weltbank, die unter ihrem Präsidenten Wolfensohn seit Mitte der neunziger Jahre die Armutsbekämpfung wieder verstärkt in den Vordergrund zumindest ihrer diskursiven Bemühungen gestellt hat (Kap. 11).

Wenn in diesen Studien die Art und Weise, wie ein bestimmtes Thema konzeptualisiert, bestimmte Prozesse und Praktiken mit Bedeutung versehen, bestimmte Begriffe mit bestimmten Inhalten verknüpft, kurz: die soziale Wirklichkeit diskursiv konstruiert wird, im Vordergrund steht, so geschieht dies nicht in der Absicht, die Irrelevanz politökonomischer oder geostrategischer Überlegungen im Bereich der Nord-Süd-Beziehungen nachzuweisen. Allerdings geschieht es in der Grundüberzeugung, dass eine Konzentration auf diese Aspekte, die nicht die unterschiedlichen Arten der Wirklichkeitskonstruktion in Betracht zieht, sondern von einer relativ unproblematisch zugänglichen objektiven Realität ausgeht, sich ihrer Befangenheit in den eigenen unausgesprochenen Diskursen nicht bewusst werden kann. Sich der historischen Bedingtheit, der Kontingenz und der politischen Dimension der verschiedenen Diskurse – auch der eigenen – bewusst zu werden, ist jedoch Voraussetzung nicht nur für Prozesse der Verständigung, sondern letztlich auch für Prozesse der Emanzipation.

Kritik zu üben, hat Michel Foucault einmal gesagt, bestehe darin, alltägliche Gesten und Praktiken schwierig werden zu lassen. Dies geschieht, indem diesen Gesten das Selbstverständliche genommen und die in ihnen wirksamen Machtverhältnisse aufgezeigt werden. Wenn Sie, liebe Leserin oder lieber Leser, nach Lektüre dieses Buches daher zögern oder stocken oder gar ins Grübeln geraten, wenn Sie Wörter wie „Entwicklungshilfe“ oder „Unterentwicklung“ verwenden wollen, dann hat dieses Buch bereits seinen Zweck erfüllt.

# 1. Foucault in der Entwicklungstheorie

Das Werk des französischen Philosophen und Historikers Michel Foucault hat in den vergangenen drei Jahrzehnten einen beträchtlichen Einfluss auf die Sozialwissenschaften ausgeübt. Er gilt (je nach Standpunkt) als Vorläufer, Wegbereiter oder früher Vertreter poststrukturalistischer Ansätze und wird gelegentlich auch mit dem schillernden Begriff der „Postmoderne“ in Verbindung gebracht. Seine Studien über Macht und Diskurse in den modernen Gesellschaften sind breit rezipiert und kontrovers diskutiert worden – nicht zuletzt, weil sie gegenüber beinahe der gesamten abendländischen Theorietradition eine ablehnende Haltung einnehmen. Von KritikerInnen ist seiner Theorie (nicht seiner Person) eine unklare bzw. mangelnde normative Positionierung vorgeworfen worden, sein intellektueller Gegenspieler Jürgen Habermas verstieg sich gar zu dem Vorwurf des Neo-Konservatismus. Andere hingegen sehen in seinen Arbeiten eine Fortsetzung kritischer Gesellschaftstheorie in der Nachfolge Althusser und Adornos. Unbestritten ist jedoch seine herausragende Bedeutung unter den TheoretikerInnen des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

Mit einiger Verzögerung ist der Einfluss Foucaults auch in der Entwicklungstheorie angekommen: Mittlerweile existiert eine Reihe von Ansätzen, die seine Konzepte für die Entwicklungstheorie fruchtbar zu machen versuchen. Die bekanntesten sind sicherlich die unter dem Etikett „Post-Development“ firmierenden Ansätze, doch auch einige andere AutorInnen haben Phänomene der Entwicklungspolitik und der Nord-Süd-Beziehungen in Foucault'schen Begriffen und Kategorien wie Archäologie, Diskurs und Bio-Macht zu erfassen versucht.

In diesem Artikel soll untersucht werden, inwieweit diese Ansätze der Foucault'schen theoretischen und methodischen Grundlage gerecht werden, wo Defizite zu verorten sind und welche Perspektiven eine Übertragung der Konzepte Foucaults auf diesen Bereich zu bieten hat. Ziel ist es, der Frage nach der Relevanz Foucaults für die Entwicklungstheorie nachzugehen. Dies erfordert jedoch zunächst eine kurze Darstellung der Foucault'schen Diskurs- und Machtanalytik und ihrer Begrifflichkeiten.

## Die Foucault'sche Diskurs- und Machtanalytik

Während in der Foucault-Rezeption seine diskursanalytischen und machtanalytischen Arbeiten oft voneinander getrennt betrachtet und unterschiedlichen Phasen zugeordnet werden (vgl. z.B. Dreyfus/Rabinow 1987), wird bei näherem Hinsehen deutlich, dass eine solche Trennung nicht durchzuhalten ist: Zum einen hat Foucault bereits in seinen diskurs-

theoretischen Arbeiten den Einfluss gesellschaftlicher Machtverhältnisse angesprochen (1981: 99, 231; 2001: 11ff), zum anderen nehmen seine Machtanalysen – auch wenn sie sich von seiner früheren „juridisch-diskursiven“ Konzeption der Macht lösen – auf die Kategorie der Diskurse bezug (1978a: 26, 32ff; 1977: 144, 349, 395; 1983: 8, 21f, 34, 87f, etc.).

Grundlage der Foucault'schen Diskursanalyse ist die konstruktivistische Grundthese, dass „Sprechen etwas tun heißt“ (Foucault 1981: 298), und dass daher Diskurse als „Praktiken [...], die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (74) zu behandeln sind. Als Diskurs bzw. diskursive Formation bezeichnet Foucault eine Gruppe von Aussagen, in der sich „bei den Objekten, den Typen der Äußerung, den Begriffen, den thematischen Entscheidungen“ (58) eine Regelmäßigkeit feststellen lässt. Er spricht daher von Formationsregeln (der Gegenstände, der Äußerungsmodalitäten, den Begriffen, der thematischen Wahl), die im Diskurs selbst liegen und sich „gemäß einer Art uniformer Anonymität allen Individuen, die in diesem diskursiven Feld sprechen [...] auferlegen“ (92). Die Einheit des Diskurses wird daher nicht durch einen gemeinsamen Gegenstandsbereich bestimmt, sondern durch „eine Gesamtheit von *Regeln*, die einer Praxis immanent sind und sie in ihrer Spezifität definieren“ (71, Herv.i.O.). Als Archäologie bezeichnet Foucault hierbei die systematische Beschreibung der Diskurse als „bestimmten Regeln gehorchende Praktiken“ (198), die im Gegensatz zur Ideengeschichte nicht die Vorstellungen „hinter“ den Diskursen zu definieren suchte, sondern lediglich ihre Positivität und ihre Artikulierung mit nichtdiskursiven Systemen charakterisieren will (198, 231).

In seiner Weiterentwicklung der Diskurstheorie beschreibt Foucault besonders die „Prozeduren der Ausschließung“ (2001: 11), die innerhalb eines Diskurses wirksam werden und die nur bestimmte Gegenstände, Umstände und Sprecher als legitim zulassen und mit der Entgegensetzung von Vernunft und Wahnsinn bzw. von Wahrem und Falschem operieren. Der entscheidende Punkt ist hier, dass Wahrheit laut Foucault gesellschaftlich (in Diskursen) produziert wird: Was jeweils als wahr anerkannt wird, hängt mit den historisch-kulturell vorherrschenden Verfahren zur Wahrheitsfindung und Wissensproduktion zusammen (1978c: 51). Diese Verfahren sind allerdings stets durch gesellschaftliche Machtverhältnisse geprägt. „Wahrheit“ und „Wissen“ sind demnach einerseits an sie produzierende und stützende Machtsysteme, andererseits an von ihnen ausgehende und sie reproduzierende Machtwirkungen gebunden (54).

Als erstes Charakteristikum einer Foucault'schen Konzeption von Macht ist demnach die enge Bindung von Macht und Wissen festzuhalten. Es existiert demnach keine Machtbeziehung ohne ein entsprechendes Wissensfeld und kein Wissen, das nicht Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert (1977: 39). Daraus ergibt sich bereits, dass

es keine „machtfreien Räume“ oder Orte „außerhalb der Macht“ gibt (1978h: 210) – Macht ist allgegenwärtig. Macht ist nach Foucault als dynamische „Vielfältigkeit von Kräfteverhältnissen“ zu begreifen (1983: 113), nicht als etwas, das einige mächtige Personen oder Institutionen „besitzen“. Die Machtverhältnisse gehen vielmehr durch diese hindurch und konstituieren diese – Macht ist dezentral und relational zu denken. Aufgabe einer Genealogie ist es hierbei, diese Machtverhältnisse historisch zu untersuchen, dabei aber „die Einmaligkeit der Ereignisse unter Verzicht auf eine monotone Finalität ausfindig zu machen“, denn sie steht laut Foucault „im Gegensatz zur Suche nach dem ‘Ursprung’“ (1971: 69). In der Fokussierung auf Differenz und Heterogenität und der Berücksichtigung des Zufälligen in der Geschichte sind zentrale poststrukturalistische Elemente in Foucaults Machtkonzeption auszumachen (vgl. Münker/Roesler 2000; Stäheli 2000).

## Von der juristisch-diskursiven zur strategischen Machtkonzeption

Allerdings ist es bereits unpräzise, von einer bzw. der Foucault'schen Machtkonzeption zu sprechen. Vielmehr ist Foucaults Analytik der Macht von zwei theoretischen Übergängen gezeichnet, die der Autor auch selbst reflektiert und kommentiert. Der erste ist der Übergang von einer rein repressiven, „juristisch-diskursiven“ zu einer produktiven, strategischen Konzeption der Macht. Während Foucault in seinen diskursanalytischen Arbeiten (1981, 2001) Macht lediglich als etwas wahrgenommen hat, das beispielsweise Praktiken verbietet, Sagbarkeitsfelder einschränkt und die Freiheit unterdrückt, arbeitet er in späteren Werken (1977, 1983) die produktiven Aspekte der Macht heraus: Sie kann auch Wissen oder Verhaltensweisen hervorbringen. Dabei verbleibt sie keineswegs auf der Ebene des Bewusstseins, sondern nimmt – über die Disziplinartechniken der („sichtbarmachenden“, erfassenden) Überwachung und der (kontrollierenden, sanktionierenden, homogenisierenden) Normalisierung (1977: 220, 236f) – Einfluss auf die Körper der Individuen oder sogar die ganze Bevölkerung (was Foucault als Bio-Macht bezeichnet, 1983: 166f).

Foucault demonstriert in seinen Arbeiten dementsprechend die Unzulänglichkeit „juristischer“, repressiver Machtkonzeptionen, die mit Kategorien der Souveränität, des Rechts und des Verbots operieren. Diese seien nicht nur unfähig, die modernen, produktiven, disziplinierenden Machtverfahren zu erfassen (1983: 110f), sondern würden auch den Faktor Herrschaft innerhalb der Macht ausblenden, um „an seiner Stelle zwei Dinge erscheinen zu lassen: einerseits die legitimen Rechte der Souveränität und andererseits die gesetzmäßige Verpflichtung zum Gehorsam“

(1978e: 78). Demgegenüber schlägt Foucault eine „strategische“ Machtkonzeption vor, die (an Nietzsche anknüpfend) Politik als „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ begreift (1983: 114) und als „Mikrophysik der Macht“ die vielfältigen, instabilen, mit Wissensformen verknüpften und produktiven Kräfteverhältnisse beschreibt, die sich zu einer „komplexen strategischen Situation“ in einer Gesellschaft zusammenfügen (114, 124).

## Von der Mikrophysik der Macht zur Gouvernamentalität

Allerdings weist diese „Mikrophysik“ gewisse theoretische Probleme auf: Rolshausen wirft Foucault zu Recht einen Reduktionismus vor, da hier Sozialisationsprozesse lediglich als Konditionierungen wahrgenommen werden (1997: 75). Gleichmaßen erscheinen Rechtsstrukturen primär als Herrschaftsinstanzen, womit Foucault das Problem der kollektiven Willensbildung ausblendet (Lemke 1997: 122). Widerstand wird in dieser mittleren Phase der Machtkonzeption bei Foucault zwar angesprochen, ist aber nicht theoretisch erklärbar, da die freie Entscheidung des Subjekts ausgeklammert wird und es lediglich als durch vielfältige Machtbeziehungen determiniert erscheint. Auf der anderen Seite vernachlässigt die Fokussierung auf die Mikro-Ebene den Beitrag des Staates in der Organisierung von Machtverhältnissen (120f). Der Begriff der Regierung bzw. der Gouvernamentalität, der den Übergang zur dritten Phase markiert und bereits oben skizziert wurde, ist von Foucault als Reaktion auf diese staats- und subjekttheoretischen Defizite geprägt worden: Er berücksichtigt die „Freiheit“ innerhalb von Machtverhältnissen und schließt die Lücke zwischen der Makro- und der Mikro-Ebene. „Regieren heißt in diesem Sinne, das Feld eventuellen Handelns der anderen zu strukturieren“ (1982: 255) – ohne auf Mechanismen der Souveränität oder der Disziplin zurückzugreifen, aber vermittels einer „Führung der Selbstführungen“. Der Begriff der Gouvernamentalität verbindet nun das Regieren (*gouvernement*) mit der Denkweise (*mentalité*) und analysiert das Verhältnis von Subjektivierungsprozessen zu Herrschaftsformen (vgl. Foucault 1978a; Lemke 1997). Zwar hat Foucault das Aufkommen von disziplinären und governementalen Machttechnologien in historischen Arbeiten nachgezeichnet, er warnt jedoch vor der evolutionistischen Vorstellung, eine Gesellschaft, die auf souveränen Machttechnologien beruhe, sei durch eine Gesellschaft der Disziplin und diese durch eine der Regierung abgelöst worden (1978a: 64).

Mit dem Begriff des Dispositivs schließlich bezeichnet Foucault ein „Netz“, das Diskurse und Institutionen bzw. allgemein diskursive und nicht-diskursive Praktiken sowie die in ihnen wirksamen Machtverhält-

nisse zu einer strategischen Formation verbindet (1978g: 119ff; 1983: 35, 93). Eine genauere Klärung des Verhältnisses zwischen diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken findet jedoch nicht statt.

Keine von Foucaults Studien hat sich näher mit dem Bereich der Entwicklungstheorie und -politik befasst, allerdings beschreibt er „Entwicklung“ wie auch „Evolution“ in der *Archäologie des Wissens* als „dem Thema der Kontinuität verhaftet“. Solche Begriffe, so die Kritik von Foucault

„gestatten, eine Folge von verstreuten Ereignissen zu gruppieren, sie auf ein einziges und gleiches organisatorisches Prinzip zu beziehen, sie der exemplarischen Kraft des Lebens (mit seinen Anpassungsmechanismen, seiner Erneuerungsfähigkeit, der unablässigen Korrelation seiner verschiedenen Elemente, seinen Assimilationen und Austauschsystemen) zu unterwerfen, bereits in jedem Beginn ein Kohärenzprinzip und die Skizze einer zukünftigen Einheit am Werk zu finden, die Zeit durch eine ständig reversible, immer am Werk befindliche Beziehung zwischen einem Ursprung und einem Endpunkt zu beherrschen, die nie gegeben werden.“ (1981: 34)

Als Aufgabe formuliert Foucault, diese Begriffe „ihrer Quasievidenz zu entreißen, die von ihnen gestellten Probleme freizusetzen“ (40). Genau dies ist auch ein zentraler Anspruch der „Post-Development“-Ansätze.

## Post-Development-Ansätze

Die unter dem Etikett „Post-Development“ bekannt gewordenen Ansätze (siehe auch Kap. 8+9), die das „Ende der Entwicklungsära“ konstatieren und „Entwicklung“ als „amöbenartigen“ Begriff, als „eurozentrisches“ theoretisches Konstrukt sowie als „(kultur-)imperialistisches“ gesellschaftliches Projekt ablehnen, werden häufig mit den Theorien und Konzepten Foucaults in Verbindung gebracht. Grund dafür ist ihre Verwendung von entsprechenden Begriffen und Formulierungen aus der „Werkzeugkiste“ Foucaults: „Archäologie der Entwicklungsidee“ (Sachs 1995), „Wissen als Macht“ (Sachs 1992a), „Aufstand des untergeordneten Wissens“ (Esteva 1995: 32), „historisches Wissen für den Kampf“ (Esteva 1995: 106), sowie „autonome Produktion von Wahrheit“ (Esteva 1995: 33). Häufigstes Beispiel hierfür ist die beinahe omnipräsente Kategorie der „Diskurse“ (Esteva 1991: 77f; Esteva 1995: 27, 96; Esteva/Prakash 1998: 8, 116, 166, 192f; Sachs 1995: 14, 43, 77; Rahnema 1992: 168; Rahnema 1997d: 381), und in der Einleitung der ersten relevanten Post-Development-Publikation wird ausdrücklich die Kritik des „Entwicklungsdiskurses“ als hauptsächliches Ziel benannt (Sachs 1992b: 4). Gelegentliche Zitate von und Bezugnahmen auf Foucault (Esteva 1995: 33; Rahnema 1997d: 402) führen schließlich dazu, dass in der Post-Development-Rezeption nahezu einhellig angenommen wird: „The largest

intellectual influence on post-development theory is the work of Michel Foucault. Following Foucault, post-development theory sees development as a discourse.“ (Storey 2000: 40; ähnliche Aussagen finden sich bei Corbridge 1998: 138; Kiely 1999: 31; Nederveen Pieterse 2000: 99)

Nun ist dies nicht direkt falsch: „Entwicklung“ wird im Post-Development als Diskurs begriffen, der historisch entstanden und durch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Interessen geprägt ist, mithin wird auch der Art und Weise, wie über „Entwicklung“ und die Dritte Welt geredet wird, große Bedeutung beigemessen (anstatt sie als sekundäres Überbauphänomen abzutun). Allerdings stehen die Post-Development-Texte (mit wenigen Ausnahmen, s.u.) zur Diskursanalyse Foucaults in einem ähnlichen Verhältnis wie der Marxismus-Leninismus zum Werk von Marx.

Als Beginn des Entwicklungsdiskurses<sup>1</sup> wird im Post-Development die Antrittsrede von US-Präsident Truman von 1949 angeführt, in der er sämtliche nicht-industrialisierten, nicht-westlichen Lebensweisen als „unterentwickelt“ bezeichnete, den Zustand der westlichen Industrienationen als universelles Ziel umriss und so eine allgemeingültige „Entwicklungsbahn“ skizzierte, an deren Spitze die USA stand (Sachs 1995: 25f; Esteva 1992: 6f). Der Diskurs, der auch die Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung der „Unterentwickelten“ strukturierte, legitimierte in der Folge die Zerstörung nichtkapitalistischer Lebensweisen und führte zur kulturellen Hegemonie des „american way of life“ sowie zur Verbreitung des „homo oeconomicus“. Den zahlreichen Ansätzen „alternativer Entwicklung“ wird vorgeworfen, dass sie die Problemkonstruktion des Entwicklungsdiskurses (die „Unterentwickelten“ leiden an einem „Mangel an Entwicklung“, der durch Wirtschaftswachstum, Industrialisierung und Modernisierung behoben werden muss) unkritisch übernehmen und so dessen Eurozentrismus und Herrschaftsförmigkeit übersehen. Die „Entwicklungsära“ neige sich jedoch in den achtziger Jahren aus folgenden Gründen dem Ende zu: Erstens habe sich die Verallgemeinerbarkeit des westlichen Gesellschaftsmodells aus ökologischen Gründen als unmöglich herausgestellt; zweitens würde die Entwicklungs-idee mit dem Ende des Kalten Krieges ihre Hauptantriebskraft verlieren; drittens sei aufgrund der immer größer gewordenen Kluft zwischen „Entwickelten“ und „weniger Entwickelten“ das Scheitern des Projekts nachholender Entwicklung offensichtlich; viertens erscheine die Idee der vergleichenden Einordnung der unterschiedlichsten Kulturen auf einer universellen (und westlich geprägten) Skala zunehmend fragwürdig – es gibt verschiedene Vorstellungen einer guten Gesellschaft (vgl. Sachs 1992b). In dieser Kritik sind durchaus gewisse Parallelen zu Foucaults Projekt einer „Anthropologie der Moderne“ auffindbar. In folgenden Punkten sind jedoch deutliche Widersprüche zu Foucaults Konzepten sichtbar:

1. Während in der Foucault'schen Archäologie in Abgrenzung zur Ideengeschichte stets die Brüche, Differenzen und Diskontinuitäten im Vordergrund stehen (Foucault 1981: 222) und die Gemeinsamkeiten der Aussagen eines Diskurses sich auf ihre Formationsregeln (nicht auf übereinstimmende Annahmen) beziehen (229), wird im Post-Development der Entwicklungsdiskurs als monolithischer Block konstruiert (vgl. Esteva 1992: 17; Rahmena 1997b: xiv; Sachs 1992b: 2ff). Die Heterogenität von vier Jahrzehnten Entwicklungstheorie und -politik, und v.a. die Originalität von alternativen Ansätzen (Erklärung von Cocoyoc, Dag-Hammarskjöld-Bericht usw.) wird nicht angemessen berücksichtigt.

2. Eine zentrale Argumentationsfigur im Post-Development ist die Entlarvung des Entwicklungsversprechens auf allgemeinen Wohlstand als „trägerische Illusion“ (Rahnema 1997c: x) oder „heimtückischer Mythos“ (Esteva 1995: 57; 1985: 78; 1991: 76; vgl. Sachs 1992b: 1). Dies geschieht unter Bezugnahme auf die tatsächliche, „wahre“ Natur oder Wirkungsweise des Entwicklungsdiskurses (ein eurozentrisches Konstrukt bzw. ein politisches Projekt zur Umstrukturierung der Gesellschaften der Dritten Welt nach dem Vorbild bzw. den Anforderungen des Westens, das zur geistigen und materiellen Verelendung führt), gelegentlich sogar mit verschwörungstheoretisch anmutender Rhetorik: „The time has come to unveil the secret of development“ (Esteva 1992: 6). Hier bleiben die Post-Development-Autoren einer traditionellen objektivistischen Ideologiekritik verhaftet, von der Foucault sich ausdrücklich distanziert hat (1978c: 34, 53f), v.a. weil sie in einer unkritischen Weise auf eine „Wahrheit“ Bezug nimmt und es versäumt, ihre machtverstrickte, historisch-gesellschaftliche Produktion zu problematisieren.

3. Essentialisierungen, v.a. von „Entwicklung“, sind ebenfalls ein in der Post-Development Literatur häufig anzutreffendes Phänomen. Während einerseits als Resultat der zahlreichen Neudefinitionen von Entwicklung auf den „amöbenartigen“ Charakter des Entwicklungskonzepts aufmerksam gemacht wird – seine Umrisse sind unscharf, es ist schwer fassbar und kann mit nahezu beliebigen Inhalten gefüllt werden – (Esteva 1985: 79; Sachs 1992b: 4), wird andererseits an seiner unzweideutigen negativen Bestimmbarkeit festgehalten. Wenn Esteva schreibt: „In saying 'development' ... most people are saying the opposite of what they want to convey“ (1992: 6), dann hat dies wenig mit archäologischer Diskursanalyse zu tun, sondern mehr mit einem linguistischen Strukturalismus, der das Konzept mit einem statischen, unveränderlichen Inhalt verbindet, sowie mit einer (hermeneutischen oder marxistischen) Theorie falschen Bewusstseins, die davon ausgeht, die das Konzept im Munde führenden Menschen wären sich seiner wahren Bedeutung nicht bewusst.

4. Trotz seiner ansonsten sehr klarsichtigen Analyse ist der Vorwurf von Brigg (2002: 424f), die Post-Development-Texte blieben einem in

der Foucault'schen Terminologie souveränen und repressiven Macht-konzept verhaftet, bestenfalls nur zum Teil zutreffend: In ihnen wird oftmals darauf hingewiesen, dass die Idee der Entwicklung ihren Erfolg ihrer Fähigkeit verdanke, auf die Interessen und Sehnsüchte der Menschen in der Dritten Welt einzugehen und neue Bedürfnisse und Sichtweisen zu erschaffen (vgl. Rahnema 1997c, 1997b: ix; Esteva 1992: 6, 11, 18; Sachs 1999: 5). Rahnema bringt dies auf den Punkt in seiner Aussage: „The ‘power’ of development ... lies in its internalization by the host“ (1997c: 119). Allerdings wird die Macht des Entwicklungsdiskurses hierbei lediglich als disziplinäre Konditionierung verstanden, die wenig bis gar keinen Raum lässt für autonome Entscheidungen individueller Akteure, worauf auch Nustad (2001: 485) verweist. Eine typische Wendung ist in diesem Kontext, dass die „victims of development“ „adopt as their own the heterogeneous definitions of reality imposed upon them by the developers“ (Esteva 1991: 75) – die Subjekte bleiben passiv. Widerstand gegenüber dieser Machtbeziehung wird zwar wahrgenommen und stellt sogar den Ausgangspunkt der Post-Development-Ansätze dar, kann aber nicht theoretisch erklärt werden. Diese Schwäche wird besonders deutlich in Rahnemas Darstellung der Entwicklungsidee als eine Art AIDS-Virus, der traditionelle soziale Strukturen befällt und transformiert sowie in seiner Beschreibung des modernen Bildungssystems als eines Mechanismus der Gehirnwäsche (vgl. Rahnema 1997c: 116ff). Während Nustad zurecht diese Schwäche hervorhebt und zur Machtkonzeption Foucaults Mitte der 70er Jahre zurückverfolgt (2001: 485, vgl. Foucault 1977), übersieht er, dass Foucault in seinen späteren Arbeiten zu Gouvernamentalität und dem Verhältnis von Macht und Freiheit (vgl. Foucault 1978a; 1982) diese verengte Perspektive überwunden hat.

5. Die Radikalität dieser und anderer Vergleiche (z.B. wird Modernisierung an anderer Stelle als Gulag bzw. Holocaust bezeichnet, Esteva/Prakash 1998: 2) macht auf einen weiteren wichtigen Punkt aufmerksam: Einige der Post-Development-Texte pflegen die industrielle Moderne zu dämonisieren und gleichzeitig vormoderne Subsistenzgemeinschaften zu romantisieren. Letztere werden nicht annähernd mit dem gleichen kritischen Blick betrachtet, sondern als „Alternativen zur Entwicklung“ dargestellt und anscheinend als herrschafts- und konfliktfreie Räume konzipiert. In deutlichem Gegensatz dazu bestand Foucault immer darauf, dass Machtbeziehungen nicht lediglich von dem Staat oder internationalen Institutionen, kurz: von „oben“ ausginge, sondern gerade auch in alltäglichen, lokalen und selbstverständlich erscheinenden Beziehungen, Praktiken und Diskursen zu finden, letztlich omnipräsent sei (vgl. Foucault 1978f; 1983). Daher muss die Annahme machtfreier Räume eine Illusion bleiben bzw. entsprechende Machtbeziehungen sogar verdecken. Darüber hinaus hat Foucault es ausdrücklich abgelehnt,

normative Modelle zu propagieren und konzentrierte sich stattdessen auf die Analyse der in solchen Modellen implizierten Machtbeziehungen. Als Kronzeuge für die Überlegenheit von Subsistenzgemeinschaften ist er denkbar ungeeignet.

## Escobar: Entwicklung als Herrschaftsdiskurs

Einer der wichtigsten Post-Development-Autoren ist jedoch von dieser Kritik zumindest teilweise auszunehmen: Die Analysen Arturo Escobars basieren im Vergleich auf einer deutlich gründlicheren Rezeption der Arbeiten Foucaults. Escobar sieht Entwicklung ebenfalls als „historisch produzierten Diskurs“ (1995: 6), präzisiert dies allerdings als eine durch bestimmte Wissensformen, Machtsysteme und Subjektivitäten konstituierte diskursive Formation (10), die sich zwar auf der Grundlage materieller Gegebenheiten (der Zustände in der Dritten Welt), aber um ein fiktives Konstrukt herum („Unterentwicklung“) artikuliere (1984: 389; 1995: 53). Funktion dieser Formation sei die Etablierung, Stabilisierung und Reproduktion von Herrschaft und Kontrolle über die Dritte Welt durch institutionelle Apparate, die Wissen über sie produzieren und Praktiken in ihr regulieren (1995: 9, 26; 1984: 377, 383).

Escobar geht es darum, den globalen Kapitalismus nicht nur als Produktionssystem, sondern auch als System von Repräsentationen und Disziplinierungsmechanismen zu analysieren (1988: 438). In Analogie zu Foucaults „überwachendem Blick“, der das moderne Gefängnisssystem charakterisiert, betont er dabei die zentrale Rolle der „Sichtbarkeit“ („visibility“): Erst in der Nachkriegszeit (zu Beginn der „Entwicklungsära“) gerieten die „armen, unterentwickelten Massen“ der Dritten Welt ins Blickfeld der nördlichen Eliten. Erst auf der Grundlage dieser Sichtbarkeit konnten neue Wissenschaften oder Teilwissenschaften (Entwicklungsökonomie) entstehen, die Wissen über die Dritte Welt generierten, das als Basis für Interventionen diente (1994, 1988). Im Laufe des Entwicklungsdiskurses gerieten immer neue Bereiche der Dritten Welt in den Blick (Kleinbauern, Frauen, die Umwelt, ...), die zu immer weiterer Ausdehnung des Zuständigkeitsbereichs der Experten und des Wirkungsbereichs der Interventionen führten (1995, Kap. 4+5). Das Grundmuster des Entwicklungsdiskurses hierbei war die Konstruktion von Abnormalitäten („Unterentwickelte“, „Analphabeten“, „Mangelernährte“), die entsprechender Eingriffe bedurften (1995: 41). Ziel der beobachtenden Erfassung der Menschen im Entwicklungsdiskurs war laut Escobar „not simply to discipline individuals but to transform the conditions under which they live into a productive, normalized social environment“ (156).

Seine Wirkungsmacht entfaltet der Entwicklungsdiskurs Escobar zufolge über Professionalisierung und Institutionalisierung. Professio-

nalisierung meint hierbei eine Summe von Praktiken, die die Hervorbringung, Verbreitung und Bestätigung von Wissen organisiert und kontrolliert und so eine „Politik der Wahrheit“ erzeugt und aufrechterhält. Dabei werden politische und kulturelle Konflikte in den scheinbar neutralen Bereich der Wissenschaft transferiert. Institutionalisierung bezieht sich auf die Etablierung von Institutionen, die auf der Grundlage dieses Wissens Techniken hervorbringen (Entwicklungsprogramme, etc.), die Sichtbarkeiten organisieren und Machtausübung ermöglichen (1988: 430f; 1995: 44ff).

Escobars Anwendung der Foucault'schen Analytik liefert wichtige Einsichten, bleibt aber stellenweise einem etwas zu undifferenzierten Anti-Imperialismus verfangen. So beschreibt er die in der Praktik der Etikettierung („labelling“) manifestierten Machtverhältnisse wie folgt:

„A key mechanism at work here is that the whole reality of a person's life is reduced to a single feature or trait (access to land, for instance; or inability to read and write); in other words, the person is turned into a 'case'. That this case is more the reflection of how the institutions constructs 'the problem' is rarely noticed, so that the whole dynamics of rural poverty is reduced to solving a number of 'cases' with apparently no connection to structural determinants, much less to the shared experiences of rural people. Explanations are thus dissociated from the nonpoor and 'easily explained as deriving from characteristics internal to the poor' (Wood).“ (Escobar 1995: 110).

Diese diskursive Homogenisierung der Menschen hat weiterhin zur Folge, dass die Betroffenen sich der Problemkonstruktion der Entwicklungsinstitutionen anpassen, um Vorteile aus der Interaktion mit ihnen zu ziehen, der Diskurs also realitätskonstituierende Wirkungen hat. Allerdings führt Escobar diese Etikettierung darauf zurück, dass Experten und Institutionen „share the interest of ruling classes“ (ebd.), was m.E. zu kurz greift und Überlegungen zur instrumentellen Vernunft außen vor lässt.

Wenn Escobar in der Analyse der institutionellen Praktiken behauptet: „much of an institution's effectiveness in producing power relations is the result of practices that are often invisible, precisely because they are seen as rational“ (105), so erfasst er zwar einen wichtigen Zusammenhang zwischen Rationalität und der Wahrnehmung von Machtverhältnissen, verortet allerdings das Potential der Herstellung von Machtbeziehungen einseitig in den Entwicklungsinstitutionen - und entfernt sich damit von Foucaults Maßgabe, Macht nicht als Besitz zu denken, sondern nur „in actu“ zu analysieren.

Im Gegensatz zu einigen neo-populistischen Post-Development-Auto-Innen weist Escobar darauf hin, dass die Ausbreitung westlicher Kultur-elemente nicht zu einer globalen Monokultur, sondern oft zu einer kulturellen Hybridisierung führen würde (51). Er gesteht sogar ein, dass

die Handlungen von Entwicklungsinstitutionen durchaus Vorteile für die Betroffenen gehabt haben können, ihre Hauptaufgabe sei jedoch die Kontrolle und das „Management“ der Länder und Menschen der Dritten Welt gewesen (46f). Die nicht unbegründete, aber überspitzte Kritik gegenüber diesen Institutionen gipfelt schließlich in der Aussage, die Weltbank sei als „an agent of economic and cultural imperialism at the service of the global elite“ anzusehen (167). Escobar wendet sich zwar gegen die simplifizierende Vorstellung, der Entwicklungsdiskurs sei lediglich von den Mächtigen zu Herrschaftszwecken installiert worden (1995: 104), aber seine Ausführungen laufen häufig genau darauf hinaus. Der Grund dafür ist, dass er zwei Aspekte vernachlässigt: einerseits den von Foucault hervorgehobenen relationalen und polyzentrischen Charakter der Macht, indem er sie einseitig bei den Entwicklungsinstitutionen verortet, und andererseits den heterogenen, diskontinuierlichen Charakter von Diskursen, indem er den Entwicklungsdiskurs (und die daran geknüpfte Praxis) monokausal auf das Motiv der Herrschaftssicherung zurückführt. In Escobars Ausführungen ist keine Lücke feststellbar zwischen den Interessen der Herrschenden, dem Entwicklungsdiskurs, und der Umsetzung der Entwicklungsprogramme und -projekte. Die Vermittlung zwischen Ebenen fehlt – zugunsten eines Funktionalismus, der Macht als (stets funktionierende) Konditionierung konzipiert. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für Escobar gilt, was sich auch und v.a. für die weniger differenzierten Ansätze sagen lässt: Eine gründlichere Anwendung der Foucault'schen Konzepte hätte die Post-Development-Texte vor einigen Pauschalisierungen und Übertreibungen bewahrt.

## Ferguson: Die Anti-Politik-Maschine

Fergusons Analyse der Wirkungsweise des „Entwicklungs-Apparats“ am Beispiel eines Projekts integrierter ländlicher Entwicklung in Lesotho (1994) kommt im Vergleich zu Escobar und den anderen Post-Development-Ansätzen zu differenzierteren Ergebnissen. Im Anschluss an Foucault will Ferguson den Entwicklungsdiskurs als eine strukturierte Praxis auf seine gesellschaftlichen Effekte hin untersuchen und erklären (18). Ausgangspunkt ist für ihn ein Weltbank-Bericht über Lesotho, der das Land als traditionelle Subsistenzwirtschaft beschreibt, die bis zu ihrer Unabhängigkeit kaum mit moderner wirtschaftlicher Entwicklung in Kontakt gekommen ist – obwohl Lesotho seit über einem Jahrhundert maßgeblich als Reserve für WanderarbeiterInnen der südafrikanischen Wirtschaft fungiert und alles andere als unberührt von der Moderne ist. Diese krasse Fehldarstellung führt Ferguson auf die Zwänge und Ausschlussmechanismen der Wissensproduktion in entwicklungspolitischen Institutionen zurück:

„An academic analysis is of no use to a ‘development’ agency unless it provides a place for the agency to plug itself in, unless it provides a charter for the sort of intervention that the agency is set up to do. An analysis which suggests that the causes of poverty in Lesotho are political and structural (not technical and geographical), that the national government is part of the problem (not a neutral instrument for its solution), and that meaningful change can only come through revolutionary social transformation in South Africa has no place in ‘development’ disc simply because ‘development’ agencies are not in the business of promoting political realignments or supporting revolutionary struggles. ... For an analysis to meet the needs of ‘development’ institutions, it must do what academic discourse inevitably fails to do; it must make Lesotho out to be an enormously promising candidate for the only sort of intervention a ‘development’ agency is capable of launching: the apolitical, technical ‘development’ intervention.“ (Ferguson 1994: 68f)

Damit zusammen hängt auch ein fundamentaler Widerspruch der Entwicklungsinstitutionen: Einerseits ist ihre Aufgabe, weitreichende gesellschaftliche Veränderungen („Entwicklung“) in Gang zu setzen (oder zumindest zu unterstützen), andererseits sollen sie sich „aus der Politik heraushalten“ - wobei ernsthafte Versuche, ersteres zu tun, unweigerlich mit der zweiten Anforderung kollidieren: „To do what it is set up to do (bring about socio-economic transformation), a ‘development project’ must attempt what it is set up not to be able to do (involve itself in political struggles)“ (226).

Die erwähnten Mechanismen des Entwicklungsdiskurses führen nach Ferguson gemäß den funktionellen Anforderungen an die Produktion von „Entwicklungswissen“ zu vier theoretischen Annahmen über ein „Entwicklungsland“: Es ist ursprünglich (d.h. noch nicht in Moderne, Weltmarkt und Geldwirtschaft integriert), agrarisch (kann durch technischen Fortschritt in der Landwirtschaft entwickelt werden), es hat eine nationalstaatlich begrenzte Volkswirtschaft (weswegen nationale Wirtschaftsplanung Sinn macht), und es unterliegt dem Prinzip der Regierbarkeit.<sup>2</sup> Die Hauptaspekte von Wirtschaft und Gesellschaft werden durch eine neutrale und wirkungsmächtige Regierung kontrolliert (71f, 35ff). Aus den Mechanismen des Entwicklungsdiskurses ergibt sich ebenfalls die theoretische Notwendigkeit der Gleichsetzung von „Entwicklung“ im Sinne eines Fortschritts hin zum modernen Industriekapitalismus und „Entwicklung“ i.S. einer Verbesserung der Lebensbedingungen (55f, 15).

Im Hinblick auf das von ihm über mehrere Jahre untersuchte Projekt konstatiert Ferguson, dass die „Entwicklungsmaßnahmen“ weder zur einen noch zur anderen „Entwicklung“ beigetragen haben, weder die Armut verringert noch zum Aufbau industriekapitalistischer Strukturen beigetragen oder im Interesse multinationaler Konzerne gewirkt

haben. Die tatsächlichen Auswirkungen des Projekts waren jedoch nur verstehbar vor dem Hintergrund eines komplexen Geflechtes aus sozio-kulturellen geprägten Wertemustern, lokalen Machtkämpfen und Geschlechterbeziehungen – das die Entwicklungsinstitutionen nicht in Ansätzen durchschaut, geschweige denn in der Planung berücksichtigt haben. Der Entwicklungsdiskurs ist nicht in der Lage, andere Bereiche und Praktiken vollständig zu determinieren (275ff).

Obwohl also keinerlei „Entwicklungserfolg“ feststellbar ist, lassen sich dennoch bestimmte Effekte des Entwicklungsdiskurses und -apparates identifizieren, und diese Effekte sind laut Ferguson der Grund, warum „Entwicklung“ trotz aller Fehlschläge immer wieder auf dieselbe Art und Weise bewerkstelligt werden soll. (Die Analogie zu den von Foucault geschilderten Effekten des – gemäß der eigenen Ansprüche Kriminalitätsverhinderung und Resozialisierung kontinuierlich „fehlschlagenden“ – Gefängnisystems liegt nahe.) Armut bzw. generell die Resultate von Ungleichheit und Unterdrückung werden als technische Probleme konzeptualisiert und so entpolitisiert, der Staat wird als neutraler Problemlöser begriffen und die Macht bürokratischer Institutionen wird – im Namen von „Entwicklung“ – ausgedehnt und intensiviert. Ferguson kommt daher zu dem Schluss, Entwicklungsdiskurs und -apparat fungierten als „Anti-Politik-Maschine“: Sie ließen Konflikte und Operationen mit eminent politischen Ursachen und Auswirkungen als unpolitisch erscheinen – als „Entwicklungsprobleme“ und „Entwicklungsmassnahmen“ (256). Innerhalb der vom Entwicklungsdiskurs vorgegebenen Problematik „a host of everyday observations are rendered intelligible and meaningful. The images of the ragged poor of Asia thus become legible as markers of a stage of development ... Within this problematic, it appears self-evident that debtor Third-World nation states and starving peasants share a common ‘problem’, that both lack a single ‘thing’: ‘development’“ (xiii). Und dieses seltsam nebulöse und vage, aber im allgemeinen Interesse liegende Ziel kann natürlich nur durch auf Expertenwissen basierenden Interventionen erreicht bzw. verwirklicht werden.

Zu einem gewissen Teil sind die bei den Post-Development-Ansätzen festgestellten Defizite in abgeschwächter Form auch Ferguson anzukreiden – beispielsweise die Darstellung von Macht als Besitz oder die traditionell ideologiekritische Argumentationsweise – aber die empirische Unterfütterung der Thesen und die differenzierten Schlussfolgerungen lassen die an Foucault angelehnte Diskurs- und Machtanalytik dennoch als gelungen erscheinen. Gerade die zentralen Probleme Escobars, die einseitige Verortung der Macht bei den Entwicklungsinstitutionen und die fehlende Vermittlung zwischen herrschenden Interessen, Entwicklungsdiskurs und Entwicklungspraxis, finden bei Ferguson eine Lösung. Ein erhebliches Manko ist allerdings, dass die Studie aufgrund ihrer

historischen Einordnung (das untersuchte Projekt lief bereits in den siebziger Jahren an, Fergusons Feldforschung fand 1982-83 statt) heute nur sehr begrenzte Aussagekraft beanspruchen kann: Die im Gefolge der „Krise“ und der neoliberalen „Konterrevolution“ stattfindenden Transformationsprozesse auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik haben zu einer deutlich verringerten Legitimität und Relevanz von Entwicklungsprojekten und staatlichen Interventionen geführt.<sup>3</sup>

## DuBois: Regulierung und Disziplinierung durch „Entwicklung“

Eine weitere Übertragung der Foucault'schen Konzepte auf den Bereich der Entwicklungspolitik und -theorie liefert DuBois (1991). Ähnlich wie Escobar deutet er „Entwicklung“ primär als Instrument der Herrschaft über die Dritte Welt im Rahmen eines kapitalistischen Weltsystems (28, 22). Er sieht in Entwicklungsprojekten disziplinierende und normalisierende Mechanismen einer „Bio-Macht“ am Werk und beschreibt ihr Wirken sowohl auf der Ebene der Regulierung der Bevölkerung als auch hinsichtlich der Disziplinierung der Individuen.

Auf der Ebene der Bevölkerungsregulierung beschreibt er zunächst, wie das (schon vom Begriff her autoritäre) Konzept der „Bevölkerungskontrolle“ schließlich im Rahmen der (positiv konnotierten) „Familienplanung“ Eingang in den Entwicklungsdiskurs gefunden hat, und zwar mit folgenden Effekten: Erstens wurde die Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang zwischen häufigen Geburten und gesundheitlichen Problemen bei Müttern und Kindern gelenkt – wodurch andere Faktoren für diese Probleme ausgeblendet wurden. Zweitens wurde die Familie zu einem Ort, an dem bestimmte neue Technologien und Praktiken angewendet wurden (Verhütung, Sterilisierung), welche die Frauen zwar in mancher Hinsicht „befreit“, in anderer jedoch neuen Machtverhältnissen ausgesetzt haben (15): „What was once a personal, familial, or social (at the local level) matter became the territory of scientific investigation and, ultimately, normalizing prescriptions.“ (17) Die Frage nach Kindern bzw. ihrer Anzahl wurde eine, die nach objektiven Maßstäben von WissenschaftlerInnen beantwortet wurde. DuBois zufolge wird hierbei auch der von Foucault betonte dezentrale Charakter von Machtverhältnissen deutlich: Die Unterordnung der Frau in der Familie war nicht Folge der patriarchalen staatlichen Bevölkerungspolitik, sondern ihre Bedingung – die Machtverhältnisse auf der Makro-Ebene bauen auf jenen der Mikro-Ebene auf.

Die Disziplinierung der Körper, die nach Foucault den zweiten Pol der Bio-Macht konstituiert, dient DuBois zufolge ebenfalls der Korrektur spezifischer diskursiv konstruierter Anomalien. Im Entwicklungsprojekt werden die defizitären Individuen von Experten „trainiert“. Diese

Projekte verhelfen den Betroffenen nicht nur zu besserer Gesundheit und höherer Produktivität (falls sie erfolgreich sind), sondern haben noch zentrale weitere Wirkungen: Die Lebensweise der Betroffenen wird zunächst transparent gemacht, dann administrativ als Wissensobjekt erfasst, vor dem Hintergrund des bereits existenten Wissens analysiert und anhand der vorgegebenen Standards bewertet, und schließlich werden bessere (effizientere, sicherere, gesündere) Verhaltensweisen vorgeschrieben (21). Die unausgesprochene Hierarchisierung von Verhaltensweisen in verschiedenen Kulturen (in „entwickelten“ und „weniger entwickelten“ Ländern) wird demnach nicht zentral verordnet, sondern ergibt sich aus den unzähligen einzelnen Beurteilungen und Hierarchisierungen. Solchermaßen erfasste und normalisierte Individuen, so DuBois, würden einen Ressourcentransfer in den Norden zwar nicht verursachen, aber auch nicht verhindern und seien in dieser Hinsicht unerlässlich (22). Die subjektkonstituierende Wirkung des Entwicklungsdiskurses produziere dabei ein „individual who perceives himself as being poor, lacking, and part of an inferior culture“ (25).

Spätestens hier wird deutlich, dass auch DuBois implizit von der uneingeschränkten Wirkungsmacht des Entwicklungsdiskurses für die nichtdiskursive Realität einschließlich der Subjektivitäten ausgeht. Konkurrierende Diskurse, etwa anti-kolonialer oder anti-moderner Prägung, werden ebenso ausgeblendet wie die Möglichkeit einer widerständischen Subjektivität. Foucaults Übergang von der juristisch-diskursiven, repressiven zur strategischen, produktiven Machtkonzeption ist in der Analyse präsent, Foucaults spätere Überlegungen zu den Grenzen der letzteren Konzeption bleiben jedoch unberücksichtigt und Macht wird so unweigerlich als Konditionierung gedacht.

## Eblinghaus/Stickler: Der machtverstrickte Diskurs der Nachhaltigkeit

Eblinghaus und Stickler (1996), untersuchen unter Rückgriff auf „den Diskursbegriff im Sinne Foucaults“ (17) das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und kommen zu dem Ergebnis, dass es bei der Debatte um „sustainable development“ nicht um die Lösung von Umweltproblemen gehe. Vielmehr handele es sich um einen

„diskursive[n] Raum, in dem ... [im Rahmen postfordistischer Regulation] Herrschaftsverhältnisse neu organisiert und modernisiert werden. Bestimmte ‘Prozeduren der Ausschließung’ (Foucault) finden in ihm statt und äußern sich in gewissen Denkverböten. Eine Sachzwanglogik, insbesondere in Bezug auf die Existenz der Macht- und Herrschaftsstrukturen, ist als die inhärente Logik des Diskurses auszumachen. Seine innere Systematik ist die einer verdinglichten Sprache ... Die Verdinglichungsstruktur schlägt sich in der

Ahistorizität und der Nichtbenennung struktureller Ursachen [für die ökologische Krise] nieder. Sustainable Development ist ... der Versuch, wahrgenommene Krisen auf der 'Steuerungsebene' (Türk) zu lösen ohne bestehende Herrschaftsverhältnisse substantiell anzutasten, also: eine neue Phase kapitalistischer Entwicklung einzuleiten, die sich auf die 'ökologischen Problemlagen' einstellt und konkret Naturvernutzung optimiert. Es ist der Versuch, einen neuen hegemonialen Modernisierungsdiskurs zu formulieren.“ Zentrales Argument ist, dass „die unausgesprochenen Grundannahmen des Diskurses Strukturmerkmale des kapitalistischen Weltsystems *systematisch* ausblenden und so 'blinde Flecken' produziert werden. Die unausgesprochenen Grundannahmen sind gleichzeitig Ausschließungskriterien aus dem Diskurs.“ (Eblinghaus/Stickler 1996: 161f, 15, Hervi.O.)

Die AutorInnen werden trotz einer im Vergleich zum Post-Development differenzierteren Anwendung ihrer theoretischen und methodischen Grundlage und der detaillierten Nachzeichnung der Verflechtung von Wissen und Macht im Diskurs der Perspektive Foucaults ebenfalls nicht gerecht. Dieses Urteil gründet auf folgenden Punkten: Trotz des Hinweises auf die „produktive Seite der Macht“ (18) wird sie in der Studie primär über „Ausschließungsprozeduren“ und „Denkverbote“ erfasst. Die von Foucault postulierte Ubiquität von Machtverhältnissen wird von den AutorInnen ausdrücklich zurückgewiesen, denn: „Eine sozialtheoretische Begründung von 'herrschaftsfreier Kooperation' wäre durch einen solchen Rekurs auf Macht als anthropologische Konstante verbaut“ (13) - eher eine politische als eine theoretische Zurückweisung, die zudem mit einer Ineinssetzung von Macht und Herrschaft einhergeht. Eine theoretische Klärung der Begriffe wäre angebrachter als die Unterstellung anthropologischer Konstanten gegenüber demjenigen, der die Aufdeckung der Historizität und Kontingenz der Selbstverständlichkeiten der gegenwärtigen Gesellschaft als seine Hauptaufgabe ansah.

Ähnlich wie im Post-Development besteht bei Eblinghaus und Stickler das Problem, die herausgearbeitete Mehrdeutigkeit der Begriffe „Entwicklung“ und „Sustainable Development“ mit ihrer argumentativ notwendigen grundsätzlichen Ablehnung zu vereinbaren. Es ist plausibel, die Leitbildfunktion des Konzepts nachhaltiger Entwicklung auf seine Unschärfe zurückzuführen (38ff), aber wenn die unter „extremer Ökozentrismus“ klassifizierten sog. deep ecology Ansätze ebenfalls Teil des Diskurses sind (105ff), dann können diese nur schwerlich in den gegenüber dem Diskurs erhobenen Vorwurf der kapitalistischen Modernisierung eingeschlossen werden. Ebenso scheint es schwierig, den Entwicklungsbegriff erst als vieldeutig und „diskursiv umkämpft“ (45), dann aber als „zuvorderst ökonomistisch“ zu kennzeichnen (47). Genau diese Operation ist aber notwendig, um den sustainable development Diskurs dahingehend zu kritisieren, er würde die „widersprüchlichen 'Prinzipien' *Umwelt* und *Entwicklung* als nur anscheinende Gegensätze“

interpretieren und fälschlicherweise ihre Vereinbarkeit behaupten (54, Herv.i.O.). Die Absicht der Ideologiekritik fordert ihren theoretischen Tribut gegenüber der diskursanalytischen Methode.

Weiterhin anzumerken ist, dass die Rezeption von Foucault anscheinend in erster Linie über den Umweg der (leicht verkürzten) Interpretation von Hall (1992) erfolgt sowie dass die Foucault'sche Diskursanalyse in Kapitel 8 mit einem Wallerstein'schen Weltsystemansatz eklektisch kombiniert wird, ohne die zweifelsohne vorhandenen wissenschaftstheoretischen Widersprüche zu thematisieren. Allerdings hat Foucault selbst seine Theorie als „Werkzeugkiste“ bezeichnet, aus der man sich nach Bedarf bedienen solle (1978h: 216), weswegen der Vorwurf der theoretischen „Unreinheit“ fehl am Platze wäre. Im Vordergrund sollte die fruchtbare kritische Praxis stehen, und in dieser Hinsicht ist die Studie zu Nachhaltigkeit und Macht durchaus positiv zu bewerten.

## Timpf: Das Dispositiv der zukunftsfähigen Entwicklung

Timpf hat mit seiner Analyse des Dispositivs der „Zukunftsfähigen Entwicklung“ (2001) unter Rückgriff auf Foucault und Bourdieu (z.T. auch Luhmann und Habermas) den „Prozess der symbolischen Strukturierung“ (10) eines zentralen entwicklungspolitischen Konzeptes nachgezeichnet. Das Foucault'sche Dispositiv versteht er mit Seier (1999) als dynamische, netzförmige Verbindung von Diskursen, Praktiken und Herrschaft (Timpf 2001: 69) bzw. als „wirkungsvolles Netz der Produktion von Wahrheiten und Subjektivierungen“ (230), das im vorliegenden Fall der „Zukunftsfähigen Entwicklung“ verschiedene Praktiken als Antwort auf einen akuten Notstand (die „Grenzen des Wachstums“) verbinde, dabei trotz Orientierungsleistung semantische Varianz zulasse und neue Verbindungen zwischen wissenschaftlichen Wahrheitsprozessen und dem Alltagsleben schaffe (8). Die Genese dieses Dispositivs, so seine Kernthese, sei „als Versuch zu sehen, das gesellschaftliche Möglichkeitsfeld systematisch zu konstruieren und zu beeinflussen.“ (119) Seine Untersuchung ist allerdings – theoretisch wie methodisch – keine reine Foucault'sche Dispositivanalyse, sondern mindestens ebenso sehr eine soziologische Feldanalyse nach Bourdieu, angereichert durch systemtheoretische und diskursethische (Habermas) Elemente.

Die diskursive Formation der zukunftsfähigen Entwicklung beschreibt Timpf wie folgt:

„Die Regeln der diskursiven Formation sind ... ablesbar an dem Auftauchen der ethischen Grundaussage des Brundtland-Berichts. Ist das Ritual der Wiederholung der Grundformel: 'Befriedigung der Bedürfnisse der Gegenwart ohne Gefährdung der Bedürfnisbefriedigung zukünftiger Generationen' vollzogen, so ist innerhalb polarisierter Bedeutungen eine [beliebige]

Positionierung möglich (Markt - Gerechtigkeit, Natur - Mensch, Wachstum - Entwicklung, Technik (Effizienz) - Lebensweise (Suffizienz) ... Es wird von den verschiedensten gesellschaftlichen Akteuren ausgetestet, was im Rahmen des Dispositivs *zu sagen ist, und was nicht*. Und - es konstituiert sich ein Raum, der abgelegene und unzugängliche Täler wie zentrale Höhen enthält. Die topographische Gestaltung lebt von dem, was Foucault diskursive Konstellation nennt. Es werden Argumente aus anderen Diskursen gelöst, neu- und umgeschrieben und innerhalb des Dispositivs positioniert.“ (161, Herv.i.O.)

Zwar weist Timpf deutlich auf den herrschaftsförmigen Zusammenhang hin, den das Dispositiv der zukunfts-fähigen Entwicklung organisiert, allerdings dient es ihm zufolge in der Wirtschaftswissenschaft zur „Etablierung neuer Wissensformen jenseits eines mathematisierten und modelltheoretisch fixierten Mainstreams ... letztlich: Zur Veränderung hegemonialer Formen in Wissenschaft und Gesellschaft“ (161f) - und somit zumindest indirekt einer herrschaftskritischen Praxis. Hierzu notwendig sei jedoch auch die „Dekonstruktion“ des Bildes vom „spaceship earth“, das Natur auf eine komplexe, aber beherrschbare Maschine reduziere. Eine neue Sicht der Problematik wird eingefordert, die auch ein gesellschaftliches Projekt jenseits einer Ethik der Vermeidung von Selbstschädigungen zulasse (166).

Hervorzuheben ist die Analyse von Timpf wegen der gründlichen Rezeption der Foucault'schen Konzepte. Sie unternimmt als einzige den Versuch, die Formationsregeln des untersuchten Diskurses zu identifizieren - das Ergebnis ist allerdings spezifisch auf „zukunfts-fähige Entwicklung“ bezogen und daher von eher geringer Relevanz für die allgemeine Entwicklungstheorie<sup>4</sup> -, verzichtet aber auf eine tiefere Auseinandersetzung mit der Transformation von Foucaults Macht-konzept, so dass die Diskursanalyse die einschränkenden Wirkungen der Macht hervorhebt und das Konzept der Gouvernamentalität gänzlich außen vor bleibt.

## Brigg: Jenseits der Kolonisierungs-Metapher

Brigg (2002) versucht, den Post-Development-Ansatz durch eine genuin (und nicht nur rhetorisch) auf Foucault aufbauende Analyse der in der Entwicklungspolitik wirksamen Machtmechanismen weiterzudenken. Den Übergang von der Ära des Kolonialismus zur Ära der Entwicklung konzipiert er als Übergang von einer souveränen, juristisch-repressiven zu einer aktivierenden, mobilisierenden „Bio-Macht“ in den Nord-Süd-Beziehungen (423). Seine These ist, dass die Post-Development-Kritik in der Darstellung der „Entwicklungsära“ immer noch der „Kolonisierungs-Metapher“ und so einem repressiven, intentionalen Macht-konzept verhaftet bleibt (zur Kritik der These s.o.). Dadurch würde sie die auf die produktiven Aspekte der Macht zurückzuführenden Interessen und

Bestrebungen der Dritten Welt in Bezug auf Entwicklung übersehen (424f). Stattdessen schlägt er vor, das „Entwicklungsprojekt“ der Nachkriegszeit als Foucault'sches Dispositiv (also als Ensemble diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken mit einer strategischen Funktion) zu sehen, das auf der Makro-Ebene der Nationalstaaten mit Mechanismen der Normalisierung (und dem Leitbild der modernen Industriegesellschaft) operiert(e) (427). Ermöglicht wird eine solche Normalisierung durch die Etablierung von Techniken der „hierarchischen Beobachtung“ (429), und hier sieht Brigg die Rolle entwicklungspolitischer Institutionen wie der Weltbank im Dispositiv: in der „Sichtbarmachung“ und Beurteilung von Drittweltstaaten – nicht in ihrer Kontrolle und Unterdrückung:

„In the development setting, the seemingly innocuous collection of data about the Third World, structured by developmentalist social science and pursued by nearly every agency engaged in development efforts ... renders the nation-states and human subjects of the Third World sufficiently visible that they may be distributed and evaluated against the norm of development. ... the Bank maintains control over information flows while remaining protected from scrutiny. Through this process of inward limitation and outward intensification of visibility, the Bank emerges an intensely dense node of force relations in the development dispositif.“ (430, 432)<sup>5</sup>

Demnach unterscheidet sich die vorliegende Machtanalytik von der im Post-Development häufig anzutreffenden Kritik. Die Weltbank ist nicht im „Besitz“ der Macht, sie ist lediglich eine Verdichtung, ein Knotenpunkt im Netz der im Dispositiv der Entwicklung organisierten Machtbeziehungen, in dem auch Nationalstaaten, Entwicklungsministerien, -projekte und -helferInnen eine wichtige Rolle spielen –, ohne dass die Bank Macht über all diese „hat“.

Briggs Artikel liefert eine interessante und viel versprechende Skizze einer Foucault'schen Diskurs- und Machtanalytik der Entwicklung. Allerdings ist auch diese nicht ganz unproblematisch. Wenn Brigg in der Anwendung des Foucault'schen Konzepts der Normalisierung Individuen umstandslos durch Staaten als zu normalisierende Subjekte ersetzt (427), so mag dies zwar ein sinnvoller kreativer Umgang mit der „Werkzeugkiste“ Foucaults sein, es scheint jedoch arg voluntaristisch und wirft das Licht auf die dringende Notwendigkeit der Vermittlung der beiden Ebenen. Eine solche hat Foucault im Konzept der Gouvernementalität vorzunehmen versucht, dieses aber erfährt keine Berücksichtigung.

## Foucault'sche Perspektiven auf „Entwicklung“: Fazit und Ausblick

Bei aller Kritik ist festzuhalten, dass die Foucault'schen Perspektiven auf „Entwicklung“ sich gegenüber traditionellen entwicklungstheoretischen Ansätzen als innovativ und gewinnbringend erweisen – wenn auch in unterschiedlichem Maße. Unzweifelhaft vorhandene Mängel der Analysen, v.a. gewisse Pauschalisierungen und Übertreibungen der Post-Development-Ansätze, lassen sich meist auf eine oberflächliche Rezeption der in Anspruch genommenen Foucault'schen theoretischen und methodischen Grundlage zurückzuführen. Die bisherigen Leistungen sowie die noch ausstehenden Aufgaben entsprechender Perspektiven lassen sich in aller Kürze wie folgt skizzieren.

Diskursanalytisch ist in aller Deutlichkeit die Historizität wie auch die Machtverstricktheit der Entwicklungsidee der Nachkriegszeit herausgearbeitet und jede unbefangene Bezugnahme auf „Entwicklung“ nach dem Vorbild der „entwickelten Nationen“ dem Vorwurf des Eurozentrismus oder gar der Herrschaftslegitimierung preisgegeben worden. Dies schließt – auf den ersten Blick oppositionelle oder kritische – Konzepte dependenztheoretischer oder marxistischer Prägung mit ein. Die Herausarbeitung der zahlreichen impliziten Annahmen im Entwicklungsdiskurs (von Wachstumsimperativ über Naturverhältnis bis zum Expertenwissen) war hierbei ein wichtiger Schritt. Die Diskursanalyse im Anschluss an Foucault müsste jedoch eine Ebene tiefer ansetzen: nicht bei den gemeinsamen Annahmen, sondern bei den gemeinsamen Formationsregeln (die auch zu gegensätzlichen Annahmen führen können). Diese Ebene ist bisher nur in Ansätzen analysiert worden, nimmt aber einen zentralen Stellenwert ein. Wenn beispielsweise die Formationsregel der Äußerungsmodalitäten im Entwicklungsdiskurs unweigerlich dazu führt, dass die Subjektposition eines Experten konstruiert wird, der sagt, was „Entwicklung“ ist und wie sie erreicht werden kann (siehe auch Kap. 3), dann ist dieser Diskurs – so variabel er im Hinblick auf die thematische Wahl und die erwähnten Grundannahmen auch sein mag – strukturell autoritär und aus emanzipatorischer Perspektive strenggenommen unbrauchbar. Denn falls „Entwicklung“ als positiver gesellschaftlicher Zustand bzw. als ein Prozess dorthin konzipiert wird, dann ignoriert diese Formationsregel die Heterogenität möglicher Zielvorstellungen und lässt keinen Raum für die notwendigen Diskussionen über solche Leitbilder. Dementsprechend kann auch die anti-hegemoniale Post-Development-Kritik durchaus im von ihr kritisierten Entwicklungsdiskurs verbleiben, wenn sie lediglich die universelle Zielvorstellung einer modernen Industriegesellschaft durch die universelle Zielvorstellung einer vormodernen Subsistenzgemeinschaft ersetzt.<sup>6</sup>

Machtanalytisch sind die jeglicher „Entwicklungspolitik“ inhärenten Machtbeziehungen aufgezeigt worden, ebenso wie die Rolle der Wissensproduktion im Zusammenhang mit globalen Herrschaftsverhältnissen. Das „Wissen von der Entwicklung“ ist keineswegs neutral und unpolitisch, es ist das Wissen über die Falschheit der Lebensweisen anderer Menschen und die Art und Weise der notwendigen Korrektur. Gerade die Arbeiten von Escobar, DuBois und Brigg weisen auf die heikle Rolle entwicklungstheoretischer oder -politischer Studien hin: Die wissenschaftliche Erfassung der Dritten Welt war stets die Vorstufe zu normalisierenden und disziplinierenden Eingriffen. Es scheint notwendig, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass selbstverständlich manche dieser Eingriffe auch Leben gerettet oder Lebensumstände verbessert haben. Die kategorische Zurückweisung sämtlicher Machtbeziehungen scheint eine theoretisch wie ethisch nur schwer haltbare Position. Dennoch liegt in der Aufdeckung und Infragestellung dieser Machtbeziehungen die erste Aufgabe einer sich als kritisch verstehenden Wissenschaft.

Wie jedoch im Laufe des Textes deutlich geworden ist, weisen die bisherigen machtanalytischen Arbeiten aus dem Bereich der „Entwicklung“ einen Mangel auf: Es ist ihnen noch nicht gelungen, das Verhältnis zwischen der Makro-Ebene der Nord-Süd-Beziehungen und der Mikro-Ebene der Individuen hinreichend zu durchleuchten. Die Frage nach dem Verhältnis von Herrschaftsmechanismen zu Selbsttechnologien und Subjektivierungsprozessen, die zu dem Konzept der Gouvernamentalität (Foucault 1978a; 1982) führt, muss jedoch in einer Foucault'schen Perspektive auf Entwicklungstheorie und -politik einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Die subjektkonstituierende Wirkung des Entwicklungsdiskurses in Konkurrenz zu anderen Diskursen ist hierbei empirisch genauer zu untersuchen. Mögliche Untersuchungsfelder wären der Wandel in der Selbstwahrnehmung von vormals „unberührt“ lebenden Indigenen durch Übernahme von Elementen des Entwicklungsdiskurses als Resultat der Interaktion mit „Entwicklungshelfern“ sowie eventuelle Anpassungen ihrer Verhaltensweisen an diese Elemente und deren Verknüpfung mit Herrschaftsstrategien. Diese Verknüpfung kann auf dem Bedarf nach Rohstoffen oder Absatzmärkten oder auch auf geopolitischen Erwägungen beruhen. Dabei kann der (Mainstream-)Entwicklungsdiskurs nicht nur in Konkurrenz zu „traditionellen“ Diskursen stehen, sondern, wie das Beispiel Chiapas zeigt, auch zu „revolutionär-sozialistischen“ Diskursen.

Notwendig wäre ebenfalls die Berücksichtigung der weitreichenden Transformationsprozesse, die im Rahmen der „Krise“ bzw. des „Scheiterns“ in diesem Bereich seit den 80er Jahren zu konstatieren sind. Die Stichwörter Globalisierung und Aufgabe des Versprechens nachholender Entwicklung markieren in diesem Zusammenhang Umbrüche,

die allenfalls in Ansätzen zu erfassen versucht wurden. Eine solche Analyse der „Gouvernementalität der Entwicklung nach dem Ende der Entwicklungsära“ müsste die diskursive und nicht-diskursive Tätigkeit der Akteure im Bereich Entwicklungspolitik (von der Weltbank bis zur Mini-NGO, vom Ministerialbeamten bis zur Bananenpflückerin) im Hinblick auf die Verflechtung von Machtbeziehungen und Wissensfeldern vor dem Hintergrund jener Umbrüche analysieren. Verhandlungen zwischen RegierungsvertreterInnen könnten hierbei ebenso zur Feldforschung herangezogen werden wie Kleinprojekte zur Bekämpfung ländlicher Armut. Dabei könnte besonderes Augenmerk auf nach dem Ende der Systemkonkurrenz verstärkt eingesetzte Techniken neoliberaler Wissensproduktion und ihre Auswirkungen auf der Ebene des Individuums (Abschied vom „Anspruchsdenken“, Umdefinition von „Gerechtigkeit“, Ausdehnung ökonomischer Kriterien auf soziale und politische Bereiche, Alternativlosigkeit des marktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodells) gerichtet werden, wobei Letztere wiederum im Wechselspiel mit einer gesellschaftspolitischen Herrschaftsstrategie zu untersuchen sind. Im Gegensatz zu Brigg dürfte auf der Ebene der internationalen Beziehungen nicht „der Staat“ als eigenständiger Akteur vorausgesetzt werden, dieser wäre vielmehr als Verdichtung von ihm konstituierenden Kräfteverhältnissen auf nationaler und lokaler Ebene zu analysieren. Eine solche Analyse steht allerdings noch aus. Als Fazit bleibt festzuhalten, dass das kritische Potential der Foucault'schen Konzepte in ihrer Anwendung auf Entwicklungstheorie und -politik aufgrund ihrer unvollständigen Rezeption bisher allenfalls teilweise zum Tragen gekommen ist.

## 2. Imperiale Repräsentationen Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs

Die Art und Weise, wie die Beziehungen zwischen Norden und Süden, dem Westen und dem Rest, Metropole und Peripherie dargestellt werden, ist von Machtverhältnissen geprägt. Bestimmte Diskursordnungen strukturieren diese Darstellungen und funktionieren als Apparate der Wissensproduktion und Identitätskonstruktion. Im 20. Jahrhundert wurde die koloniale Diskursordnung von jener der „Entwicklung“ abgelöst. Dennoch lassen sich einige Kontinuitäten feststellen.

### Kolonialer Diskurs

Ob Cecil Rhodes von den Vorteilen der segensreichen englischen Welt Herrschaft schwärmt, der französische Außenminister Hanotaux in „barbarischen Landstrichen“ die „Zivilisation“ verbreiten oder Kaiser Wilhelm II. andere Weltteile für die „christliche Gesittung“ gewinnen will, ob der US-amerikanische Politiker Beveridge von Gottes Vorsehung, der Alldeutsche Verband vom „Recht eines Herrenvolkes“ oder der belgische König Leopold II. von einem „Kreuzzug gegen die Finsternis“ redet: Die Rechtfertigungen imperialer Eroberungspolitik Ende des 19. Jahrhunderts sind innerhalb der Kolonialmächte weitgehend austauschbar. Die Grundstruktur des kolonialen Diskurses ist zunächst die Zweiteilung der Welt in „zivilisierte“ „Völker“ oder „Nationen“ und „unzivilisierte“ „Stämme“ oder „Menschenmassen“, wobei letztere nicht zu einer funktionierenden Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten in der Lage sind und erstere ihnen dabei zu Hilfe kommen, da sie von Gott oder der Natur zur Herrschaft vorbestimmt und fähig, ja sogar um der Menschheit willen dazu verpflichtet sind. So weit, so simpel.

Gleichzeitig mit dieser legitimatorischen Funktion kolonialer Wissensproduktion werden in diesem Repräsentationssystem allerdings auch Identitäten konstruiert. Dabei kann sich die eigene europäische, westliche oder abendländische Identität als fortschrittlich, freiheitlich und zivilisiert, als ideale Norm menschlicher Existenz natürlich nur in der Abgrenzung zu einem als defizitäre Abweichung von dieser Norm definierten (rückständigen, barbarischen) „Anderen“ herausbilden (vgl. Hall 1992). Bestimmte diskursive Konstruktionen ermöglichen dabei auch dann die Selbstzuschreibung als „zivilisiert“, wenn man sich in den Kolonien der Folter und ähnlicher, eher mit dem Etikett „unzivilisiert“ gekennzeichneter Praktiken bedient. Im Zusammenhang mit solchen Praktiken der US-Regierung auf den Philippinen urteilt der Regionalexperte Foreman 1898: „In common with many other non-European

racés, an act of generosity or a voluntary concession of justice is regarded [by the Filipinos] as a sign of weakness. Hence it is, that the experienced European is often compelled to be more harsh than his own nature dictates.“ (zit. nach Doty 1996: 40) Etwaige Brutalität und Ungerechtigkeit kolonialer Praktiken sind daher der verdorbenen Mentalität der Eingeborenen zuzuschreiben und laufen dem eher sanftmütigen Naturrell des Kolonialherrn eigentlich zuwider: Das hier produzierte Wissen ermöglicht den „Zivilisierten“ die Anwendung „barbarischer“ Praktiken und untermauert dabei gleichzeitig die Konstruktion der Täteridentität als zivilisiert und der Opfer als unzivilisiert.

Die Anwendung solcher Praktiken wird darüber hinaus als völlig rational gekennzeichnet. Der Kolonialdiskurs konstruiert hier wie auch an zahllosen anderen Stellen ein Ensemble von Differenzen: höherwertig/minderwertig, zivilisiert/unzivilisiert, rational/emotional, vernunftgeleitet/instinktgeleitet, fähig zur Herrschaft/unfähig zur Herrschaft, souverän/abhängig, kolonisierend/kolonisiert usw. Die einzelnen Zuschreibungen sind hierbei durch Äquivalenzketten verknüpft: Höherwertig sein bedeutet zivilisiert sein, zivilisiert sein bedeutet rational handeln, rational handeln bedeutet zur Herrschaft fähig sein, dies wiederum bedeutet höherwertig sein und so fort. Sie verweisen wechselseitig aufeinander. Der implizite Punkt, um den die Differenzen gruppiert sind, ist die Rassenzugehörigkeit, genauer: die Rassen- und Geschlechterzugehörigkeit. Die positiven Begriffe finden ihre Verkörperung im „weißen Mann“. Dieser bildet auf der kollektiven Ebene die Grundlage für das „Herrenvolk“. Der „weiße Mann“ konstituiert somit das, was Laclau und Mouffe (im Anschluss an Lacan) den Knotenpunkt („nodal point“) oder „dominanten Signifikanten“ eines Diskurses nennen: das Zentrum, das als Referenzpunkt für jene Differenzen dient, anhand derer die jeweiligen Identitäten konstruiert werden. Er ist der Maßstab aller Dinge.

Dementsprechend werden „die Eingeborenen“, die im Kolonialdiskurs das „Anderere“ des weißen Mannes darstellen, anhand dieses Maßstabs im besten Fall als naturverbundene Kinder, im schlechtesten als tierhafte Wilde dargestellt. Irrational, unzivilisiert und regierungsunfähig sind sie in jedem Fall. Die Differenz des „Anderen“ wird dabei gleichzeitig (universalistisch) gelehnet und (essentialistisch) verfestigt. Gelehnet wird sie, da in der ethnozentrischen Bewertung der Eingeborene nur als minderwertiges und unvollkommenes Abbild der eigenen Norm menschlicher Existenz erscheint, das im Hinblick auf diese Norm zu erziehen und assimilieren ist. Das Unbekannte, Fremde erscheint so als defizitäre Version des Bekannten, Eigenen (vgl. auch Horkheimer/Adorno 1988). Verfestigt wird die Differenz, da trotz aller Erziehung und „Hebung“ der Kolonisierten diese innerhalb der Diskursordnung immer wesensmäßig minderwertig bleiben und nie ganz das Zivilisationsniveau des

weißen Mannes erreichen. Der postkoloniale Theoretiker Homi Bhabha spricht in diesem Kontext von „kolonialer Mimikry“: „colonial mimicry is the desire for a reformed, recognizable Other, as a subject of difference, that is almost the same, but not quite.“ (Bhabha 1987: 86, Herv.i.O.)

Allerdings ist hier bereits stellenweise das Element der „Entwicklung“ im Kolonialdiskurs anzutreffen. Während selbst einige Liberale noch im frühen 20. Jahrhundert die Vorstellung „die Neger seien nur noch nicht so weit entwickelt wie wir“ vehement zurückweisen (Kößler 1998: 71), finden sich bereits im 19. Jahrhundert andere wie John Stuart Mill, welche die (unhinterfragte) Minderwertigkeit und Unzivilisiertheit der Kolonisierten auf historische statt auf „rassische“ Gegebenheiten zurückführen: Die Europäer seien einfach weiter fortgeschritten in der „history of human improvement“ (zit. nach Spurr 1993: 66). Hier wird die im Gefolge der Aufklärung und v.a. im sozialwissenschaftlichen Evolutionismus des 19. Jahrhunderts populär gewordene eurozentrische Denkfigur formuliert, dass die Zustände in Afrika, Asien und Amerika (vor der Besiedelung durch Weiße) weiter zurückliegende Stufen der menschlichen Evolution darstellten (vgl. Comte 1923: 322). Melber spricht hierbei von einer „Verzeitlichung des räumlichen Nebeneinanders“ (1992: 32), Nandy analog von einer „Umwandlung geokultureller Differenzen in historische Stadien“ (1992: 146).

Bei der Anwendung dieser Denkfigur auf die Kolonien erfuhr der Begriff der Entwicklung jedoch eine Verschiebung: Er wurde vom intransitiven zum transitiven Verb, d.h. „sich entwickeln“ wurde ersetzt durch „andere entwickeln“. Die Kolonialmächte übernahmen treuhänderisch (anstelle der unfähigen Eingeborenen) die Aufgabe der „Entwicklung der rückständigen Gebiete“. „Entwicklung“ bezog sich jedoch zunächst auf die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen der Region und die „Zivilisierung“ der Kolonisierten – nicht aber auf deren Lebensstandard. Erst in einem langen und diskontinuierlichen Prozess in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzte sich die Vorstellung durch, dass die „Entwicklung“ einer Kolonie mit einer materiellen Verbesserung für die einheimische Bevölkerung verbunden sei (vgl. Alcalde 1987). Das Mandatssystem des Völkerbunds war ein Zwischenschritt auf diesem Weg: Die Rechtfertigung der Vormundschaft einiger Länder über andere wurde an das Wohlergehen der Bevölkerung geknüpft. Einige Länder (jene, die in den Worten des Völkerbunds „are inhabited by people not yet able to stand by themselves under the strenuous condition of the modern world“, zit. nach Rist 1997: 60) bedürften zwar noch der „Anleitung“ durch andere, aber nur unter Überwachung einer internationalen Organisation (der Permanent Mandates Commission), und es weht bereits ein Hauch von Universalismus: Von einer „natürlichen“ Ungleichheit der Völker ist keine Rede mehr. Hier formierte sich bereits

eine neue Diskursordnung, die in der Nachkriegszeit und mit der Dekolonisierung zur bestimmenden Struktur in den Darstellungen der Nord-Süd-Beziehungen wurde. Bei dieser Neuformierung spielten die unterschiedlichsten Faktoren eine Rolle: antikoloniale Befreiungsbewegungen, die Oktoberrevolution, strategische (ökonomische und geopolitische) Notwendigkeiten der Industrienationen (v.a. der USA) in und nach den Weltkriegen und auch die Diskreditierung rassistischer Weltansichten durch die Verbrechen der Nazis (vgl. Alcalde 1987; Cooper/Packard 1997; Escobar 1995). Der koloniale wurde zum Entwicklungsdiskurs.

## Entwicklungsdiskurs: Diskontinuitäten ...

Der Entwicklungsdiskurs der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wies einige grundlegende Veränderungen gegenüber dem Kolonialdiskurs auf. Als wichtigste ist sicherlich zu nennen, dass die Menschen in den entsprechenden Ländern nicht mehr als unfähig, sich selbst zu regieren (und daher auf die wohlwollende Kolonialherrschaft angewiesen), dargestellt wurden. Der koloniale Rassismus war v.a. auch nach der Shoah weitgehend diskreditiert, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die allgemeinen Menschenrechte erfuhren auf der diskursiven Ebene immer uneingeschränktere Zustimmung.<sup>1</sup>

In der viel zitierten Antrittsrede Trumans 1949 wird die neue Diskursordnung deutlich: „... we must embark on a bold new program for making the benefits of our scientific advances and industrial progress available for the improvement and growth of underdeveloped areas. More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. ... Their economic life is primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and threat both to them and to the more prosperous areas. ... The United States is pre-eminent among nations in the development of industrial and scientific techniques. ... I believe that we should make available to peace-loving peoples the benefits of our sum of technical knowledge in order to help them realize their aspirations for a better life. And, in cooperation with other nations, we should foster capital investment in areas needing development. Our aim should be to help the free peoples of the world, through their own efforts, to produce more food, more clothing, more material for housing, and more mechanical power to lighten their burdens. ... The old imperialism - exploitation for foreign profits - has no place in our plans. What we envisage is a program for development based on the concepts of democratic fair dealing.“ (zit. nach Rist 1997: 249f)

Sichtbar wird die Annahme einer eingeschränkten Gleichwertigkeit der Völker: Alle sind gleich, nur einige sind nicht so weit fortgeschritten auf der universellen Entwicklungsbahn der Menschheit: Sie sind „unter-

entwickelt“. Nach dem Wegfall des rassistischen Elements wird jedoch kaum von unterentwickelten Völkern oder Menschen gesprochen, sondern in der Regel von unterentwickelten Ländern oder Regionen: Der Gegenstandsbereich wird sozialgeographisch statt biologisch erfasst. Die Zweiteilung „zivilisiert/unzivilisiert“ wird durch den Dualismus „entwickelt/unterentwickelt“ ersetzt. Das daran anknüpfende Ensemble der Differenzen lässt sich wie folgt skizzieren: industrieller und wissenschaftlicher Fortschritt/Stagnation, Wirtschaftswachstum/Stagnation, Technologie/Handarbeit, Modernität/Tradition, hohe Produktivität/niedrige Produktivität, materieller Wohlstand/Armut, besseres Leben/schlechteres Leben, Freihandel und Demokratie/alter Imperialismus, Entwicklungshilfe leistende Nationen/Entwicklungshilfe empfangende Nationen usw. Wieder sind die einzelnen Elemente untrennbar verknüpft: Ein besseres Leben ist ohne industriellen Fortschritt nicht denkbar, dieser bedarf der Produktivitätssteigerung und des Wirtschaftswachstums, Voraussetzungen dafür sind Freihandel und Weltmarktintegration, mühselige Handarbeit ist dagegen ein Zeichen von Armut etc. Der Referenzpunkt für jene Differenzen, also der Nodalpunkt des Diskurses, ist die „entwickelte“ Industriegesellschaft, primär die der USA.<sup>2</sup> Anhand dieser Norm werden die Länder des Südens (und die zahllosen heterogenen Gesellschaftsformen der dort lebenden Menschen) als defizitär klassifiziert: Sie leiden an einem „Mangel an Entwicklung“. Gleichzeitig mit dieser Diagnose wird die Medizin verordnet: Sie brauchen „Entwicklung“ in Form von Modernisierung, Technologietransfer und Kapitalinvestitionen.

Die „Entwicklung“ der ehemaligen Kolonien wird in diesem Diskurs zu einer zentralen Aufgabe, die nach dem Wegfall des rassistischen Elements nicht mehr den „Eingeborenen“ vorenthalten werden kann und den neuen Eliten der postkolonialen Staaten zufällt. Diese, wie auch weite Teile der Bevölkerung, nehmen den Entwicklungsdiskurs durchaus positiv auf. In ihm werden sie schließlich als gleichberechtigte Teilnehmer im „Entwicklungswettbewerb“ konstruiert, die den Rückstand gegenüber den führenden Nationen in wenigen Jahrzehnten aufholen können. Zugleich wird allerdings eine Identität der „Unterentwickelten“ als rückständig und Teil einer unterlegenen Kultur produziert, deren Defizite nur durch Übernahme der entsprechenden Ideale (Rationalität, Produktivität, Modernität) und ständiges Streben nach Angleichung an die Norm auszugleichen sind.

Die im Diskurs hervorgebrachte Identität der „Entwickelten“ hingegen ist nicht nur verknüpft mit den Idealen von Freiheit und Demokratie, Freihandel und Fortschritt, sie ist in einem entscheidenden Punkt auch eine „Samariter-Identität“: Den Not leidenden Völkern wird Entwicklungshilfe gewährt. Dass hierbei auch eigene Interessen im Spiel sind, wird von Truman offen zugegeben: Die Armut des Südens wird als

„Hemmnis“ und als „Bedrohung“ dargestellt. Ein Hemmnis ist sie für die Expansion der US-Wirtschaft, die in der Nachkriegszeit auf neue Absatzmärkte und alte Rohstofflager angewiesen war, eine Bedrohung vor dem Hintergrund der Gefahr des „Überlaufens“ im Kalten Krieg. Demzufolge bestand eine strategische Notwendigkeit, das Problem der Armut der Peripherie zum einen als Mangel an Technologie und Kapital, zum anderen als Festhalten an hinderlichen traditionellen Sozialstrukturen zu konzipieren, was jedoch durch Weltmarktintegration und Direktinvestitionen einerseits und Übernahme westlicher Wertemuster andererseits zu beheben war. Die zentrale Bedeutung der Hegemonialisierung dieser Problemkonstruktion ergibt sich aus der veränderten globalen Konstellation und der anti-kolonialen Stoßrichtung des Entwicklungsdiskurses: Im Gegensatz zum „alten Imperialismus“ war das Ziel die Prägung von (afrikanischen, asiatischen, lateinamerikanischen) Subjekten, die aus freien Stücken eine Weltordnung unterstützten, die den Interessen der Metropolen entsprach.<sup>3</sup>

Die Dependenztheorien setzten in den sechziger und siebziger Jahren dieser modernisierungstheoretischen Konzeption einen alternativen Entwurf entgegen, der die Beschränkung des Entwicklungsdiskurses auf die nationalstaatliche Ebene aufbrach und „Unterentwicklung“ wie auch „Entwicklung“ als zwei Seiten einer Medaille, nämlich des kapitalistischen Weltsystems, analysierte. Dementsprechend lautete die Empfehlung nicht Weltmarktintegration, sondern Abkopplung und „autozentrierte“ Entwicklung. Hinsichtlich der Problemkonstruktion verblieben die Dependenztheorien jedoch im Entwicklungsdiskurs. So wird z.B. auch bei Cardoso und Faletto die im Süden zu verwirklichende „echte“ (im Gegensatz zu „assoziativ-abhängiger“) Entwicklung definiert als „eine Verringerung der Abhängigkeit und die Wandlung des Wirtschaftssystems von einer peripheren zu einer zentralen Ökonomie“ (1976: 18), mit anderen Worten: Anzustreben ist der Übergang zur metropolitanen Industrienation. Das Differenzsystem des Entwicklungsdiskurses bleibt weitestgehend intakt.

Der von dependenztheoretischer Seite zumindest unterminierte Dualismus „helfende/hilfsbedürftige Länder“ hatte noch weitere Implikationen. Nachdem die „barbarischen Massen“ der Kolonialzeit im Entwicklungsdiskurs als Menschen angesehen wurden, geriet (auch aus den angesprochenen strategischen Gründen) das Problem der globalen Armut in den Blick. Mit der Entwicklungshilfe wurde jedoch die Armut nicht nur bekämpft, sie diente gleichzeitig auch ihrer Überwachung, ihrer Verwaltung und ihrem Management – gerade auch im Hinblick auf ihre potenziell bedrohlichen Konsequenzen für die kapitalistische Weltordnung. Dazu notwendig waren Institutionen, die Wissen über die Dritte Welt und ihre Subjekte produzierten, sie sichtbar, messbar und zum Objekt

einer Sozialtechnologie machten (vgl. Brigg 2002, Escobar 1988). Die Rolle der Entwicklungsländerforschung bzw. allgemein der Sozialwissenschaften ist hierbei durchaus kritisch zu sehen (vgl. Paech et al. 1972, Gendzier 1985). Die Scharen von EntwicklungshelferInnen und ExpertInnen, die von Nord nach Süd wanderten, haben zur Verfestigung dieser Struktur beigetragen: Die Menschen im Süden haben Probleme, und die Menschen aus dem Norden verfügen über das Wissen um die Problemlösung. Dass es im Norden Probleme gibt, für die im Süden problemlösendes Wissen vorhanden ist, ist eine Aussage, für die im Entwicklungsdiskurs kein Raum ist.<sup>4</sup>

Festzuhalten bleibt, dass der Entwicklungsdiskurs gegenüber dem kolonialen Diskurs in stärkerem Maße auf die Identitätsproduktion im Süden ausgerichtet ist, da in ihm die gewaltsame Durchsetzung metropolitaner Interessen nicht vorgesehen ist.<sup>5</sup> Dies ist die logische Konsequenz aus der Delegitimierung rassistischer Ungleichheitsvorstellungen, welche die Grundlage für Herrschaftsstrukturen auf internationaler Ebene darstellten. Aus dieser Perspektive erscheint die neue Diskursordnung zunächst einmal als emanzipatorischer Fortschritt.

### ... und Kontinuitäten

Neben diesen zahlreichen Veränderungen sind jedoch auch konstante Elemente im Vergleich der beiden Diskursordnungen feststellbar. Diese beziehen sich zum einen auf die grundlegende Diskursstruktur, zum anderen auf die geschichtsphilosophischen und sozialtechnologischen Elemente sowie, daraus resultierend, auf den Eurozentrismus und das Gewaltpotenzial. Die grundlegende Struktur beider Diskurse ist die Zweiteilung der Welt in einen fortgeschrittenen, überlegenen Teil und einen zurückgebliebenen, minderwertigen Teil. Das Eigene dient als Norm, anhand derer die Minderwertigkeit des Fremden objektiv nachgewiesen wird. (Keine „Entwicklungsmessung“ versucht daher, Gastfreundschaft, Kriminalitätsraten, Selbstmorde, funktionierende soziale Netze oder einen nicht rein instrumentellen Umgang mit der Natur als Indikatoren einer guten Gesellschaft zu operationalisieren, stattdessen geht es immer noch um das BIP, die Lebenserwartung und die Schulbildung.) Das Differenzsystem der Entwicklungsära schließt dabei unmittelbar an das der Kolonialperiode an, seine Zweiteilungen erscheinen durch die umfangreiche Vorarbeit des Vorgängerdiskurses geradezu als selbstverständlich.

Das geschichtsphilosophische Element besteht in der (vom sozialwissenschaftlichen Evolutionismus des 19. Jahrhunderts übernommenen) Vorstellung eines einheitlichen menschlichen Entwicklungswegs, auf dem die westlichen Industrienationen weiter fortgeschritten als die

nicht-westlichen Länder seien. Die unzähligen Möglichkeiten menschlicher Gesellschaft werden auf den Nachvollzug des westeuropäischen Industriekapitalismus reduziert, dessen Herausbildung als notwendiges Stadium der Menschheitsgeschichte verklärt wird: Der Diskurs der „Entwicklung“ ist durch und durch eurozentrisch. Das sozialtechnologische Element, die Länder des Südens (und die dort lebende Bevölkerung) nach rationalen Gesichtspunkten umzugestalten, ist ebenfalls erhalten geblieben. Allerdings sind es jetzt nicht mehr die Kolonialherrscher, die treuhänderisch die „Entwicklung“ der rückständigen Gebiete anstreben, jetzt sind es (von entwicklungspolitischen Organisationen unterstützte) staatliche Institutionen, die „im Interesse der nationalen Entwicklung“ auch autoritär entsprechende Maßnahmen umsetzen können. Nach vorsichtigen Schätzungen sind allein in Indien etwa 33 Mio. Menschen durch Staudammprojekte zu Flüchtlingen geworden (Roy 1999: 36). Der Regional-Präsident des Südlichen Sudan formulierte die Frage der Durchsetzung von Entwicklungsmaßnahmen wie folgt: „If we have to drive our people to paradise with sticks, we will do so for their own good ...“ (zit. nach Alvares 1992: 108) Das koloniale Konzept der Treuhandschaft, einschließlich der Legitimation, die gute, „entwickelte“ Gesellschaft und den Weg dorthin zu definieren und durchzusetzen, ist in der postkolonialen Ära auf die Entwicklungsexperten übergegangen, ohne jedoch sein Gewaltpotenzial eingebüßt zu haben. Zwar ist hierbei oft eine Überschneidung von Staats- und Entwicklungsdiskurs festzustellen, das autoritäre Element ist jedoch untrennbar auch in Letzterem verankert. Das Wissen von der „Entwicklung“ ist Wissen über die Falschheit anderer Lebensweisen und über ihre notwendige Veränderung. Es verleiht Eingriffen in diese Lebensweisen nicht nur Legitimität, sondern auch die Aura der guten Tat. Das autoritäre Element ergibt sich aus einer Formationsregel des Entwicklungsdiskurses: Eine Äußerung im Entwicklungsdiskurs bedingt die Position einer Person, die weiß, was „Entwicklung“ ist und wie man sie erreichen kann. Andersartige Äußerungen erscheinen inhaltsleer. Dies bedingt die Unterordnung der Vorstellungen anderer Personen. (Zu dieser und weiteren Formationsregeln siehe Kap. 3)

Dass die eurozentrischen und sozialtechnologischen Elemente auch heute noch im Entwicklungsdiskurs präsent sind, belegen namhafte Entwicklungstheoretiker regelmäßig: So z.B. Lühr und Schulz, wenn sie als Ziel der Entwicklungstheorie die „Globalisierung des ‚Projekts der Moderne‘ nach europäisch-angelsächsischem Muster“ formulieren (1997: 11), Senghaas, wenn er von „zurückgebliebenen Gesellschaften“ redet (1997: 59), oder Zapf, wenn er das Ziel der Entwicklung als moderne Gesellschaft mit den „Basisinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft, des Wohlfahrtsstaates und des Massenkonsums“ beschreibt und dabei die Umwandlung der Gesellschaftsmitglieder in „gut

ausgebildete, mobile, flexible, leistungsbewußte Persönlichkeiten“ fordert (1997: 31, 34). Die Mission der „Zivilisierung der Unzivilisierten“ wurde ersetzt durch die weltweite Etablierung gesellschaftlicher Institutionen nach europäisch-angelsächsischem Muster und die Umwandlung der Bevölkerung in diesen Institutionen angepasste, „leistungsbewußte“ Individuen, aber gänzlich innovativ erscheinen diese Darstellungen nicht. Die Experten aus dem Norden wissen immer noch, wie der Süden umgestaltet werden muss: nach ihrem Vorbild und ihren Wertvorstellungen.

### 3. Zur Ordnung und Transformation des Entwicklungsdiskurses

Die Antwort auf die Frage, ob es an der Zeit sei, die „Postmoderne“ (verstanden als theoretisch-philosophische Richtung) zu „dekonstruieren“ oder ob ihr kritisches Potenzial noch nicht erschöpft sei, muss natürlich lauten: sowohl als auch. Die Gefahren, die sich aus epistemologischem und moralischem Relativismus sowie der Vernachlässigung nicht-diskursiver Praktiken ergeben, sind von KritikerInnen der Postmoderne schon seit langem aufgezeigt worden. Dennoch: Eine an Foucault orientierte Diskursanalyse des Bereichs der Entwicklungstheorie und -politik legt – als „Diagnose der Gegenwart“ – nahe, dass das kritische Potenzial postmoderner bzw. poststrukturalistischer Ansätze noch lange nicht erschöpft ist.

Eine solche Analyse, die „Entwicklung“ als Diskurs analysiert, müsste in der Lage sein, den entsprechenden Bereich mit archäologischen Begriffen zu erfassen, d.h. eine Ordnung des Diskurses und seiner Formationsregeln wie auch ihrer Transformation seit den 80er Jahren nachzuzeichnen. Dass dies nicht nur möglich ist, sondern dass auf diese Weise zahlreiche Aspekte dieser Formation zum Vorschein kommen, die auch in der sich als kritisch verstehenden Entwicklungstheorie bislang nicht berücksichtigt wurden, ist die Grundthese dieses Textes.

#### Diskursanalyse der Entwicklung

Wenn wir mit Foucault davon ausgehen, dass „Sprechen etwas tun heißt“ (Foucault 1981: 298) und daher Diskurse als „Praktiken ..., die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (74) behandeln, dann ist bei der Betrachtung der diskursiven Formation der „Entwicklung“ zunächst der Begriff der Entwicklung zu untersuchen. Bei diesem handelt es sich um eine Metapher, die einen biologischen Vorgang auf gesellschaftliche Prozesse überträgt. Letztere werden so als lineare, kontinuierliche Reifeprozesse konzipiert. Weitere Eigenschaft des Begriffes ist seine fundamentale Ambivalenz: Während er einerseits die Herausbildung einer modernen Industrienation beschreibt, ist er andererseits eindeutig positiv konnotiert und bezeichnet die Verbesserung von Lebensbedingungen.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass der Begriff der Entwicklung in seiner dominanten Prägung jenen historischen Prozess der Veränderung einiger Gesellschaften in Nordamerika und Westeuropa hin zu säkularen, industriekapitalistischen Gesellschaften auf nationalstaatlicher Grundlage als universellen, menscheitsgeschichtlichen Prozess auffasst. Diese Gesellschaften gelten als „entwickelt“, die anderen nicht. Aber diese noch

nicht „entwickelten“ Gesellschaften – so eine zentrale Annahme in der Entwicklungstheorie – werden bei Anwendung der richtigen Politik auch zu „entwickelten“ werden. Hier liegt demnach eine Universalisierung partikularer historischer Prozesse vor, eine Hypostasierung der eigenen Geschichte, die ohne Zweifel als ethnozentrisch zu bezeichnen ist (andere Kulturen werden mit den Maßstäben der eigenen bewertet). Das Spezifikum des Eurozentrismus ergibt sich in Anlehnung an Melber (1992: 12) daraus, dass kaum eine andere Kultur die „Anderen“ nicht nur als barbarisch oder minderwertig darstellte, sondern auch das geschichtlich notwendige Verschwinden ihrer Andersartigkeit prophezeite: Irgendwann würden auch die „Untereentwickelten“ „entwickelt“ werden, d.h. sich an das westliche Entwicklungsmodell anpassen. Nur die okzidentale Kultur formulierte somit eine allgemeine Theorie der Fremdheit und ihrer notwendigen Aufhebung.

Die These von Manzo aufgreifend, kann darüber hinaus im Entwicklungsdiskurs von einem Logozentrismus im Sinne Derridas gesprochen werden, und zwar aus folgenden Gründen. Die Selbstdefinition als „entwickelt“ bedarf zwingend der Fremdzuschreibung als „unterentwickelt“ (vgl. Hall 1992), die nicht-westliche Welt wird dabei ausschließlich anhand der Kriterien des und in Verbindung mit dem Westen beschrieben: als weniger industrialisiert, weniger rational, weniger demokratisch usw., insgesamt als minderwertiges Derivat. Hingegen wurden die Länder Nordamerikas und Westeuropa in der Entwicklungstheorie nie als „Entwicklungsländer“ betrachtet: Sie gehörten zum Reich des „Logos“, der reinen, vollendeten und nicht erklärungsbedürftigen Präsenz (vgl. Manzo 1991). Konstitutiv für den Entwicklungsdiskurs ist demnach die Gegenüberstellung der positiven Norm (Entwicklung, Modernität, Technologie, Rationalität) und der minderwertigen Devianz (Untereentwicklung, Tradition, Handarbeit, Irrationalität). Feministische Entwicklungstheoretikerinnen haben hierbei auf die deutlich sichtbare geschlechterspezifische Komponente dieser Setzung aufmerksam gemacht.<sup>1</sup>

Aus der Foucault'schen Perspektive interessant ist nun zum einen der Prozess der Subjektkonstituierung im Rahmen dieser Formation. Zahlreiche Ethnologen haben auf das veränderte Selbstbild der Menschen in indigenen Gemeinschaften aufmerksam gemacht: Während früher ein gesundes Selbstbewusstsein gepaart mit einer gewissen Herablassung gegenüber Fremden im Allgemeinen und Weißen im Besonderen vorherrschte, dominiert heute eine Selbstwahrnehmung als arm, unfähig und hilfsbedürftig – eben als „unterentwickelt“ (vgl. z.B. Norberg-Hodge 1991). Zum anderen jedoch bedürfen die Formationsregeln des Entwicklungsdiskurses einer genaueren Analyse, jene Regeln, die die Existenzbedingungen der Gegenstände, Äußerungsmodalitäten, Begriffe und strategischen Wahlen der diskursiven Formation bestimmen.

## Formationsregeln der Gegenstände und Äußerungsmodalitäten

Objekte der „Entwicklung“ sind nationalstaatlich verfasste und abgegrenzte Gesellschaften. Diese Abgrenzung, auf deren Grundlage Aussagen über den „Entwicklungsstand“ getroffen werden, hat die Konsequenz, dass die extremen Unterschiede in den Lebensbedingungen innerhalb dieser Einheiten aus dem Blick geraten. In jedem „weniger entwickelten“ Land existiert eine Schicht, die sich in ihrer Lebensweise nicht von derjenigen der Mittel- und Oberschicht in den „entwickelten“ Ländern unterscheidet. Erst im Entwicklungsdiskurs wird diese Gesellschaft als Einheit mit bestimmtem „Entwicklungsstand“ konstruiert. Das Auftauchen der Gegenstände wird bestimmt durch ein Spezifikationsraster, ein Klassifikationsmuster, das von dem als Norm definierten Zustand der „entwickelten“ Länder abweichende Lebensweisen durch Indikatoren erfasst und als defizitär definiert. Das Erscheinungsgesetz der Gegenstände beinhaltet folglich die Diagnose eines Defizits sowie die Problemlösung durch gesellschaftliche Interventionen auf der Grundlage von Expertenwissen. Nach dem Fehlschlag dieser Intervention hinsichtlich der gesteckten Ziele erfolgt die modifizierte Problemlösung durch Sichtbarmachung, Einbeziehung und Behandlung eines vorher nicht erfassten Bereichs des Gegenstands. Dieser neue Bereich war in der Geschichte der Entwicklungstheorie erst die Infrastruktur, dann waren es die Armen und die Grundbedürfnisse, die Frauen, die ländliche Bevölkerung, die Ökologie und der Markt. Nach dem Eingeständnis der Fehlschläge von Entwicklung folgte regelmäßig die Ausweitung des Einflussbereichs auf neue Aspekte und die erneute planende Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne „richtiger“ „Entwicklung“.

Bemerkenswert hierbei ist, dass die Entwicklungstheorie hierbei nacheinander und teilweise sogar gleichzeitig völlig gegensätzliche Strategien in der Verfolgung des Ziels der „Entwicklung“ vorgeschrieben hat: umweltzerstörende Infrastrukturprojekte und ökologische Gegenmaßnahmen, armutsverschärfende Strukturanpassungsprogramme und soziale Gegenmaßnahmen. Dies ist nach Foucault eine Bedingung für das Vorhandensein einer diskursiven Formation.<sup>2</sup>

Im Hinblick auf die Formationsregeln der Äußerungsmodalitäten ist Folgendes festzustellen: Die Kompetenz wie auch die Legitimität, sich im Entwicklungsdiskurs zu äußern, kommt primär den Experten in Sachen Entwicklung zu – meistens, aber nicht notwendigerweise, weiße Männer aus den „entwickelten“ Ländern. Die institutionellen Plätze, von denen aus der Diskurs möglich ist, sind in erster Linie entwicklungspolitische Organisationen, in zweiter Linie auch die entsprechenden ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Institute an Universitäten.

Wichtigste Formationsregel ist jedoch die der Subjektpositionen: Eine Äußerung im Entwicklungsdiskurs bedingt die Position einer Person, die weiß, was „Entwicklung“ ist und wie man sie erreichen kann. Nur aus dieser Position sind sinnvolle Aussagen in diesem Diskurs möglich. Aussagen, die ein solches Wissen nicht beanspruchen, befinden sich außerhalb der diskursiven Formation und gelten aus der Perspektive des Diskurses als inhaltsleer und nutzlos.

## Formationsregeln der Begriffe und strategischen Wahlen

Die Regeln der Begriffskonstruktion im Entwicklungsdiskurs lassen sich auf drei wesentliche Punkte reduzieren. Erstens: Es gibt „Entwicklung“, d.h. sozialer Wandel verläuft in allen Gesellschaften nach einem universellen Muster. Zweitens: Es gibt „Unterentwicklung“, einen Zustand des Rückstands hinsichtlich der „Entwicklung“, aber dieser Mangel ist durch gezielte gesellschaftliche Intervention auf der Grundlage von Expertenwissen („Entwicklungsmaßnahmen“) zu überwinden. Drittens: Experten sind in der Lage, „Entwicklung“ und „Unterentwicklung“ zu definieren, m.a.W. „Entwicklung“ (bzw. „Unterentwicklung“) ist das, was die Experten als solche bezeichnen.

„Eine diskursive Formation“, so Foucault, „besetzt also nicht das ganze mögliche Volumen, das ihr die Formationssysteme der Gegenstände, ihrer Äußerungen, ihrer Begriffe mit Recht öffnen. Sie ist wesentlich lückenhaft und dies durch das Formationssystem ihrer strategischen Wahl“ (Foucault 1981: 99). Diese strategische Wahl ist geprägt durch die historischen Entstehungsbedingungen und die gesellschaftliche Funktion der diskursiven Formation. Im Fall des Entwicklungsdiskurses lassen sich diese in aller Kürze wie folgt beschreiben: Grundfunktion war die wertende Selbst- und Fremdbeschreibung nach eurozentrischen Kriterien; nach der Diskreditierung rassistischer Ungleichheitsvorstellungen und der Durchsetzung des Gedankens einer Gleichwertigkeit der Menschen konnten die Völker der Welt allerdings nicht mehr in „zivilisierte“ und „barbarische“ eingeteilt werden, allenfalls noch in „schon entwickelte“ und „noch nicht entwickelte“; weiterhin war die Verheißung des Versprechens, alle Menschen würden so leben können wie die Mittelschicht der USA, wenn nur für freien Handel, Wirtschaftswachstum und Technologietransfer gesorgt würde, einerseits wichtiges strategisches Instrument in der geopolitischen Eindämmung des Kommunismus, andererseits aber auch wirtschaftliche Notwendigkeit im Hinblick auf dringend benötigte Absatzmärkte und Rohstofflager. Unter diesen Bedingungen formte sich die bereits oben beschriebene Setzung von vollendeter Norm und defizitärer Abweichung, die mit der Universalisierung

und Hypostasierung bestimmter historischer Prozesse im Europa der Neuzeit einherging.

In Anbetracht der Geschichte des Entwicklungsdiskurses lassen sich im Rahmen der Formation der strategischen Wahlen auch bestimmte Inkompatibilitäts- bzw. Äquivalenzpunkte ausmachen, Punkte, an denen miteinander inkompatible Elemente des Diskurses von denselben Regeln ausgehend gebildet wurden und Aufhängungspunkte einer diskursiven Teilmenge konstituierten. Solche inkompatiblen Elemente waren beispielsweise die Propagierung einer kapitalistischen, weltmarktorientierten oder einer sozialistischen, dissoziativen Entwicklung. Der Großteil der Auseinandersetzungen in der Entwicklungstheorie fand statt zwischen den diskursiven Teilmengen Modernisierungstheorie und Dependenztheorie. Die Dependenztheorie hat jedoch in keiner Weise mit dem Entwicklungsdiskurs gebrochen, sie implizierte lediglich kleinere Modifikationen auf der Ebene der strategischen Wahlen. Dasselbe gilt für den Großteil der Theorien „alternativer Entwicklung“. Eine Kritik der Entwicklungstheorie und -politik, die bessere Projekte oder mehr Umverteilung fordert, selbst eine, die ein anderes Ziel als die moderne Industriegesellschaft formuliert, befindet sich immer noch innerhalb der gleichen diskursiven Formation. Ein Bruchpunkt des Diskurses ergibt sich erst aus der fundamentalen Ablehnung des Expertenwissens über „Entwicklung“, die auf eine Selbstbestimmung der Betroffenen über gesellschaftliche Zielvorstellungen und ihre Umsetzung abzielt.

## Wissen, Macht und die Ordnung des Entwicklungsdiskurses

Durch die Formationsregeln wird eine spezifische Ordnung des Diskurses gebildet, die mit einer gesellschaftlichen Wissensordnung und den dazugehörigen Machtstrukturen verbunden ist, im Fall des Entwicklungsdiskurses mit der institutionalisierten Wissensproduktion der Entwicklungstheorie und den Herrschaftsverhältnissen in auf „Entwicklung“ ausgerichteter Politik. Diese Ordnung impliziert, dass Experten in der Lage sind, gesellschaftliche Zielvorstellungen und dorthin führende Maßnahmen zu identifizieren und dass auf Grundlage dieses Wissens die planerische Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und auch der Lebensweisen der Menschen auch gegen deren Willen legitim ist. Das Wissen von der „Entwicklung“ ist Wissen über die Falschheit anderer Lebensweisen und über ihre notwendige Veränderung. Es verleiht Eingriffen in diese Lebensweisen nicht nur Legitimität, sondern auch die Aura der guten Tat. Die zig Millionen Flüchtlinge und Entwurzelte als Resultat von Infrastrukturprojekten im Namen der „Entwicklung“ dokumentieren das Gewaltpotenzial dieser Diskursordnung.

## Die Transformation des Entwicklungsdiskurses

Als Reaktion auf die theoretische und praktische Krise der Entwicklung in den 80er Jahren, aber auch auf bestimmte historisch-gesellschaftliche Veränderungen fanden einige Neuorientierungen innerhalb des Entwicklungsdiskurses statt, die folgendermaßen skizziert werden können: Die sinkende Attraktivität und schließlich der Zusammenbruch des Ostblocks führten zur Aufgabe des „Entwicklungsversprechens“: Die ohnehin immer weniger glaubwürdig wirkende Verheißung, dass die Menschen in den „Entwicklungsländern“ in wenigen Jahrzehnten so leben könnten, wie die US-Amerikaner, wurde endgültig fallen gelassen. Das Scheitern universeller Entwicklungskonzepte angesichts der Heterogenität und zunehmenden Ausdifferenzierung der Dritten Welt führte zur Abkehr von den „großen Theorien“ und zur Hinwendung zu situativen Lösungen im Rahmen von Theorien mittlerer Reichweite, also zur Partikularität anstelle der Universalität. Die Hegemonie des Neoliberalismus bedingte den Zwang zur Marktorientierung und zur Weltmarktintegration, der für alle Entwicklungsstrategien galt – die sog. „Konterrevolution in der Entwicklungstheorie“. Die Kritik an den ökologischen Konsequenzen des westlichen Entwicklungsmodells und entsprechenden Entwicklungsmaßnahmen (die auch eine Rolle bei der Aufgabe des Entwicklungsversprechens spielte) führte zum neuen Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Die Kritik an der autoritären Komponente einer „top down“ Entwicklung führte schließlich zum neuen Konzept der Partizipation, das die Beteiligung der Betroffenen an Projektplanung und -implementierung vorsieht. Sowohl die mit dem Neoliberalismus verbundene eingeschränkte Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten, die mit der Aufwertung transnationaler Konzerne als politische Akteure einhergeht, als auch die Neuorientierung im Hinblick auf die partizipative Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die politischen Entscheidungsprozesse führten zur Herausbildung des Konzepts der „global governance“.

Entscheidend ist nun, dass diese Neuorientierungen, die von den dominanten Institutionen der Produktion von Entwicklungswissen übernommen wurden, teilweise in Widerspruch mit den Formationsregeln des Diskurses geraten und zu Inkohärenzen in der Ordnung des Diskurses führen. Dies ist das Ergebnis einer empirischen Studie über Vorstellungen über Entwicklung in einigen entwicklungspolitischen Organisationen.<sup>3</sup> Die Hinwendung zur Partikularität, zu situativen statt universellen Lösungen ist nicht kompatibel mit der durch die Formationsregel der Begriffe vorgeschriebenen Existenz von „Entwicklung“ im Singular, die von einem allgemeinen Muster sozialen Wandels ausgeht. Das neue Konzept der Nachhaltigkeit kann die ressourcenverschwendenden, umweltzerstörenden Industrienationen auf keinen Fall mehr als univer-

selle gesellschaftliche Zielvorstellungen bzw. einzuholende Vorbilder darstellen und gerät so in Widerspruch zu den Formationsregeln der strategischen Wahlen, die das Leitbild der „Entwicklung“ untrennbar mit genau diesen Gesellschaften verbinden. Die Neuorientierung im Hinblick auf Partizipation schließlich führt – wenn sie konsequenterweise nicht nur die Projektimplementierung, sondern auch die Projektplanung und v.a. die dieser Planung zu Grunde liegende Problemkonstruktion mit einbezieht und auf Selbstbestimmung der Betroffenen abzielt – zu einer Delegitimierung des Expertenwissens. Wenn die Menschen selber entscheiden sollen, was für sie „Entwicklung“ ist und wie sie sie erreichen, so ist dies ein fundamentaler Widerspruch zu einigen Formationsregeln (der Äußerungsmodalitäten, der Gegenstände und der Begriffe), der einen klaren Bruch mit dem Entwicklungsdiskurs konstituiert. Sowohl eine ökologische als auch eine situativ angepasste Entwicklungspolitik ist vorstellbar, die vielleicht weniger eurozentrisch fundiert ist, aber an der autoritären Komponente des Entwicklungsdiskurses festhält und die Menschen neuen Zwängen unterwirft. Bei einer radikalen Auslegung des Begriffs der Partizipation ist dies jedoch nicht möglich. Da normative Äußerungen über Entwicklungsziele schlicht illegitim wären, würde dies das Ende des Entwicklungsdiskurses bzw. des Entwicklungsdispositivs bedeuten.

Allerdings ist im Bereich der Entwicklung fraglich, in welchem Ausmaß die vorliegende Transformation des Entwicklungsdiskurses zu einer Änderung der nicht-diskursiven Praktiken geführt hat. KritikerInnen bemängeln, dass dieses Ausmaß nur gering ist und die fraglichen Neuorientierungen primär als Legitimation für eine Aufrechterhaltung der bisherigen nicht-diskursiven Praxis dienen. Ob mit den Neuorientierungen Partikularität, Nachhaltigkeit und v.a. Partizipation daher Ansätze zur emanzipativen Transformation des Entwicklungsdispositivs gegeben sind oder ob sie doch letztlich nur der Reformulierung und Neulegitimierung von Herrschaft dienen, muss sich in der Praxis erweisen.

#### 4. Begegnung im Entwicklungsprojekt Zur Ko-Konstituierung von Handlungen, Identitäten und Wirklichkeitskonstruktionen im Entwicklungsdispositiv

„The ‘development encounter’ produces forms of consciousness that are more the property of organizations and ruling groups than a reflection of the concrete coming together of individuals.“

(Arturo Escobar 1991: 668)

An Foucault anknüpfend lassen sich die Diskurse und Praktiken der Nachkriegszeit des 20. Jahrhunderts, die unter den Kategorien Entwicklungshilfe, Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit subsumiert werden, als Dispositiv beschreiben: als ein „Netz“, das „Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze“ zu einer strategischen Formation verbindet, die als Reaktion auf einen Notstand entsteht (Foucault 1978g: 119f; vgl. auch 1978g: 123; 1983: 35, 65, 87, 93 sowie Sawyer 2003: 57). Dieser „Notstand“, wenn man dieser etwas vereinheitlichenden Definition folgen will, ergab sich aus der Notwendigkeit für die Industrienationen, der kolonialen Arbeitsteilung entsprechende wirtschaftliche Beziehungen mit den Kolonien auf der Südhalbkugel auch nach der Dekolonisation aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Identitätskonstruktion des kolonialen Diskurses auch nach der Diskreditierung rassistischer Weltbilder fortzusetzen. Zentrale aus der kolonialen Ära übernommene Mechanismen des Entwicklungsdispositivs sind hierbei die Verzeitlichung geokultureller Differenzen, die als historische Stadien konzeptualisiert werden, sowie das Prinzip der Treuhandschaft, das die sozialtechnologische Transformation wirtschaftlicher, politischer und sozialer Strukturen in die Hände von Experten legt. Was wir jedoch seit etwa zwei Jahrzehnten erleben, ist eine Transformation des Entwicklungsdiskurses, die vielleicht sogar vergleichbar ist mit der diskursiven Transformation zwischen Kolonialzeit und Entwicklungsära (siehe Kap. 2).

Die Produktivität dieses Dispositivs, so die hier vertretene These, kann v.a. durch die Methode der triadischen Analyse verdeutlicht werden. Mit dem Begriff „triad analytics“ verbindet die US-amerikanische Feministin V. Spike Peterson die Untersuchung der Verwobenheit von Handlungen, Identitäten und Bedeutungssystemen (Peterson 2002: 153; 2003:

40). In ihren Worten: Diese Art von Analyse „posits identities (subjectivity, self-formation), meaning systems (symbols, discourse, ideologies) and social practices/institutions (actions, social structures) as *co-constituting* dimensions of social realities“ (dies. 2003: 40, Herv.i.O.).<sup>1</sup> Das heißt, keine dieser Ebenen ist der anderen vorgängig oder kann isoliert untersucht werden, sondern gerade ihre wechselseitige Prägung, ihre Interdependenz gerät in den Blick. Auf den einfachsten Nenner gebracht zeichnet sich die triadische Analyse aus durch „integrating ‘who we are’, ‘how we think’ and ‘what we do’“ (ebd.). Durch diese Art von Analyse soll eine strikte Trennung zwischen diesen Ebenen zugunsten einer Sichtweise aufgegeben werden, die sie als verwobene und miteinander interagierende Dimensionen der sozialen Wirklichkeit auffasst.

## „Entwicklung“

Idealtypisch lässt sich die Verwobenheit von Handlungen, Identitäten und Wirklichkeitskonstruktionen im Bereich der „Entwicklung“ wie folgt skizzieren:

Die grundlegende Wirklichkeitskonstruktion des Entwicklungsdiskurses beinhaltet, dass die als weniger entwickelt oder sich (noch) entwickelnd bezeichneten Regionen soziale, politische und/oder wirtschaftliche Probleme aufweisen, die als „Mangel an Entwicklung“ beschrieben werden können. So erscheint eine Politik oder eine internationale Zusammenarbeit, die auf die Behebung dieses Mangels, also auf Entwicklung ausgerichtet ist, als viel versprechende Maßnahme zur Bekämpfung dieser Probleme. Das traditionelle Grundmuster der Entwicklungszusammenarbeit sieht dabei vor, dass ExpertInnen aus den entwickelten Ländern notwendig oder zumindest hilfreich bei entsprechenden Maßnahmen sind, verortet also eine Problemlösungskompetenz in der OECD-Welt. Implizierte Annahme ist hierbei, dass „Entwicklungsprobleme“ oder „Entwicklungsprozesse“ überall auf der Welt nach einem vergleichbaren Schema auftreten bzw. ablaufen, weshalb Lösungskompetenz weniger mit profunder Kenntnis der kulturellen, sozialen und politökonomischen Umstände vor Ort, sondern mehr mit einem allgemeinen, nicht ortsspezifischen „Entwicklungswissen“ zusammenhängt.

Diese Wirklichkeitskonstruktion bringt zunächst bei Menschen aus den „entwickelten“ Regionen eine Identität hervor, welche die in einer entwickelten Gesellschaft vorherrschenden Institutionen und Normen als gegenüber den Institutionen und Normen weniger entwickelter Gesellschaften als weiter fortgeschritten und überlegen empfindet. Der Grad der Abweichung von diesen Institutionen und Normen kann hierbei als Maßstab für die Unterlegenheit oder Rückständigkeit der Anderen dienen. Bei den in der EZ tätigen Personen wird darüber hinaus eine Identität

tität erzeugt, die 1. es als ihre zentrale Aufgabe ansieht, den Menschen in Entwicklungsländern bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen; 2. sich hinsichtlich dieser Probleme als kompetent definiert und 3. daraus resultierend eine gewisse Autorität gegenüber weniger kompetenten Personen in Anspruch nimmt bzw. zu nehmen legitimiert ist.

Diese Wirklichkeitskonstruktion ermöglicht gleichzeitig die Handlungen, durch die sich EntwicklungshelferInnen auszeichnen: Handlungen, die konstitutiver Bestandteil von Entwicklungsprojekten oder -programmen sind. Diese beinhalten auf der abstrakten Ebene in der Regel eine Angleichung der im Hinblick auf die Norm der entwickelten Gesellschaften defizitären Zustände und Verhaltensweisen, Normen und Institutionen der weniger entwickelten Gesellschaften. Dies kann so unterschiedliche Praktiken wie die Errichtung eines Kraftwerks, die Schaffung einer verkehrstechnischen oder medizinischen Infrastruktur, die Einführung produktiverer landwirtschaftlicher Methoden oder neuer Technologien, die Vermittlung eines zurückhaltenderen reproduktiven Verhaltens bzw. des Gebrauchs von Verhütungsmitteln, die Umstellung der Wirtschaftspolitik oder die Reform des Verwaltungsapparats beinhalten. Die Wirklichkeitskonstruktion des Entwicklungsdiskurses verleiht entsprechenden auf der Basis von Expertenwissen durchgeführten Interventionen in die weniger entwickelten Gesellschaften und das Verhalten der dort lebenden Menschen eine hohe Legitimität: Diese Handlungen sind ihr zufolge Teil einer notwendigen und nützlichen, eventuell sogar unvermeidlichen gesellschaftlichen Transformation hin zu einem evolutionär höheren Zustand oder schlicht einer besseren Gesellschaft.

Die Identität der Handelnden hat hierbei ebenfalls bestimmte Konsequenzen für das Handeln: Weil ich Entwicklungshelfer bin, besteht meine Tätigkeit in der Durchführung von Entwicklungsprojekten und -programmen. Sie besteht im Unterschied dazu nicht darin, Partei zu ergreifen in politischen Konflikten des fraglichen Entwicklungslandes. Darüber hinaus hat die Identität auch Effekte hinsichtlich der Wahrnehmung des Handelns: Da es sich bei den Handelnden um EntwicklungshelferInnen handelt, kann zunächst davon ausgegangen werden, dass ihre Handlungen erstens aus der selbstlosen Motivation heraus stattfinden, anderen, ärmeren Menschen helfen zu wollen, zweitens auf der Basis fundierten Wissens stattfinden und drittens „entwicklungsfördernde“ Auswirkungen haben, d.h. zu einem positiven gesellschaftlichen Wandel beitragen.

Die Identität als Entwicklungshelfer unterstützt hierbei auch die Wahrnehmung durch eine dem eigenen Selbstverständnis und den eigenen Aufgaben entsprechende Brille: Wenn es meine selbstgewählte Aufgabe ist, den Menschen im Süden bei Entwicklungsproblemen zu helfen, neige ich dazu, ihre Probleme als Mangel an Entwicklung wahrzunehmen, als Probleme, bei denen mein Wissen nützlich sein kann. Eine alter-

native Wahrnehmung, die die entsprechenden Probleme nicht als Mangel an Entwicklung, sondern z.B. als Konsequenz einer Klassengesellschaft interpretiert, würde nämlich trotz des Willens zu helfen die eigene Tätigkeit, die mit der Durchführung von Entwicklungsprojekten und nicht dem Organisieren von revolutionären Bewegungen befasst ist, als im Wesentlichen wenig hilfreich charakterisieren müssen. Dementsprechend wird die Wirklichkeitskonstruktion auch von der eigenen Identität geprägt. Dies ist besonders relevant hinsichtlich des Einflusses der institutionellen Erfordernisse von Entwicklungsorganisationen an ihre Wirklichkeitskonstruktion: Die Problemkonstruktion wird hier maßgeblich geprägt von der institutionell verfügbaren Lösungsmöglichkeit.<sup>2</sup>

Die im Rahmen von Entwicklungsprojekten stattfindende Handlung hat wiederum zentrale Bedeutung für die Identitätskonstruktion als EntwicklungshelferIn: Diese wird erst durch die entsprechende Handlung produziert und reproduziert. Voraussetzung ist dabei die Wahrnehmung, dass die Aktivitäten auch tatsächlich zu „Entwicklung“ führen bzw. Auswirkungen haben, die als Teil einer positiven gesellschaftlichen Transformation gedeutet werden können. „Fehlschläge“ der Entwicklungshilfe können allerdings auch durch mangelnde Kooperation der Zielgruppe, Behinderung durch nationale oder lokale Behörden oder andere, nicht in der Verantwortung der Entwicklungsorganisation liegende Gründe erklärt werden, ohne dass die Identitätskonstruktion in Frage gestellt werden müsste.

In ähnlicher Weise untermauert die Handlung auch die Wirklichkeitskonstruktion des Entwicklungsdiskurses, sofern sie nicht offensichtlich mit einer Interpretation als „entwicklungsfördernd“ völlig inkompatible Folgen hatte.<sup>3</sup> Ein Entwicklungsprojekt – zu einem gewissen Grad unabhängig davon, ob es den eigenen Maßstäben nach als erfolgreich gelten kann – reproduziert und stabilisiert jedoch das Wahrnehmungsmuster, dass im Süden Entwicklungsprobleme herrschen, zu deren Bewältigung kompetente EntwicklungsexpertInnen aus dem Norden benötigt werden, die entsprechende gesellschaftliche Veränderungen im Süden in Gang setzen (oder es zumindest versuchen).

Aus der Perspektive der Betroffenen, der „zu Entwickelnden“ sind ähnliche Verflechtungen zwischen Wirklichkeitskonstruktion, Handlung und Identität darstellbar, allerdings oft mit umgekehrten Vorzeichen. Die Wirklichkeitskonstruktion des Entwicklungsdiskurses bringt bei Menschen aus „unterentwickelten“ Regionen eine Identität hervor, welche die Normen und Institutionen der eigenen Kultur, und damit auch die davon geprägte eigene Identität, als unterlegen empfindet. Wenn der Maßstab einer guten Gesellschaft BIP, Schulbildung und Lebenserwartung ist, muss die eigene Existenz unweigerlich als defizitär erkannt werden. Eine Aufwertung der eigenen Identität ist vor diesem Hinter-

grund durch die Übernahme der als überlegen konstruierten Normen und Verhaltensweisen möglich. Die Wirklichkeitskonstruktion hat hier also auch Auswirkungen auf das Handeln. Prinzipiell ist für die Betroffenen natürlich auch eine Zurückweisung dieser Wirklichkeitskonstruktion möglich, die dann in der Regel mit einer grundsätzlichen Zurückweisung der westlichen Kultur und einer Verabsolutierung traditioneller Normen der eigenen Kultur (bzw. oft ihrer vorherigen Konstruktion) einhergeht und hierzulande oft in einer Gestalt auftaucht, die als „islamischer Fundamentalismus“ bezeichnet wird.

Die Akzeptanz der Wirklichkeitskonstruktion des Entwicklungsdiskurses ermöglicht jedoch, in Interaktion mit Entwicklungsorganisationen zu treten und daraus bzw. aus der Beteiligung an Entwicklungsprojekten oder -programmen entsprechende Vorteile zu ziehen. Diese können neben der erwähnten Aufwertung der eigenen Identität (ich lerne, entwickelter zu sein als meine rückständigen Vorfahren/Landsleute) auch durchaus materieller Natur sein. Bedingung dafür ist jedoch, dass die Position als UnwissendeR und die überlegene Position der („entwickelten“) ExpertInnen zumindest formell anerkannt wird, eine potenzielle Folge die Anpassung von Verhalten und Identität an die Wirklichkeitskonstruktion der Entwicklungsinstitution. Hier reproduziert die Handlung im Rahmen des Entwicklungsprojekts, die eine Veränderung eigener Praktiken auf Anweisung oder Vorschlag der ExpertInneninstitution beinhaltet, die eigene Identität als „unterentwickelt“, ebenso wie die Wirklichkeitskonstruktion über das Problem der „Unterentwicklung“ und die Lösung in Form von „Entwicklung“ – es sei denn, die Fehlschläge der Lösungsversuche werden offensichtlich. Ermöglicht wurde die Beteiligung an Entwicklungsprojekten wiederum auf der Grundlage der Wirklichkeitskonstruktion, die solche Projekte als grundsätzlich der eigenen Gesellschaft zugute kommend charakterisiert.

Die Identitätskonstruktion als „unterentwickelt“ schließlich erleichtert das Einnehmen der unterlegenen Schülerposition im Entwicklungsprojekt – das überlegene Wissen der ExpertInnen über die „Entwicklung“ dient ja bereits als Element des Selbstverständnisses – und fügt sich nahtlos ein in die Wirklichkeitskonstruktion des Entwicklungsdiskurses, nach der die Probleme der „weniger Entwickelten“ „Entwicklungsprobleme“ sind, die diese nicht alleine lösen können, sondern für die sie auf „EntwicklungsexpertInnen“ angewiesen sind. Die Identität ist hingegen weniger kompatibel mit unabhängigem, nicht expertengeleiteten kollektiven Handeln – als „Unterentwickelter“ bemühe ich mich eher, wie die „Entwickelten“ zu werden und von ihnen zu lernen, und nicht darum, sie als neokoloniale Ausbeuter aus dem Land zu jagen.

## Empirische Beispiele

Diese idealtypische Darstellung sagt natürlich noch wenig darüber aus, wie die entsprechenden Konstruktionen und Handlungen bei Akteuren in Entwicklungsprojekten tatsächlich ablaufen. Unter Rückgriff auf Beispiele aus der anthropologischen Literatur soll versucht werden, das Schema auf konkrete Situationen anzuwenden.

Am leichtesten fällt dies sicherlich bei Helena Norberg-Hodges Bericht aus dem Himalaya. Während ihrer ersten Besuche in der Region Ladakh, in einem Dorf namens Hemis Shukpachan, fragte sie ihre einheimische Führerin nach den armen Menschen im Dorf und bekam die Antwort: „We don't have any poor people here.“ Acht Jahre später bekam sie mit, wie dieselbe Frau gegenüber Touristen äußerte: „If only you could help us Ladakhis, we're so poor.“ (Zit. nach Norberg-Hodge 1996: 35) Offensichtlich hat sich die kollektive Selbstwahrnehmung der Frau (oder zumindest ihre öffentliche Darstellung gegenüber westlichen BesucherInnen) innerhalb weniger Jahre fundamental gewandelt. Was in diesem Dorf in diesem relativ kurzen Zeitraum geschehen ist, war an sich nichts Spektakuläres: Die ersten Entwicklungsprojekte und TouristInnen waren angekommen, und es gab jetzt einen Fernseher im Dorf. Auch hat sich die Erwerbsbasis der BewohnerInnen entsprechend verändert. Es ist anzunehmen, dass sich in der Konfrontation mit den finanziellen Ressourcen und dem angenehmen (Urlaubs-)Leben der TouristInnen, mit den technischen Ressourcen des Entwicklungsprojekts und der medialen Darstellungen der westlichen Lebensweise in den Seifenoperen, aber vermutlich auch in der zunehmenden Betätigung als Übersetzerin, Touristenführerin und/oder Bettlerin die Wahrnehmung der weitestgehend auf Subsistenzbasis funktionierenden Dorfgemeinschaft, der eigenen Kultur, wie auch der eigenen Identität grundlegend geändert hat. Auch bei anderen DorfbewohnerInnen war festzustellen, dass sie ihre innerhalb der Wirklichkeitskonstruktion des Entwicklungsdiskurses defizitäre bzw. rückständige Identität durch „moderne“ Handlungen (Tragen von Armbanduhr, Hören von westlicher Musik) neu konstruierten.

Zu ähnlichen Folgerungen kommt Nanda Shreshta (1995) in seinen Reflexionen über seine Kindheit in Pokhara/Nepal und die Rolle der „Entwicklung“ (bikas). Die Identität der Entwickelten (Bikasi) und Unterentwickelten (Abikasi) waren eng verknüpft mit den entsprechenden Handlungen: Die einen lernten Englisch und moderne Wissenschaften, die anderen blieben abergläubischen traditionellen Praktiken verhaftet und mussten ihr Geld mit Handarbeit verdienen. Das in der Schule vermittelte Wissen hatte dabei weniger praktischen Nutzen, sondern etablierte vielmehr eine Wirklichkeitskonstruktion, die Bildung mit Schulwissen in eins setzte und daher SchulabbrecherInnen, die von ihren El-

tern zur Arbeit herangezogen wurden, ihre Unterlegenheit gegenüber „Höhergebildeten“ deutlich machte. Die Lebensweise von EntwicklungshelferInnen des Peace Corps im Dorf, die über Hausangestellte verfügten und sich als RatgeberInnen verstanden, wurde als Manifestation einer modernen, auf Bildung beruhenden, entwickelten Lebensweise gesehen. Ihnen eiferte nach, wer als modern und entwickelt gelten wollte. In früheren Jahren waren diese Weißen noch abfällig als „monkeys“ titulierte worden.<sup>4</sup>

Dass eine solche Übernahme der „westlichen“ Wirklichkeitskonstruktion in keiner Weise zwingend notwendig ist, illustriert die Anekdote von Wolfgang Sachs, der einige Monate nach dem Erdbeben ein heruntergekommenes Viertel von Mexiko City namens Tepito besuchte. Trotz der florierenden Schattenwirtschaft und regen Bautätigkeiten, so entfuhr es ihm gegenüber seinen einheimischen Begleitern, seien die Leute hier letztlich aber doch ziemlich arm. „No somos pobres, somos Tepitenos“, wurde er zurechtgewiesen (zit. nach Sachs 1999: 8). Hier wird die Einordnung der örtlichen Lebensweise und der damit verbundenen Identität auf der universellen Skala (auf der einen Seite reich bzw. entwickelt, auf der anderen arm bzw. unterentwickelt) abgelehnt, und zwar nicht unter Berufung auf eine alternative universelle Skala (beispielsweise kulturverwurzelt/kulturlos oder religiös/gottlos), sondern mit der impliziten Zurückweisung jeder universellen Skala und der Aufforderung, die eigene Identität gefälligst „on its own terms“ zu akzeptieren. Es ist anzunehmen, dass sich eine solch selbstbewusste Identität nur in eigenständigen, lokal bezogenen Praktiken herausbilden kann, nicht aber in Entwicklungsprojekten, die per Definition die jeweilige Lebensweise mit dem westlichen Standard messen und als defizitär und entwicklungsbedürftig einordnen.

Andererseits ist auch in Betracht zu ziehen, welche Auswirkungen ein Entwicklungsprojekt auf die Identitäts- und Wirklichkeitskonstruktion der EntwicklungshelferInnen hat. Arturo Escobar (1991) skizziert im Kontext dieser Frage ein von USAID finanziertes Aufforstungsprojekt auf Haiti, das die örtlichen BäuerInnen mittels ökonomischer Anreize zur Teilnahme bewegte. Der abschließende Bericht des Projektleiters offenbart, dass das Problem ökologischen Raubbaus neo-malthusianisch konzipiert, die BäuerInnen als ökonomisch rational denkende Nutzenmaximierer und „aggressive cash croppers ... rac[ing] each other with axes and machetes to cut down the few natural tree stands remaining“ charakterisiert (zit. nach Escobar 1991: 673) und dementsprechend ökologische Sichtweisen als illusionär abqualifiziert werden: „Trees will emerge when and only when human beings start planting them aggressively as a harvestable crop, not when human consciousness is raised regarding their ecological importance“ (ebd.). Die Kommodifizierung

des Waldes erscheint hierbei als „evolutionary step“. Der Autor schließt zufrieden: „I felt satisfaction at having chosen a discipline that could give me the privilege of participating, even marginally, in this very ancient cultural-evolutionary transition“ (ebd.). Die Beteiligung der einheimischen Bevölkerung am Aufforstungsprojekt ermöglicht es dem Entwicklungsexperten in diesem Fall, die Identität der Anderen gleichzeitig klassisch modernisierungstheoretisch zu konstruieren und die menschliche Identität insgesamt mit dem Modell des homo oeconomicus zu verknüpfen. Anzunehmen ist, dass eine Nichtbeteiligung der Zielbevölkerung zwar die Anwendbarkeit des Modells abgeschwächt, ihre Rückständigkeit jedoch noch deutlicher hätte hervortreten lassen. Trotz der evolutionstheoretischen Prämisse ist die Tätigkeit des Entwicklungsexperten zwingend notwendig: Er fungiert quasi als Geburtshelfer des historischen Zivilisationsprozesses, dessen Hauptmerkmal die zunehmende Ökonomisierung der Welt zu sein scheint. Der Experte weiß um diesen Prozess und übernimmt die Rolle des wohlwollenden Anleiters der Eingeborenen, seine Identitätskonstruktion entspricht beinahe dem idealtypischen Modell (s.o.). Zwar ist keine Studie über die Identitätskonstruktion aus der Sicht der Betroffenen bekannt, allerdings haben, wie bereits bemerkt, Projekte mit dieser Wirklichkeitskonstruktion oft den Effekt, dass die einheimische Bevölkerung sich den Erwartungen dieser Sichtweise anpasst, um aus der Interaktion mit der Entwicklungsorganisation Vorteile zu ziehen.

## Fazit

Zwar können die genannten Beispiele nur schlaglichtartig und unsystematisch die Umrisse der Problematik skizzieren, deutlich wird jedoch, dass die Verwobenheit von Wirklichkeitskonstruktionen, Identitäten und Handlungen im Bereich der „Entwicklung“ ein viel versprechendes und bislang relativ wenig beachtetes Forschungsfeld darstellt. Deutlich werden ebenfalls eurozentrische und herrschaftsförmige Elemente der Diskurse und Praktiken des Entwicklungsdispositivs. Diese Verflechtungen als Effekte einer politischen Technologie zu analysieren, wäre Aufgabe einer an Foucault orientierten kritischen Sozialwissenschaft im Bereich der Nord-Süd-Beziehungen, die zum jetzigen Zeitpunkt noch „unterentwickelt“ ist.<sup>5</sup>

## 5. Entwicklung, Neoliberalismus und Migration als Diskurse der Gewalt

„Die Vorstellung, Gewalt sei in vor-modernen Gesellschaften stärker verbreitet gewesen, in fremden Gesellschaften viel häufiger anzutreffen, nur in modernen Gesellschaften lediglich noch eine Ausnahmerecheinung, scheint ein Mythos mit beträchtlichen Fehlwahrnehmungen zu sein.“

(Heitmeyer/Hagan 2002: 20)

Diese These, explizit formuliert aus der Perspektive der westlichen Sozialwissenschaft, stellt den Ausgangspunkt für das vorliegende Kapitel dar. Die Untersuchung von Gewalt soll hier gerade die Gewalt in Bereichen der Nord-Süd-Beziehungen in den Blick nehmen. Während Gewalt – zu Recht – meist im Zusammenhang mit Krieg, Rassismus (bzw. „Fremdenfeindlichkeit“) und Geschlechterverhältnissen betrachtet wird, sollen an dieser Stelle andere Bereiche in Augenschein genommen werden, die eher seltener oder gar nicht mit Gewalt assoziiert werden: Entwicklungsprojekte, Strukturanpassungsprogramme und Migrationspolitiken. Die jene Maßnahmen ermöglichenden und legitimierenden Diskurse bedürfen ebenfalls der Analyse.

Zunächst soll jedoch geklärt werden, was in diesem Kontext unter Gewalt und unter Diskursen zu verstehen ist. (1.) Anschließend sollen nacheinander Beispiele aus den Bereichen Entwicklung (2.), Strukturanpassung/Neoliberalismus (3.) und Migration (4.) skizziert und ihr Verhältnis zu den jeweiligen Diskursen analysiert werden. Dabei soll folgenden Fragen nachgegangen werden: Inwiefern ist die anzutreffende Gewalt in den Diskursen angelegt? Wie ist das Verhältnis von indirekter und direkter Gewalt? Unter welchen Umständen sind Diskursverschiebungen in Richtung auf eine weniger gewalttätige Praxis möglich?

### Begriffsklärungen: Gewalt und Diskurse

Gewalt kann ganz allgemein definiert werden als eine bewusste Verletzung (bis hin zur Tötung) der Opfer (Heitmeyer/Hagan 2002: 16), ist jedoch über diese sehr grobe Beschreibung hinaus ungemein vielschichtig und ihre Definition ebenso umstritten. Imbusch (2002: 38ff) unterscheidet mehrere Dimensionen der Gewalt: physische (körperliche Schädigung), psychische (durch Worte, Gebärden, Bilder), institutionelle

(dauerhafte Unterwerfungsverhältnisse, v.a. Staatsgewalt), strukturelle (ungleiche Lebenschancen aufgrund systemischer Strukturen, v.a. marktvermittelte Gewalt) sowie kulturelle und symbolische Gewalt (v.a. die in Sprache, Symbolsystemen, Normen und Werten eingelagerte Rechtfertigung von Gewalt). Hierbei können die kulturellen und symbolischen Dimensionen im vorliegenden Artikel der Ebene des Diskurses zugeordnet werden. Allerdings fällt bereits hier auf, dass sowohl institutionelle wie auch strukturelle Gewalt nur bedingt immer eine bewusste Verletzung von Opfern beinhaltet. Staatsgewalt bleibt bei konformem Verhalten in der Regel latent, und marktvermittelte Gewalt in Form ungleicher Lebenschancen wird in der Regel nicht bewusst ausgeübt. Es scheint sinnvoll, daher zwischen direkter und indirekter Gewalt zu unterscheiden, wobei erstere sich auf von konkreten Akteuren ausgeübte physische Gewaltakte bezieht.

Als Diskurs soll in diesem Artikel in Anlehnung an Foucault (1978b, 2001) eine mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen verwobene Redeweise betrachtet werden, die bestimmte Regelmäßigkeiten aufweist, bestimmte Konzeptualisierungen zur Verfügung stellt, den Horizont möglicher Aussagen und Praktiken absteckt und über ein Regelwerk der Wissensproduktion ein bestimmtes „Wahrheitsregime“ konstituiert. Diskurse können auf vielfältige Weise selbst gewaltförmig sein, v.a. indem sie Gewaltakte als unvermeidlich, sinnvoll oder wünschenswert legitimieren. Gerade im Hinblick auf die weit gefasste Definition struktureller Gewalt ist bei der Kennzeichnung von Gewaltdiskursen jedoch Vorsicht angebracht. Im vorliegenden Artikel sollen daher Diskurse als Gewaltdiskurse gelten, wenn sie Gewalt nicht nur in obiger Weise legitimieren, sondern ihre diskursiven Strukturen die Ausübung von Gewalt bedingen.

## Entwicklungsprojekte und Gewalt, Gewalt im Entwicklungsdiskurs

### *Beispiel 1: Vertreibungen von Indigenen im Rahmen von Infrastrukturprojekten*

In den achtziger Jahren plante die indische Regierung mit Unterstützung internationaler Entwicklungsorganisationen ein gigantisches Staudammprojekt am Narmada Fluss. Für den wichtigsten Teil des Narmada Valley Development Projects, den Sardar Sarovar Staudamm, bewilligte die Weltbank 1985 450 Mio. Dollar Kredit. Offiziellen Darstellungen zufolge sollen im Rahmen des Projektes 200.000 Menschen umgesiedelt werden, um für 40 Mio. Menschen eine adäquate Wasserversorgung zu gewährleisten. Unabhängigen Untersuchungen zufolge betrifft die Umsiedelung mindestens eine halbe Million Menschen, die Mehrheit von ihnen

Adivasi (Ureinwohner), die angebliche Wasserversorgung beruht auf unseriösen Berechnungen und unerfüllten oder sogar unerfüllbaren Versprechen, und selbst eine von der Weltbank auf massiven öffentlichen Druck eingesetzte Expertenkommission kam zu dem Schluss, dass das Projekt katastrophale soziale und ökologische Konsequenzen habe, woraufhin sich die Bank von dem Projekt zurückzog. Dennoch wurde das Projekt fortgesetzt, und die sich der Umsiedelung widersetzenen DorfbewohnerInnen wurden von der Polizei mit Gewalt abtransportiert. Neues Land wurde den Enteigneten nur zum Teil zur Verfügung gestellt, und dieses Land war meist steinig oder versalzen oder versumpft oder unfruchtbar. Teilweise wurden die Vertriebenen auch aufgeteilt und in „Gastdörfern“ angesiedelt. Die meisten Vertriebenen endeten schließlich in den Slums der Großstädte (vgl. Roy 1999, Mehta 1994, Rich 1998: 159ff, 258ff).

Dem Schema von Imbusch zufolge lässt sich hier eine physische Gewalt konstatieren, die kurzfristig im Zufügen körperlicher Schäden und dem Entzug der Bewegungsfreiheit, langfristig jedoch in der erzwungenen Vertreibung aus dem angestammten ökologischen und soziokulturellen Umfeld besteht. Dies hat Implikationen für die Ebene der psychischen wie auch für die der strukturellen Gewalt. Zum einen werden die Menschen aus einer sozialen Gemeinschaft, in der sie als gleichberechtigte Mitglieder anerkannt sind, herausgerissen und zu Flüchtlingen und Bittstellern. Zum anderen werden ihnen die Mittel, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, entzogen. Generell handelt es sich um indirekte institutionelle Gewalt, ausgeübt durch den Staat (mit finanzieller Unterstützung durch Entwicklungsorganisationen), die jedoch aufgrund des nonkonformen Verhaltens der Betroffenen in direkte Gewalt umschlägt.

### *Beispiel 2: Zwangsweise Impfungen im Rahmen gesundheitspolitischer Maßnahmen*

Obwohl in Indien die traditionelle Medizin schon seit Jahrhunderten mit Variolation und Inokulation wirksame Praktiken gegen die Ausbreitung der Windpocken kennt, rief die indische Regierung 1962 das National Smallpox Eradication Program ins Leben, das in den 60ern und 70ern das Ziel verfolgte, die gesamte Bevölkerung durch Impfungen nach Erkenntnissen der modernen Medizin gegen Windpocken zu immunisieren und die Krankheit auszurotten. Dies konnte nur gegen erheblichen Widerstand der Betroffenen durchgesetzt werden, da die traditionelle - weniger effektive - Heilmethode in bestimmte kulturelle und religiöse Rituale eingebunden war und mit der Verehrung einer Gottheit namens Sitala einherging. Diese manifestierte sich bei einem Ausbruch der Krankheit und musste besänftigt werden. Der Widerstand der Bevölke-

rung gegen die neuen Impfmethode, der Apffel-Marglin (1990) zufolge auch ein Widerstand gegen die Auswüchse des politischen Zentralismus, die Missachtung ihrer traditionellen Kultur und gegen das logozentrische Weltbild der modernen Wissenschaft war, erforderte bisweilen die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung der Impfung. Apffel-Marglin beschreibt, wie Impfgruppen (bestehend aus Ärzten und Polizisten) nachts in die Hütten eines Dorfes eindrangen, um die schlafenden Bewohner zu überwältigen, Unwillige am Boden festhielten und ihnen die Spritzen in den Arm rampten, während andere sich den Impfgruppen mit Waffengewalt entgegenstellten (1990: 119).

Hinsichtlich der unterschiedlichen Dimensionen von Gewalt ließe sich dieses Phänomen wie folgt charakterisieren: Es handelt sich um die kurzzeitige Anwendung von physischer Gewalt, die jedoch vermutlich ohne längere Folgeschäden bleiben wird. (Langfristig ist sogar ein gesundheitsfördernder Effekt zu erwarten.) Schwerwiegender ist da die psychische Gewalt, die demütigende, eventuell sogar traumatische Erfahrung, von unbekanntem Männern einem medizinischen Eingriff unterzogen zu werden, dessen Notwendigkeit man nicht einsieht bzw. dem man möglicherweise aus kulturell-weltanschaulichen Gründen ablehnend gegenübersteht. Die Verfügung über den eigenen Körper wird kurzfristig gewaltsam entzogen. Hervorzuheben ist weiterhin, dass es sich hier um institutionelle Gewalt handelt, die erst durch das abweichende Verhalten der Betroffenen von der latenten zur manifesten wird – bei freiwilliger Impfung wäre keine Gewalt angewandt worden.

Gerade im Hinblick auf die gewaltsame Vertreibung im Rahmen von Infrastrukturprojekten ließen sich sicher zahllose andere Beispiele für Gewalt im Zusammenhang mit Entwicklungsprojekten anführen. (Vorsichtigen Schätzungen zufolge wurden allein in Indien und allein durch Staudämme 30 bis 40 Mio. Menschen vertrieben, vgl. Roy 1999: 36). Aber auch die erzwungene oder „halberzwungene“ Sterilisierung von Frauen in Asien, Afrika und Lateinamerika als Teil bevölkerungspolitischer Maßnahmen kann als Teil dieser Art von Gewalt gesehen werden. Die Frage ist nun, ob diese Gewalt im Entwicklungsdiskurs angelegt ist oder ob die Ursachen dieser Phänomene eher auf anderen Ebenen zu suchen sind (politische Kultur, patriarchale Strukturen, regionale und lokale Machtkämpfe, etc.) und der Entwicklungsdiskurs lediglich missbraucht wurde.

Eine erste Annäherung an den Entwicklungsdiskurs bieten die Definitionen von Ulrich Menzel. Unter Entwicklungstheorie versteht er „Aussagen, mit deren Hilfe ... begründet wird, warum es in den Industriegesellschaften Westeuropas, Nordamerikas und Ostasiens zu Wirtschaftswachstum, sozialer Differenzierung und Mobilisierung, mentalem Wandel, Demokratisierung und Umverteilung gekommen ist (diese Prozesse

nennt man Entwicklung) bzw. warum in den übrigen Teilen der Welt diese Prozesse ausbleiben, nur unvollständig realisiert werden oder lediglich eine Karikatur dieser Prozesse zu beobachten ist. Letzteres nennt man ... Rückständigkeit oder Unterentwicklung“ (1993: 132). Als Entwicklungsstrategien bezeichnet Menzel „aus den Theorien abgeleitete Maßnahmen, mit deren Hilfe die Abweichungen von diesen Normen behoben werden sollen“, Entwicklungspolitik ist demnach „die Implementierung dieser Strategien auf der Ebene politischer Handlungen“ (ebd.).

Innerhalb dieses Rahmens ist jedoch bei unterschiedlichen entwicklungspolitischen Akteuren eine klare Rechtfertigung von Gewalt bei dieser Implementierung festzustellen, z.B. in Äußerungen wie: „Es gibt keine Entwicklung, ohne dass irgend jemand dabei verletzt wird, bevor die positiven Auswirkungen zum Tragen kommen“ (David Hopper, ehem. Vize-Präsident der Weltbank, zit. nach Rich 1998: 149). Aufschlussreich ist in diesem Kontext auch die empörte Aussage eines hochrangigen Mitarbeiters der indischen Botschaft zu einigen Europäern, die unter dem Slogan „Keine Menschenopfer für Entwicklung“ gegen den erwähnten Sardar Sarovar Staudamm protestierten: „So you want our country to remain underdeveloped!“ (pers. Erfahrung) Der implizite Umkehrschluss lautet: Das Ziel der Entwicklung ist ohne Inkaufnahme von (Menschen-)Opfern nicht zu erreichen und rechtfertigt diese. Etwas vorsichtiger formuliert ein Weltbankmitarbeiter denselben Sachverhalt: „Niemand will das Massaker auf dem Tian'an men Platz verteidigen, aber wenn das notwendig war, um die politische Desintegration des Landes zu verhindern und wir weiterhin zufrieden sind über die graduellen Fortschritte in der Reduzierung der Armut und in der politischen Öffnung Chinas, dann sollten wir weiter mit China zusammenarbeiten.“ (Interview am 19.4.2002)

Eine nähere Betrachtung des Entwicklungsdiskurses (Cowen/Shenton 1996; Escobar 1995; Ziai 2004) führt zu dem Ergebnis, dass dort ein sozialtechnologischer Diskursstrang mit einem evolutionistischen verbunden wird, so dass bestimmte Gesellschaften als defizitär („unterentwickelt“) definiert und ihre anpassende Veränderung im Hinblick auf die als Norm gesetzte westliche (moderne, industrielle, kapitalistische, säkulare, demokratische, individualistische) Gesellschaft („Entwicklung“) durch politische Interventionen vorgeschrieben wird. Dabei gibt es bestimmte Personen, die im Diskurs privilegiert sind und das Recht haben, die Ziele und Wege einer solchen gesellschaftlichen Veränderung festzulegen („Entwicklungsexperten“). Diese Konzeption einer Treuhandschaft geht oft einher mit einer Vorstellung der Notwendigkeit „schöpferischer Zerstörung“: Die zur Erreichung des höherwertigen und mit dem Allgemeinwohl identifizierten gesellschaftlichen Zustandes unabdingbaren Transformationsprozesse sind gelegentlich mit Kosten und

Opfern verbunden, die aber im Namen des Allgemeinwohls in Kauf genommen werden müssen. (Zum Verhältnis von Entwicklung und Gewalt vgl. auch Schrijvers 1993; Nandy 1995).

Es lässt sich also festhalten, dass die Gewalt auf folgende Weise im Diskurs angelegt ist: Der Diskurs konstruiert mit unterschiedlichen Rechten ausgestattete Subjektivitäten: „wissende“ und legitimierte Experten und „zu Entwickelnde“ oder allgemein „unwissende“ und nicht legitimierte Betroffene. Die privilegierten Experten definieren einen universell wünschbaren Gesellschaftszustand sowie die notwendigen Schritte zu seiner Erreichung, der Staat sorgt letztlich für die Durchsetzung dieser Schritte. Dies kann im Zweifelsfall legitimerweise auch mit Gewalt geschehen, da die Verfolgung des Entwicklungsziels im allgemeinen Interesse, also auch in dem der Betroffenen ist. Die Gewalt resultiert aus dem Zusammenspiel von undemokratischer Definitionsmacht über gesellschaftliche Zielvorstellungen und einer Logik, der zufolge der Zweck die Mittel heiligt, ist also in den diskursiven Strukturen des universell gültigen gesellschaftlichen Zielzustands bzw. des Prozesses dorthin sowie in den Konzepten der Treuhandschaft und der schöpferischen Zerstörung verankert. Im Entwicklungsdiskurs angelegt ist folglich eine primär indirekte institutionelle Gewalt, die bei nonkonformem Verhalten in direkte, physische Gewalt umschlägt und über das Interesse der Betroffenen legitimiert wird.

## Strukturanpassungsprogramme und Gewalt, Gewalt im neoliberalen Diskurs

### *Beispiel 3: Strukturanpassung in Jamaika*

Im Rahmen der Schuldenkrise der Länder der Dritten Welt Anfang der achtziger Jahre wurden Kredite von Internationalem Währungsfonds und Weltbank an die Umsetzung bestimmter wirtschaftspolitischer Vorgaben gebunden, an die sog. Strukturanpassungsprogramme. Diese können als Manifestationen eines neoliberalen Diskurses in den entsprechenden Institutionen gelten, ihre Maßnahmen beinhalten Liberalisierung des Handels und der Finanzmärkte, Privatisierung öffentlicher Institutionen und Versorger, radikale Haushaltskonsolidierung, Währungsabwertung, Exportförderung, Schaffung eines günstigen Investitionsklimas und generell Deregulierung in Form der Zurückdrängung oder Abschaffung staatlicher Eingriffe in den Marktmechanismus. Ihr Ziel war makroökonomische Stabilisierung und das Management der Schuldenkrise.

An Jamaika (um ein Land zu nennen, das diese Programme unter einer konservativen Regierung vorbildlich und mit massiver finanzieller Unterstützung der USA umgesetzt hat) lassen sich die sozialen Auswirkungen dieser Programme illustrieren (die in vielen anderen Ländern in

sehr ähnlicher Weise zu beobachten waren): Die massiven Kürzungen im öffentlichen Sektor führten zu einem rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit (alleine zwischen Oktober 1984 und Oktober 1985 wurde ein Fünftel aller Stellen gestrichen, die Arbeitslosenrate stieg auf 30%, für junge Frauen betrug sie das Doppelte), die Reallöhne sanken aufgrund der monetaristischen Finanz- und unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik (zwischen 83 und 85 um 48 %), durch die Streichung von Nahrungsmittelsubventionen und die Erhöhung der Importpreise kam es zu einem dramatischen Anstieg der Lebenshaltungskosten (alleine der Lebensmittelkorb für eine fünfköpfige Familie kostete Mitte der Achtziger mehr als das Zweieinhalbfache bis Dreifache des Mindestlohns), die öffentlichen Ausgaben im Gesundheitssektor wurden dabei um ein Viertel bis ein Drittel gekürzt (selbst von schwangeren Frauen wurden Krankenhausbühren erhoben, die für ärmere Schichten drei Wochenlöhnen entsprachen). In der Folge der gestiegenen Lebenshaltungskosten erhöhte sich die Unterernährung bei Kindern unter 3 Jahre zwischen 1981 und 1985 um etwa 50%, die (unterernährungsbedingte) Blutarmut bei Müttern um knapp 100%. Die Kindersterblichkeitsrate stieg dementsprechend ebenfalls an. Als Reaktion auf neuerliche Preiserhöhungen kam es 1985 zu Krawallen, bei denen mindestens sechs Demonstrierende von den Sicherheitskräften getötet wurden. (Vgl. George 1988, Kap. 11; McAfee 1994).

Schwerwiegender noch als diese direkte institutionelle Gewalt erscheint jedoch die strukturelle Gewalt, die aus diesen Statistiken deutlich wird. Die Strukturanpassungsprogramme in Jamaika haben augenscheinlich zu einer deutlichen Verschärfung der Armut und zu einer Verminderung der Lebenschancen des ärmeren Teils der Bevölkerung geführt. Die gewaltsamen Zusammenstöße mit der Polizei wie auch die Zunahme der Kriminalität können als Folge dieser verschärften strukturellen Gewalt gelten. Ebenso ist darauf hinzuweisen, dass die strukturelle Gewalt hier durchaus auch zu körperlichen Schädigungen durch Unterernährung führt.

Erneut ist die Frage zu stellen, inwieweit die Gewalt im neoliberalen Diskurs angelegt ist. Wieder ist die diskursive Figur anzutreffen, dass die negativen Effekte der Maßnahmen aufgrund der positiven Effekte in Kauf genommen werden müssten. So schreibt die Weltbank hinsichtlich der Kritik an Strukturanpassungsprogrammen und marktorientierten Reformen: „Not surprisingly, case studies of reform episodes show that market-friendly reforms have uneven costs and benefits ... with the costs concentrated on particular groups ... On the whole these costs do not negate the benefits of the reforms discussed above. ... In view of the urgent need to get countries into dynamic, job-creating development paths, it is critical that the difficulty of reform and the impossibility of

compensating every loser not lead to policy paralysis.“ (World Bank 2000: 66, 76). Zu den in diesem Fall in Kauf zu nehmenden Kosten wird auch erhöhte soziale Ungleichheit gerechnet (54f). Die positiven Effekte sind die Anreize eines marktorientierten Systems, die zu einem dynamischen Wirtschaftswachstum führen, das auch der ärmeren Bevölkerung Beschäftigungsmöglichkeiten und Wohlstandszuwachs bringt. Die Vorteile von Spezialisierung und internationaler Arbeitsteilung führen auch auf globaler Ebene zu Wohlstandssteigerung. Marktverzerrende Eingriffe führen hingegen zu einer ineffizienten Ressourcenallokation und einer stagnierenden Wirtschaft.

Noch deutlicher werden die Grundannahmen des neoliberalen Diskurses besonders in den Äußerungen des Vordenkers des Neoliberalismus, Friedrich von Hayek. Ihm zufolge (Hayek 1977) sorgt die unsichtbare Hand des Marktes dafür, dass ein ausschließlich am eigenen wirtschaftlichen Eigeninteresse orientiertes Handeln zur effizientesten Ressourcenallokation und damit zum größten allgemeinen Wohlstandszuwachs führt. Die durch den Marktmechanismus vorgenommene Güterverteilung ist daher die einzig gerechte, und die Ungleichheit dieser Verteilung ist die Voraussetzung dafür, dass es überhaupt zu wirtschaftlichem und zivilisatorischem Fortschritt kommt. Eingriffe in den Marktmechanismus mit dem Ziel der Umverteilung (sei es durch gewerkschaftliche Organisation oder den Sozialstaat) sind daher erstens kontraproduktiv (die mit der Schmälerung von Gewinnen verbundene Verminderung der Anreize für Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit führt zu geringerer Produktivität und daher zu einer Verringerung des gesamtgesellschaftlichen Produkts, die auch die Armen betrifft) und zweitens ungerecht (da sie durch Zwangsmechanismen die erfolgreichen TeilnehmerInnen am Marktgeschehen um ihren Anteil bringen, den sie bei gleichen Spielregeln für alle erwirtschaftet haben). Allerdings müssen die „Spielregeln“ von Eigentum und Vertrag natürlich auch durch Zwang, nämlich durch den Staat, durchgesetzt werden. Auf der Grundlage dieser Annahmen rechtfertigt Hayek soziale Ungleichheit als „höchst erfreulich“ und „einfach nötig“ (1981: 36) und postuliert: „Es wäre ... eine Nachlässigkeit in der Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit“ wenn „unfähige Wettbewerber“ geschont würden (1977: 35). Die Auslese über den Wettbewerb sieht von Hayek dann auch als das einzige Mittel gegen das „Problem der Überbevölkerung“ (1981: 38).

Abstrakt betrachtet ist es wiederum das Definitionsrecht über das Allgemeinwohl (größtmögliche Produktion) und seine Erreichung (durch den ungehinderten Marktmechanismus), das zusammen mit der Zweck-Mittel-Logik die Legitimationsgrundlage für die Ausübung von Gewalt, in diesem Fall die strukturelle Gewalt marktorientierter und soziale Ungleichheit verschärfender „Reformen“, darstellt. Hier ließe sich mög-

licherweise auch eine Grenze ziehen zwischen einem sozialliberalen Diskurs, der die soziale Ungleichheit einer Marktwirtschaft als notwendiges Übel darstellt, das es sozialpolitisch zu bekämpfen gilt, und einem neoliberalen Diskurs, der die strukturelle Gewalt als natürlich und v.a. gerecht konzipiert und sozialen Ausgleich als schädlich und illegitim brandmarkt. Eine solche Grenze ist natürlich fließend.

Auch wenn die Gewalt in diesem Fall strukturell bzw. marktvermittelt ist, bedarf sie doch zur Absicherung der institutionellen Staatsgewalt, was besonders dann deutlich wird, wenn die Armen die Unantastbarkeit der Gesetze über Eigentum und Markt praktisch in Frage stellen und sich widerrechtlich Nahrung oder sonstige Waren aneignen. In diesem Fall schlägt der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse in direkte physische Gewalt um. Zwar wird im Diskurs das Allgemeinwohl ökonomisch und seine Erreichung neoliberal definiert, allerdings konstruiert der neoliberale Diskurs keine unterschiedlich privilegierten Subjekte, gerade die Gleichheit Aller vor dem Markt und dem Gesetz des Eigentums stellt einen seiner wesentlichen Bestandteile dar. Natürlich ist dies eine „Gleichheit der Ungleichen“, welche auf der einen Seite die Besitzenden und auf der anderen Seite die Wettbewerbsfähigen klar bevorteilt. Die im Diskurs angelegte Gewalt ist also primär indirekter, struktureller Natur, diese wird jedoch durch institutionelle, im Zweifelsfall auch direkte physische Gewalt abgesichert. Legitimiert wird sie unter Verweis auf das Allgemeinwohl.

## **Migrationspolitik und Gewalt, Gewalt im Migrationsdiskurs**

### *Beispiel 4: Migrationsverhinderung durch regionale Flüchtlingsauf- fanglager*

Während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien setzte die EU erstmals das Konzept der Regionalisierung von Flüchtlingsbewegungen durch: Die Flüchtlinge werden zum großen Teil bereits in der Herkunftsregion aufgehalten, um eine Migration von Kriegsflüchtlingen zu verhindern, die aufzunehmen die EU-Staaten nach der Genfer Konvention verpflichtet wären. Ende Mai 1999 lebten über ein Drittel der 680.000 kosovarischen Flüchtlinge in Mazedonien und Albanien in von der NATO errichteten Lagern. Die Lager sind mit Stacheldraht umzäunt, und die Flüchtlinge sind fast vollständig interniert: Kontakt zur Außenwelt ist nur sehr begrenzt möglich. Bei Versuchen der Flüchtlinge, die Zäune niederzureißen, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der mazedonischen Polizei (vgl. Dietrich/Glöde 2000: 31ff).

Wiederum ist nonkonformes Verhalten der Auslöser für das Umschlagen von institutioneller in direkte physische Gewalt, und wiederum ist

das Erleiden einer anderen Art von Gewalt, nämlich der indirekten physischen Gewalt des Eingesperrtseins, die Ursache für solches Verhalten.

*Beispiel 5: Migrationsverhinderung durch Abschiebung*

Der Sudanese Amir Ageeb wird am 28.5.99 im Zuge seiner Abschiebung aus der BRD in einem Flugzeug von drei Beamten des Bundesgrenzschutzes gefesselt, geknebelt und niedergepresst, ihrer Aussage nach weil er gegen die Abschiebung Widerstand geleistet hat. Als sie nach einer Viertelstunde aufhören ihn niederzupressen, ist er bereits erstickt (vgl. Dokumentationsseite 2004).

Im Vordergrund steht hier erneut die institutionelle Gewalt des Staates, die bei nichtkonformem Verhalten zu direkter, physischer Gewalt wird, in diesem Beispiel mit Todesfolge. Die wenigen Todesfälle bei Abschiebungen durch direkte Gewalt verblassen jedoch angesichts der Opfer, die einer indirekteren Gewalt zum Opfer fallen: Allein in den Jahren 1993 bis 1999 starben 5 Menschen durch Misshandlung durch deutsche Beamte, insgesamt 113 Menschen bei dem Versuch, illegal in die BRD einzureisen, weiter begingen 78 Abschiebehäftlinge angesichts ihrer drohenden Rückschiebung Selbstmord. Gerade hier fällt auf, dass die (evtl. gewaltförmige, mindestens aber machtförmige) Strukturierung von Handlungsfeldern die Grundlage für gegenüber der institutionellen Gewalt nonkonformes Verhalten oder gar für die (tödliche) Gewalt gegen sich selbst darstellt. Eine solche Strukturierung lässt den Betroffenen (leicht vereinfacht) nur die Wahl zwischen dem Erdulden von struktureller Gewalt in Form niedrigerer Lebenschancen im Heimatland und einer risikoreichen illegalen Einreise in die reichen Länder bzw. zwischen der Abschiebung in ein Land, in dem geringere Lebenschancen, Gefängnis und Folter drohen, dem gewaltsamen Widerstand dagegen und dem Selbstmord. Die freie Wahl der Individuen findet in einem gewaltförmig vorgeprägten Handlungsfeld statt.

*Beispiel 6: Migrationsverhinderung im Mittelmeer*

Am 27.5.99 rammt ein Schiff der italienischen Marine ein Schlauchboot mit Flüchtlingen, um es zum Beidrehen zu zwingen. Dabei ertrinken sechs Menschen, u.a. Babies und Kleinkinder (vgl. Dietrich/Glöde 2000: 35, FFM 2002: 71).

Auch hier schlägt die institutionelle Gewalt gegenüber Ungehorsamen in direkte Gewalt mit Todesfolge um, und auch hier ist die Zahl derjenigen, die einer weniger direkten Gewalt zum Opfer fallen, ungleich höher: über 1700 Fälle sind dokumentiert, in denen Menschen beim Versuch der illegalen Einreise in die EU ums Leben kamen, der größte Teil dieser Zahl geht auf das Konto von Schiffsunglücken im Mittelmeer. Von institutioneller Gewalt ist in diesem Zusammenhang inso-

fern zu sprechen, als dass diesen Menschen eine legale, sichere Einreise nicht gestattet wurde (vgl. Dietrich/Glöde 2000: 144).

Was die Legitimierung dieser institutionellen Gewalt im migrationspolitischen Diskurs angeht, so ist (stichwortartig) Folgendes festzustellen: „Zuwanderungssteuerung“ wird als zentraler Bestandteil der Migrationspolitik angesehen (z.B. Ogata 1997; Angenendt 1997b: 14; 1997c: 285ff) und als Ziel bestimmter migrationspolitischer Instrumente (wie z.B. Rückübernahmeübereinkommen) wird genannt „Personen aus dem Staatsgebiet zu entfernen, in dem die sich unerlaubt aufhalten“ (Glatzel 1997: 108). Ein wichtiger Teil der Migrationsforschung beschäftigt sich mit „der Entwicklung von Präventions- und Interventionsstrategien gegenüber potentiellen und aktuellen Herkunftsländern von Massenmigration“ (Münz/Weiner 1997: 200). In diesem Zusammenhang werden auch „exterritoriale sichere Auffangorte“ diskutiert, deren „politische Attraktivität“ mit den Schwierigkeiten begründet wird, die „Rückkehr von abgelehnten Asylbewerbern und Personen mit temporärem Asyl durchzusetzen“ (207). Die UN sprechen in diesem Zusammenhang von „safe havens“, das BMI von „verfolgungssicheren Zonen“, von denen allerdings ein Abschreckungseffekt auf nicht politisch Verfolgte ausgehen müsse (zit. nach Dietrich/Glöde 2000: 30). Generell geht es darum, dass „die Sicherheit der Landesgrenzen und die Begrenzung der Zuwanderung“ der außenpolitischen Strategien „zur Verringerung der Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen“ bedarf (Münz/Weiner 1997: 217), „im deutschen Interesse“ soll z.B. „die bilaterale Entwicklungshilfe und die humanitäre Hilfe stärker als bisher auf Ziele der Migrationsvermeidung“ ausgerichtet werden (Angenendt 1997c: 291).

Kennzeichen des migrationspolitischen Diskurses ist demnach, dass er auf der Grundlage aufbaut, dass Menschen über ihre Staatsangehörigkeit einem bestimmten Territorium zuzuordnen sind und dass die Überschreitung der Grenze in ein anderes Territorium von der dort herrschenden Staatsgewalt erlaubt werden muss. Der migrationspolitische Diskurs dreht sich in wesentlichen Teilen um die Überschreitung dieser Grenzen und die Bedingungen, zu denen Menschen dies gestattet werden soll bzw. sogar um die Steuerung der Bewegungen der MigrantInnen, zunehmend auch schon weit vor der fraglichen Staatsgrenze wie im Fall der Flüchtlingsauffanglager.

Der migrationspolitische Diskurs konstruiert demnach ebenfalls mit unterschiedlichen Rechten ausgestattete Subjekte: „Staatsbürger“ und „Ausländer“ bzw. MigrantInnen. Die gewaltsame Durchsetzung der unterschiedlichen Rechte wird im Migrationsdiskurs in aller Regel nicht mit Bezug auf das Allgemeinwohl, also auch auf das Interesse der von der institutionellen Gewalt Betroffenen, legitimiert, sondern offen unter Verweis auf das Interesse der „Inländer“, ihren Wohlstand und ihre Si-

cherheit. Damit unterscheidet sich der migrationspolitische Diskurs in seiner Legitimationsstruktur von den anderen beiden Diskursen.

## Fazit

Auch wenn in allen drei Diskursen Gewaltakte in der Regel nicht vorgehen sind, lassen sich dennoch genügend Beispiele finden, dass die den Diskursen entsprechende Politik Gewalt (evtl. sogar mit tödlichen Folgen) impliziert, diese auch diskursiv legitimiert wird und dass zumindest nicht-tödliche, primär indirekte institutionelle und strukturelle Gewalt in den Diskursen angelegt ist. Somit können der vorliegenden Definition zufolge die skizzierten Diskurse der Entwicklungspolitik, des Neoliberalismus und der Migrationssteuerung als Gewaltdiskurse gelten. Die Skizze (s.u.) stellt eine auf diesen Ergebnissen aufbauende Typologisierung dar.

Als wichtiges Ergebnis lässt sich festhalten, dass ein Spannungsverhältnis zwischen den jeweiligen Gewaltdiskursen auffindbar ist: Während die strukturelle Gewalt ungleicher Lebenschancen und Lebensbedingungen im neoliberalen Diskurs gerechtfertigt wird, stellt sie gleichermaßen im Entwicklungsdiskurs das zu behebende Problem dar. Die Beispiele illustrieren, dass hier die Problemlösung jedoch ebenfalls in hohem Maße gewaltförmig sein und eine erzwungene Veränderung der Lebensumstände gegen den Willen der Betroffenen beinhalten kann. Sowohl die Konstruktion ungleicher Subjekte mit ungleichen Rechten als auch die Konstruktion gleicher Subjekte mit gleichen Rechten (bei ungleicher Ausstattung mit Eigentum und Wettbewerbsfähigkeit) kann verheerende Gewalt legitimieren.

Die Verbindung von Entwicklungs- und neoliberalen zum migrationspolitischen Diskurs liegt darin, dass sowohl als Reaktion auf die strukturelle Gewalt neoliberaler Politiken oder die institutionelle Gewalt von Entwicklungsmaßnahmen, aber eventuell auch auf das Unvermögen solcher Maßnahmen, weltweit gleiche Lebensverhältnisse herzustellen, viele Menschen ihre Herkunftsregion verlassen und so zu Objekten der Migrationspolitik und der dort (über Auffanglager, Asylverfahren, bis hin zur Abschiebung) ausgeübten Gewalt werden.

Deutlich werden in den Beispielen die vielfältigen Verbindungslinien zwischen struktureller, institutioneller und legaler wie auch illegaler physischer Gewalt. So lässt sich ein in vielen Beispielen wiederkehrendes Muster wie folgt beschreiben: Menschen, die massiver struktureller oder institutioneller Gewalt ausgesetzt sind, greifen irgendwann zu legitimen, aber illegalen Widerstandsformen (gewaltsamer Protest gegen oder Sabotage von Entwicklungsprojekten, armutsbedingte Plünderungen, illegale Einreiseversuche oder Ausbruchversuche aus Flüchtlingslagern),

die wiederum zu einem Umschlagen von indirekter institutioneller in (legale) direkte physische Gewalt führt.

Die Fokussierung der Wahrnehmung von Gewalt auf direkte und illegale führt in diesem Zusammenhang dazu, gewaltsame Protestformen als unverständlich und illegitim, ihre gewaltsame Niederschlagung von staatlicher Seite als Beendigung von Gewalt und Wiederherstellung von Recht und Ordnung bzw. eines friedlichen und gewaltfreien status quo zu sehen. Aus emanzipatorischer Perspektive wäre in dieser Hinsicht auf eine höhere Sensibilität gegenüber indirekter struktureller und institutioneller Gewalt hinzuarbeiten und Wahrnehmungsmuster aufzubrechen, die diese Gewalt als unvermeidlich oder legitim darstellen, nicht zuletzt im Entwicklungs-, neoliberalen und migrationspolitischen Diskurs. Dies wäre ein wichtiger erster Schritt im Hinblick auf eine weniger gewalttätige Praxis.

## 6. Global Governance, Good Governance, Gouvernamentalität

Die Analyse von Regierungsstrukturen in „weniger entwickelten“ Ländern stellt mittlerweile einen festen Bestandteil der entwicklungstheoretischen und -politischen Debatte dar. Für gewöhnlich erfolgt eine solche Analyse mit Hilfe der Kategorie der „Governance“. Selten werden allerdings über die im engeren Sinne politischen Institutionen und Prozesse hinaus die soziokulturellen Voraussetzungen von Governance in den Blick genommen. Ein nicht unwesentlicher Bestandteil dieser Voraussetzungen für erfolgreiches „Regieren“ sind die in entsprechenden Gesellschaften vorherrschenden oder mit bestimmten Regierungsstrategien zusammenhängenden „Wahrheitsdiskurse“, d.h. das als wahr angesehene und auf eine bestimmte Weise strukturierte Wissen. Zur Einbeziehung dieser Wahrheitsdiskurse in die Analyse erscheint das von Michel Foucault geprägte Konzept der „Gouvernamentalität“ als geeignet.

Trotz sprachlicher und semantischer Verwandtschaft unterscheidet sich das Foucault'sche Konzept der Gouvernamentalität erheblich von den Governance-Konzepten, die meist im Umfeld der Diskussionen um „Good Governance“ oder „Global Governance“ entstanden sind. Die wesentlichen Unterschiede liegen in der Konzeptualisierung gesellschaftlicher Verhältnisse sowie im generellen Forschungsinteresse. Während die Governance-Konzepte Politik häufig entweder als technokratisches Management oder als globale Konsensfindung konzipieren, dabei prinzipiell von der Legitimität bestimmter politischer Institutionen ausgehen und auf die Ermöglichung und Verbesserung von Regierungstechnologien ausgerichtet sind, sieht das Konzept der Gouvernamentalität Politik als Kampf zwischen widerstreitenden Akteuren, klammert die Frage nach der Legitimität solcher Institutionen aus und sieht sich letztlich der „Kunst, nicht regiert zu werden“ (Foucault 1992: 11f.) verpflichtet.

Im folgenden Abschnitt soll eine kurze Begriffsklärung der Konzepte Good Governance, Global Governance und Gouvernamentalität vorgenommen werden, bevor ein kurzer Exkurs die Entstehung des Gouvernamentalitäts-Konzeptes und seine Stellung in der Foucault'schen Machtanalytik verdeutlichen soll. Auf dieser Grundlage können die konzeptionellen Differenzen zwischen den jeweiligen Ansätzen herausgearbeitet werden. Schließlich soll die Analyse der Gouvernamentalität anhand der unterschiedlichen Governance-Begriffe skizziert werden, um das Potential, aber auch die Problematik dieser Kategorie herauszuarbeiten. Als exemplarische und zentrale Texte der jeweiligen Governance-Debatten wurden der Bericht der Kommission zu Global Governance (SEF 1995) sowie die Weltbank-Publikation „Governance and Develop-

ment“ (World Bank 1992) ausgewählt. Ungeachtet ihrer Zentralität decken diese Texte natürlich nur einen Teil der jeweiligen Debatten ab. Dem Strukturierungsvorschlag von Conzelmann zufolge repräsentiert der Weltbanktext den „ökonomisch-administrativen“ Teil der Beiträge zu Good Governance (vgl. Conzelmann 2003), der Bericht der Global-Governance-Kommission steht hier stellvertretend für den „emphatischen“ Diskussionsstrang (vgl. Brand et al. 2000).

## Begriffsklärung: Good Governance, Global Governance, Gouvernamentalität

### a) *Good Governance*

Mit Good Governance wird in der entwicklungspolitischen Debatte ein entwicklungsstrategisches Konzept bezeichnet, das auf „gute“ oder „verantwortungsvolle Regierungsführung“, genauer: auf verbesserte administrative Kompetenz und Effizienz, Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz sowie Rechenschaftspflicht von Amtsträgern abzielt. Bisweilen – v.a. in den „politisch-gesellschaftlich“ ausgerichteten Beiträgen zu Good Governance (vgl. Conzelmann 2003) – wird diese Liste noch erweitert auf Maßnahmen zur Sicherung von Menschenrechten und Demokratie im Sinne von Parteienpluralismus und freien Wahlen. Praktische Relevanz erhält das Konzept über eine an diesen Kriterien orientierte politische Konditionalität in der Entwicklungszusammenarbeit bzw. der Kreditvergabe. Letztlich soll mit diesen Maßnahmen ein institutioneller Rahmen für eine funktionierende freie Marktwirtschaft geschaffen werden, der die Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und „Entwicklung“ ist.

Bereits 1992 hat sich die Weltbank in einer Publikation ausführlich mit dem Konzept befasst. Während Governance allgemein als „the exercise of authority, control, management, power of government“ bezeichnet wird, definiert sie den Begriff präziser als „the manner in which power is exercised in the management of a country’s economic and social resources for development“ (World Bank 1992: 3). „Gute“ Governance ist demnach eine Art von Ressourcenmanagement, die zu Entwicklung führt: „Good governance, for the World Bank, is synonymous with sound development management“ (1). Wichtige Elemente von Good Governance seien daher „efficient and accountable management by the public sector“ und darüber hinaus „the formation of the rules and institutions which provide a predictable and transparent framework for the conduct of public and private business“ sowie „promoting accountability for economic and financial performance“ (v, 3). Diese Maßnahmen seien „critical to the efficiency of markets and governments, and hence to economic development“ (v). Da, so die Weltbank, in der Vergangenheit zahlreiche Entwick-

lungsprojekte und -programme durch das Fehlen dieser Elemente von Good Governance konterkariert worden seien, müsse in Zukunft ein Schwerpunkt auf die Entstehung und Aufrechterhaltung entsprechender Governance-Strukturen in den jeweiligen Ländern durch die Konditionalisierung der Kreditvergabe gelegt werden (1). Das Konzept der Good Governance wird hierbei als notwendige Ergänzung der wirtschaftspolitisch angelegten Strukturanpassungsprogramme verstanden (4f).

Wenn also McGrews Fragen an dieses Konzept der Governance herangetragen werden – Regierung wovon? Durch wen? In wessen Interesse? Zu welchem Zweck? – so scheinen folgende Antworten nahe zu liegen: „Regiert“ werden sollen die politischen Rahmenbedingungen einer freien Marktwirtschaft auf nationalstaatlicher Ebene, die „Regierenden“ sind IFIs bzw. Geberinstitutionen der Entwicklungszusammenarbeit (die über Auflagen die Politik der – formal regierenden – nationalen Regierungen zu beeinflussen versuchen), Zweck des Konzeptes ist die Erreichung von „Entwicklung“, und dieses Ziel (so die implizite Annahme) liegt im Interesse der Bevölkerung der jeweiligen Länder.

#### b) *Global Governance*

Das Konzept der „Global Governance“ ist im deutschsprachigen Raum gelegentlich als „Weltordnungspolitik“ oder „globale Strukturpolitik“ bezeichnet worden (zur Genese des Konzepts vgl. Messner/Nuscheler 2003: 4ff.; Brand et al. 2000). Als „zentrales Referenzdokument“ (Messner/Nuscheler 2003: 5) des Konzepts gilt der von einer Expertenkommission der Vereinten Nationen erarbeitete Bericht, der 1995 hierzulande unter dem Titel *Nachbarn in einer Welt* vorgelegt wurde (SEF 1995). Die profiliertesten Vertreter des Konzepts in der BRD sind Dirk Messner und Franz Nuscheler vom Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden (Messner/Nuscheler 1996; 1997; 2003). Global Governance hat sich selbst den Anspruch auferlegt, ein neues Politikkonzept zu erstellen, das den „globalen Herausforderungen“ des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Es versteht Politik als „breit angelegten, dynamischen und komplexen Prozeß interaktiver Entscheidungsfindung“ (SEF 1995: 6), bei dem außer dem Staat auch Internationale Organisationen und Akteure der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaftsunternehmen beteiligt werden. Global Governance beinhaltet darüber hinaus eine Verrechtlichung der internationalen Kooperation durch verbindliche Regime in den Bereichen Handel, Finanzen, Wettbewerb, Sozialpolitik, Umwelt und Sicherheit sowie „das Bewußtwerden gemeinsamer Überlebensinteressen und ... eine Interessen- und Außenpolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert.“ (Messner/Nuscheler 1996: 21, 32f)

In besagtem Bericht wird „Governance“ definiert als „die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und

private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. ... Der Begriff umfaßt sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse liegend angesehen werden.“ (SEF 1995: 4) Bei Global Governance geht es demnach um Regieren auf globaler Ebene, um die „Regierbarkeit unserer Einen Welt“ (xii), aber ohne eine zentrale Weltregierung: „Eine wirksame globale Entscheidungsfindung muß daher auf lokal, national und regional getroffenen Entscheidungen aufbauen und diese ihrerseits beeinflussen und muß auf die Fähigkeiten und Ressourcen unterschiedlichster Menschen und Institutionen auf vielen Ebenen zurückgreifen.“ (7) Die praktischen Vorschläge des Berichts für das globale Regieren laufen jedoch in erster Linie auf eine Stärkung und Reformierung bestehender internationaler Organisationen (v.a. UN, aber auch WTO, IWF und IDA) unter Miteinbeziehung nichtstaatlicher Akteure hinaus.

Um erneut den Fragenkatalog von McGrew heranzuziehen: Global Governance bedeutet hier also Regierung der Menschheit auf globaler Ebene, durch globale Abkommen zwischen staatlichen Regierungen unter Einbeziehung von internationalen Organisationen, Wirtschaftsunternehmen, Nichtregierungsorganisationen sowie regionalen und lokalen Entscheidungsträgern, im Interesse der Menschheit und zum Zwecke der Lösung globaler, die Regierungsfähigkeit einzelner Staaten überfordernder Probleme (zu einer ausführlichen Kritik des Konzepts vgl. Brand et al. 2000).

### c) *Gouvernementalität*

Der Begriff der *Gouvernementalität* wurde Ende der siebziger Jahre vom französischen Intellektuellen Michel Foucault geprägt. Der Begriff bezeichnet die Verbindung zwischen Regierung (*gouvernement*) und Denkweise (*mentalité*) und bezieht sich auf eine Form der Machtausübung, die – scheinbar paradox – auf der freien Entscheidung der Individuen beruht. Das *Gouvernementalitäts*-Konzept Foucaults erschließt sich hauptsächlich durch die umfangreiche Arbeit Lemkes (1997), der zahlreiche unveröffentlichte oder nur schwer zugängliche Texte und Vorlesungsmitschriften Foucaults untersucht hat.<sup>1</sup>

Das Spezifikum dieser Form der Machtausübung, die Foucault als „gouvernementale Führung“ oder schlicht als „Regierung“ bezeichnet, liegt darin, dass sie die Freiheit des Subjekts voraussetzt, also keinerlei Zwangsverhältnis beinhaltet.<sup>2</sup> Die „freie“ Entscheidung des Subjekts ist jedoch keineswegs unbeeinflusst von Machtverhältnissen: Über das Einwirken auf Subjektivierungsprozesse sowie das Strukturieren von Handlungsfeldern wird eine „gewaltfreie“ Macht ausgeübt, die durchaus effektiver als mit Zwang operierende Methoden sein kann. Der Einfluss

auf die Art und Weise der „Selbstführung“ wird selten als Macht wahrgenommen, obwohl ein zentraler Bestandteil des gegenwärtigen Neoliberalismus gerade der Versuch der Transformation von Individuen in effiziente ManagerInnen ihrer Arbeitskraft bzw. ihrer ganzen Persönlichkeit ist (vgl. Bröckling et al. 2000).<sup>3</sup> Fokus der Analyse der Gouvernamentalität ist demnach der Schnittpunkt zwischen Herrschaftstechniken und Selbsttechniken, „an dem die Form der Lenkung der Individuen durch andere mit der Weise ihrer Selbstführung verknüpft ist“ (Foucault zit. nach Lemke 1997: 264). Wesentlicher Mechanismus dieser Art von „Lenkung der Selbstführungen“ ist die „Wahrheitsproduktion“, die Hervorbringung von Wissen, das als wahr angesehen wird.<sup>4</sup>

Die dem oben angeführten Frageschema (Regierung wovon? Durch wen? In wessen Interesse? Zu welchem Zweck?) entsprechenden Antworten fielen also wie folgt aus: Es geht um die Regierung der Bevölkerung als Individuen, die „Regierenden“ sind nicht auf eine spezifische „Klasse“ festgelegt, ebensowenig das jeweilige Interesse oder der Zweck. Diese wenig befriedigenden Antworten resultieren aus der Konzeption der Gouvernamentalität als einem Analyseraster von Machtverhältnissen, das auf den ersten Blick keinerlei politisches Programm beinhaltet und sich im Wesentlichen mit einer selten gestellten Frage befasst: *Wie*, mittels welcher Techniken, wird regiert?<sup>5</sup> Bereits diese kurzen Charakterisierungen der unterschiedlichen Begriffe lassen auf tiefgreifende konzeptionelle Differenzen schließen. Diesen soll im nächsten Abschnitt nachgegangen werden.

## Konzeptionelle Differenzen

Die Entstehung des Gouvernamentalitätskonzepts und seine Stellung innerhalb der Foucault'schen Machtanalytik ist bereits in Kapitel 1 skizziert worden. Auf dieser Grundlage können nun die wesentlichen konzeptionellen Differenzen zwischen den Governance- und Gouvernamentalitätskonzepten herausgearbeitet werden. Sie betreffen im Wesentlichen die folgenden Bereiche: die Konzeptualisierung von Politik, die Legitimität von politischen Institutionen sowie das den Konzepten zugrunde liegende Erkenntnisinteresse.

### *a) Konzeptualisierung von Politik*

Im Weltbank-Konzept der Good Governance wird Politik – wie im bereits erwähnten Zitat ( „governance is defined as the manner in which power is exercised in the management of a country's economic and social resources for development. Good governance, for the World Bank, is synonymous with sound development management“ – 1992: 3) deutlich wird – primär als Ressourcenmanagement konzeptualisiert. Politik

ist in dieser Konzeptualisierung vorrangig Mittel zum Zweck der Erreichung von „Entwicklung“, der Steigerung von Produktivität und Wirtschaftswachstum. Diese instrumentelle Haltung erstreckt sich auch auf Institutionen wie den Staat und Methoden wie die Beteiligung der Bevölkerung durch Partizipation.

Aufgabe des Staates ist es demnach, zwei Arten öffentlicher Güter bereitzustellen: „rules to make markets work efficiently and corrective interventions where there are market failures“. Vor allem die Bedeutung jener Regeln wird betont: „without the institutions and supportive framework of the state to create and enforce the rules, to establish law and order, and to ensure property rights, production and investment will be deterred and development hindered.“ (6) Ökonomische Effizienz ist der Bewertungsmaßstab für das Handeln des Staates und der Grund, warum die Weltbank Einfluss auf dieses Handeln nimmt: „the rationale for the Bank’s involvement in governance is that it helps improve the effectiveness of its programs and projects“ (52).

Analog wird Partizipation nicht als Ziel an sich angesehen, sondern anhand ihres Beitrags zur „project effectiveness“ und zu Akzeptanzgewinn und Produktivitätssteigerung (23, 26f) gemessen. Dementsprechend unterscheidet die Weltbank auch „beneficiary participation“ von einer nicht näher definierten „anderen“, also nicht produktiven Art von Partizipation (49, 53, 56).

In diesem management-orientierten Politikmodell existieren auch keine sozialen oder politischen Konflikte, die Bank sieht sich als rein technische, politisch neutrale Instanz und verweist nicht nur darauf, dass politische Fragen ausserhalb ihres Mandats liegen, sondern auch auf ihre „reputation for technical excellence and objectivity and its status as an international institution that is guided solely by its concern for economic development and not by any political agenda of its own“ (51). Es geht hier also um wissenschaftliche, technische Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, die nichts mit irgendeinem (als „rechts“ oder „links“ einzuordnendem) politischen Programm zu tun haben.

Das Modell, das die Politik auf das primäre Ziel der Steigerung der ökonomischen Leistungsfähigkeit innerhalb der globalen Konkurrenz verpflichtet, ist in der Politikwissenschaft als „nationaler Wettbewerbsstaat“ charakterisiert worden (Hirsch 1995, 1998). Regierungen des Südens tauchen in dieser Politikkonzeption als zu unterstützende oder zu erziehende (z.B. versucht die Bank explizit „to improve borrower performance through stricter enforcement and the introduction of penalties for noncompliance“, 15) Objekte auf, nicht als eigenständige Subjekte. Dem Modell liegt ein technokratischer Politikbegriff zugrunde, der Demokratie auf eine Art von Dienstleistung reduziert: Am politischen Prozess beteiligt sind der Publikation zufolge drei Gruppen: die Empfänger

öffentlicher Dienstleistungen, die Bereitsteller öffentlicher Dienstleistungen sowie die politische Führung als Überwacher dieser Bereitsteller (12).

Im Bericht der Global-Governance-Kommission findet sich ein deutlich „politischeres“ Politikkonzept, das Politik allgemein als die Regelung gemeinsamer Angelegenheiten charakterisiert und dabei die Möglichkeit von Interessenskonflikten gelegentlich anerkennt. Allerdings dominiert eine Konsensorientierung: Die Ausrichtung des Handelns am gemeinsamen Menschheitsinteresse (und somit implizit die Überwindung von kurzfristigen Eigeninteressen) stellt das Hauptmerkmal des Politikmodells in der Global-Governance-Konzeption dar. Ausgangspunkt ist die durch den Globalisierungsprozess geschaffene „weltweite Interdependenz“: „Ein immer engermaschiger werdendes Netz wechselseitiger Abhängigkeiten zwingt die Länder zur Zusammenarbeit. In der Tat müssen die Bürger der Einen Welt zu vielen Zwecken zusammenarbeiten: für die Erhaltung von Frieden und Ordnung, für die Ausweitung wirtschaftlicher Aktivitäten, beim Kampf gegen die Umweltverschmutzung ... Immer mehr Themen verlangen nach gemeinsamer Anstrengung der Nationalstaaten, m.a.W., erfordern nachbarschaftliches Handeln.“ (SEF 1995: 48; vgl. 384, 370) Auffällig ist bereits hier, dass die problemlösenden Akteure einmal die „Bürger“, das andere Mal die Nationalstaaten sind und dass die Problemursachen (und -verursacher) ausgeklammert bleiben. Noch problematischer ist, dass der „Gedanke, daß Menschen ungeachtet ihrer nationalen oder sonstigen Identität gemeinsame Interessen haben“ (281), massiv überbetont wird: Die mangelnde Differenzierung zwischen verschiedenen Akteuren und ihren Interessenlagen führt zu den absurden (oder hemmungslos zweckoptimistischen) Annahmen, dass niemand ein Interesse an militärischer Aufrüstung oder an niedrigen Sicherheitsstandards in Chemiefabriken haben könnte (193, 375). Beschäftigte, Vorstand und Aktionäre eines Rüstungskonzerns haben (jenseits ihrer Interessendivergenzen untereinander) selbstverständlich ein gewisses Interesse an Aufrüstung, auch wenn sie vielleicht kein Interesse an einem weltweiten Atomkrieg haben.

Auch in anderen Punkten wird deutlich, dass der beschworene „Zwang“ zur weltweiten Kooperation mit dem Ziel der Bekämpfung globaler Probleme keineswegs ein Zwang ist – es existieren durchaus andere Handlungsmöglichkeiten, und das im Bericht oft genannte allgemeine Interesse ist nur in sehr unterschiedlichem Maße übereinstimmend mit dem Interesse einzelner Akteure. Das vorliegende Politikkonzept abstrahiert demnach von zahlreichen Interessenkonflikten zugunsten eines allumfassenden Menschheitsinteresses. Die Orientierung daran ist jedoch eine Frage der materiellen Möglichkeiten (kann ich es mir in der kapitalistischen Konkurrenz überhaupt leisten, altruistisch zu handeln?) sowie eine Frage der Ethik.

Das Plädoyer für eine ethische Fundierung der Politik (Kap. 2) steht dabei in einem Spannungsverhältnis zur gelegentlich gebrauchten Metapher von Politik als „Management“ (32, 149f), die eine technische, von ethischen und politischen Fragen losgelöste Entscheidungsfindung suggeriert. Häufig betont wird weiterhin die Notwendigkeit von „aufgeklärter Führung“ im Konzept (xii, 46, 53, 174, 255, 369, 388), wobei die „Qualität“ der Global Governance „entscheidend davon ab[hängt], daß politische und andere Entscheidungsträger sich an die höchsten Prinzipien und Ideale halten“ (61f). Die Hoffnung auf ethisch korrektes Handeln einer Elite bleibt jedoch eine unbefriedigende politische Perspektive, zumal sie auch die strukturellen Gründe für ethisch inkorrektes Handeln unberücksichtigt läßt.

Foucaults Konzept der Gouvernementalität unterscheidet sich in der Konzeptualisierung von Politik grundlegend sowohl vom neoliberalen Management-Modell als auch vom Konsens-Modell. Politik ist hier weder das technokratische, effiziente Verwalten von Ressourcen noch das harmonische Aushandeln eines globalen Konsens, sondern eine komplexe Auseinandersetzung zwischen vielfältigen, widerstreitenden Kräfteverhältnissen. Foucault begreift Politik daher hauptsächlich als „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ (1978d: 72; 1983: 114). Er geht somit von einer grundsätzlichen Konfliktivität der Akteure und ihrer Interessen aus – und befindet sich damit im direkten Gegensatz zu der Annahme einer globalen Interessenharmonie, wie sie sich in dem Global-Governance-Bericht findet. Demzufolge kann dessen Ziel einer stabilen, friedlichen Weltordnung in dieser Konzeption nur auf einer „Befriedung“ beruhen, auf einer Zementierung der momentanen ungleichen Kräfteverhältnisse: Politik fungiert im Frieden als „Sanktion und Erhaltung des Ungleichgewichts der Kräfte, wie es sich im Krieg offenbart hat“, und die politische Macht hat die Aufgabe, „dieses [zum jetzigen Zeitpunkt bestehende] Kräfteverhältnis mittels einer Art stillen Krieges beständig von neuem in die Institutionen, die ökonomischen Ungleichheiten, in die Sprache und bis hinein in die Körper der Einzelnen einzumeißeln“ (1978d: 72). Ein globaler Konsens (beispielsweise über ein „Menschheitsinteresse“) kann demnach nur auf Regierungstechniken bzw. auf einer machtförmigen Durchsetzung in der Wissensproduktion und der Einflussnahme auf Subjektivierungsprozesse beruhen.

#### *b) Legitimität politischer Institutionen*

In der untersuchten Publikation zum Konzept der Good Governance wird die Frage der Legitimität von politischen Institutionen nur implizit behandelt. Die als primärer Akteur des Konzepts angenommene Weltbank (sekundär sind auch andere Geberorganisationen oder Ministerien der Entwicklungszusammenarbeit als Akteure angedacht) wird

selbstverständlich als legitime Institution charakterisiert. Ihre Legitimität basiert allerdings eher auf ihren guten Absichten als auf ihrer Struktur (auf erstere finden sich zahlreiche Hinweise, auf letztere keine). Die dem geltenden Rechtsverständnis zufolge legitimen Regierungen souveräner Nationalstaaten werden allerdings nur bedingt als legitim angesehen: Ein Teil von ihnen wird als korrupt und an der eigenen Bereicherung anstatt an der „Entwicklung“ des Landes interessiert dargestellt, was Eingriffe in ihre Souveränität in Form von massiver Einflussnahme auf politische Entscheidungen rechtfertigen soll: „The state may behave in a predatory manner or pursue strategies that hinder property rights. Its agents may behave in an opportunistic manner and indulge in ‘rent-seeking’.“ (7) Indirekt wird demnach die Legitimität staatlicher Institutionen auch an die Nicht-Behinderung von Eigentumsrechten geknüpft.

Im vorliegenden Verständnis existiert darüber hinaus eine enge Bindung von Legitimität an Legalität: Beispielsweise wird die Anhäufung von Reichtum inmitten von Armut als Konsequenz von Korruption und Machtmissbrauch angeprangert („Private wealth accumulated through abuse of power amid public squalor undermines legitimacy“, 16). Nun ist aber eine solche Situation keinesfalls immer auf Korruption oder andere gesetzeswidrige Praktiken zurückzuführen, doch nur diese werden innerhalb des Konzeptes kritisiert. Auf legalem Wege entstandene soziale Ungleichheit wird so stillschweigend als legitim eingestuft.

Hinsichtlich der Legitimität von Staaten und dem Konzept der Souveränität finden wir also eine ambivalente Haltung: Die Souveränität von Staaten wird prinzipiell anerkannt, kann aber aus übergeordneten Gründen (ineffizientes bzw. korruptes oder Eigentumsrechte behinderndes Regieren) durch internationale Institutionen eingeschränkt werden.

Auch im vorliegenden Konzept der Global Governance finden wir zunächst eine solche Bindung von Legitimität und Legalität, so z.B. in dem starken Bezug auf Rechtsstaatlichkeit (Kap. 6), der sich auch in der Zielsetzung äußert, „willkürliche Machtausübung – wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Art – den Regeln des Rechts der globalen Gesellschaft zu unterwerfen“ (8) und die widerrechtliche Aneignung der Macht durch politische Gruppen als Bedrohung konzipiert (57). Allerdings wird dieses Prinzip an mehreren Stellen durch ein anderes in Frage gestellt, das Legitimität mit Demokratie verknüpft. So wird postuliert: „Die Legitimation einer Regierung hängt davon ab, daß die Wahlen frei und fair sind und daß die Wähler das auch weitgehend so wahrnehmen. ... Die Ausübung souveräner Macht muß an den Willen des Volkes geknüpft sein.“ (65f., 77) Auf dieser Grundlage werden mit dem Verweis auf undemokratische Regelungen oder Praktiken in den Bretton-Woods-Institutionen, den G7 und dem GATT, Zweifel an der Legi-

timisation der heutigen zwischenstaatlichen Regelungen im Bereich weltwirtschaftlicher Governance artikuliert (164).

Erwähnenswert ist jedoch auch die Begründung, die für jene Verknüpfung zwischen Demokratie und Legitimation genannt wird: „Das Erfordernis einer gesteigerten Demokratisierung ergibt sich aus der engen Verknüpfung von Legitimation und Effektivität. Unzureichend legitimierte Organisationen sind auf lange Sicht nur selten effektiv.“ (73f.; vgl. 171) Hier wird der Eindruck erweckt, als liege die Priorität des Konzepts beim effektiven Regieren auf globaler Ebene und als stünden Demokratisierungsprozesse dazu in nur instrumentellem Verhältnis.

In Bezug auf Wirtschaftsunternehmen wird noch eine andere Legitimitätsvariante ins Spiel gebracht: die „normative Kraft des Faktischen“. So wird die Frage der Legitimität von „Privatunternehmen“ und einem wettbewerbsorientierten „Marktsystem“ zwar aufgeworfen, aber mit dem Verweis auf die bestehende „breite Akzeptanz“ dieser Akteure bzw. dieser Institution bereits als erledigt angesehen (283f). Die einigen NGOs zugesprochene Legitimität (40) bleibt weitgehend unbegründet, implizit ist hier vermutlich von einer „Legitimation durch Gemeinwohlorientierung“ auszugehen.

Die staatliche Legitimität wird im Global-Governance-Bericht also ebenfalls zwiespältig beurteilt: Neben einer prinzipiellen Anerkennung des Konzepts der staatlichen Souveränität wird die Anpassung des Konzepts an die weltweiten Interdependenzen gefordert („Die Länder müssen zunehmend akzeptieren, daß auf einigen Gebieten die Souveränität kollektiv ausgeübt werden muß, insbesondere hinsichtlich der globalen Gemeingüter“, 78) sowie eine Einschränkung des Souveränitätsrechts bei Missbrauch gegenüber der Bevölkerung als notwendig erachtet (ebd.).

Foucault hingegen will die Frage nach der Legitimität von Institutionen und ihren Praktiken prinzipiell ausklammern („Man möchte nicht wissen, was ... begründet oder nicht begründet, ... legitim oder mißbräuchlich ist“, 1992: 31). Seine Begründung ist, dass die Frage nach der Legitimität von politischen Institutionen untrennbar verbunden mit der Konzeption des souveränen Rechts ist und bestimmte politische Implikationen hat. Die Ausarbeitung der Rechtslehre in den abendländischen Gesellschaften sei „um die reale Macht herum“ erfolgt: „Seit dem Mittelalter hat die Rechtstheorie im wesentlichen die Funktion, die Legitimität der Macht zu bestimmen, d.h. die grundlegende Frage, auf die sich die ganze Rechtstheorie gründet, ist die Frage der Souveränität.“ (1978e: 78) Dies bedeute, „daß Diskurs und Technik des Rechts im wesentlichen die Funktion gehabt haben, den Faktor Herrschaft innerhalb der Macht zu beseitigen und an seiner Stelle zwei Dinge erscheinen zu lassen: einerseits die legitimen Rechte der Souveränität und andererseits die gesetzmäßige Verpflichtung zum Gehorsam.“ (ebd.)<sup>6</sup>

Wenn man jedoch vom Modell des Krieges statt vom Modell der Souveränität (und des Gesellschaftsvertrags) ausgehe, dann sei „Unterdrückung nicht mehr das, was Zwang in Bezug auf den Vertrag war, also ein Mißbrauch, sondern im Gegenteil der einfache Effekt und die einfache Fortsetzung eines Herrschaftsverhältnisses. Unterdrückung<sup>7</sup> wäre nichts anderes als die Herstellung eines fortwährenden Kräfteverhältnisses im Inneren dieses Pseudofriedens.“ (1978d: 73)

Das Sich-Einlassen auf die Frage nach der Legitimität politischer Macht führt also nach Foucault zu einer Sichtweise, die die Ausübung von Macht und Gewalt von entsprechend legitimierten Institutionen akzeptieren muss. In dieser Sichtweise wird die Gewalttätigkeit dieser Institutionen als legitime Praktik konzeptualisiert (polizeiliche Gewalt gegenüber Kriminellen bzw. Verdächtigen bei der Festnahme), ihr Exzess (polizeiliche Gewalt gegenüber Kriminellen bzw. Verdächtigen bei der Festnahme, die zu schweren Verletzungen oder zum Tod führt; polizeiliche Gewalt nach der Festnahme) jedoch als Missbrauch charakterisiert und insofern ein qualitativer Unterschied konstruiert, wo lediglich graduelle Differenzen auffindbar sind. Die Analyse der Gewalt wird erschwert, da sie als legitime Gewalt ein Kernelement der Rechtsordnung ist und vielfach gar nicht als Gewalt wahrgenommen wird. Die Institution selbst als gewalttätig in Frage zu stellen, wird sogar undenkbar. Indem er sich der Frage nach der Legitimität entzieht, versucht Foucault, „das Faktum der Herrschaft ... in den Vordergrund zu stellen“ (1978e: 78) und ihre subtilen Unterwerfungsprozeduren wie auch ihre Gewalttätigkeit in den Blick zu nehmen (79).

Oberflächlich gesehen verweigert sich Foucault also der Frage nach der Legitimität politischer Institutionen. Tatsächlich deuten seine Überlegungen wie auch die Begrifflichkeiten seiner Analyse jedoch auf die Nicht-Anerkennung der legitimen Rechte jener Institutionen hin. Es scheint daher gerechtfertigt, von einer impliziten Ablehnung ihrer Legitimität sprechen. Insofern äußert sich hier ein verdecktes politisches Programm, das in der Betrachtung des Forschungsinteresses offensichtlich wird.

### *c) Forschungsinteresse*

Das Good Governance Konzept der Weltbank beschäftigt sich mit dem Problem, wie bestimmte Politikreformen in „Entwicklungsländern“ von internationalen Organisationen gefördert bzw. durchgesetzt werden können. Damit erscheint als zentrales forschungslogisches Interesse die Ermöglichung von Regierungstechniken. Besonders deutlich wird dies, wenn es darum geht, die entsprechenden Regierungen dabei zu unterstützen, Zustimmung für die – im Süden oftmals heftig kritisierten – Strukturanpassungsprogramme zu organisieren („The World Bank has

been primarily concerned to work with governments to ensure broad awareness and acceptance of economic reform programs (for example, in the context of structural adjustment operations)...“; 41, „To nurture a political consensus in support of these reforms, governments require considerable skill“; 5) oder allgemein ihren Projekten und Maßnahmen zu mehr Akzeptanz und Beteiligung im Empfängerland zu verhelfen („The Bank has recently embarked on an effort to learn better how to foster participation in Bank-supported activities“, 26).

Im Konzept der Global Governance ist das Erkenntnisinteresse klar umrissen: Es besteht zunächst darin, „aufzuzeigen, daß die veränderte globale Lage ein neues System zur Regelung internationaler Angelegenheiten unabdingbar macht und die Konzepte und Werte zur Untermauerung eines solchen Systems aufzuzeigen, damit eine bessere zur Förderung von Frieden und Fortschritt für alle Menschen geeignete Weltordnung entstehen kann.“ (9) Konkreter geht es dem Bericht um die „Schaffung geeigneter ordnungspolitischer Maßnahmen“ (7), um das „Regieren auf globaler Ebene“ zu ermöglichen. M.a.W.: Auch hier erscheint die Ermöglichung von Regierungstechniken als primäres Forschungsinteresse - wenngleich das übergeordnete Ziel die Lösung globaler Probleme und nicht das „sound development management“ eines Staates ist. Die Mobilisierung eines Ethos der globalen Nachbarschaft ist in der Konzeption unabdingbare Voraussetzung dabei.

Die Governance-Konzepte können folglich als Theorien der Regierungskunst gelten. Die Gouvernamentalität ist, wie gesagt, ein Konzept, mit dem das Wirken der Regierung auf der Ebene des Individuums analysiert werden kann bzw. das die Verbindung zwischen Herrschaftstechnologien, Subjektivierungsprozessen und Mechanismen der Wahrheitsproduktion untersucht. Nun könnte dieses Konzept ebenfalls zur Verbesserung alter und Erfindung neuer Regierungstechniken eingesetzt werden, das Erkenntnisinteresse ist jedoch ein anderes: die Kritik jener Regierungstechniken. Dies macht Foucault in seinem diesbezüglichen Vortrag (1992) mehr als deutlich. Kritik definiert er dabei „eine moralische und politische Haltung, eine Denkungsart ... Wenn es sich bei der Regierungsintensivierung darum handelt, in einer sozialen Praxis die Individuen zu unterwerfen - und zwar durch Machtmechanismen, die sich auf Wahrheit berufen, dann würde ich sagen, ist die Kritik die Bewegung, in welcher sich das Subjekt das Recht herausnimmt, die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin zu befragen und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin. Dann ist die Kritik die Kunst der freiwilligen Unknechtschaft, der reflektierten Unfügsamkeit. In dem Spiel, das man die Politik der Wahrheit nennen könnte, hätte die Kritik die Funktion der Entunterwerfung.“ (1992: 12, 15) Eine solche Kritik, kommentiert Lemke zutreffend, kann allerdings „nicht mehr auf theoretische Rechtfertigungen zurückgreifen,“

- wie die Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Institutionen - „sondern artikuliert sich als praktischer Wille“ (Lemke 1997: 354), als Aufwerfen der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Wissen und Macht bzw. Erkenntnis und Herrschaft aufgrund des Willens, nicht regiert zu werden (Foucault 1992: 41). Daraus ergibt sich, dass Theorie für Foucault kein Selbstzweck ist, sondern eine ganz bestimmte Aufgabe hat: die Universalität von Wissensansprüchen zu überprüfen, um die Elemente von Kontingenz und Willkür in ihnen nachzuweisen und den Weg für die Veränderung sozialer Praktiken bereiten. „Dennoch folgt das grundlegende Urteil, dass Befreiung wichtig und den Kampf wert ist, nicht aus der Theorie, sondern definiert eher den Kontext, in dem sie operiert: Theorie ist nicht die Begründung, sondern eher ein Instrument des Widerstands.“ (Lemke 1997: 357)<sup>8</sup>

## Die liberale Gouvernamentalität der Governance-Konzepte

Foucault untersucht die historische Herausbildung einer liberalen Gouvernamentalität im Zusammenhang mit der Entstehung des modernen Staates (vgl. Foucault 1978a, Lemke 1997).<sup>9</sup> Staatsraison und „Policey“ beschreibt er dabei als frühe Formen der Regierungskunst, von der sich die liberale Regierung in einigen Punkten unterscheidet: Sie setzt die Freiheit der Individuen voraus, muss aber gleichzeitig sicherstellen, dass nur ein bestimmter, abgegrenzter Gebrauch von der Freiheit gewährleistet ist.<sup>10</sup> Allerdings wird mit der Abschaffung des Feudalismus und der Institutionalisierung von Marktfreiheit und Rechtsgleichheit Armut zu einem Problem für die Regierung: Ihr kann nicht mehr ohne weiteres mit Ausgrenzung und Repression begegnet werden.<sup>11</sup> Die Leistung des Liberalismus besteht nun in einer Gesellschaftskonzeption, welche die ursächliche Verknüpfung von Armut und Reichtum ausblendet und beide auf den individuell anderen Gebrauch der Freiheit zurückzuführen.<sup>12</sup> Eine Schlüsselstellung nimmt hierbei das Konzept der individuellen Verantwortung ein: JedeR ist für ihr/sein Leben selbst verantwortlich. Dementsprechend muss die Korrektur individuellen Fehlverhaltens in dieser Konzeption auch aus der Armut herausführen: Wer arbeiten will, kriegt auch Arbeit, und wer hart arbeitet, entkommt der Armut.<sup>13</sup> Die Lösung der Armut liegt demnach in der Integration der Armen in den Arbeitsmarkt. Diese Lösung erwies sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jedoch immer offensichtlicher als unbefriedigend, eine theoretische Weiterentwicklung wurde notwendig. Diese wurde schließlich in der „Sicherheitsgesellschaft“ gefunden: Die Technologie der Versicherung suspendiert die individuelle Verantwortung zugunsten einer gesellschaftlichen Verantwortung. Armut und Unfälle, die im Industriekapitalis-

mus unverzichtbare Bestandteile darstellten, wurden als zufällige, natürliche Übel konzipiert. Der entstehende Sozialstaat war zwar das Ergebnis von sozialen Kämpfen, seine strategische Bedeutung war es jedoch, diese Kämpfe durch Entpolitisierung des Konflikts überflüssig zu machen. Auch war der Schutz des Individuums vor den möglichen Übeln der Gesellschaft in der liberalen Regierung komplementär verknüpft mit der Verteidigung der Gesellschaft gegen bestimmte Individuen (Perverse, Extremisten, Abnormale) (vgl. Lemke 1997: 223).

Die dieser Regierung zugrunde liegende Rationalität, die liberale Governementalität, wird nun im Neoliberalismus gezielt produziert und gefördert.<sup>14</sup> Weitere Merkmale des Neoliberalismus sind die Gegenstands-erweiterung des Ökonomischen, das jetzt das gesamte menschliche Handeln erfasst, so dass soziale Beziehungen, individuelles Verhalten aber auch Regierungspraktiken an ökonomischen Kriterien gemessen werden (vgl. Lemke 1997: 248; Bröckling et al. 2000), sowie die Mobilisierung von Selbstbestimmung als ökonomische Ressource.<sup>15</sup>

Das in der Publikation dargelegte Governance-Konzept der Weltbank ist deutlich dieser skizzierten liberalen Governementalität verhaftet. Dies zeigt sich nicht nur in der Unterwerfung der Staaten unter das Prinzip der ökonomischen Effizienz und das Ziel der wirtschaftlichen Leistung, sondern auch in der Entstehung des Konzepts. Diese nämlich steht in engem Zusammenhang mit den ausbleibenden wirtschaftlichen Erfolgen der Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank, welche innerhalb des Konzeptes mit Mängeln in der Regierungsführung der einzelnen Staaten erklärt werden (vgl. auch Abrahamsen 2000). Dies ist kein Zufall, sondern ergibt sich aus der liberalen Rationalität: Die Verelendungsprozesse in vielen Staaten der Dritten Welt in den 80er Jahren können ihr zufolge nur als individuelles Versagen der einzelnen Staaten, nicht aber als Konsequenz des übergreifenden Zusammenhangs des kapitalistischen Weltsystems gedeutet werden. Die liberale Governementalität sieht den Ausweg aus der Armut in der Integration in den Markt. Wenn aber trotz Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung die Armut nicht ab- oder sogar zunimmt, dann kann dies keine wirtschaftlichen Gründe haben, sondern muss mit der politischen Ebene zusammenhängen: mit der Regierungsführung der einzelnen Staaten.

Dass die Propagierung von Good Governance dabei mit der Betonung von „ownership“ einhergeht (World Bank 1992: 50), also mit der Sichtweise, die entsprechenden sozio-ökonomischen Programme und Projekte müssten „Eigentum“ der Menschen in den betreffenden Ländern sein, sprich: von ihnen gewollt und gestaltet werden, ist ebenfalls kein Zufall. Das Konzept der ownership betont die Freiheit der „Unterentwickelten“, ihre eigenen „Entwicklungsziele“ zu definieren und zu verfolgen. Diese Freiheit ist nicht nur notwendig, um der Anklage des

Neo-Kolonialismus gegenüber Weltbank & Co. den Wind aus den Segeln zu nehmen, sondern auch zur besseren Ressourcenmobilisierung der Einheimischen – effektive Reformen „must be rooted firmly in the societies concerned and cannot be imposed from outside“ (12). Gleichzeitig müssen jedoch Mechanismen installiert werden (Foucault nennt sie „Dispositive der Sicherheit“), die gewährleisten, dass der Gebrauch dieser Freiheit nur innerhalb gewisser Grenzen stattfindet. Strukturanpassungsprogramme und Good-Governance-Konditionalitäten stellen solche Mechanismen zur Verfügung. Dabei wird zurecht von IWF und Weltbank darauf verwiesen, dass die Länder des Südens keinesfalls zu einer bestimmten Art der (Wirtschafts-)Politik gezwungen werden: Sie haben die Wahl, entsprechende Kredite aufzunehmen oder auch nicht. Ihre Entscheidungsfreiheit bleibt bestehen, auch wenn ihr Handlungsfeld in einer ganz bestimmten Weise durch diese Akteure strukturiert wird. Auch auf der internationalen Ebene sind im Laufe des 20. Jahrhunderts Machttechniken der Souveränität und der Disziplin durch solche der Regierung abgelöst worden.

Dementsprechend wird die Tatsache, dass sich viele Regierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika notgedrungen auf die neoliberalen Vorgaben der Strukturanpassungsprogramme einließen, in der Wissensproduktion der Weltbank wie folgt gedeutet: „Governments now increasingly recognize the need for more restraint and for taking ‘market-friendly’ steps to deal with problems“ (6). Denn wenn sie diese Notwendigkeit nicht einsehen, werden sie von den Internationalen Finanzinstitutionen geschnitten, in der Folge auf den Kapitalmärkten isoliert und auch von den Geberländern misstrauisch beäugt. Unter den bestehenden Kräfteverhältnissen hat die neoliberale Wissensproduktion realitätskonstituierende Wirkung, sie trägt Züge einer selbsterfüllenden Prophezeiung.

Dass bestehende Probleme ausschließlich durch marktfreundliche Lösungen bekämpft werden können, ist auch ein im Global-Governance-Bericht propagiertes Faktum (SEF 1995: 235). Zwar versucht der Bericht, eine Alternative zur (damals) weitgehend uneingeschränkt herrschenden neoliberalen Logik zu skizzieren, verbleibt dabei aber deutlich in der liberalen Gouvernamentalität. Wesentlicher Bestandteil des Berichts ist die Formulierung von „Normen und Werten, die die Welt lenken sollen“, und des „Ethos, von dem das Leben in der Einen Welt durchdrungen sein sollte“ (53). Damit verbunden ist die Zielvorstellung, „wirksamere und besser legitimierte Formen einer Weltordnungspolitik zu begründen.“ (54) Das auf die Verbesserung von Regierungspraktiken gerichtete Forschungsinteresse wird auch hier deutlich.

Die im Global-Governance-Ethos vorgegebene Subjektivierung ist die von Individuen, die sich als Teil einer Menschheit, einer globalen Nachbarschaft jenseits von partikularen Identitäten verstehen. Damit stellt

sich jedoch auf der globalen Ebene – genau wie auf der nationalen Ebene im 19. Jahrhundert – das Problem der Armut auf eine neue Weise. Denn natürlich ist auch die viel beschworene „Eine Welt“ nach dem Ende des Ost-West-Konflikts von massiven und in der liberalen Gouvernamentalität legitimierungs- bzw. änderungsbedürftigen sozialen Ungleichheiten geprägt, wie auch von weiteren Problemen wie der globalen Zerstörung der Umwelt und der Atmosphäre, zahlreichen Kriegen etc.

Hier setzt die politische Leistung des Global-Governance-Berichts ein: durch den Verweis auf die Dringlichkeit der Probleme und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichsten Akteuren (von Staaten und Konzernen bis zu sozialen Bewegungen), durch die Ausklammerung von Problemursachen und -verursachern und damit einhergehende Zuweisungen von Schuld oder Verantwortung sowie durch die Betonung der herausragenden gemeinsamen Interessen wird ein Wissen produziert, das auf der Ebene des Subjekts und in der Summe im gesellschaftlichen Klima zu einer Konstellation der imperativen Kooperation führt. In dieser Konstellation erscheint die Kooperation aller Mitglieder der globalen Nachbarschaft als Imperativ, und zwar eine Kooperation, die unter den gegebenen Bedingungen konstruktiv nach Problemlösungen sucht. Die Verweigerung einer solchen Kooperation, oder die (nicht konstruktive) Debatte über die Bedingungen der Kooperation, beispielsweise über die ungleichen Einflussmöglichkeiten der am Runden Tisch beteiligten Akteure, ungelöste Interessenkonflikte oder gar über die Legitimität einzelner Akteure, erscheinen in dieser Konstellation als kontraproduktiv, schlimmer noch: als ignorant gegenüber dem offensichtlichen und dringenden Interesse der Menschheit an globalen Problemlösungen.

Durch die diskursive Erzeugung einer solchen Konstellation wie auch durch den kategorischen Ausschluss „dirigistischer“, marktunfreundlicher, (d.h. gegenüber wettbewerbsstarken Akteuren unfreundlicher) Lösungen, stellt die liberale Gouvernamentalität des Global-Governance-Berichts sicher, dass von der propagierten Freiheit und Gleichheit im globalen Maßstab ein Gebrauch gemacht wird, der innerhalb bestimmter Grenzen bleibt.

## Fazit

Da die Schlussfolgerungen dieses Artikels auf der skizzenartigen Analyse lediglich zweier, wenn auch zentraler Texte der Governance-Debatte beruhen, sind sie hinsichtlich ihrer Verallgemeinerbarkeit auf die Gesamtheit der jeweiligen Konzepte von Good und Global Governance nur mit größter Vorsicht zu bewerten. Dennoch weisen viele andere Texte eine sehr ähnliche Argumentationsstruktur auf wie die untersuchten.

Vor dem Hintergrund der Genese liberaler Gouvernamentalität scheint das Konzept der Good Governance zu dem der Global Governance in gewisser Hinsicht in einem ähnlichen Verhältnis zu stehen wie die frühliberale Programmatik zu jener der „Sicherheitsgesellschaft“ nach der Bismarck’schen Sozialgesetzgebung. Nachdem am Ende des 20. Jahrhunderts die Idee der nachholenden Entwicklung auch in ihrer sozialistischen Variante als gescheitert erscheint und sich (nach dem „verlorenen Jahrzehnt“) in zunehmendem Maße die Wahrnehmung durchsetzt, dass die möglichst schnelle und weitreichende Integration in den Weltmarkt das Problem der globalen Armut nicht löst oder gar verschlimmert (analog zur Lösungsstrategie der Integration in den Arbeitsmarkt im 19. Jahrhundert), ergibt sich auf Seiten der liberalen Gouvernamentalität die Notwendigkeit einer Neukonzeptualisierung der „Entwicklungsproblematik“ (als Problematik der globalen Ungleichheit) einschließlich der Frage der Armut. Sowohl Good Governance als auch Global Governance erscheinen als strategische Vorschläge einer solchen Neukonzeptualisierung, verbunden mit passenden Problemlösungen. Während Good Governance jedoch das Problem als eines der mangelhaften *politischen* Steuerung auf *nationaler* Ebene konzipiert und an der liberalen Auffassung einer prinzipiell wohlstandsfördernden Marktintegration festhält, finden sich im Konzept der Global Governance zum einen das Zugeständnis, dass das Problem einer globalen Armut auch eine *weltwirtschaftliche* Problemlösung über Weltmarktintegration hinaus erfordert, sowie zum anderen (darauf aufbauend) Ansätze in Bezug auf notwendige Mechanismen eines sozialen Ausgleichs auf *globaler* Ebene, die den Armen im Hinblick auf ihr Überleben ein gewisses Maß an Sicherheit versprechen.

Die strategische Bedeutung dieser Ansätze würde – im Fall ihrer Verwirklichung – jener der sozialstaatlichen Versicherungen ähneln: Befriedung sozialer Kämpfe, Depolitisierung sozialer Konflikte, Legitimierung und Erhalt des liberalen Regierungssystems. Allerdings ist der Druck auf die globalen wie nationalen Institutionen liberaler Regierung noch nicht so groß, als dass sie die Ansätze des Global-Governance-Berichts hinsichtlich eines sozialen Ausgleichs auf globaler Ebene in die Tat umsetzen würden. Bei anhaltendem oder anwachsendem Protest der globalisierungskritischen Bewegung ist dies jedoch im nächsten Jahrzehnt zu erwarten.<sup>16</sup> Ebenso ist zu erwarten, dass das Konzept der Global Governance in dem Maße an politischem Gewicht gewinnen wird, wie sich die öffentliche Wahrnehmung (wie seit Beginn der Debatten um „Globalisierung“ und der wenig später einsetzenden Kritik am Neoliberalismus) weiter auf globale Problemursachen und -zusammenhänge konzentriert. Festzuhalten bleibt demnach, dass sowohl Good Governance als auch Global Governance als Neukonzeptualisierungen innerhalb der libera-

len Gouvernamentalität zu begreifen sind, wobei Global Governance die „weichere“, im Hinblick auf die globale Problemwahrnehmung weiter fortgeschrittenere Variante darstellt.

Die hier nur angerissene Analyse der Gouvernamentalität macht deutlich, dass in der Fokussierung auf die Verknüpfung von Herrschaftstechniken, Subjektivierungsprozessen und Wissensproduktion durchaus innovatives Potential zu finden ist, das einen neuen Blick auf bekannte Prozesse – auch und gerade im Bereich der Nord-Süd-Beziehungen – erlaubt. Allerdings muss deutlich gesagt werden, dass das Konzept der Gouvernamentalität nicht nur gänzlich untauglich ist für regierungsnaher Politikberatung oder sozialplanerische Umgestaltung, sondern überhaupt für die Formulierung umzusetzender Problemlösungen, da das kritisierte Wissen nicht durch ein besseres, richtigeres oder legitimeres ersetzt werden kann – auch dieses müsste in den Fokus der Kritik geraten. Die herrschaftsfreie, klassenlose Gesellschaft, die Kritik überflüssig macht, wird ebensowenig akzeptiert wie die liberale Formel vom Ende der Geschichte. Dementsprechend erweist sich das Konzept jedoch als viel versprechend für alle, die sich dem Forschungsinteresse der Kritik als „Kunst, nicht regiert zu werden“ verpflichtet sehen.<sup>17</sup>

## 7. Global Governance aus postkolonialer Perspektive: Kontinuität und Wandel der diskursiven Formationen in den Nord-Süd-Beziehungen und die Rolle der Politikwissenschaft

Seit seiner Entstehung in den 90er Jahren hat das Global-Governance-Konzept zumindest in der Politikwissenschaft der OECD-Welt eine beachtliche Verbreitung und Popularität erfahren. Während gemeinhin unter Global Governance grob ein „Weltregieren ohne Weltregierung“ verstanden wird (vgl. Rosenau/Czempiel 1992; Kohler-Koch 1993; Messner/Nuscheler 2003b: 423) definieren die zwei prominentesten hiesigen Verfechter des Konzepts Zweck und Ziel von Global Governance präziser als die „Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Phänomene erlauben“ (Messner/Nuscheler 2003a: 3). In weiten Teilen der Global-Governance-Debatte (genauer: v.a. in der politisch-strategischen und der emphatischen, vgl. Brand et al. 2000) wie auch im Bericht der Commission on Global Governance (vgl. CGG 1995, SEF 1995) wird das Konzept jedoch nicht nur formal als Entwicklung von Regelungsmechanismen, sondern auch substantiell bzw. inhaltlich definiert, nämlich als Einbindung des globalen ökonomischen Systems in ein Modell politisch-gesellschaftlicher Steuerung, als (durchaus marktwirtschaftliches) Gegenmodell zu einem „entfesselten“, deregulierten Weltmarkt (vgl. Mürle 1998: 45). Brand bezeichnet die Re-Regulierung der ökonomischen Globalisierung sogar als den „zentralen Topos“ des Diskurses (Brand 2003: 447). Da gerade in der Dritten Welt das Modell neoliberaler Globalisierung vielerorts aus unterschiedlichen politischen Lagern attackiert wird (vgl. Betz/Brüne 2003), muss es daher zunächst ein wenig überraschen, dass das Global-Governance-Konzept dort nicht unbedingt auf breite Zustimmung stößt. Messner und Nuscheler stellen fest: „Viele Regierungen und auch zivilgesellschaftliche Akteure des Südens vermuten hinter den Global-Governance-Diskursen aus den reichen Ländern vor allem Versuche, die Handlungsspielräume der Entwicklungsländer durch weitere Interventionen der Industrieländer zusätzlich einzuschränken (Messner/Nuscheler 2003b: 425). Die Diagnose von Randeria und Conrad fällt sogar noch eine Nuance negativer aus: „... insbesondere in Teilen der nichtwestlichen Welt wird die neue Architektur des ‘global governance’ gerade als Fortsetzung des Imperialismus, als eine Re-Kolonisierung der eigenen Zukunft durch neo-imperialistische Institutionen ... begriffen“ (Conrad/Shanderia 2003: 9).

Auch wenn eine Kontinuität zwischen kolonialen bzw. imperialen Vorstellungen und Konzepten von Global Governance auf den ersten Blick sehr weit hergeholt erscheint, so kann – dies zumindest ist die These des vorliegenden Beitrags – eine postkoloniale Analyse der diskursiven Formationen, welche die Nord-Süd-Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert geprägt haben, diese verzerrt erscheinende Wahrnehmung verständlicher machen und zu ihrer Erklärung beitragen. „Postkolonial“ bezeichnet hierbei einen an poststrukturalistischer Diskursanalyse orientierten Ansatz, der nach den Auswirkungen der kolonialen Herrschaft auf Beziehungsmuster und Subjektivitäten auch nach ihrem formalen Ende fragt (vgl. Conrad/Shanderia 2002: 24; Barker et al. 1994: 5f). Dies bedingt einen Fokus auf die Verflechtungen von Macht und Wissen in Repräsentationssystemen bzw. Diskursen über die (ehemals) kolonisierten Gebiete und Menschen, postkoloniale Ansätze lassen sich demnach beschreiben als „critiques of the process of production of knowledge about the Other.“ (Williams/Chrisman 1994b: 8) Hier wird demnach auch Identität als Effekt von Machtbeziehungen begriffen bzw. die identitätskonstituierende Dimension von Diskursen betont (vgl. Manzo 1999: 157). Der poststrukturalistischen Grundlage entsprechend wird Sprache nicht als Abbild einer außerdiskursiv wahrnehmbaren Realität, sondern als un abgeschlossenes, veränderliches System aus kontingenten Beziehungen zwischen Signifikaten und Signifikanten verstanden, das durch Differenzrelationen sinnstiftend zu wirken vermag und so Realität erst konstruiert (vgl. Münker/Roesler 2000, Stäheli 2000).<sup>1</sup>

## Kolonialer und Entwicklungsdiskurs

Aus dieser Perspektive sind zwei Übergänge in der Darstellung der Nord-Süd-Beziehungen zu konstatieren: vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs (für eine ausführlichere Darstellung siehe Kap. 2) sowie vom Entwicklungsdiskurs zu mehreren, teils sich überlappenden, teils konkurrierenden Nachfolgediskursen.

Bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein bestimmte der koloniale Diskurs die Repräsentation der Nord-Süd-Beziehungen aus der Sicht des Nordens. Dieser Diskurs teilte die Menschheit in „zivilisierte Nationen“ oder „Völker“ einerseits und „unzivilisierte, barbarische Stämme“ oder „Menschenmassen“ andererseits. Neben der offensichtlichen Funktion der Legitimation von Herrschaft diente er auch zur Konstruktion von Identitäten: Die eigene (europäische, abendländische oder westliche) Identität konnte sich dabei nur in der Abgrenzung zum „Anderen“ herausbilden, das als defizitäre Abweichung von der eigenen idealen Norm menschlicher Existenz (der „weiße Mann“) gedacht wurde. Die dem Eigenen und dem Anderen jeweils zugeschriebenen Eigenschaften ergaben

sich aus einem Ensemble von Differenzen: rational/emotional, vernunft-/instinktgeleitet, fähig/unfähig zur Herrschaft, souverän/abhängig, kolonisierend/kolonisiert, höher-/minderwertig usw. Die einzelnen Zuschreibungen waren hierbei durch Äquivalenzketten verknüpft: Wer rational handelte, war zivilisiert, deshalb höherwertig, somit fähig bzw. ausersehen, Herrschaft über Kolonien auszuüben. Dementsprechend werden „die Eingeborenen“, die im Kolonialdiskurs das „Andere“ des weißen Mannes darstellen, anhand dieses Maßstabs im besten Fall als naturverbundene Kinder, im schlechtesten als tierhafte Wilde dargestellt. Irrational, unzivilisiert und regierungsunfähig sind sie in jedem Fall. Als Folge antikolonialer Befreiungsbewegungen, der Oktoberrevolution, strategischer (ökonomischer und geopolitischer) Notwendigkeiten der Industrienationen (v.a. der USA) in und nach den Weltkriegen und auch der Diskreditierung rassistischer Weltansichten durch die Verbrechen der Nazis ergab sich spätestens in der Nachkriegszeit eine Neuformierung der Repräsentationen der Nord-Süd-Beziehungen (vgl. Alcalde 1987; Cooper/Packard 1997; Escobar 1995): der koloniale wurde zum Entwicklungsdiskurs.

Die fundamentalste Veränderung in dieser neuen Diskursformation war sicherlich, dass die Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika nicht mehr als unfähig, sich selbst zu regieren, konzipiert wurden und dass sie nicht mehr als „unzivilisiert“, sondern nur noch als „unterentwickelt“ galten – mit der Perspektive, dass sie durch entsprechende staatliche und entwicklungspolitische Maßnahmen diesen Zustand in der Zukunft überwinden könnten.

Dennoch ist auch hier eine dualistische Weltansicht festzustellen. In Kontinuität zum kolonialen Diskurs wird die Welt weiterhin dichotomisch und das Andere (die „weniger entwickelten“ oder „Entwicklungsländer“) als rückständige Vorstufe der als vollendete Norm gedachten Eigenen (die „entwickelten Länder“) konzipiert. Hier manifestiert sich unverändert die im Gefolge der Aufklärung und v.a. im sozialwissenschaftlichen Evolutionismus des 19. Jahrhunderts populär gewordene eurozentrische Denkfigur, dass die Zustände in Afrika, Asien und Amerika (vor der Besiedelung durch Weiße) weiter zurückliegende Stufen der menschlichen Evolution darstellten (vgl. exemplarisch Comte 1923: 322; Marx 1988: 15). Das in der Antrittsrede des US-Präsidenten Truman (siehe Kap. 2) deutlich sichtbare an diesen Dualismus anknüpfende Ensemble der Differenzen lässt sich wie folgt skizzieren: industrieller und wissenschaftlicher Fortschritt/Rückständigkeit und elende Bedingungen, Wirtschaftswachstum/Stagnation, Technologie/Handarbeit, Modernität/Tradition, hohe Produktivität/niedrige Produktivität, materieller Wohlstand/Armut, besseres Leben/schlechteres Leben, Freihandel und Demokratie/alter Imperialismus, Entwicklungshilfe leistende Nationen/Entwicklungshilfe empfangende Nationen usw. Wieder sind die einzel-

nen Elemente untrennbar verknüpft: Ein besseres Leben ist ohne industriellen Fortschritt nicht denkbar, dieser bedarf der Produktivitätssteigerung und des Wirtschaftswachstums, Voraussetzungen dafür sind Freihandel und Weltmarktintegration, mühselige Handarbeit ist dagegen ein Zeichen von Armut etc. Der Referenzpunkt für jene Differenzen, also der Nodalpunkt des Diskurses, ist die „entwickelte“ Industriegesellschaft, primär die der USA.<sup>2</sup> Anhand dieser Norm werden die Länder des Südens (und die zahllosen heterogenen Gesellschaftsformen der dort lebenden Menschen) als defizitär klassifiziert: sie leiden an einem „Mangel an Entwicklung“. Gleichzeitig mit dieser Diagnose wird die Medizin verordnet: sie brauchen „Entwicklung“ in Form von Modernisierung, Technologietransfer und Kapitalinvestitionen. Zu konstatieren ist jedoch eine Verschiebung von einer biologischen („unzivilisierte Stämme“) zu einer sozialgeographischen Matrix („unterentwickelte Regionen“).<sup>3</sup>

Spätestens seit Ende der 80er Jahre befindet sich diese Diskursordnung jedoch in einer existenziellen Krise, und zwar aufgrund mehrerer Faktoren. Zum einen sind mit dem „verlorenen Jahrzehnt“ der 80er Jahre die Verheißungen des Entwicklungsdiskurses auf eine absehbare Transformation der unterentwickelten in entwickelte Gebiete vollends unglaubwürdig geworden. Zum anderen ist mit dem Ende des Kalten Krieges die strategische Notwendigkeit von Entwicklungshilfe weggefallen, was auch die dieser Politik entsprechende Repräsentation der Nord-Süd-Beziehungen überflüssig werden lässt. Drittens hat der Aufstieg des Neoliberalismus, der die Sinnhaftigkeit dirigistischer Interventionen in den Markt durch den Entwicklungsstaat bestreitet und in „entwickelten“ wie in „Entwicklungsländern“ gleichermaßen auf marktkonforme Umstrukturierungen drängt, die dualistische Grundstruktur unterminiert. Viertens hat die Aufwertung ökologischer Gesichtspunkte v.a. im Diskurs der „Nachhaltigen Entwicklung“ die Vorbildhaftigkeit der Industrienationen und somit ebenfalls die abgeleitete Zweiteilung der Welt hinfällig werden lassen, während (fünftens) der Partizipations- und v.a. der Empowerment-Gedanke die Definitionsmacht über „Entwicklung“ (im Sinne einer guten Gesellschaft bzw. einer Verbesserung der Lebensverhältnisse) den Betroffenen vor Ort zugesprochen und den Entwicklungsexperten zumindest auf der Ebene des Diskurses entzogen haben. Folglich wird bereits mancherorts ein „Ende des Entwicklungsdiskurses“ bzw. der Entwicklungsära konstatiert (vgl. Sachs 1992, Spehr/Stickler 1997).

## Der Global-Governance-Diskurs

Global Governance ist nun einer der Diskurse, die als potenzielle Nachfolger des Entwicklungsdiskurses ein neues Repräsentationssystem der Nord-Süd-Beziehungen bereitstellen. Dieses zeichnet sich – im Hinblick

auf den Entwicklungsdiskurs, aber auch auf den seit Anfang der 90er Jahre wieder relevant werdenden neo-kolonialen Diskurs um liberale Protektorate – auf den ersten Blick durch den Verzicht auf die Zweiteilung der Nationen in privilegierte und zurückgebliebene aus, sondern postuliert unter Verweis auf die Existenz globaler Problemstellungen die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit aller Staaten (und sonstigen politischen Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft „von der lokalen bis zur globalen Ebene“):

„Ein immer engermaschiger werdendes Netz wechselseitiger Abhängigkeiten zwingt die Länder zur Zusammenarbeit. In der Tat müssen die Bürger der Einen Welt zu vielen Zwecken zusammenarbeiten: für die Erhaltung von Frieden und Ordnung, für die Ausweitung wirtschaftlicher Aktivitäten, beim Kampf gegen die Umweltverschmutzung, für die Beendigung oder Minimierung des Klimawandels, bei der Seuchenbekämpfung, der Einschränkung der Waffenverbreitung, der Verhinderung von Desertifikation, beim Erhalt der genetischen Vielfalt und der Vielfalt der Arten, bei der Terrorismusbekämpfung, der Abwehr von Hungersnöten, der Überwindung von Wirtschaftskrisen, der Verteilung knapper Ressourcen, im Kampf gegen den Drogenhandel usw. Immer mehr Themen verlangen nach gemeinsamer Anstrengung der Nationalstaaten, m.a.W., erfordern nachbarschaftliches Handeln.“ (SEF 1995: 48)

Ziel ist dabei eine globale politische Steuerung nicht durch einen Weltstaat, sondern durch „einen breit angelegten, dynamischen und komplexen Prozeß interaktiver Entscheidungsfindung“ (6), der zur Herausbildung von internationalen Regimen führt – zu den „Säulen einer global-governance-Architektur“ (Messner/Nuscheler 1996). Im Unterschied zum neoliberalen Diskurs erscheint die Liberalisierung der Weltwirtschaft zumindest in Teilen des Global-Governance-Diskurses nicht als Lösung aller Probleme, sondern als Teil des Problems, das einer globalen politischen Steuerung bzw. eines „Managements“ (SEF 1995: 150) bedarf. Aufgrund des Verzichts auf den zentralen Dualismus entfällt auch das charakteristische Ensemble der Differenzen. Im Global-Governance-Diskurs werden alle am politischen Prozess beteiligten Akteure als gleichberechtigt konzipiert. Die hier geprägten Identitäten sind programmatisch die von „Nachbarn in einer Welt“, die sich als Teil einer Menschheitsgemeinschaft verstehen, welche die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert ist, nur in konstruktiver Kooperation lösen kann. Der Bericht der CGG macht die Lösung der Menschheitsprobleme abhängig von „der breite[n] Akzeptanz eines globalen Ethos der Bürger, nach dem sich das Handeln in der einen Welt richten soll“ (SEF 1995: 53).

Aus postkolonialer Perspektive erscheinen nun folgende Aspekte des Diskurses problematisch:

1. Im Global-Governance-Diskurs wird durch die Darstellung drängender globaler Probleme und die daher dringend erforderliche globale Zusammenarbeit zu ihrer Lösung ein Klima der imperativen Kooperati-

on erzeugt. Angesichts der drängenden Probleme der Menschheit erscheint in dieser Konstellation eine konstruktive Kooperation, die unter den gegebenen Bedingungen nach Problemlösungen sucht, als einzig verantwortungsvolle Handlungsweise. Eine „unproduktive“ Diskussion um die Verantwortung für die Entstehung der Probleme (die zwischen den Problemverursachern und Unbeteiligten höchst ungleich verteilt sein kann) oder die Ausgangsbedingungen der Kooperation bzw. die bestehenden Machtverhältnisse und ihre Legitimität wirkt in dieser diskursiven Konstellation hingegen verantwortungslos. Ungleiche Artikulations- und Durchsetzungspotenziale (vgl. Scherrer 2000) werden mit einem strategischen Schweigen bedacht. Dabei zielt das Global-Governance-Konzept zumindest der CGG stark auf das individuelle Ethos und suggeriert, die Lösung der Menschheitsprobleme hänge primär von der „Fähigkeit der Menschen ... über enge Eigeninteressen hinauszugehen“ und ein „Interessen der Menschheit“ ausgerichtetes Handeln ab (SEF 1995: 62). Nicht gesellschaftliche Machtverhältnisse liegen demnach an der Wurzel globaler Probleme, sondern der Egoismus der Individuen, weshalb auch letztere und nicht erstere als veränderungsbedürftig angesehen werden.

2. In jedem Diskurs sind bestimmte Ausschlussmechanismen wirksam. Durch die Definition der Menschheitsprobleme und durch die Absteckung des Rahmens, innerhalb dessen sowie der Art und Weise, wie nach Lösungen gesucht wird – nämlich auf der Basis des „bestehenden Systems zwischenstaatlicher Institutionen“ (7), auf „Partnerschaften“ (ebd.) beruhend, in der „Zusammenarbeit mit privaten Institutionen“ (ebd.) auf der Grundlage eines „dezentralisierte[n] marktwirtschaftliche[n] System[s]“ (235) – werden bestimmte konfrontative oder nicht-marktwirtschaftliche Lösungsansätze von vornherein ausgeschlossen. Einer der Zwecke, für den die „Bürger“ der Einen Welt der CGG zufolge zusammenarbeiten müssen, ist die „Ausweitung wirtschaftlicher Aktivitäten“ (48). Dass gerade auch die Zielsetzung Wirtschaftswachstum negative Folgen für die Menschheit haben könnte, ist in einem solchen Diskurs nicht vorstellbar. Ebenso werden große transnationale Unternehmen als Teil der Lösung, nicht des Problems definiert: „Es liegt im gemeinsamen Interesse, daß die Hauptakteure der Weltwirtschaft an den Entscheidungen über gemeinsame Probleme in vollem Umfang miteinbezogen werden.“ (165) Zwar sollen auch Unternehmen zu „verantwortungsbewußtem Handeln in der Einen Welt ... aufgefordert werden“ (283), allerdings wird die Frage nach eventuellen strukturellen Zwängen, die „bei Strafe des eigenen Untergangs“ privaten Akteuren in der Marktkonkurrenz ein solches Handeln verbieten, vollkommen ausgeblendet.

3. Trotz der geänderten Diskursstruktur, welche die „Nachbarn in einer Welt“ nicht mehr explizit in fortgeschrittene und rückständige unterteilt, werden im Global-Governance-Diskurs oftmals eurozentrische

Kategorien reproduziert. Das offensichtlichste Beispiel bietet der Entwicklungsbegriff. Obwohl dies selbst nach rein „westlichen“ Maßstäben bereits aus ökologischen Gründen anachronistisch anmutet, werden vielerorts die Industriegesellschaften der OECD-Länder als „entwickelt“, die anderen als „Entwicklungsländer“ bezeichnet. Dies nährt nicht nur die Illusion, dass dort ein Prozess stattfindet, an dessen Ende die Transformation in eine der unsrigen ähnliche Gesellschaft steht und reproduziert so normativ den angeblichen Vorbildcharakter der eigenen Gesellschaft, es bleibt auch der kolonialen Diskurspraktik verhaftet, das Andere nur als defizitäres Zerrbild des Eigenen zu definieren und wahrzunehmen. Dass eine gute Gesellschaft auf den Grundpfeilern repräsentativ-demokratischer Staat, Marktwirtschaft und Wissenschaft ruht, dass sie industrialisiert, säkular und modern und ihre Mitglieder individualistisch, flexibel, rational und produktiv sein sollen – dies bildet eine der unausgesprochenen Grundannahmen des Diskurses. Die Zukunft der ehemaligen Kolonien bzw. „unsere gemeinsame Zukunft“ (CGG 1995) ist nur denkbar als eine, die der Gegenwart der ehemaligen Kolonialmächte (bzw. wesentlichen Aspekten davon) verblüffend ähnlich sieht.

4. Selbst von Protagonisten des Global-Governance-Konzepts wird auf die nicht aufgelöste Differenz zwischen den real existierenden und fraglos herrschaftsförmig strukturierten Global-Governance-Regimen und den in der emphatischen Diskursvariante dargestellten allgemeinwohlorientierten Institutionen hingewiesen. Dabei wird jedoch als Aufgabe formuliert, die entsprechenden internationalen Organisationen, allen voran IWF und Weltbank, zu demokratisieren und auch unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure eine gleichberechtigte Kooperation zwischen Nord und Süd aufzubauen (vgl. Messner/Nuscheler 2003b: 426; SEF 1995: 208). Dabei soll „willkürliche Machtausübung – wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Art – den Regeln des Rechts der globalen Gesellschaft“ unterworfen werden (SEF 1995: 8). Dieses Versprechen ist diskursanalytisch betrachtet das Äquivalent zu der im Kolonialdiskurs verbreiteten Ankündigung, die koloniale Herrschaft werde zur Zivilisierung und Hebung der Kolonisierten und dem wirtschaftlichen Fortschritt der Kolonien beitragen sowie zu der im Entwicklungsdiskurs zentralen Verheißung, die „weniger entwickelten“ Gesellschaften könnten durch Freihandel und Technologietransfer innerhalb weniger Jahrzehnte zu industriellen Massenkonsumgesellschaften nach dem Vorbild der USA werden. Letzten Endes ist der Effekt der jeweiligen diskursiven Strategie, für die entsprechenden Länder Anreize zur Akzeptanz der bestehenden weltwirtschaftlichen und -politischen Ordnung und der Aufrechterhaltung der entsprechenden Beziehungen zu bieten. Selbst wenn diese Beziehungen im Moment wenig vorteilhaft für entsprechende Länder erscheinen sollten, so wird doch auf die Möglichkeit bzw. Wahrscheinlichkeit positiver Veränderungen

in der Zukunft verwiesen. Polemisch ist ein solches Versprechen einmal als „pie in the sky“ tituiert worden.

5. Der zentrale Stellenwert gemeinsamer Menschheitsinteressen im Global-Governance-Diskurs („Der Gedanke, daß Menschen ungeachtet ihrer nationalen oder sonstigen Identität gemeinsame Interessen haben und sich über alle Grenzen hinweg zur Wahrnehmung dieser Interessen organisieren, hat für [Global Governance] eine zentrale Bedeutung“, SEF 1995: 281) ist kognitiv entmündigend, analytisch ungenügend und politisch folgenreich. Kognitiv entmündigend (vgl. Berger 1974: 117ff) ist er, weil er allen Menschen vorgibt, was ihr Interesse sei, ohne sie danach gefragt zu haben. Möglicherweise ist vielen Menschen in der BRD sowohl der Verlust der Artenvielfalt als auch die Verknappung von Wasservorräten in Asien relativ gleichgültig. Analytisch ungenügend ist er, weil er versäumt, bei den einzelnen als globalen Problemen erfassten Phänomenen zwischen verschiedenen Akteuren und ihren Interessenslagen zu unterscheiden. Jemand, der oder die die Müllhalden Sao Paulos nach Essensresten absucht, kann die langfristige Klimaerwärmung oder das Versiegen fossiler Brennstoffe als eher nachrangige Probleme ansehen. Ein Pharmakonzern hingegen mag die weit verbreitete Armut nicht unbedingt als drängendes Dilemma betrachten, den Verlust der bzw. vielmehr den Verlust des Zugangs zu der pflanzlichen Artenvielfalt Lateinamerikas und der damit verbundenen Gewinnmöglichkeiten in ungleich größerem Maße als sein Interesse berührend definieren. Mag sein, dass alle Menschen den Fortbestand des Planeten als in ihrem Interesse liegend bezeichnen würden, vielleicht ist hier sogar ihr „objektives Interesse“ daran begründbar – irgendwie sitzen wir ja in „einem Boot“, um die vielfach gebrauchte Metapher aufzugreifen. Dennoch ist denkbar, dass die Passagiere auf dem Sonnendeck eher auf die gemeinsamen Interessen des Nicht-Untergehens abheben als die Rudersklaven – von den Schiffseignern ganz zu schweigen. Wenn man sich auf die problematische Denkfigur eines „objektiven Interesses“ einlässt,<sup>4</sup> sollte zumindest auf die unterschiedlichen Arten des Interesses eingegangen werden: Die Rudersklaven haben in diesem Boot (außer ihrem Leben – dieser Hinweis wurde damals leider vergessen) nur ihre Ketten zu verlieren, die Inhaber von Liegestühlen erheblich mehr. Auch dieses Bild ist eine unzulässig von den vielfältigen Realitäten abstrahierende Vereinheitlichung, aber es lenkt den Blick auf einen wichtigen Sachverhalt: dass es schlicht verdächtig ist, wenn die Besitzenden den Besitzlosen erzählen, sie alle hätten ein gemeinsames Interesse und zur Rettung der Einen Welt müssten jetzt alle zusammenarbeiten – und, so die Implikation, alle anderen Konflikte um Verteilung und Herrschaftsverhältnisse hintanstellen. Verdächtig in dem Sinne, dass eine solche harmonische Zusammenarbeit mit dem Ziel der Überlebenssicherung der Menschheit – und hier sind wir bei den politischen Folgen der analyti-

schen Schwäche – bestimmten im status quo privilegierten gesellschaftlichen Gruppen eindeutig mehr zugute kommt als anderen.

6. Auffallend ist, dass die Abgrenzung des Global-Governance-Diskurses weder zum neokolonialen noch zum neoliberalen Diskurs trennscharf ist: Oftmals werden Handelsliberalisierung, die Privatisierung öffentlicher Institutionen und Versorger sowie eine prinzipielle Vorrangstellung für marktorientierte Lösungen als kompatibel mit oder sogar als Bestandteil von Global Governance angesehen, und stellenweise gilt dies auch für einen „liberal imperialism“ (Cooper 2002). In diesem Übergang zum neokolonialen Diskurs wird doch wieder ein Ensemble von Differenzen konstruiert, in dem „failed states“ oder „Schurkenstaaten“ die Rolle des Anderen einnehmen, der sich dem multilateralen Dialog mit der internationalen Staatengemeinschaft verweigert bzw. sich als dialogunfähig erweist und gegenüber dem auch militärische Gewalt legitimes Mittel sein kann. (Interessant ist in diesem Kontext, dass v.a. seit 2001 gelegentlich auch die USA – dargestellt als auf unilaterale Machtpolitik setzende Supermacht – ebenfalls als das Andere des Global-Governance-Diskurses repräsentiert wird.)

## **Fazit: Postkoloniale Kritik und die Rolle der Politikwissenschaft im globalen Regieren**

Diese problematischen Aspekte lassen folgende Schlussfolgerung zu: Zwar tritt im Global-Governance-Diskurs an die Stelle des überlegenen Westens die demokratisch legitimierte internationale Staatengemeinschaft, doch stellt sich aus postkolonialer Perspektive die Frage, ob diese Diskursformation nicht eine ähnliche Funktion erfüllt wie ihre (zweifelloser weniger egalitär strukturierten) Vorgängerinnen: über die Prägung von Identitäten und Weltbildern Zustimmung zu organisieren zu einer Weltordnung unter Führung der wirtschaftlich und militärisch dominierenden Staaten, also die hegemoniale Funktion, partikularen Kräften konsensgestütztes globales Regieren im Namen eines universellen Menschheitsinteresses zu ermöglichen (vgl. Cox 1983).<sup>5</sup>

Für eine (selbst-)kritische Politikwissenschaft sollte sich von diesem Standpunkt aus daher weniger die Frage nach einer Effektivierung des bestehenden Global-Governance-Systems, sondern eher die Frage nach den Möglichkeiten seiner emanzipativen Veränderung stellen. Der Blick auf die bisherigen Transformationen der die Nord-Süd-Beziehungen strukturierenden Repräsentationssysteme ist im Hinblick darauf ein wichtiger erster Schritt. Der Verzicht auf eine Analyse dieser Repräsentationssysteme und ihrer Implikationen führt demnach zu einer Befangenheit zugunsten der bestehenden Weltordnung.

Eine emanzipative Transformation der bestehenden Global Governance müsste aus postkolonialer Perspektive v.a. die Forderung nach

einer Partizipation der Subalternen stellen. Partizipation dürfte sich hierbei nicht nur auf bloße Anhörung oder Beteiligung im Rahmen vorgegebener politökonomischer Strukturen und Prozesse beziehen, sondern müsste eine gleichberechtigte Mitbestimmung auch der Problemdiagnose beinhalten und die Ausgangsbedingungen der Kooperation ebenso zur Disposition stellen dürfen wie die demokratische Legitimation anderer Akteure. Die Subalternen sind hierbei keinesfalls die Staats- und Regierungschefs der Peripherieländer, auch nicht NGOs oder das bisweilen beschworene globale Proletariat, sondern die jeweils von politischer Teilhabe Ausgeschlossenen, die nicht repräsentierten, sogar artikulationsunfähigen Teile der Gesellschaft (vgl. Spivak 1988). Dabei ist allerdings – und hier sollten wir Spivak weiterdenken – von einer Mehrdimensionalität der Ausschließungsverhältnisse auszugehen (Rasse, Klasse, Geschlechterverhältnis, sexuelle Orientierung, Alter, akademische Bildung, Behinderung, ...), weshalb die Subalternen streng genommen nicht als eine fest umrissene Gruppe gelten können. Sie sind die Differenz zwischen einer demographischen Gruppe und ihrer Subjektivität, die von dieser Gruppenidentität in der jeweiligen Dimension Ausgeschlossenen (vgl. zu dieser Debatte auch Steyerl 2005).

Würde die vorliegende Analyse allerdings in die griffige Forderung nach der Partizipation der Subalternen am Global-Governance-System münden, reproduzierte sie die in der Politikwissenschaft unglücklicherweise sehr weit verbreitete Strategie, eine Problemstellung mit einem Lösungsvorschlag zu beantworten, der von einem allmächtigen und an der Besserstellung auch unterprivilegierter Gesellschaftssegmente interessierten Akteur ausgeht, der diesen Vorschlag anschließend umsetzen soll. Diese Praktik ist nicht nur realitätsfern, schlimmer: Sie ist irreführend, weil sie den impliziten oder expliziten Adressaten der Analyse, meist einflussreichen staatlichen oder suprastaatlichen politischen Akteuren, tendenziell dieses Interesse unterstellt (vgl. Ferguson 1994). Daher scheint es wenig sinnvoll, mit einer Blaupause für die Umgestaltung des existierenden Global-Governance-Systems zu schließen. Dessen emanzipative Transformation müsste von den subalternen Akteuren selbst konkret erstritten werden. Auf diese Kämpfe bezogen macht eine Politikberatung auch aus postkolonialer Perspektive durchaus Sinn. Dementsprechend wenden sich diese Schlussfolgerungen explizit an politische Akteure im weiten Feld der globalisierungskritischen Bewegung. Diese sollte Verbesserungen im Sinne einer „Globalisierung mit menschlichem Antlitz“ nicht von den Dominanzmächten der bestehenden Weltordnung erwarten, sondern sich zunächst um einen Dialog, in einem zweiten Schritt um eine globale Vernetzung, schließlich auch um gemeinsame politische Handlungsfähigkeit mit den von dieser Weltordnung Ausgeschlossenen bemühen.

## 8. Post-Development: Zwischen reaktionärem Populismus und radikaler Demokratie

Seit den späten achtziger, vor allem aber in den neunziger Jahren bildete sich in der internationalen Entwicklungsdiskussion ein theoretischer Ansatz heraus, der eine fundamentale Kritik an Theorie und Praxis der Entwicklung artikuliert und meist als Post-Development-Ansatz bezeichnet wird. Die Bezeichnung resultiert aus der Grundthese des Ansatzes, dass das „Projekt der Entwicklung“ gescheitert und die „Entwicklungsära“ am Ende sei: Es sei an der Zeit, nach „Alternativen zur Entwicklung“ zu suchen. „Entwicklung“ wird im Post-Development auf drei Ebenen kritisiert: zum einen als politisches Projekt, zum anderen als gedankliche Struktur (als Mythos, Ideologie, Diskurs oder Repräsentationssystem), zum dritten als Begriff. Alle drei sind untrennbar verbunden mit der „Entwicklungsära“.

Den Beginn der Entwicklungsära datieren die Post-Development-AutorInnen auf die frühe Nachkriegszeit, meist wird die Antrittsrede von US-Präsident Truman 1949 und die darin vorgenommene „Erfindung der Unterentwicklung“ als Ausgangspunkt genannt. In dieser Rede versprach er den Menschen in den „unterentwickelten Gebieten“ ein Programm, das ihnen die Segnungen des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts zugänglich machen und einen Ausweg aus ihrem Zustand des Elends versprach – durch freien Handel, Kapitalinvestitionen, Technologietransfer – kurz: ein Programm der Entwicklung. Kritisiert wird im Post-Development nicht nur, dass dieses Programm von eigennützigen außenwirtschaftlichen und geopolitischen Motiven geleitet gewesen sei, sondern vor allem die ihm zugrunde liegende gedankliche Struktur. Diese nämlich definiere sämtliche nicht-westlichen Lebensweisen als defizitär und reduziere die unendlichen Möglichkeiten menschlichen Zusammenlebens auf den Nachvollzug des angeblich höherwertigen westeuropäisch-nordamerikanischen Industriekapitalismus.

Dieses Projekt, die „unterentwickelten Gebiete“ zu „entwickeln“, sei allerdings rund 45 Jahre nach seinem Beginn offensichtlich gescheitert, und zwar aus folgenden Gründen (vgl. Sachs 1992: 2ff): Erstens seien die „entwickelten“ Länder aus ökologischen Gründen keinesfalls ein nachahmenswertes Erfolgsmodell, sondern eine katastrophale Fehlentwicklung; zweitens sei mit dem Ende des Ost-West-Konflikts die zentrale strategische Motivation des Projekts dahin; drittens sei es ein grandioser Fehlschlag gewesen: Angesichts der zunehmend größer werdenden Kluft zwischen armen und reichen Gebieten könne von einem Aufholen ersterer keine Rede sein; viertens sei die Verallgemeinerung des westlichen Entwicklungsmodells (beruhend auf Staat, Markt und Wissenschaft) grundsätzlich

nicht wünschenswert, da sie das Aussterben der kulturellen Vielfalt der Menschheit und die Ausbreitung einer globalen Monokultur bedinge.

Somit wird das „Projekt“ der Entwicklung als (kultur-)imperialistisch und das implizite gedankliche Konstrukt als eurozentrisch attackiert. Der Begriff der Entwicklung gerät nun ebenfalls in die Kritik, da er durch die zahlreichen Um- und Neudefinitionen in der Entwicklungsära zu einem schwammigen „Amöbenwort“ (Esteva) geworden sei, das praktisch beliebigen Maßnahmen die „Weihe, im Namen eines höheren, evolutionären Zieles vollzogen zu werden“ (Sachs), verleihe. Der Begriff sei darüber hinaus so eng mit Projekt und Konstrukt der Entwicklung verbunden, dass auch in einer alternativen Entwicklungsdefinition die modernisierungstheoretischen Implikationen mitschwingen würden: Die Länder des Südens brauchen „Entwicklung“, der Norden ist bereits „entwickelt“. Den zahlreichen Theorien „alternativer Entwicklung“ wird vorgeworfen, dass sie dieser Problemkonstruktion verhaftet blieben und nur nach anderen Wegen suchten, das Ziel der Entwicklung nach dem Vorbild der Industrienationen zu verwirklichen.

Die im Post-Development entworfenen „Alternativen zur Entwicklung“ beziehen sich auf die Praxis von sozialen Bewegungen und lokalen Gemeinschaften in Lateinamerika und Asien. Dort entstünden, „im Niemandsland zwischen Tradition und Modernität“ (Sachs), Strukturen einer neuen Gesellschaft nach dem Scheitern des Entwicklungsprojekts. Diese seien geprägt von der Wiederaneignung des lokalen Wissens gegenüber der modernen Wissenschaft, einer Wiederaneignung der Politik gegenüber dem Nationalstaat und einer Wiederaneignung der Ökonomie gegenüber der freien Marktwirtschaft – und generell von der Skepsis gegenüber universell gültigen Gesellschaftsmodellen.

Im letzten Jahrzehnt ist der Post-Development-Ansatz im angelsächsischen Sprachraum breit rezipiert und kritisiert worden. Trotz bedeutender Differenzen innerhalb dieser Kritiken scheint jedoch in einigen Aspekten weitgehendes Einvernehmen zu herrschen, insbesondere hinsichtlich bestimmter „Standardvorwürfe“ gegenüber den Post-Development-Ansätzen, die sich bei fast allen KritikerInnen finden lassen. Bei genauerer Betrachtung – so die im weiteren Verlauf entwickelte These – zeigt sich jedoch in der näheren Auseinandersetzung mit den „Standardvorwürfen“, dass diese nur bei einem Teil der Post-Development-Texte berechtigt sind. Dies führt zur Differenzierung zwischen neo-populistischen und skeptischen Elementen im Post-Development, deren politische Konsequenzen als reaktionär respektive radikaldemokratisch zu bezeichnen sind. Schlussendlich ist nach der Relevanz des Ansatzes für die Entwicklungstheorie zu fragen.

In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll, zunächst die Kategorie „Post-Development“ genauer zu erfassen. Zwei der Post-Develop-

ment-ProtagonistInnen bieten explizite Definitionen an. Während die eine davon zu schwammig ist, als dass sie uns weiterhelfen würde – Post-Development-Ansätze werden als „subversive“, „people-centered“ und „radical“ beschrieben (Rahnema 1997b: xif) – bietet die andere genauere Anhaltspunkte: Escobar bezeichnet die Merkmale der Post-Development-Ansätze wie folgt:

- ein Interesse nicht an alternativer Entwicklung, sondern an Alternativen zur Entwicklung;
- mithin eine grundsätzliche Ablehnung des Entwicklungsparadigmas;
- ein Interesse an lokalen Kulturen und lokalem Wissen;
- eine kritische Einstellung gegenüber etablierten Wissenschaftsdiskursen;
- die Parteinahme für lokal verankerte pluralistische Graswurzelbewegungen (vgl. Escobar 1995: 215)

Auf der Grundlage dieser Definition müssten jedoch neben den gemeinhin unter das Etikett Post-Development subsumierte AutorInnen (Esteva, Escobar, Sachs, Rahnema, gelegentlich auch Rist) auch die Arbeiten von Nandy (1988, 1992), Alvares (1992), die Studien der United Nations University unter der Leitung von Apffel-Marglin/Marglin (1990, 1996), und sogar von DuBois (1991) und Ferguson (1994) dieser Schule zugeordnet werden.

In der Regel werden die Post-Development-Texte hinsichtlich ihrer Theorie und Methode mit Michel Foucault in Verbindung gebracht. Aus einigen Gründen, die in Kap. 1 genauer dargelegt werden, muss die verbreitete Annahme, beim Post-Development handele es sich um eine Foucault'sche Analyse und Kritik des Entwicklungsdiskurses, überdacht werden. Die theoretischen Lorbeeren, mit denen die Ansätze solchermaßen geschmückt werden, sind größtenteils unverdient. Allerdings muss die Kritik an der unsauberen und simplifizierenden Verwendung Foucault'scher Konzepte der Fairness halber primär auf einige AutorInnen (Rahnema, Esteva, z.T. auch Sachs) beschränkt werden. Andere Arbeiten von Post-Development-AutorInnen wie Escobar, DuBois oder Ferguson basieren auf einer gründlicheren Foucault-Rezeption (auch wenn bei Escobar der Antiimperialismus gelegentlich gegenüber einer differenzierten Analyse die Oberhand behält). Andere AutorInnen (z.B. Marglin) haben niemals behauptet, mit Konzepten Foucaults zu arbeiten. Spätestens hier gewinnen wir den Eindruck, dass „referring to the post-development idea in the singular runs the risk of caricaturing a number of different writers' ideas“ (Kiely 1999: 49). Unglücklicherweise ist dies genau das, was die Standardvorwürfe praktizieren.

## Kritik am Post-Development: Die Standardvorwürfe

Unter all jenen, welche die Post-Development-AutorInnen kommentiert und kritisiert haben (Corbridge 1998, Kiely 1999, Nederveen Pieterse 1998 and 2000, Storey 2000, Nanda 1999, Knippenberg/Schuurmann 1994, Schuurman 2000, Eriksson Baaz 1999, um nur einige zu nennen), ist sich die große Mehrheit einig, dass diese Ideen zu verwerfen seien – Nustad (2001) und Brigg (2002) stellen hier die Ausnahme von der Regel dar. Die Post-Development-Texte wurden überwiegend als zynische Legitimation des Neoliberalismus oder unnütze Romantisierung vormoderner Zeiten interpretiert; dem Ansatz etwas mehr zugeneigte KritikerInnen haben ihnen zwar Potenzial zuerkannt, auf die Schwächen von Entwicklungstheorie und -politik aufmerksam zu machen, aber gleichzeitig das Fehlen konstruktiver Alternativen moniert.

Der ersten Interpretation zufolge existiert zumindest eine Affinität zwischen Post-Development und Neoliberalismus (Nederveen Pieterse 2000: 184): Die Verfechter eines marktradikalen Kapitalismus würden die Post-Development-Ansätze begrüßen, da sie sich von der Idee der Verallgemeinerung westlicher Lebensstandards verabschiedet hätten, die Idee der Entwicklungshilfe ablehnen würden, nicht auf einen starken Staat, sondern die „Zivilgesellschaft“ und die Selbsthilfekapazitäten der Menschen bauen würden und weil sie die materialistische Konzeption von Wohlstand und somit implizit die Notwendigkeit redistributiver Prozesse in Frage stellten. Post-Development-Ansätze würden somit die ungehinderte Expansion des globalen Kapitalismus nicht beeinträchtigen und gleichzeitig eine günstige Lösung für diejenigen Regionen anbieten, die wegen Mangel an Wettbewerbsfähigkeit, Ressourcen und qualifizierten Arbeitskräften für den Weltmarkt bedeutungslos geworden sind.

Von der in Post-Development und Neoliberalismus diametral entgegengesetzten Einschätzung von Akkumulation, Wirtschaftswachstum, der unsichtbaren Hand des Marktes und nutzenmaximierendem Handeln einmal abgesehen: Was in dieser Kritik jedoch übersehen wird, ist, dass die Schaffung von Alternativen zum Weltmarkt – gleich welcher Art – andererseits als handfeste Bedrohung des neoliberalen Kapitalismus wirken und zum Abzug dringend benötigter Arbeitskraft und Waren aus dem Weltsystem führen kann. Die angebliche Nichtexistenz von Alternativen zum globalen Kapitalismus seit 1989 ist die Grundannahme, auf deren Basis die neoliberale Politik selbst von jenen akzeptiert wird, die durch sie offensichtlich benachteiligt oder gar in Armut gestürzt werden, und kann daher als zentraler ideologischer Stützpfeiler des Neoliberalismus gelten.

Andere verbreitete Vorwürfe, die von nahezu allen KritikerInnen des Post-Development geäußert werden, sind die folgenden:

1. Post-Development-Ansätze zeichnen sich durch eine unkritische Sichtweise gegenüber lokalen Gemeinschaften und kulturellen Traditionen aus. Ihre Texte bieten „the last refuge of the noble savage“ (Kiely 1999), sie zeichnen ein hoffnungslos idealisiertes Bild des Lebens in vormodernen Gemeinschaften und projizieren romantische Bilder auf die oftmals karge und unerbittliche Realität dieser „Alternativen zur Entwicklung“.

2. Auf der anderen Seite ignoriert die fundamentale Ablehnung von Moderne und Entwicklung die zahlreichen unzweifelhaft vorhandenen positiven Aspekte, die untrennbar mit ihnen verbunden sind: angefangen von den Rechten des Individuums bis hin zu den Fortschritten der modernen Medizin bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit (vgl. Corbridge 1998: 145).

3. In ihrer vorbehaltlos positiven Bezugnahme auf kulturelle Differenz und ihrer Zurückweisung universalistischer Konzepte ignorieren, tolerieren oder akzeptieren die Post-Development-AutorInnen die mit diesen Argumentationen legitimierte Unterdrückung und Gewalt (vgl. Knippenberg/Schuurmann 1994: 95). An Mädchen verübte Genitalverstümmelungen sind nur eins der zahlreichen Beispiele für derartige Praktiken.

4. Letztlich liefern die Post-Development-Ansätze nur eine weitere Blaupause einer zu verwirklichenden besseren Gesellschaft, die lediglich auf umgekehrten, antimodernen oder antiwestlichen Werten und Praktiken aufbaut, aber immer noch den Menschen vorschreibt, wie sie zu leben haben. Daher sind sie genauso autoritär wie das von ihnen attackierte Entwicklungskonzept (vgl. Cowen/Shenton 1996: 457ff, 470).

5. Von anderer Seite wird der umgekehrte Vorwurf erhoben: Obwohl Post-Development bei der Hinterfragung des Mainstreams in Entwicklungstheorie und -politik nützlich sein mag, findet sich dort lediglich „critique but no construction“ (Nederveen Pieterse 1998: 366; 2000: 188): die Post-Development-ProtagonistInnen weigern sich, alternative Wege sozialen Wandels aufzuzeigen.<sup>1</sup> Indem sie sich darauf beschränken, jedwede von sozialen Bewegungen und Graswurzelorganisationen favorisierte Politik zu unterstützen, praktizieren sie eine „Pontius-Pilatus-Politik“ (Kiely 1999: 45f).

Wenn man die ersten vier dieser Standardvorwürfe betrachtet, gelangt man unweigerlich zu der Ansicht, dass Post-Development Hettnes Definition von Neopopulismus sehr nahe kommt:

„Der traditionelle Populismus war im wesentlichen eine Verteidigung der territorialen Gemeinschaft gegen das von Wirtschaftswachstum hervorgebrachte funktionale System, sowohl in seiner ursprünglichen kapitalistischen als auch in seiner abgeleiteten sozialistischen Form. In ähnlicher Weise ist Neopopulismus ein Versuch der Neuerschaffung der Gemeinschaft als eine Of-

fensive gegen das industrielle System ... Er negiert die Mainstream-Entwicklung und in diesen Negation liegt die Essenz einer utopischen Vision, die ihren historischen Ausdruck in der systemoppositionellen Tradition westlicher Politik ebenso fand wie im Widerstand gegen die Durchsetzung des nicht-indigenen Nationalstaats gegenüber den Völkern der außereuropäischen Welt. ... Neopopulismus ähnelt dem klassischen Populismus in vielerlei Hinsicht: die Sehnsucht nach Gemeinschaft, die Betonung landwirtschaftlicher Produktion, die Ablehnung der industriellen Zivilisation. In diesem Zusammenhang existieren jedoch bedeutsame neue Elemente: ein das globale ökologische System umfassendes Umweltbewußtsein und das unbedingte Engagement für eine gerechte Weltordnung.“ (Hettne 1995: 117f)

Eine nähere Betrachtung offenbart jedoch, dass diese Beschreibung nur zum Teil zutrifft.

## Einschätzung der Kritik

All diese Kritikpunkte entbehren nicht jeglicher Grundlage, ebensowenig wie der Vorwurf des Neopopulismus. Dennoch finden sich bei näherer Betrachtung eindeutige Beispiele, dass nicht alle der Post-Development-ProtagonistInnen zurecht angegriffen werden – in einigen Texten sind sogar einige Textstellen auffindbar, welche die Vorwürfe belegen, und andere, die sie widerlegen.<sup>2</sup>

### *1. Unkritische Haltung gegenüber lokalen Gemeinschaften und kulturellen Traditionen*

Auch wenn es zutreffend ist, dass einige Post-Development-AutorInnen in Bezug auf ihre „lokalen Alternativen und Traditionen“ ein ungerechtfertigt hohes Maß an Enthusiasmus an den Tag legen, so halten andere doch an einer nüchterneren Sichtweise fest: Hinsichtlich der fraglichen Gemeinschaften und sozialen Bewegungen wendet sich Escobar explizit gegen die Vorstellung unberührter herrschaftsfreier sozialer Räume (1995: 188, 219) und betont, es gelte beide Extreme zu vermeiden: „to embrace them uncritically as alternatives; or to dismiss them as romantic expositions“ (170). Auch Nandy und Marglin weisen darauf hin, dass in zahlreichen kulturellen Traditionen besonders Frauen und Kinder demütigenden und gewalttätigen Praktiken unterworfen werden (Marglin 1990: 12; Nandy 1992: 63). (Dies sollte andererseits auch kein Vorwand sein, die entsprechenden Kulturen pauschal herabzusetzen oder die Opfer moderner Gesellschaften zu vergessen.) Aber selbst Autoren, die tatsächlich eine Romantisierung lokaler Gemeinschaften und Traditionen betreiben, geben gelegentlich zu, dass in diesen „vernakulären Gesellschaften“ durchaus Entbehrung, Herrschaft und Gewalt existieren (Rahnema 1997c: 114) und dass die Rückkehr in einen „Naturzustand“ „neither desirable nor feasible“ sei (Rahnema 1997d: 381).

## *2. Vollständige Zurückweisung von Modernität und Entwicklung*

Die grundsätzliche Kritik an „Entwicklung“ führt nicht notwendigerweise zu der Annahme, dass alle Übel in der Welt Resultat der Entwicklung seien (vgl. Rist 1997: 3). Einige Post-Development-Autoren betonen, dass es möglich, notwendig oder sogar wünschenswert sei, positive Elemente der Moderne aus den „Ruinen der Entwicklung“ wiederzuverwerten. In diesem Sinne charakterisiert Rist das Wesentliche am Post-Development wie folgt: „The idea, then, in spite of ‘development’, is to organize and invent new ways of life – between modernization, with its sufferings but also some advantages, and a tradition from which people may derive inspiration while knowing it can never be revived“ (Rist 1997: 244). In ähnlicher Weise betont Marglin, dass die „decolonization of the mind will require a critical re-evaluation of both Western and non-Western cultures, and the encounter between them“ (Marglin 1990: 26; see also Nandy 1988: 11). Escobar verweist auf die Prozesse kultureller Hybridisierung und erwähnt, dass „many ‘traditional cultures’ survive through their transformative engagement with modernity“ (1995: 218). Andererseits schreibt Escobar auch, dass „debt crisis, the Sahelian famine, increasing poverty, malnutrition and violence are only the most pathetic signs of the failure of forty years of development“ (1995: 4) – ohne dabei anzuerkennen, dass diese Phänomene möglicherweise nicht auf Entwicklung, sondern den Mangel an Entwicklung zurückgeführt werden könnten, und dass Hungersnöte, Armut und Gewalt auch in vormodernen Gesellschaften keine Fremdwörter waren.<sup>3</sup>

## *3. Kulturelle Differenz als Unterdrückungsinstrument, Zurückweisung des Universalismus*

Während der Ausgangspunkt des Post-Development das Insistieren auf kultureller Differenz angesichts der angeblichen Überlegenheit des westlichen Entwicklungsmodells ist, finden sich in einigen Texten zahlreiche Hinweise, dass das implizierte Kulturkonzept kein ontologisches, sondern ein konstruktivistisches ist.<sup>4</sup> In seiner Warnung, dass „one must be careful not to naturalize ‘traditional’ worlds, that is, valorize as innocent and ‘natural’ an order produced by history ... The ‘local’ ... is neither unconnected nor unconstructed ...“ (Escobar 1995: 170), verweist er darauf, dass „lokale, traditionelle Kultur“ ein von den Praktiken der Menschen abgeleitetes Konstrukt ist – und nicht ein rigider Kanon an Bräuchen, der von autokratischen Herrschern definiert werden kann. Escobar betont die Bedeutung kultureller Differenz nicht als eine statische, sondern als eine „transformed and transformative force“ (226). Dies deckt sich mit Marglins Behauptung: „Tradition is actively constructed and dynamic – except when it is artificially frozen in an archaic pattern“ (1990: 15).

Die Relevanz einer konstruktivistischen im Gegensatz zu einer statischen Konzeption von Kultur wird bei der Untersuchung des Unterdrückungspotenzials deutlich. Wenn Kultur aus einem gegebenen Kanon von Regeln und Praktiken besteht, kann abweichendes Verhalten im Namen kultureller Traditionen sanktioniert werden, wobei jene mit der Interpretationshoheit über kulturelle Normen in einer gefährlichen Machtposition sind. In diesem Kontext kann, wie bereits oft demonstriert, ein Kulturrelativismus leicht zur Legitimierung von Unterdrückung dienen. Wenn jedoch Kultur nach konstruktivistischer Manier als die Summe der (sich verändernden) Praktiken und Normen einer bestimmten Gruppe definiert wird, ist abweichendes Verhalten ein Zeichen, dass einige der Praktiken nicht länger konsensfähig sind. So wird der Versuch einiger Personen, dieses Verhalten zu sanktionieren, aus der Perspektive eines Kulturrelativismus als illegitim wahrgenommen, da die AbweicherInnen derselben Kultur angehören und offensichtlich ein anderes Verständnis hinsichtlich ihrer kulturellen Regeln und ihrer Interpretation aufweisen. Auf diese Weise nimmt ein konstruktivistisches Kulturkonzept dem Kulturrelativismus sein ansonsten unzweifelhaft vorhandenes Unterdrückungspotenzial.<sup>5</sup> Nichtsdestotrotz beruht diese Zurückweisung des Universalismus implizit auf einem universellen Recht auf Selbstbestimmung: Menschen einer Gemeinschaft sollen gemeinsam über die Regeln ihres Zusammenlebens entscheiden dürfen, ohne dass Außenstehende im Namen (vermeintlich) universeller Prinzipien intervenieren.

Vor diesem Hintergrund erscheint Schuurmans scharfe Reaktion auf die Infragestellung des westlichen Gesellschaftsmodells im Post-Development unangemessen. Diese Infragestellung beruht nicht auf „indifference“ oder gar „contempt for the poor in the South“ (Knippenberg/Schuurman 1994: 96, vgl. Schuurman 2000: 15), sondern auf Respekt für kulturell unterschiedliche Weltbilder, in denen die westliche Konsumgesellschaft nicht zwangsläufig als letztes Ziel angesehen wird, und auf der Einsicht, dass die westlichen Konsumstandards in hohem Maße oligarchisch und nicht verallgemeinerbar sind.<sup>6</sup>

#### 4. Ein weiterer „Weltverbesserungsplan“

Zumindest für einige AutorInnen des Post-Development ist es klar: Wenn ihre Leitlinien ernst genommen werden, wenn also kein außenstehender Experte legitimerweise das Ziel definieren kann, anhand dessen sozialer Wandel in einer bestimmten kulturellen Gemeinschaft bewertet wird, dann haben die Menschen selbstverständlich auch das Recht, eine Gesellschaft nach westlichem Vorbild anzustreben. Banuri gibt zu: „this may entail a prior emphasis on such conventional objectives as economic growth, consumption, industrialization, equity, or basic needs. On other

occasions, other goals may assume greater importance, such as political participation, social harmony, ecological conservation, or the maintenance of social and cultural values. It is not for the outside expert to insist that the goals which he or she thinks worth pursuing are the ones which should be pursued by all societies.“ (Banuri 1990: 96) Marglin betont denselben Punkt: „Whatever one’s reservations may be about the necessity or utility of radios, televisions, motorcycles, and the like, the division between the necessary, the merely useful, and the wastefully luxurious is not ours to make; it is not our place to argue the virtues of simplicity and abstinence to those for whom material abundance is a distant dream.“ (Marglin 1990: 27) Esteva demonstriert die paradoxe Haltung, dass einige AutorInnen es explizit ablehnen, universelle Gesellschaftsmodelle vorzuschreiben, während sie gleichzeitig ein bestimmtes Modell als Lösung aller Probleme zu propagieren scheinen. Einerseits weist er jegliche Versuche, andere zu „erziehen“ oder universelle Lösungen und Weltverbesserungspläne zu formulieren, zurück (Esteva 1987: 141; Esteva/Prakash 1998: 8, 36), andererseits scheint die komplette Ablehnung von Modernisierung, der Idee universeller Menschenrechte und der individueller Selbstbilder, moderner Technologien, der globalen Wirtschaft usw. bei ihm doch auf ein Plädoyer für die weltweite Verwirklichung lokaler Subsistenzgemeinschaften hinauszulaufen.

##### *5. Kritik, aber keine Alternativen*

Konsequenterweise ist die entgegengesetzte Kritik, dass Post-Development keinerlei Alternativen für sozialen Wandel biete, zwar in einigen Fällen unzutreffend, in anderen jedoch nicht von der Hand zu weisen. Im Post-Development werden oftmals Alternativen in Form von gemeinschaftlicher Solidarität, direkter Demokratie, informeller Ökonomie, traditionellen Wissens usw. präsentiert. Zwar bleibt die Frage nach dem potenziellen Beitrag von Entwicklungsinstitutionen zur Förderung dieser Alternativen außen vor, doch dergleichen vom Post-Development zu erwarten, würde sicher zu weit gehen. Der in anderen Texten erkennbare Mangel an konkreten Alternativen erscheint jedoch in der hier dargelegten Perspektive weniger als fehlerhafte, sondern eher als positive Eigenschaft. Wenn die autoritären und ethnozentrischen Elemente der Entwicklungstheorie und -politik vermieden werden sollen, ist es unmöglich „Entwicklung“ in einem normativ aufgeladenen Sinne (als der Zustand einer „guten Gesellschaft“ oder der zu einem solchen Zustand führenden Prozess) zu definieren. Diese Definition kann legitimerweise nur durch die betroffenen Menschen in einer demokratischen herrschaftsfreien Diskussion, die im Idealfall zu einem Konsens führt, festgelegt werden.

## Skeptische und neo-populistische Varianten des Post-Development

Offensichtlich scheint es, wie oben dargelegt, recht einfach, die große Mehrheit der Standardvorwürfe gegenüber dem Post-Development durch beispielhafte Zitate einiger AutorInnen zu entkräften. Dies heißt jedoch nicht, dass diese Kritikpunkte gänzlich unberechtigt wären, eher scheint es, dass unter dem Etikett Post-Development gewichtige Differenzen zwischen den einzelnen Texten auffindbar sind – bisweilen sogar innerhalb der Texte. Eine systematische Untersuchung dieser Differenzen ergibt, dass die Post-Development-Texte an vier bestimmten Punkten, die den ersten vier erwähnten Kritikpunkten entsprechen, gespalten sind, und zwar an den folgenden: 1. Während Post-Development gelegentlich in wenig hilfreichen Romantisierungen traditioneller Kultur und lokaler Gemeinschaften schwelgt, finden sich an anderen Stellen skeptischere Betrachtungsweisen, die eine unkritische Propagierung vermeiden. 2. Während gelegentlich Entwicklung und die Moderne grundsätzlich und vollständig abgelehnt werden, wird an anderen Stellen eine positivere Einschätzung einiger ihrer Elemente, die auch in einer Zeit nach der Entwicklungssära nützlich sein können, deutlich. 3. Während mancherorts Kulturen als festgefügt und statisch konzipiert werden, ist in anderen Texten eine konstruktivistische Perspektive erkennbar, die Kulturen als Resultate instabiler und veränderlicher Praxen begreift. 4. Während bisweilen die Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft gepredigt wird, wird genau dies andernorts vermieden und die grundsätzliche Vorstellung, allgemeine Entwürfe für eine bessere Gesellschaft liefern zu können bzw. zu müssen, verworfen.

Der zentrale Punkt ist nun, dass diese Differenzen nicht einem willkürlichen Muster folgen, sondern systematisch auftreten: es scheint, dass innerhalb des Post-Development zwei rivalisierende Diskurse auffindbar sind. Auf der einen Seite ein Diskurs, der traditionelle Kulturen romantisiert, Kulturen als festgefügt und statisch konzipiert, auf einer vollständigen Ablehnung der Moderne beruht und die Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft propagiert. Auf der anderen Seite ein Diskurs, der lokale Gemeinschaften und kulturelle Traditionen skeptischer bewertet, die Kritik an der Moderne vorsichtiger formuliert, sich einer konstruktivistischen Sichtweise auf Kultur bedient und auf Skizzen zukünftiger Gesellschaftstransformationen verzichtet. Diese beiden Diskurse können als neo-populistische und als skeptische Variante des Post-Development bezeichnet werden. In nahezu allen Post-Development-Texten finden sich diese beiden konkurrierenden Diskurse.<sup>7</sup>

Die Unterteilung ist kompatibel mit Hoogvelts Trennung zwischen Post- und Anti-Development: „Postdevelopment theory and practice is

different from anti-development sentiments in that it does not deny globalization or modernity, but wants to find some ways of living with it and imaginatively transcending it.“ (Hoogvelt 2001: 172)<sup>8</sup> Die Kritik am Post-Development hat sich bislang hauptsächlich auf die leichtere Beute, die neo-populistische Variante, beschränkt, und die skeptischen Elemente innerhalb des Ansatzes mehr oder weniger ignoriert.

Der skeptische Post-Development-Diskurs, diese These wird hier vertreten, beruht auf einer impliziten Metatheorie, die zunächst etwas grob als postmodern beschrieben werden kann. Diese Sichtweise beruht auf den Definitionen (oder besser: Beschreibungen) des Postmodernismus durch Rosenau<sup>9</sup> und Lyotard<sup>10</sup> sowie auf den folgenden Punkten: Der Verweis auf die Unmöglichkeit, die Begriffe „Entwicklung“, „Modernität“, „traditionelle Kultur“ mit entsprechenden spezifischen Inhalten zu verbinden (die sich z.B. in der Charakterisierung von „Entwicklung“ als „Amöbenwort“ findet), und die Forderung, Kultur als etwas aktiv Konstruiertes zu begreifen, deutet auf eine konstruktivistische, anti-essentialistische Perspektive hin. Der Unwillen, „Entwicklung“ in einem normativen Sinne zu definieren, ist typisch für die postmoderne Ablehnung des Repräsentationsprinzips, des Prinzips, „für Andere zu sprechen“. Die theoretisch-politische Konsequenz dieser poststrukturalistischen Sichtweise wird jedoch in der Post-Development-Literatur selten reflektiert: es wird unmöglich, „Entwicklung“ generell abzulehnen, da der Signifikant nicht (mehr) mit einem bestimmten Signifikat verknüpft werden kann. Hinsichtlich eines der prominentesten Post-Development-Autoren hat Crush korrekterweise darauf hingewiesen: „So suggeriert Sachs gerade in seinem Appell zu ihrer Abschaffung, dass es möglich sei, zu einer unstrittigen Definition [von Entwicklung] zu gelangen.“ (1995: 3) Nederveen Pieterse weitet diese Kritik zu einer Ablehnung der gesamten Post-Development-Perspektive aus: „Anscheinend ist diese Essentialisierung von ‘Entwicklung’ notwendig, um zur radikalen Ablehnung von Entwicklung zu kommen, und ohne dieses Anti-Entwicklungs-Pathos verliert die Post-Development-Perspektive ihre Grundlage.“ (2000: 183). Der erste Teil dieser Aussage ist durchaus zutreffend, allerdings ist es möglich, im skeptischen Post Development eine Perspektive zu finden, die auf der radikalen Ablehnung des Entwicklungskonzepts beruht ohne notwendigerweise alles zu verurteilen, was bisher mit dem *Begriff* der Entwicklung bezeichnet wurde. Ziel dieser Perspektive ist es, „die Macht, die Probleme und Ziele einer Gesellschaft zu definieren von außenstehenden ExpertInnen auf Mitglieder ebendieser Gesellschaft zu übertragen“ (Banuri 1990: 96) – zuallererst durch Zurückweisung der vorherrschenden Sichtweise, dass einige Gesellschaften „unterentwickelt“ sind und „Entwicklung“ benötigen. Hier wird die Folge des jeweiligen Argumentationsstranges sichtbar: wenn eine Kritik des Eurozentrismus und Kulturimperialismus der „Ent-

wicklung“ mit einer konstruktivistischen und antiessenzialistischen Perspektive vereint wird, führt sie unweigerlich zu der radikaldemokratischen Position, die den skeptischen Post-Development-Diskurs dominiert.<sup>11</sup> Wenn die Kulturkritik jedoch mit einer statischen Kulturkonzeption verknüpft wird, führt sie zu einem konservativen oder reaktionären antimodernen Standpunkt.

## Post-Development als reaktionär-populistisches Programm

Die politischen Implikationen einer lediglich antimodernen Position werden besonders in den Arbeiten von Alvares und Rahnema deutlich. Rahnema beschreibt die Idee der Entwicklung als einen Virus, der das Immunsystem lokaler Gemeinschaften untergräbt – ihre traditionelle Kultur (Rahnema 1997b). Hier wird die Kultur der Menschen als statisch konzipiert und ihre Veränderung erstens als Folge des Kontakts mit der westlichen Moderne und zweitens als seltsame Krankheit, als Abweichung von ihrem ursprünglichen, gesunden Zustand gesehen. Mit anderen Worten, Kultur wird als etwas begriffen, das unabhängig von den tatsächlichen Neigungen und Praktiken der Menschen sein kann. Hier ist die gefährliche Möglichkeit impliziert, dass einige Menschen (die überlegenes Wissen über ihre Kultur beanspruchen) die „Krankheit“ kulturellen Wandels mit gewaltsamen Mitteln aufzuhalten versuchen könnten – z.B. indem sie Frauen verprügeln, die geschminkt in der Öffentlichkeit erscheinen. Aus emanzipatorischer Perspektive gibt es jedoch hinsichtlich des von Rahnema oder Esteva beklagten „Verfalls kultureller Vielfalt“ nichts zu bedauern: Kritik ist lediglich angebracht, wenn Menschen gegen ihren Willen zur Aufgabe bestimmter kultureller Praktiken gezwungen werden. Aus neo-populistischer Sichtweise ist die eigene Meinung der Betroffenen letztlich jedoch nicht relevant, da die Armen ihr zufolge „internalized the developers’ perception of what they need“ (Rahnema 1997d: 389). Daher sollte „das Wohl der Gemeinschaft“ bestimmten Führungspersonlichkeiten anvertraut werden, den „the wisest, most virtuous and hence the most ‘authoritative’ and experienced persons of the groups – those who commanded everyone’s respect and deference“ (1997d: 388). So endet die radikale Forderung nach Selbstbestimmung darin, nicht nur liberale, sondern auch direkte Demokratie zu verwerfen und ein Modell eines aufgeklärten Autoritarismus anzupreisen.<sup>12</sup>

In ähnlicher Weise scheint auch Alvares’ Kritik am westlichen Entwicklungsmodell zumindest zum Teil darauf zu beruhen, dass es ein „alien model of development“ (Alvares 1992: 34) ist, d.h. ein aus einer anderen Kultur entstammendes und daher mit der traditionellen Kultur der Menschen inkompatibles, oder genauer: mit einer statischen, verding-

lichten Konzeption ihrer Kultur inkompatibles. Der Übereifer, mit der diese Konzeption verteidigt wird, führt dann auch zu der Aussage: „Our continuing xenophilia compels us to export our best genetic resources at zero cost to economies abroad while simultaneously importing less than the very best and often, mostly questionable and inappropriate sources of productivity from abroad.“ (54) Diese Art von Identitätsdenken betrachtet Völker als unverbundene Einheiten mit jeweils eigenen genetischen Ressourcen, die miteinander im Wettstreit liegen, es läuft auf einen Nationalismus mit rassistischen Untertönen hinaus. Nach solchen Sätzen kann es kaum noch überraschen, dass Ayatollah Khomeini positiv als Befreier der islamischen Zivilisation von der westlichen Kultur dargestellt wird (149). Besonders vom Standpunkt der Frauenbewegung, deren beträchtliche Errungenschaften im Iran durch die Islamische Revolution vernichtet wurden, kann diese Bezugnahme als definitive Negation progressiver Werte angesehen werden.

Wie Meera Nanda (1999) am Beispiel Indiens illustriert, sind die politischen Gefahren im Post-Development sehr real. Da das Problem kultureller Authentizität sowie imperialistische Strukturen betont, Herrschaftsbeziehungen innerhalb von Kulturen jedoch weitgehend ausgeblendet würden, so Nanda, hätte Post-Development dort als „has come to serve as a mobilizing ideology for the relatively well-to-do rural beneficiaries of development ... without intending to, the postmodern-influenced critiques of modern science and modernization are laying the foundations of a neo-populist movement that seeks to subordinate modernization to the anti-modernist and patriarchal values of the traditional elites.“ (Nanda 1999: 6).

## Post-Development als Projekt radikaler Demokratie

Andererseits kann die skeptische Post-Development-Variante als weder neopopulistisches noch neoliberales Programm, sondern als Projekt radikaler Demokratie im Sinne von Lummis und Laclau/Mouffe interpretiert werden. Die Kritiken und Forderungen des skeptischen Post-Development weisen sehr große Schnittstellen mit denen der VertreterInnen radikaler Demokratiekonzepte auf:

1. Laclau und Mouffe zufolge können zahlreiche soziale Widersprüche nicht in Marxistischen Kategorien konzeptualisiert werden (2001: ix). Die Marx'sche Kapitalismuskritik wird durchaus als wichtig angesehen, aber über die hinausgehende Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen (z.B. in den Bereichen Geschlechterbeziehungen, Kultur, Wissenschaft oder Ökologie) wird ein gleichberechtigter Stellenwert eingeräumt. Die Post-Development-AutorInnen würden dieser Position wohl uneingeschränkt zustimmen, konzentrieren sich jedoch auf die Bereiche Kultur,

Wissen und Naturverhältnisse – die in Geschlechterbeziehungen auffindbaren Unterdrückungsverhältnisse markieren jedoch so etwas wie einen blinden Fleck im Post-Development.<sup>13</sup> Escobar beispielsweise erkennt die zentrale Bedeutung globaler Akkumulationsprozesse des Kapitals ausdrücklich an, will sie aber verknüpfen mit anderen in der Dritten Welt sichtbaren Machtbeziehungen – „new forms of domination and subjection (concerning areas such as education, demography, housing, psychiatry, cultural values, ethnic oppression, etc.)“ (Escobar 1985: 393) – die nicht auf ihre Funktion in diesem Prozess reduziert werden können (389).

2. Die bestehenden demokratischen Strukturen werden als unzureichend beurteilt, als das Recht auf Selbstbestimmung einschränkend und nicht demokratisch genug. Laclau und Mouffe beschreiben ihr Projekt einer „radikalen und pluralen Demokratie“ als „extension of the democratic struggles for equality and liberty to a wide range of social relations“ (xv). In ähnlicher Weise versucht Post-Development die antikolonialen Kämpfe um Selbstbestimmung im Süden auf die scheinbar ehrenwerten Bemühungen um „Entwicklung“ und generell auf bestimmte Strukturen moderner Gesellschaften (Staat, Markt, Wissenschaft) zu erweitern. Das politische System repräsentativer Demokratie wird als primär den Interessen einer Elite dienend kritisiert („In modern democracies, a small minority decides for the people. ... A minimal minority promulgates the laws and makes the important decisions. Alternance in power between competing parties or ‘democratic counterweights’ does not modify that fact.“ – Esteva/Prakash 1998: 156), aber gemeinhin akzeptiert, v.a. als Rahmen, innerhalb dessen die Kämpfe sozialer Bewegungen um Autonomie weitaus bessere Chancen haben als unter einer Diktatur (vgl. Esteva 1987: 139; Esteva/Prakash 1998: 153).

3. Daraus ergibt sich die Forderung, bestehende Machtstrukturen grundsätzlich zu dezentralisieren, um die Macht überwiegend auf die lokale Ebene zu begrenzen. In den Worten von Lummis ist Demokratie „critique of centralized power of every sort“ (1996: 25). Dies impliziert eine Kritik am System politischer Repräsentation, beschränkt sich jedoch nicht auf die Ebene von politischen Rahmenbedingungen und Prozessen: auch epistemologische und wirtschaftliche Strukturen werden in den Blick genommen (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 178, 184; Lummis 1996: 18, 25, 135). Banuri stellt ganz ähnliche Forderungen: „a vision of the future in the Third World must explicitly be one of a decentralized polity, economy, and society. In addition to the obvious forms of political and economic decentralization, there is also a need for what may be termed epistemological decentralization.“ (Banuri 1990: 97f; zu ersteren Aspekten siehe auch Esteva 1991: 78; Esteva/Prakash 1998: 37ff, 103, 152ff) Diese Dezentralisierung epistemologischer Strukturen beinhaltet eine Infragestellung der Vorstellung universellen, „objektiven“ Wissens (Banuri 1990: 97; Apffel-

Marglin 1996: 1).<sup>14</sup> Daher hinterfragt die radikaldemokratische/Post-Development-Kritik nicht nur das Prinzip politischer Repräsentation, sondern auch das epistemologischer Repräsentation: „The ability to represent the world conceptually and symbolically enables the disengaged observer to manipulate that world ...“ (Apffel-Marglin 1996: 12).

4. In Abgrenzung zu den meisten Varianten des Marxismus ist jede Geschichtsphilosophie und jeder Essenzialismus, der zu objektiven Interessen, universell gültigen Modellen und so zu neuen, mit dem Bereich des Wissens verbundenen Herrschaftsstrukturen führt, abzulehnen. Laclau und Mouffe beobachten zutreffend, dass die Verknüpfung von Wissenschaft und Politik notwendigerweise zu einer autoritären Politik führt (2001: 60; siehe auch 21f, 81): „there is no radical and plural democracy without renouncing the discourse of the universal and its implicit assumption of a privileged point of access to ‘the truth’“ (Laclau/Mouffe 2001: 191). Die Kritiken an politischer und epistemologischer Repräsentation konvergieren in der Zurückweisung universeller Gesellschaftsmodelle und universeller Realitätsbeschreibungen. Die Durchsetzung solcher Modelle enthält unvermeidlich ein antidemokratisches Element, da es die heterogenen Konzeptionen einer guten Gesellschaft und die unterschiedlichen Realitätswahrnehmungen gleichermaßen außer Acht lässt (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 183; Lummis 1996: 76). Analog dazu kritisiert Esteva nicht nur die marxistische Kategorie der Klasse – da „social classes never existed as such“ und die Gesellschaft „cannot be reduced to the economic sphere“ (Esteva 1987: 146, Herv.i.O.) – und die entsprechende Geschichtskonzeption – da solchermassen privilegiertes Wissen auf „blind faith“ hinauslaufe (ebd.), sondern formuliert als Ziel, „to give up the idea of educating others“ und „combat all proposals for a common discourse“ (141). Diese Zurückweisung universeller Modelle (die auf ein universelles Recht auf Selbstbestimmung gestützt werden muss, vgl. Lummis 1996: 138) ist genau das, was die KritikerInnen des Post-Development zu dem Vorwurf der „Pontius-Pilatus-Politik“ verleitet hat. Rists Aussage, dass „[r]espect for cultural diversity ... prohibits generalizations. There are numerous ways of living a ‘good life’, and it is up to each society to invent its own“ (Rist 1997: 241) artikuliert daher nicht nur eine zentrale These des skeptischen Post-Development, sondern enthält auch ein zentrales Argument der radikaldemokratischen Perspektive.<sup>15</sup>

Daher kann die skeptische Variante des Post-Development als Manifest radikaler Demokratie im Bereich der „Entwicklungs“politik und -theorie angesehen werden. Sein Hauptverdienst kann in der Terminologie von Laclau und Mouffe (2001: 193) wie folgt beschrieben werden: Es erweitert soziale Konflikthaftigkeit auf den Bereich der Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe, indem es im Entwicklungsdiskurs impli-

zite Beziehungen der Unterordnung als Beziehungen der Unterdrückung neu formuliert. Im Gegensatz zu früheren Theorien des Imperialismus und der Dependenz beschränkt sich die Kritik nicht nur auf wirtschaftliche Belange, sondern bezieht den Bereich der Kultur und des Wissens ebenso mit ein wie die gesamte Wahrnehmung einiger Länder als „entwickelt“ und anderer als „weniger entwickelt“. Wenn Fortschritt, wie in einem der skeptischen Post-Development-Texte, als „growing awareness of oppression“ (Banuri 1990: 95f) definiert wird, so ist dies kein geringes Verdienst.

## Fazit

Indem sie Post-Development als einen kohärenten Theorieansatz behandelten, haben viele KritikerInnen es versäumt, zwischen den heterogenen Sichtweisen, die unter diesem Etikett subsumiert wurden, zu unterscheiden und die politischen Implikationen dieser Differenzen zu erfassen. Ungeachtet der in diesem Aufsatz formulierten scharfen Kritik an der neopopulistischen Variante des Post-Development muss eingestanden werden, dass die schonungslose Aufdeckung des Eurozentrismus und der Machtbeziehungen im Mainstream, z.T., aber auch in alternativen Spielarten des Entwicklungsdiskurses, eine wichtige Errungenschaft darstellt. „After Post-Development“ (Nederveen Pieterse 2000) ist Entwicklungstheorie nicht mehr dieselbe wie zuvor. Wie Nustad (2001) und Brigg (2002) gezeigt haben, kann Post-Development eine anregende Grundlage einer kritischen Diskussion von Entwicklungstheorie und -praxis sowie von möglichen Alternativen sein. Bevor jedoch die Post-Development-Kritik gefeiert wird, muss ihre Ambivalenz berücksichtigt werden. Es ist von zentraler Bedeutung, sich einerseits der Gefahren des reaktionären Populismus bewusst zu sein, ohne andererseits das emanzipatorische Potenzial des radikaldemokratischen Projekts im Post-Development zu übersehen.

## 9. Die Stimme der Unterdrückten – Spivak, koloniale Wissensproduktion und die Post-Development-Kritik

Eigentlich könnte man aus postkolonialer Perspektive angesichts des Artikels von Gerhard Drekonja-Kornat (2004) mehr als zufrieden sein: In einer der angesehensten deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Fachzeitschriften wird ein Aufsatz veröffentlicht, der die früher mit Unverständnis bedachte Frage „Wer darf wie über die Dritte Welt schreiben?“ schon im Titel thematisiert, der dem geneigten Publikum nicht nur Rigoberta Menchu und die Querelen um ihr Buch, sondern auch generell Spivak, Postkolonialismus und die subaltern studies näherzubringen versucht, sich von der konservativen Gegenbewegung („Nur tote weiße Männer verdienen es, gelesen zu werden!“) deutlich distanziert, der die Geringschätzung der Dritten Welt und ihrer Sozialwissenschaftler(!) anprangert und die Überwindung metropolitaner akademischer Arroganz als Ziel formuliert. Eigentlich. Unglücklicherweise findet die Auseinandersetzung mit der Thematik, und v.a. mit Spivaks viel zitiertem Aufsatz mit dem Titel „Can the subaltern speak?“ auf eine solche Art und Weise statt, dass der Aufsatz entgegen seinen Absichten doch wiederum als ein Zeugnis metropolitaner Arroganz gelesen werden kann.

Als Argumente für eine solche auf den ersten Blick böswillig erscheinende Lesart lassen sich u.a. anführen: die Charakterisierung der Generation, welche die Frage nach der Legitimität, aus dem Norden über den Süden zu schreiben, aufwirft, als „grob argumentierend“ und „aggressiv“ (431f), die Beschreibung der angeblichen Spivak-These als „nicht neu“ und die Erklärung ihrer Wirkungsmacht durch die „Vehemenz“, mit der sie vorgetragen wurde (nicht durch irgendwelche inhaltlichen Qualitäten) (432), das Zugeständnis an das konservative akademische Establishment, die zuungunsten von Plato und Shakespeare in den Lehrplan aufgenommenen Werke indigener oder afroamerikanischer Herkunft seien ja tatsächlich „literarisch nicht so hochwertig“ (436), oder der beruhigende Hinweis an ebendieses Establishment, schließlich hätten ja auch „die Evangelien trotz strenger Exegese“ überlebt, gepaart mit einem Plädoyer für „Gelassenheit“ angesichts der subaltern-postkolonial-homosexuellen Lehrplaninvasion (439) – mit anderen Worten: „unsere“ höherwertige Literatur und Philosophie wird sich auf Dauer schon durchsetzen, keine Sorge. Der unausgewiesene Maßstab ist dabei selbstverständlich der eigene. Die Subjektposition des Textes ist an den erwähnten Stellen kaum von jener der von den subaltern studies aufgrund der Verknüpfung mit dem kolonialen Weltbild kritisierten metropolitanen Wissenschaft zu unterscheiden.

Das entscheidendste Argument für die oben erwähnte böswillige Lesart ist jedoch in folgender Passage zu finden: „‘Can the Subaltern speak?’ fragt die Inderin Spivak, um in ihrem inzwischen berühmten, wenngleich stark verschlüsselten Essay zu antworten: Ja! Die Peripherie meldet sich mit eigenen Stimmen zu Wort, und sie will auch gehört werden.“ (432) Diese Paraphrasierung ist von ähnlicher Präzision wie die Aussage, das Kommunistische Manifest rufe die Kapitalisten aller Länder auf, sich zu vereinigen. Eigentlich kann, wer solches schreibt, den Text nicht gelesen haben, denn die klare Antwort auf die Frage lautet Spivak zufolge schlicht „Nein“. Nun ist diese Episode kein Einzelfall, sondern m.E. ein zwar extremes, aber symptomatisches Beispiel für den Umgang weiter Teile des akademischen Establishments mit feministischen, poststrukturalistischen oder postkolonialen Ansätzen, die „man“ mittlerweile nicht mehr vollständig ignorieren kann, ohne als borniert und konservativ zu gelten, die „man“ andererseits aber auch nicht wirklich gelesen haben muss, um ihre Kernaussagen (oder das, was gemeinhin dafür gehalten wird) in wenigen Zeilen referieren und abkanzeln zu können.

## Warum die Subalterne nicht sprechen kann

Angesichts eines solch symptomatischen „Missverständnisses“ und in Anbetracht der Tatsache, dass der entsprechende Text auch für einige des Englischen durchaus mächtige SozialwissenschaftlerInnen sich nicht auf Anhieb erschließt, soll die fragliche Argumentationslinie hier kurz nachgezeichnet werden. In Anbetracht der Komplexität und Vielschichtigkeit des Textes kann es sich hierbei allerdings nur um eine grobe, unzureichende Skizze handeln, und nicht um eine letztgültige Aussage, „was die Autorin eigentlich gemeint hat“, die einem oder einer die anspruchsvolle Lektüre ersparen kann.

Aufhänger des Spivak-Textes (1994), auf dessen Ausflüge in die Philosophie von Marx und Derrida hier ebensowenig eingegangen werden kann wie auf die detaillierten Ausführungen über das Geschlechterverhältnis in diversen überlieferten Texten indischer Religion und Mythologie, ist ein Gespräch zwischen Michel Foucault und Gilles Deleuze.<sup>1</sup> Beide sind sich einig in der Ablehnung der Repräsentation der Unterdrückten, der Annäherung, für diese zu sprechen, und formulieren als Ziel ihrer politischen Arbeit, Bedingungen zu schaffen, unter denen z.B. die Gefängnisinsassen selbst sprechen können und gehört werden. Denn, so die Annahme, die Unterdrückten brauchen keine Intellektuellen, die sie über ihre gesellschaftlich untergeordnete Position aufklären oder als ihre Sprecher fungieren, sie wissen selbst sehr gut darüber Bescheid, was im Gefängnis, in der Fabrik, in der Schule wirklich geschieht – die Subalternen können selbst sprechen, wir müssen sie nur sprechen lassen und ihnen zuhören.

Spivaks Kritik ist nun, dass Foucault entgegen seiner theoretischen Einsicht, dass Subjekte durch machtverstrickte Diskurse konstituiert werden, im politischen Kontext (wie der Arbeit in der Gruppe Gefängnisinformation) an der Vorstellung eines selbstidentischen, souveränen Subjekts und seiner unhinterfragten Wertschätzung festhalte (Spivak 1994: 69). Die Notwendigkeit theoretischer Praxen von Bewusstseinsveränderung und gegenhegemonialer Wissensproduktion angesichts ideologischer Subjektconstitution werden so laut Spivak ebenso leichtfertig vom Tisch gewischt wie das Problem der Repräsentation. Weder die Vermischung von Repräsentation als politischer Vertretung und Repräsentation als semiotischer, meist sprachlicher Darstellung noch die grundsätzliche Ablehnung des Prinzips sei hilfreich, im Gegenteil: Der Bezug auf das „was wirklich geschieht“, stelle einen Rückfall in einen überwunden geglaubten Repräsentationsrealismus dar, während die Intellektuellen in der Darstellung der Unterdrückten sich selbst als transparent verklärten (70) – „they merely report on the nonrepresented“ (74). In diesem Fall verberge das postrepräsentationalistische Vokabular eine essentialistische Agenda (80), und die sich aus der grundsätzlichen Ablehnung von Repräsentation ergebende Weigerung, die Rolle eines Zeugen und „Richters“ anzunehmen, werde der Verantwortung des Intellektuellen bzw. der Kritikerin nicht gerecht (75).

Anschließend an ihre Kritik, dass die Hierarchien internationaler Arbeitsteilung von westlichen Intellektuellen entweder ignoriert oder aber anti- oder postkoloniale Widerstände als Teil eines politischen Bündnisses in einem gemeinsamen Kampf gegen Unterdrückung vereinnahmt werden, wendet sich Spivak in der Begründung ihrer Gegenthese, die Subalterne (verstanden als die innergesellschaftlich marginalisierten Gruppen<sup>2</sup>) könne nicht sprechen, der Dritten Welt zu, und dort speziell der durch Rassen-, Klassen- und Geschlechterverhältnisse untergeordneten Gruppe der subalternen Frauen. Diese würden sowohl in der kolonialen Geschichtsschreibung als auch in den antikolonialen Befreiungskämpfen durch die herrschende Geschlechterkonstruktion nicht als sprechende Subjekte auftauchen: „If, in the context of colonial production, the subaltern has no history and cannot speak, the subaltern as female is even more in shadow.“ (83) Spivak illustriert dies am Beispiel der Selbstverbrennung von Witwen auf dem Scheiterhaufen ihres Mannes in Indien, eine Praxis, die hierzulande unter dem Namen Sati bekannt geworden ist. Die Abschaffung dieser Praxis durch die britische Kolonialherrschaft 1829 interpretiert Spivak als eine Manifestation des Topos „weiße Männer retten braune Frauen vor braunen Männern“ (92). Der Schutz der Drittweltfrau vor Ihresgleichen wird zum Signifikanten der Etablierung einer guten Gesellschaft durch die zivilisierende Kolonialherrschaft: „Imperialism’s image as the establisher of the good society is

marked by the espousal of the woman as object of protection from her own kind.“ (94, Herv.i.O.)

Auf der anderen Seite steht das nativistische Beharren vieler Inder, dass die Frauen schließlich freiwillig den Tod gewählt haben, da diese Praxis auch mit Tradition, Ehre, Würde sowie spirituellen Versprechungen bzw. Belohnungen verknüpft sei. Mit der Umdefinierung des Opferungsrituals als Verbrechen im Rahmen der britischen Kolonialgesetzgebung wurde in Spivaks Sicht jedoch nur die traditionell-patriarchale Diagnose des freien Willens der Frauen durch eine aufklärerisch-britische abgelöst.<sup>3</sup>

Der Überlieferung des Dharmasastra zufolge ist die als Sati bezeichnete Witwenverbrennung jedoch keinesfalls obligatorisch, sondern eher ein Ausnahmefall. Dieser Ausnahmefall wurde erst in einem machtvollstrickten historischen Prozess zur Regel: Die Ausbreitung der entsprechenden Praxis nahm ihren Ausgang in Bengalen, wo Witwen das Eigentum ihres Mannes erben – wenn sie nicht den rituellen Freitod wählten. Dass diese Praxis also vor dem Hintergrund sozioökonomischer Auseinandersetzungen zwischen Gruppen mit bestimmten materiellen Interessen stattfand, nahmen die ihrem Topos verhafteten Briten gar nicht wahr (96). Das Tüpfelchen auf dem I ist jedoch, dass die Briten aufgrund eines folgenreichen Missverständnisses die Praxis der „Verbrennung der Sati“ (guten Ehefrau) kurzerhand als „Sati“ bezeichneten, also das gute-Ehefrau-Sein diskursiv mit der Selbstverbrennung auf dem Scheiterhaufen des Ehemannes identifizierten – und so die braunen Frauen, die sie retten wollten, unter zusätzlichen soziokulturellen Druck setzten, eine Praxis auszuüben, die sie gleichzeitig kriminalisierten (101).

Spivaks Schlussfolgerung ist klar: „The Subaltern cannot speak“ (104). Die Subjektkonstitution der Subalternen wird bestimmt durch die widerstreitenden Diskurse von aufklärerischem Imperialismus und traditionellem Patriarchat, und jedes Aufbegehren gegen den einen wird als Zustimmung zum anderen gewertet und vereinnahmt. Jede ihrer Äußerungen zur Witwenverbrennung ist im einen oder anderen Diskurs befangen, und in beiden wird ihre untergeordnete Position konstruiert. Eine eigene Stimme ist ihnen verwehrt. Sie selbst sprechen zu lassen und ihrer vermeintlich authentischen „eigenen Meinung“ zuzuhören ist ebenso problematisch wie an ihrer Stelle zu sprechen, weshalb Spivak postuliert: „In seeking to learn to speak to (rather than listen to or speak for) the historically muted subject of the subaltern woman, the postcolonial intellectual systematically ‘unlearns’ female privilege.“ (91) Dieses Erfahren der eigenen Privilegien als negativ und ihr „Verlernen“ stellt Spivak als zentrale Vorbedingung für einen sinnvollen Dialog von Intellektuellen und Subalternen dar. Indirekt wendet sie sich daher gegen die Wertschätzung, die in den subaltern studies oft der „Stimme der Unterdrückten“ beigemessen

sen wird, wenn auch sicher nicht gegen ihr Anliegen, der kolonialen Geschichtsschreibung eine andere Perspektive entgegenzusetzen.

## Koloniale Wissensproduktion

Spivaks provokante These und ihr schlüssiges Beispiel sind allerdings sicher nicht das letzte Wort in der Debatte. Ihre in ihrer Radikalität an Adorno und Horkheimer gemahnende Geste schließt die Möglichkeit einer gegenhegemonialen Subjektivität, und somit jegliche emanzipatorische Handlungsfähigkeit subalternen Gruppen, vollständig aus (vgl. auch Habermann/Pateel 2001 sowie Steyerl 2005: 28). Dennoch bleibt ihre Kritik an der Vorstellung einer „authentischen Stimme der Unterdrückten“ ebenso berechtigt wie Foucaults prinzipielles Misstrauen gegenüber jenen, die vorgeben, in ihrem Namen zu sprechen.

Dass das Aufwerfen der Frage nach der Legitimität einer bestimmten Art des Sprechens über die Dritte Welt<sup>4</sup> dringend geboten ist,<sup>5</sup> daran kann spätestens seit den Arbeiten von Said (1978; 1994) und Hall (1992) kein Zweifel mehr bestehen. Generell ist das Anliegen der postkolonialen TheoretikerInnen (zu deren „Ikonen“ neben Spivak und Said auch Homi Bhabha zu zählen ist) recht treffend umrissen als „critique ... of the process of production of knowledge about the Other“ (Williams/Chrisman 1994b: 8). Die Kritik an der Wissensproduktion des kolonialen Diskurses<sup>6</sup> bezieht sich dabei auf die Stereotypisierung, auf die Konstruktion einer Folie des „Anderen“, die der eigenen Identitätsformierung dient, und auf die herrschaftsförmigen Elemente. Besonders Hall zeichnet deutlich nach, dass die Identität der aufgeklärten, westlichen, säkularisierten, industriekapitalistischen, modernen Welt sich als solche erst im Prozess der Abgrenzung gegenüber dem als unzivilisiert und barbarisch charakterisierten „Anderen“ konstituierte, in einem stereotypisierenden Diskurs über „den Westen und den Rest“, der gleichzeitig als Legitimation dafür diente, den Rest der Welt unter koloniale Herrschaft zu stellen und zu „zivilisieren“.

Bestimmte diskursive Konstruktionen in dieser Art von Wissensproduktion ermöglichten dabei auch dann die Selbstzuschreibung als „zivilisiert“, wenn man sich in den Kolonien der Folter und ähnlicher, eher mit dem Etikett „unzivilisiert“ gekennzeichneter Praktiken bediente. Im Zusammenhang mit solchen Praktiken der US-Regierung auf den Philippinen urteilte der Regionalexperte Foreman 1898: „In common with many other non-European races, an act of generosity or a voluntary concession of justice is regarded [by the Filipinos] as a sign of weakness. Hence it is, that the experienced European is often compelled to be more harsh than his own nature dictates.“ (zit. nach Doty 1996: 40) Etwaige Brutalität und Ungerechtigkeit kolonialer Praktiken ist daher der verdorbenen Mentalität der Eingeborenen zuzuschreiben und laufen dem

eher sanftmütigen Naturell des Kolonialherrn eigentlich zuwider: Das hier produzierte Wissen ermöglicht den „Zivilisierten“ die Anwendung „barbarischer“ Praktiken und untermauert dabei gleichzeitig die Konstruktion der Täteridentität als zivilisiert und der Opfer als unzivilisiert.

Doch auch heute, lange nachdem der koloniale in den Entwicklungsdiskurs übergegangen ist (siehe Kap. 2), werden gegenüber den Sozialwissenschaften Vorwürfe einer (neo-)kolonialen Wissensproduktion erhoben. Diese beziehen sich zum einen auf die Art und Weise der Wissensproduktion, zum anderen auf das produzierte Wissen selbst. Die Vorwürfe der ersten Gruppe lauten etwa wie folgt: Die Sozialwissenschaften seien so organisiert, dass ihr Gegenstandsbereich die „normale“ „moderne“ Gesellschaft sei, während der abweichende Fall einer peripheren Gesellschaft (die ja drei Viertel der Welt ausmachen), einigen spezialisierten Subdisziplinen überlassen wird (Entwicklungssoziologie und -politik, Ethnologie bzw. Anthropologie, usw.), den „Wissenschaften vom Anderen“.<sup>7</sup> Darüber hinaus finde der weit überwiegende Teil der Wissensproduktion über die Dritte Welt in Universitäten und Institutionen der Ersten Welt oder durch in diesen geschulte WissenschaftlerInnen statt, weswegen immer noch eine Art „akademischer Imperialismus“ zu konstatieren sei (vgl. Hettne 1995: 67ff). Schließlich illustriert Sarah White mit einem Gedankenpiel, dass auch heute in der universitären Wissensproduktion an die koloniale Ära erinnernde Strukturen zu finden sind (vgl. White 2002). Man stelle sich vor, eine 22-jährige frischgebackene Soziologin aus Bengalen würde nach einem 18-monatigen Forschungsaufenthalt in London ihre Doktorarbeit über die sozioökonomischen Verhältnisse in Großbritannien schreiben, wäre aufgrund dieser Arbeit als Expertin für die britische Gesellschaft anerkannt und würde anschließend in Indien europäische (u.a. britische) Studierende über die dortigen Verhältnisse unterrichten. So lachhaft die Vorstellung erscheint: Im umgekehrten Fall findet niemand etwas dabei. Dass ExpertInnen aus dem Norden Menschen aus dem Süden über die in ihren Ländern vorhandenen gesellschaftlichen Probleme und die Wege ihrer Überwindung aufklären, ist auch in den heutigen Sozialwissenschaften die Regel, nicht die Ausnahme.

Damit ist allerdings noch weder etwas über die Stichhaltigkeit der Vorwürfe über das produzierte Wissen selbst gesagt. Eine der fundamentalsten Kritiken aus der Dritten Welt an diesem Wissen ist im angelsächsischen Raum als „Post-Development“-Schule bekannt geworden.

## Die Post-Development-Kritik

Eine fundierte Auseinandersetzung mit den Post-Development-Ansätzen kann an dieser Stelle nicht stattfinden (siehe Kap. 8+9 sowie Engel 2001; Ziai 2004), im Hinblick auf die Wissensproduktion über den Sü-

den vertreten sie allerdings folgende Thesen: Seit Mitte des 20. Jahrhunderts sei in diesem Bereich der Diskurs<sup>8</sup> der „Entwicklung“ dominant geworden. Dieser Diskurs sei erstens eurozentrisch, weil er die westliche Lebensweise als Norm, andere jedoch als defizitäre Abweichungen in Form rückständiger Vorstufen sehe (das Fremde wird mit dem als universell überhöhten eigenen Maßstab gemessen und kulturelle Unterschiede werden „verzeitlicht“),<sup>9</sup> und zweitens herrschaftslegitimierend, weil er im Namen von „Entwicklung“ (die mit dem Ideal einer guten Gesellschaft und dem Allgemeinwohl verknüpft wird) die Unterdrückung nichtwestlicher Lebensweisen und Wissensformen rechtfertige. Die Kritik schließt auch „alternative“ oder gar „sozialistische“ Entwicklungskonzepte mit ein, da sie das Ziel einer modernen industrialisierten Gesellschaft lediglich mit anderen Mittel zu erreichen suchten oder über die Verwendung des Entwicklungsbegriffs zumindest implizit immer noch die metropolitanen Gesellschaften als „entwickelt“ und nicht veränderungsbedürftig, die peripheren jedoch als „weniger entwickelt“ und veränderungsbedürftig konzipierten. Der Maßstab, mit dem selbst in vergleichsweise progressiven Institutionen wie dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) gemessen wird, ist ein westlicher: Der dort verwendete Index menschlicher Entwicklung setzt sich zusammen aus Bruttosozialprodukt, durchschnittlicher Lebenserwartung und Schulbildung. Andere mögliche Indizes einer guten Gesellschaft bzw. eines guten Lebens, wie eine niedrige Kriminalitäts- oder Selbstmordrate, die Seltenheit von rassistischen Phänomenen, ein nicht rein instrumentelles oder zumindest ökologisch tragfähiges Naturverhältnis, ein respektvoller Umgang mit alten Menschen, die Möglichkeit von sinnvoller, nicht entfremdeter Tätigkeit, das Vorhandensein von solidarischen sozialen Netzen usw. – Indizes nach denen die OECD-Welt vermutlich keinesfalls als „entwickelt“ gelten kann – kommen schlicht nicht vor, stattdessen gilt eine Masse an produzierten und konsumierten Gütern immer noch als Ausweis einer fortschrittlichen Lebensweise.

Natürlich erkennen auch die Post-Development-Ansätze, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen in der Dritten Welt die angeblich westlichen Vorstellungen einer guten Gesellschaft teilen oder ihnen zumindest nicht ablehnend gegenüberstehen. Allerdings beziehen sie sich oft auf soziale Bewegungen, die unter Berufung auf kulturelle Differenz und Selbstbestimmung zumindest wesentliche Teile der westlichen Wertmaßstäbe ebenso ablehnen wie die Fremdzuschreibung als „unterentwickelt“. Des weiteren skizzieren einige von ihnen die Ausbreitung dieser Wertmaßstäbe als kulturimperialistische Manipulation oder gar Invasion. Eines der extremsten Beispiele liefert Majid Rahnema, der diese Ausbreitung als „soziokulturelle Variante von AIDS“ charakterisiert (Rahnema 1997c). Die Ideologie der Entwicklung habe durch das west-

liche Schulsystem, die Erzeugung von Konsumbedürfnissen und die Entwertung traditionellen Wissens die meisten Menschen der Dritten Welt in *homines oeconomici* verwandelt und so zur Auflösung des soziokulturellen „Immunsystems“ traditioneller Gemeinschaften geführt.

Auch hier findet sich wieder das Motiv, dass der „freie Wille“ der Subalternen durch die hochtrabenden Versprechungen nationaler Entwicklungspläne, durch Werbekampagnen und medienvermittelte Bilder des „american way of life“ geprägt und alles andere als „authentisch“ ist; und der kritische Verweis auf die subjektkonstituierende Funktion der entsprechenden (stets machtverstrickten) Diskurse ist berechtigt. Aber wenn in einer Biologisierung des Sozialen über „gesunde“ und „kranke“ Gesellschaftszustände gesprochen wird, dann entspricht dies genau dem Grundmuster des Entwicklungsdiskurses, eine universelle Norm festzulegen, auf deren Grundlage als defizitär kategorisierten sozialen Gemeinschaften mit der Autorität des wissenden Experten die entsprechende Therapie verordnet werden kann. Ganz davon abgesehen, ob die von Rahnama verschriebene Rückkehr zur Subsistenzgemeinschaft wünschenswert oder praktikabel ist: Auch mit dem hier produzierten Wissen werden potenziell Herrschaftsverhältnisse legitimiert.<sup>10</sup>

Auf diese Art und Weise argumentiert jedoch nur ein Teil der Post-Development-Ansätze, und zwar jener, der als neo-populistisch bezeichnet werden kann (siehe Kap. 9). Andere, die so genannten skeptischen Post-Development-Ansätze, zeichnen sich u.a. durch den Verzicht auf die Formulierung eines universell gültigen Entwurfs einer guten Gesellschaft aus, in der Überzeugung, dass angesichts weitreichender kultureller Differenzen eine solche Vorgehensweise die Unterordnung zahlreicher anderer Entwürfe bedinge – und dass es eine höchst fragwürdige Praxis wäre, den Marginalisierten in der Dritten Welt Konsumverzicht und die Rückbesinnung auf traditionelle kulturelle Werte zu predigen.

## Fazit

Es wird deutlich, dass die Praxis, aus der Position des Nordens über die Dritte Welt zu sprechen, immer verbunden mit dem Anspruch sie darzustellen (semiotische Repräsentation), wenn nicht gar in ihrem Namen zu sprechen (politische Repräsentation), stets vor dem Hintergrund einer machtverstrickten Wissensproduktion zu betrachten und auf ihre Kontinuitäten zur kolonialen Ära zu befragen ist. Ebenso deutlich wird allerdings, dass auch kritische Gegendiskurse aus der Dritten Welt keinesfalls als authentische oder emanzipatorische Äußerungen der Subalternen zu verklären sind, sondern gleichermaßen auf ihre Machtmechanismen untersucht werden müssen. Wer wie über die Dritte Welt spricht, ist eine eminent politische Frage.

## 10. Globale Strukturpolitik oder nachhaltiger Neoliberalismus? Anmerkungen zum Entwicklungsdiskurs des BMZ unter der rot-grünen Bundesregierung

„Entwicklungspolitik ist heute globale Strukturpolitik, deren Ziel es ist, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verhältnisse in Entwicklungsländern zu verbessern.“ Mit diesen viel zitierten Worten beginnt der Abschnitt über Entwicklungspolitik in der Koalitionsvereinbarung der 1998 angetretenen rot-grünen Bundesregierung.<sup>1</sup> Mit der Konzeption der globalen Strukturpolitik nimmt die Bundesregierung in Anspruch, eine „Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik“ (BMZ 2001a: XVII) vorgenommen zu haben. Statt weiter der „Projektitis“ anzuhängen und über Entwicklungshilfe eine Art Wiedergutmachung für weltwirtschaftliche Benachteiligung zu leisten, sollten die internationalen Strukturen im entwicklungspolitischen Sinne umgestaltet werden. Aufwertung der Kompetenzen des BMZ, Annäherung an das 0,7%-Ziel, Sicherstellung von Kohärenz mit anderen Ressorts, soziale und ökologische Standards für die Hermes-Bürgschaften, Unterstützung von Entschuldungsinitiativen, ... – die Liste der schon seit langem von KritikerInnen eingeforderten und jetzt endlich von Rot-Grün auf die Agenda gesetzten Reformschritte war ansehnlich.

Das neue Konzept der globalen Strukturpolitik ist daher von der hiesigen entwicklungspolitischen Szene meist mit vorsichtigem Lob (der VENRO-Rundbrief im November 1998 schrieb, der Koalitionsvertrag lasse „auf frischen Wind in der Entwicklungspolitik“ hoffen) oder zumindest skeptischer Anerkennung bedacht worden, die natürlich stets gepaart war mit weiter reichenden Forderungen. Immerhin war im „Memorandum ‘98“ (Deutscher et al. 1998) von NRO sowie von Einzelpersonen aus Sozialwissenschaft und Entwicklungspolitik eine „globale Strukturpolitik“ eingefordert worden. Die Ernüchterung über die tatsächliche Entwicklungspolitik der ersten Legislaturperiode dämpfte die positiven Einschätzungen beträchtlich. Dennoch ist festzustellen, dass der weitaus größte Teil der Kritik nicht das Konzept der globalen Strukturpolitik selbst, sondern dessen unzureichende Umsetzung bemängelt.

Betz spricht von einem „zweifelsohne sympathische[n] Entwurf“, kritisiert jedoch die „Kluft“ zwischen dem ambitionierten Projekt und den bisherigen Reformansätzen (Betz 2001: 31). Fues bezeichnet das Konzept als „Paradigmenwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit“ (zit. nach Falk 2001: 223), auch Nuscheler bescheinigt der rot-grünen Regierung eine „entwicklungspolitische Wende, die versuchte, sich neuen Herausforderungen zu stellen.“ (Nuscheler 1999: 21). Die neue Bundesre-

gierung habe „die Weichen der Entwicklungspolitik für das beginnende 21. Jahrhundert neu gestellt, aber der Apparat der Entwicklungsverwaltung bewegt sich noch auf dem alten Gleis.“ Klemp konstatiert: „Während im entwicklungspolitischen Diskurs von neuen Leitlinien gesprochen wird, ... wächst der Abstand zwischen politischen Absichtserklärungen, Strategien, vertraglich vereinbarten Zielen und der Realität (Klemp 2001: 20). Selbst die skeptischere Einschätzung von Ruppert bezeichnet das Konzept der globalen Strukturpolitik aus emanzipatorischer Sicht als „passable Perspektive“ (Ruppert 2001), und auch Falk verweist auf „den bekannten Gegensatz zwischen viel versprechenden Ankündigungen und deren schneller Verfallszeit“ (Falk 2001: 222). Der Bericht über die „Wirklichkeit der Entwicklungshilfe“ ist symptomatisch: Er begrüßt ausdrücklich die neue Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik und kritisiert ihre bisher unzureichende Umsetzung. Die Ausgangsperspektive sei richtig, der Politikwandel stehe allerdings noch aus (*terre des hommes/Deutsche Welthungerhilfe* 2000: 6f). Die Ursachen für die mangelhafte Umsetzung des Konzepts werden in der Regel in den widerstreitenden Interessen einflussreicherer Ministerien (Wirtschaft, Finanzen) verortet, gegen die das BMZ sich nicht durchsetzen könne.

Nun ist die Anerkennung positiver Elemente im Konzept der globalen Strukturpolitik und die Kritik an der zwischen Anspruch und Wirklichkeit klaffenden Lücke nichts Verwerfliches, im Gegenteil: Der hartnäckige öffentlichkeitswirksame Verweis auf diese Lücke kann dazu beitragen, sie kleiner werden zu lassen. Allerdings sei angesichts des ständig reproduzierten Musters in der Kritik die Frage erlaubt, ob dieses Muster nicht den Blick verstellt auf die Unzulänglichkeiten des Konzeptes selber. Diesen Unzulänglichkeiten soll im folgenden Text aus diskursanalytischer Perspektive nachgegangen werden: Die Produktion von Wissen ist in ihrer Eigenschaft der Konstituierung der sozialen Wirklichkeit wie auch in ihrer Verschränkung mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu untersuchen.

## **Abkehr vom Neoliberalismus und Primat der Armutsbekämpfung**

Wesentlicher Bestandteil des Konzepts der globalen Strukturpolitik ist u.a. die Abkehr vom neoliberalen Washington Consensus (vgl. Gore 2000), dessen Imperative Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, makroökonomische Stabilisierung und Exportorientierung seit den Strukturanpassungsprogrammen auch die Entwicklungspolitik entscheidend geprägt haben. Diese Abkehr, die auch eine „Trendwende“ der Weltbank nachvollzieht, scheint an Passagen wie der folgenden deutlich zu werden: „Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts haben gezeigt, dass der Markt allein

nicht in der Lage ist, die wachsenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme zu lösen, die durch die immer intensiver werdenden wechselseitigen Abhängigkeiten und Verflechtungen zwischen allen Staaten und deren Menschen entstanden sind. Um die weltweite Armut und Ungerechtigkeit sowie die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts einzudämmen, muss Globalisierung im Sinne einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft aktiv politisch gestaltet werden.“ (BMZ 2001a: XIV) Auch dass davor gewarnt wird, „die grundlegenden sozialen Rechte der Menschen in den Entwicklungsländern“ könnten „im Rahmen der Marktliberalisierung überrollt werden“ (BMZ 2001a: 55), weist auf eine ähnliche Positionierung hin. Es scheint zutreffend, wenn Betz konstatiert, das Konzept verstehe sich als „Gegenbild zum neoliberalen Entwurf weltweiter Strukturpassung und marktfreundlicher Standortpolitik“ (Betz 2001: 30).

Folgerichtig wird der Armutsbekämpfung im Konzept der globalen Strukturpolitik oberste Priorität eingeräumt: sie wird als „überwältigende“ und „zentrale“ Aufgabe der Entwicklungspolitik definiert, die „in allen Bereichen“ Ziel der Arbeit des BMZ sei (Wieczorek-Zeul in BMZ 2001b: Vorwort; BMZ 2002: 4, 24; 2000a: 207). Auch der Bezug auf die sieben internationalen Entwicklungsziele des DAC und die Erstellung des Aktionsprogramms 2015 verdeutlicht diese Prioritätensetzung (2001b; 2001a: 35).<sup>2</sup> Die Grundlage dieser Konzeption ist folgende:

„Die Förderung einer leistungsfähigen Wirtschaft, die armutsminderndes Wachstum ermöglicht und den armen Menschen zu Beschäftigung und Einkommen verhilft, trägt wesentlich zur Verbesserung der wirtschaftlichen Möglichkeiten (*opportunity*) der Armen und zum Erfolg der Armutsbekämpfung bei.“ (2001a: 63)

Der Hauptsatz und gleichermaßen der theoretische Kern dieser Aussage lautet also: Die Förderung einer leistungsfähigen Wirtschaft trägt wesentlich zur Verbesserung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Armen und zum Erfolg der Armutsbekämpfung bei. Dies erinnert an die überholt geglaubten Lehren der frühen Modernisierungstheorie: Wirtschaftsförderung hilft den Armen, denn wirtschaftliche Entwicklung führt – in „funktionierenden marktwirtschaftlichen Systemen“ – zu sozialer Entwicklung und Armutsminderung (2001a: 133). Von Braunmühl spricht nicht ganz zu Unrecht von einer „Re-Inthronisierung des trickle-down Effekts“ (Braunmühl 2000: 15). Im Unterschied zum Washington Consensus (und in Übereinstimmung mit dem Post-Washington-Consensus, vgl. Fine et al. 2001) werden zwar staatlich geschaffene Rahmenbedingungen als Voraussetzung für die armutsmindernde Wirkung des Wirtschaftswachstums betont, die wirtschaftspolitischen Empfehlungen unterscheiden sich jedoch kaum.

In der vorliegenden Konzeption kann die Förderung einer leistungsfähigen Wirtschaft und damit eine wirksame Armutsbekämpfung nur

durch Integration in den globalen Wettbewerb stattfinden: Wenn konstatiert wird „So sind derzeit große Teile der Menschheit von den positiven Entwicklungen der Globalisierung ausgeschlossen, weil sie sich – aus unterschiedlichen Gründen – nur unzureichend in den internationalen Wettbewerb einbringen und darin bestehen können“ (BMZ 2001a: XI), so wird deutlich, dass das Problem der Armut als Problem des Ausschlusses vom Weltmarkt konzipiert wird. Die Möglichkeit, dass Armut Konsequenz der Eingliederung in den globalen Wettbewerb sein könnte, wird aus dem Diskurs ausgeschlossen. Ausgehend von dieser Konzeption werden die „Chancen der Globalisierung“ für die Armen betont (2001a: XII; 2001b: 16; vgl. auch 2001a: 14, 133; 2000a: 268). Exportorientierung und Weltmarktintegration, so die These, werden auf lange Sicht zu weniger Armut und mehr Wohlstand führen (2001a: 83f).

Bei näherem Hinsehen wird deutlich, dass die Armutsbekämpfung an erster Stelle durch den Markt geschehen soll, genauer: durch staatliche Maßnahmen, die eine freie Entfaltung der Marktkräfte erlauben, wie die Schaffung von „Wettbewerb“, makroökonomischer Stabilität und eines günstigen Investitionsklimas, die Nutzung „brachliegender“ Potenziale der Armen selbst, aber auch die Gewährleistung sozial gerechter Bedingungen des Zugangs zu Ressourcen und Infrastruktur (2001b: 16). Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung seien umso erfolgreicher, je mehr ein Land „pluralistische Strukturen, private Initiative und privatwirtschaftliche Elemente zulässt und ermutigt“ (1999a: 9). Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen laufen demnach immer noch auf Stabilisierung, Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung hinaus, der Fokus auf die Armen manifestiert sich in „Maßnahmen zur Entwicklung unternehmerischer Fähigkeiten“ und zur Verbesserung von Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten (2001a: 72) sowie einer humanitären Grundversorgung mit dem Überlebensnotwendigen.

Die im wirtschaftspolitischen Programm zur Armutsbekämpfung hervortretende Favorisierung einer indirekten, auf die Resultate der (Welt-) Marktdynamik setzenden Armutsbekämpfung markiert den Verbleib im diskursiven Rahmen eines „weichen“ Neoliberalismus, der die Armen zumindest nicht mehr, wie von Hayek, ihrem Schicksal überlassen will, aber dennoch vor „marktverzerrenden“ Eingriffen zurückschreckt. Die Rolle der Institutionen beschränkt sich vorwiegend darauf, den Markt möglichst ungehindert zur Geltung kommen zu lassen und die Armen fit für den Wettbewerb zu machen. Der Imperativ des Wettbewerbsprinzips bleibt unangetastet. Die im sozialpolitischen Programm geforderten Maßnahmen direkter Armutsbekämpfung werden jedoch nicht als Widerspruch, auch nicht als humanitäres i-Tüpfelchen (im Sinne einer globalen Sozialpolitik) konzipiert, sondern als korrelierende Ergänzung.

In Auseinandersetzungen, in denen das Motiv der Hilfe für die Armen bzw. der sozialen Gerechtigkeit den höchsten Stellenwert hat, schafft die diskursive Verknüpfung von Weltmarktintegration, Wirtschaftswachstum und Armutsminderung Akzeptanz für die Einbettung der Armutsbekämpfung in einen marktorientierten, neoliberalen Rahmen. Gleichzeitig, und hier wird ihr ergänzender Charakter deutlich, wird die Armutsbekämpfung aber auch als für die gesamte Wirtschaft förderlich konzipiert: Die Teilnahme der Armen am Markt führt zu gesteigerter Dynamik, Wachstumseffekten und der Schaffung von Arbeitsplätzen (vgl. 2001b: 19). Hinsichtlich der Gleichberechtigung der Frauen wird ähnlich instrumentell argumentiert: ein Mangel an Gleichberechtigung lasse „das wirtschaftliche Potential und die Leistungsfähigkeit von Frauen unterbewertet und ungenutzt“ (2001a: 19).

Sichtbar wird hierbei eine legitimatorische Doppelstrategie: den KritikerInnen von rechts kann entgegengehalten werden, dass Armutsbekämpfung (aufgrund der erhöhten wirtschaftlichen Dynamik und der auch den Norden betreffenden Folgen der Armut, s.u.) im eigenen Interesse der Industrieländer sei; die KritikerInnen von links werden besänftigt, dass auch die Marktöffnung und Deregulierung letztlich den Armen zugute komme.<sup>3</sup> Auf diese Weise wird die Brücke geschlagen zwischen den – nach anderer Lesart widersprüchlichen – Prioritäten Eigeninteresse und Gerechtigkeit bzw. Marktorientierung und Armutsorientierung. Eine Interessenidentität zwischen Privatwirtschaft und Armen wird konstruiert.

Eine weitere, offensichtlichere Variante des diskursiven Mechanismus der Konstruktion von Interessenidentität findet sich in den Ausführungen über Public-Private-Partnerships (vgl. Hoering 1998), d.h. privatwirtschaftliche Projekte, von denen sich das BMZ entwicklungspolitischen Nutzen verspricht und die deshalb aus seinen Mitteln finanzielle Unterstützung etwa in Form einer Anschubfinanzierung erhalten:

„Ziel ist die Realisierung entwicklungspolitisch sinnvoller und betriebswirtschaftlich rentabler Projekte, an denen Unternehmen ein langfristiges Interesse haben und sich mit eigenen Ressourcen (Kapital, Fachkräfte, Know-how) engagieren. ... Aus der Zusammenarbeit entsteht für beide Partner und das Entwicklungsland ein weit größerer Nutzen als bei einer rein öffentlichen oder rein privatwirtschaftlichen Investition.“ (BMZ 2001a: 85f; 2000a: 261)

Grundlage der Idee ist selbstverständlich die Annahme einer Interessenidentität: „Die vielfältigen Überschneidungen und Interessenidentitäten zwischen den unternehmerischen Zielen des privaten Sektors einerseits und öffentlichen entwicklungspolitischen Zielen andererseits ist offensichtlich.“ (2001c: 6) Dass hier in der Entdeckung von Interessenidentitäten möglicherweise gesellschaftliche Interessen im Spiel sind, suggeriert das folgende Eingeständnis:

„Die Bundesregierung hat die Möglichkeiten für ein Zusammenwirken von öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit und privater Unternehmenstätigkeit deutlich ausgebaut. Ausgangspunkt dafür war die Erkenntnis, dass die sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Probleme der Welt Finanzmittel in enormer Höhe erfordern, die nur noch mit maßgeblicher Beteiligung des privaten Sektors mobilisiert werden können.“ (2001a: 85)

Mit anderen Worten: Hier wird aus der Not eine Tugend gemacht bzw. die Idee der PPP ist aus der Not knapper Mittel geboren worden sowie indirekt auch aus der Erkenntnis (oder Behauptung), dass die staatlichen Stellen auch in Zukunft nicht in der Lage (oder nicht willens) sein werden, die in der Privatwirtschaft vorhandenen Gelder für öffentliche Aufgaben über Steuerpolitik einzufordern. Ob diese Idee nun ein kreativer Umgang mit den Sachzwängen der neoliberalen Globalisierung oder die Selbstaufgabe einer sozialstaatlichen Entwicklungspolitik ist, braucht an dieser Stelle nicht weiter verfolgt zu werden. Entscheidend ist, dass eine gesellschaftspolitische Situation und die mit ihr verbundenen Interessen in die Wissensproduktion in der Entwicklungspolitik hineinspielen und auf die „Entdeckung“ von Interessenidentitäten Einfluss nehmen.

Der auch im Zusammenhang mit marktorientierten Reformen postulierten Interessenidentität widersprechen allerdings die immer wieder festgestellten negativen sozialen Auswirkungen auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen. Diese Auswirkungen sind allerdings im Rahmen des Konzepts der globalen Strukturpolitik ausdrücklich in Kauf zu nehmen. Die notwendigen „Strukturreformen“ erfordern zwar „die Einbringung beachtlicher Eigenleistungen und schmerzhaftes Eingriffe“ (2001a: 80), die – dies wird offen zugegeben – beispielsweise in Osteuropa zu einer „Verschärfung der sozialen Situation“ (31) geführt haben, aber letztlich sind dies nur „kurzfristige Anpassungskosten“ und auf die Dauer „überwiegt der soziale Nutzen“ (264) solcher Maßnahmen. Diese „schmerzhaften Eingriffe“ sind in erster Linie solche, die die freien Kräfte des Marktes besser zur Entfaltung bringen sollen.

Verharmlost werden die negativen Auswirkungen solcher Maßnahmen mittels ihrer diskursiven Konstruktion als vorübergehende Phänomene. Dabei wird im Diskurs des BMZ mehrmals Bezug genommen auf einen quasi-natürlichen Verlauf der Geschichte, einen universellen Prozess des Strukturwandels, über den die Experten der Entwicklungstheorie privilegiertes Wissen in Anspruch nehmen. Diese Bezugnahme zeigt sich in folgenden Zitaten:

„Steigende Arbeitslosigkeit infolge des wirtschaftlichen Strukturwandels und überforderte Sozialversorgungssysteme haben in einigen Ländern zu einer *zeitweiligen* Verschärfung der sozialen Situation ... geführt.“ (2001a: 31) „Die wirtschaftlich stärkeren Mitglieder eines Regionalverbandes profitieren zumindest *für eine Übergangszeit* weitaus mehr vom Abbau von Handelshürden als die wirtschaftlich Schwächeren.“ (112) „Allerdings bedeutet ge-

rade für strukturschwache Länder die Öffnung zur globalen Wirtschaft auch eine höhere Verletzbarkeit gegenüber schwankenden Weltmarktpreisen und ist oft mit *kurzfristigen* Anpassungskosten verbunden. *Langfristig* überwiegt der soziale Nutzen aus einer graduellen Liberalisierung. Diese ist daher unverzichtbarer Bestandteil einer modernen Entwicklungsstrategie.“ (2000a: 264 sowie gleichlautend 2002: 134. Hervorhebungen jeweils hinzugefügt.)

Auch wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt, so lassen sich die Thesen zusammenfassen, lediglich die negativen Seiten eines Strukturwandels in Richtung „freie Marktwirtschaft“ spürbar sind, so besteht doch kein Zweifel, dass auf lange Sicht die negativen Aspekte verschwinden oder zumindest die positiven Aspekte überwiegen werden. Bereits in den siebziger Jahren hat Berger festgestellt, dass dieses Argumentationsmuster sowohl von kapitalistischen als auch von sozialistischen Diktaturen im Rahmen der Rechtfertigung sozialer, wirtschaftlicher oder politischer Härten gegenüber der Bevölkerung mittels des Versprechens einer blühenden Zukunft verwendet wurde (vgl. Berger 1974: 98). Das privilegierte Wissen über den Verlauf der Geschichte hat hier die Funktion der Legitimierung einer Politik, die zu einer „Verschärfung der sozialen Situation führt“ (und daher in hohem Maße unpopulär ist und Legitimationsbedarf hat). Zu fragen wäre stets, wem diese Politik im Einzelnen bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt Nutzen bringt und inwieweit auch hier gesellschaftliche Interessen die Produktion von entwicklungspolitischen Wissen geprägt haben.

Dass die Armutsbekämpfung im Konzept der globalen Strukturpolitik gegenüber der Marktorientierung eine nachrangige bzw. instrumentelle Position einnimmt, wird in folgendem Zitat deutlich: „Vor allem in Russland und der Ukraine stellen Armut und erhebliche Einkommensdisparitäten zunehmend ein Problem für den sozialen Frieden und die Unterstützung des Reformprozesses dar.“ (BMZ 2001a: 31) Die Armut stellt kein Problem *an sich* dar, sondern ein Problem für den friedlichen Ablauf des (marktwirtschaftlichen) Reformprozesses, dessen ungehinderte Durchsetzung, so wird deutlich, das eigentliche Ziel ist.

Armut erscheint im Konzept der globalen Strukturpolitik an keiner Stelle als Konsequenz von Ausbeutung oder Konkurrenz im Rahmen marktwirtschaftlicher Beziehungen, sondern wird als „Funktionsfehler“ konstruiert: als Folge mangelhafter Rahmenbedingungen, ungenutzter produktiver Potentiale, oder institutioneller Schwächen, die im Rahmen der Armutsbekämpfung durch entsprechende Maßnahmen zu beseitigen sind. In einem „funktionierenden marktwirtschaftlichen System“ verschwände Armut von allein. Soziale Verwerfungen in der Folge neoliberaler Reformen werden als kurzfristige Phänomene und Vorbedingung für langfristigen Nutzen konstruiert, um ihre Akzeptabilität zu erhöhen und sie zu legitimieren.

## Nachhaltige Entwicklung und die Konstruktion der „Einen Welt“

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, an dem sich das Konzept globaler Strukturpolitik ausdrücklich orientiert (2001a: XVII; Koalitionsvereinbarung Abschnitt 11), ist beinahe omnipräsent im Diskurs des BMZ (z.B. 2001a: XV, XVII, 43, 48, 53, 61, 66, 82, 94f, 152) – operationalisiert wird das Leitbild jedoch oft als „nachhaltige Ressourcennutzung“ (2000a: 38; 2002: 103). Ebenso oft findet sich das aus dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung abgeleitete Argumentationsmuster der „Einen Welt“: Die zunehmende Interdependenz der Weltgesellschaft und die globale Dimension von bestimmten „Problemen“ weist auf eine weltweite Interessenidentität hin. Das BMZ postuliert: „die zentralen Probleme der Entwicklungs- und Transformationsländer sind zugleich als globale Herausforderungen zu begreifen, deren Lösung im gemeinsamen weltweiten Interesse liegt“ (2001a: 33) und begründet dies wie folgt:

„Insbesondere im ökologischen Bereich ist es unmittelbar einsichtig, dass die Probleme der Entwicklungs- und Transformationsländer zugleich globale Bedeutung haben: Dies gilt für die Zerstörung der tropischen Regenwälder ebenso wie für die Gefährdung der weltweiten Vielfalt von Pflanzen und Tieren. Ihre Vernichtung hat negative Konsequenzen für den globalen Klimawandel wie auch für die weltweite Verfügbarkeit, z.B. von pflanzlichen Substanzen zur Erzeugung lebenswichtiger Medikamente. Ebenso müssen aber auch die weitverbreitete Armut, das immer noch anhaltende Bevölkerungswachstum sowie die Verknappung von Wasservorräten in Entwicklungs- und Transformationsländern als schwerwiegende Probleme begriffen werden, deren Lösung im gemeinsamen weltweiten Interesse liegt. Sie sind wesentliche Ursachen für gesellschaftliche Spannungen, gewaltsame Konflikte, Flucht und Vertreibung, die als globaler Problemkomplex letztlich den Frieden und die Stabilität weltweit gefährden können.“ (33)<sup>4</sup>

Seine prägnante Zuspitzung erfährt dieses Argumentationsmuster in einer Broschüre des BMZ, die im Titel und auf dem Deckblatt die Frage stellt „Wer braucht Entwicklungspolitik?“, um auf der Rückseite die Antwort zu geben „Wir alle!“ (2000b). Entwicklungspolitik wird als „Instrument, die Interessen aller Völker wahrzunehmen“ bezeichnet (2000b: 5). Der weite Verbreitung findende Topos der „Einen Welt“ und des gemeinsamen weltweiten Interesses, der auch im Global-Governance-Diskurs einen zentralen Stellenwert einnimmt, ist kognitiv entmündigend, analytisch ungenügend und politisch folgenreich (siehe auch Kap.7): Er nimmt den Individuen die Möglichkeit einer selbstbestimmten Artikulation des eigenen Interesses, differenziert nicht zwischen den extrem ungleichen sozio-ökonomischen Bedingungen der Akteure und den damit zumindest zusammenhängenden Interessenlagen, und lenkt in der Betonung gemeinsamer Interessen und notwendiger Zusammenarbeit von Privilegien und Interessenkonflikten ab.

Der Topos der „nachhaltigen Entwicklung“ und der „Einen Welt“ kann darüber hinaus sogar politisches Aggressionspotenzial bergen. Wenn das BMZ schreibt: „Die Sicherung der global bedeutsamen Ressourcen (Tropenwald, Artenvielfalt) des Subkontinentes [Lateinamerikas] durch nachhaltige Bewirtschaftung bleibt daher auch für die Zukunft eine wichtige Herausforderung“ (2001a: 30), so ist dies nicht nur als ein selbstloses Bekenntnis zum Umweltschutz zu lesen, sondern v.a. auch als eine Ankündigung, dass die industrialisierten Weltmächte die betreffenden Ressourcen auf der Südhalbkugel als „gemeinsames Menschheitserbe“ definiert haben und sich in der Verantwortung sehen, über diesen gemeinsamen Besitz verantwortungsvoll (nachhaltig) zu verfügen, sprich: ihrer Wirtschaft unter allen Umständen den nachhaltigen Zugang zu diesen Ressourcen zu sichern – natürlich nur im Interesse der Menschheit. (Man stelle sich vor, die G77 würden ähnliche Ansprüche auf hiesige nicht erneuerbare Ressourcen erheben.) Die Konstruktion globaler ökologischer Krisen dient in diesem Kontext der Legitimation des „Krisenmanagements“, d.h. der Legitimation bestimmter Experten und ihres Problemlösungswissens wie auch der auf diesem Wissen basierenden Interventionen (vgl. auch Spehr 1996; Eblinghaus/Stickler 1996).

Im Zusammenhang mit der diskursiven Figur der „Einen Welt“ (2001a: XIV, XXI, 37) wird ein gemeinwohlorientierter kollektiver Akteur „Menschheit“ konstruiert. Dieser beinhaltet alle Menschen und sein Interesse ist das Interesse aller. Typisch für seine Verwendung sind Formulierungen wie „An der Schwelle zum 21. Jahrhundert stehen wir vor großen Herausforderungen. ... Wir sind alle gefordert, uns für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen und die Fortentwicklung in unserer Einen Welt einzusetzen.“ (Wieczorek-Zeul in BMZ 1999b: 1) Dieser kollektive Akteur ist konzeptioneller Ausgangspunkt für die Erfassung und Lösung von Problemen. Wenn jedoch aus dieser Perspektive die „unvergleichlichen[n] Möglichkeiten“ des Globalisierungsprozesses geschildert werden, dass z.B. die Liberalisierung der Handelsmärkte neue Chancen für Beschäftigung schafft oder die weltweite Vernetzung von Forschung und Innovation die Problemlösungspotentiale bei der Bekämpfung von Krankheiten erweitert und dass deshalb „[n]iemals zuvor ... die Voraussetzungen günstiger [waren], die in vielen Teilen der Welt immer noch bedrückende Armut zu überwinden“ (2001a: 11), dann ist dies möglicherweise zutreffend (gehen wir um der Argumentation willen einmal davon aus), ausgeklammert wird dabei aber die alles entscheidende Frage, ob diese Potentiale zum Wohle der Menschen genutzt werden oder nicht und wenn nicht, die Frage nach den Gründen. Es ist nicht Aufgabe eines Unternehmens im Kapitalismus, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist nicht das Ziel des Pharmakonzerns, kranke Menschen zu heilen – es kann es auch nicht sein. Schon um die Kosten zu decken,

die für Forschung und Entwicklung des Medikaments notwendig waren, muss er es mit möglichst großem Gewinn verkaufen – nicht verschenken. Wenn die Kranken sich das Medikament nicht leisten können, bleiben sie eben krank, und dies dem Pharmakonzern vorzuwerfen, wäre ein Eingeständnis eines eklatant mangelhaften Verständnisses marktwirtschaftlicher Prinzipien. Die Suggestion, die Verbesserung der Problemlösungspotentiale (sagen wir medizinischer Fortschritt) führe bereits zu einer Lösung, ist irreführend. Der kollektive Akteur „Menschheit“, der sein Handeln am Wohle der Menschen ausrichtet, ist eine diskursiv konstruierte Fiktion – wiederum eine politisch folgenreiche. Denn er klammert systematisch die Frage danach aus, wem die „Problemlösungspotentiale“ der Menschheit gehören und warum sie nicht ohne weiteres für die „globalen Herausforderungen“ Überwindung der Armut und Umweltschutz eingesetzt werden, nicht einmal eingesetzt werden können. Als gesellschaftliche Funktion dieses diskursiven Mechanismus kann daher die Verschleierung von Machtunterschieden und Interessenskonflikten innerhalb des kollektiven Akteurs „Menschheit“ benannt werden.

Im Zusammenhang mit der Unterstellung einer Interessenidentität verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ist festzustellen, dass bestimmte Akteure diskursiv als prinzipiell an diesem allgemeinen Interesse orientiert konstruiert werden. Es wird an zahlreichen Stellen stillschweigend oder sogar ausdrücklich davon ausgegangen, dass die Bundesregierung, die G8, die Weltbank, der IWF, die WTO, die in den Vereinten Nationen vertretenen Staatschefs und deren VertreterInnen sowie die in Prozesse der Global Governance eingebundenen Repräsentanten von Wirtschaft und Zivilgesellschaft einträchtig darauf hinarbeiten würden, die Armut zu bekämpfen, die Umwelt zu schützen und Wohlstand und „Zukunftschancen“ gerecht zu verteilen (BMZ 2001a: xi, xiv, xvi, 20, 36f, 58, 60; 2000a: 268; 1999b: 4). Die komplizierte Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Akteuren und v.a. ihren unterschiedlichen Zielen und Einflussmöglichkeiten wird schlichtweg ausgespart, und eine solche wäre Vorbedingung für sinnvolle Überlegungen zu Interessenskoalitionen und Bündnispolitik in emanzipativer Absicht. Erneut ist ein Mangel an analytischer Tiefe mit politischen Folgen zu konstatieren: die Frage, inwieweit und v.a. aus welchen eventuell strukturellen Gründen das Handeln der genannten Akteure von dem postulierten „Allgemeinwohl“ abweicht, kann nicht gestellt werden – sie wird aus dem Diskurs ausgeschlossen. Als Effekt kann eine Legitimierung und Stabilisierung des bestehenden Machtgefüges angenommen werden.

Die Fortexistenz der „globalen Probleme“ in der „Einen Welt“ kann in dieser diskursiven Konstellation nicht am mangelnden politischen Willen der mächtigen Akteure liegen. Sie muss andere Gründe haben,

und diese können nach Ausschluss der politischen Sphäre (es herrscht eine Interessensidentität zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren im Bereich der Entwicklungspolitik und die mächtigen Akteure sind am Allgemeinwohl orientiert) nur noch im Bereich verwaltungstechnischer Implementationsschwierigkeiten liegen. Implizit liegt demnach eine Technisierung sozialer und politischer Probleme vor und ein Ausklammern von Konflikten um gesellschaftliche Macht und gesellschaftliche Leitbilder.

## Frieden und Sicherheit als zentrales strategisches Motiv

Als weiteres wichtiges Element der globalen Strukturpolitik ist die vermehrte Betonung von Friedenssicherung und Krisenvermeidung gegenüber den „klassischen“ Entwicklungsbereichen zu nennen: „Das Thema Krisenprävention und friedliche Konfliktbewältigung“, so das BMZ, „rückte ... auf der entwicklungspolitischen Agenda in den Vordergrund.“ (2001a: 44, vgl. auch 135f) Bezeichnend ist in dieser Hinsicht auch, dass die erste Regierungserklärung zur Entwicklungspolitik (lange vor dem 11.9.2001) den Titel trug „Frieden braucht Entwicklung“. Tatsächlich ist der sicherheitspolitische Aspekt der Friedenserhaltung als das zentrale Motiv der Legitimation und Begründung von Entwicklungspolitik in den Schriften des BMZ auszumachen.<sup>5</sup> Typisch sind Argumentationen wie die folgenden:

„Armut liegt an der Wurzel vieler globaler Risiken und Friedensgefährdungen. Sie ist zugleich Folge und Ursache von Ressourcenknappheit, Ressourcenzerstörung sowie zunehmender gewaltsamer Konflikte, wachsender Migration, Flucht und Vertreibung. Ihre Bekämpfung ist *deshalb* ein wichtiger Schlüssel für Frieden und Entwicklung.“ (2001a: 6. Hervorhebung hinzugefügt) „Wenn Menschen in Krisenzeiten ihre Heimat verlassen müssen, berührt das auch unsere Interessen von Sicherheit und Stabilität. Die Armut mindern, heißt Frieden sichern.“ (Arbeitskreis Armutsbekämpfung 2000: 9) „Armut und wachsende Ungleichheit ... liegen an der Wurzel vieler anderer globaler Risiken und Gefährdungen. ... Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich ist daher ein grundlegender Beitrag zu einer friedlicheren und gerechteren Welt ...“ (BMZ 2001b: 1) „In einer globalisierten Welt mit globalisierten Risiken und Gefährdungen geht die Armut alle an. Auch die reichen Länder werden auf Dauer nur dann in Frieden und Wohlstand leben können, wenn die bittere Armut in weiten Teilen der Welt eingedämmt wird.“ (Wieczorek-Zeul in BMZ 2001b: Vorwort) „Nur wenn Menschen in den Armutsregionen durch gezielte Maßnahmen eine Chance erhalten, sinkt die Gefahr von Gewalt und Krieg. ... Nur wenn Menschen in den Armutsregionen durch gezielte Maßnahmen eine Chance erhalten, bleiben sie in ihrer Heimat.“ (2000b: 10)

*Weil* Armut in zunehmendem Maße Kriege, Migration und weitere unangenehme Nebeneffekte nach sich zieht, so die Kernaussage, ist sie zu

bekämpfen. Täte sie dies nicht, so die unausgesprochene Konsequenz, gäbe es keinen Grund, letzteres zu tun. An zahlreichen Stellen wird betont, dass Armut den Frieden (und den Erhalt von Ressourcen) bedroht oder zu Bevölkerungswachstum und „Flüchtlingsströmen“ (1999b: 1) führt und dass deswegen die Bewältigung der Probleme der Entwicklungs- und Transformationsländer unverzichtbar für die Sicherung einer friedlichen Zukunft ist, also im Interesse der Industrieländer selbst liegt (vgl. 2001a: Vorwort, XIV, XIXff, 31, 33f, 58, 64, 67; 2001b: Vorwort; 1, 7, 10; 2000a: 223f, 233). Die der Argumentation des BMZ zugrunde liegende These lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Weltweite Armutsminderung liegt in einer immer enger verflochtenen Welt auch im deutschen Interesse.“ (2001b: 1)

Die Implikation dieser Argumentation ist, dass die Bekämpfung der Armut in Entwicklungsländern *nur insoweit* von Relevanz ist, als dass diese Armut die Interessen der Industrieländer beeinträchtigt. In dieser utilitaristischen Begründungskonstellation („aufgeklärtes Eigeninteresse“) ist menschliches Elend völlig akzeptabel, wenn es weder über Konflikte noch über Migration oder Ressourcenerstörung Konsequenzen auf der Nordhalbkugel nach sich zieht – oder wenn diese Konsequenzen militärisch abgewendet bzw. unter Kontrolle gehalten werden können. Eine ethische Begründung der Armutsbekämpfung findet sich hier nur am Rande (2001a: 33; 2001b: 1).

Grundlage der Argumentation ist wiederum die diskursive Verknüpfung bestimmter Phänomene, postuliert wird ein enger Zusammenhang zwischen „Entwicklung“ und Frieden bzw. zwischen verbreiteter Armut und dem Auftreten so unterschiedlicher Phänomene wie bewaffneten Konflikten, Migration, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung. Diese Verknüpfung dient der Akzeptanzbeschaffung für armutsorientierte Entwicklungspolitik in Auseinandersetzungen, in denen andere Motive als die Berufung auf nationale staatliche oder gesellschaftliche Interessen nur einen geringen Stellenwert haben. Solche Auseinandersetzungen sind, so kann vermutet werden, in der Wahrnehmung des BMZ nicht nur solche innerhalb der Regierung um den Anteil am Budget, sondern auch solche in der Öffentlichkeit um Legitimation und Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit sowie des dazugehörigen Ministeriums. Die Notwendigkeit von Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung soll mit dem Appell ans Eigeninteresse „verkauft“ werden. Dem zugrunde liegt natürlich nicht nur ein bestimmtes Menschenbild, sondern v.a. auch eine behauptete Interessensidentität, die im Rahmen der „Eine Welt“-Konstruktion bereits analysiert worden ist.

## Neuorientierungen des klassischen Paradigmas innerhalb des Entwicklungsdiskurses

Auch das Konzept der „globalen Strukturpolitik“ ist selbstverständlich kein monolithischer Block, sondern ein diskursives Terrain, auf dem sich vielfältige Brüche und Ambivalenzen finden. So etwa, wenn Hunger nicht als technisches Problem unzureichender Nahrungsproduktion, sondern als Folge von Armut und ungerechter Landverteilung, mangelndem Ressourcenzugang und Krieg und Gewalt und somit als soziales und politisches Problem konzipiert wird (2001a: 20 – allerdings wird gleich anschließend in der Frage, wie zukünftig die wachsende Weltbevölkerung ernährt werden soll, doch wieder ein wohlmeinender, allmächtiger Menschheitsakteur angenommen). So etwa in der Aussage, die Verringerung der Armut sei „eine politische und keine rein technische Aufgabe“ (119) und in der Verortung ihrer Ursachen „in den gesellschaftlichen Systemen, in Interessengegensätzen und Machtstrukturen, weniger beim Einzelnen.“ (207) Ebenso, wenn von unterschiedlichen Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer die Rede ist (41) und die Folgen der protektionistischen Politik ersterer angedeutet werden (14), die ausreichende Verfügbarkeit „globaler öffentlicher Güter“ eingefordert wird (53) und indirekt eingestanden wird, dass die Machtlosigkeit der Armen oft das größte Hindernis zur Verbesserung ihrer Situation ist (65). Auch der Satz „Interkulturelles Lernen und Entwicklungspartnerschaft, d.h. gegenseitiges Geben und Nehmen, müssen an die Stelle der traditionellen Geber- und Nehmerrolle treten.“ (61) sollte in seiner Tragweite und seiner Abweichung von der schematischen Zweiteilung zwischen Entwickelten und Unterentwickelten nicht unterschätzt werden, genausowenig wie Aufforderung zur „Abkehr von paternalistischen Vorstellungen, die in den indischen Gemeinschaftsstrukturen Relikte einer längst überholten Entwicklungsstufe sahen und als einzige Entwicklungsperspektive die möglichst umfassende Integration in das herrschende Gesellschafts- und Staatsgefüge postulierten.“ (1999c: 6) Diese Diskontinuitäten sind durchaus ernst zu nehmen, sie als „Worthülsen“ oder leere Versprechungen abzutun, wäre im Widerspruch zur angewandten methodischen Vorgehensweise und ihrer theoretischen Grundlage. Sie sind eher als Anzeichen, dass die oben skizzierten neoliberalen Sichtweisen innerhalb des BMZ nicht vollständig hegemonial sind (d.h. mit konkurrierenden Perspektiven zu kämpfen haben und/oder Zugeständnisse machen müssen), und so als Ansätze möglicher Diskursverschiebungen oder Bruchstellen zu sehen.

Dennoch ist das Konzept der globalen Strukturpolitik im weit überwiegenden Teil seiner Annahmen, Aussagen und Argumentationen als typisches Beispiel bzw. als konstituierendes Element der Neuorientierung des klassischen Entwicklungsparadigmas unter den historischen

Bedingungen von neuer Weltordnung und Globalisierung zu sehen. Das klassische Entwicklungsparadigma, das u.a. von einer universellen Entwicklungsbahn menschlicher Gesellschaften, einer Zweiteilung der Welt in „entwickelte“ und „weniger entwickelte“ Länder, dem privilegierten Wissen einiger Experten über „Entwicklung“ und der Machbarkeit von „Entwicklung“ durch staatliche Eingriffe zugunsten von gesellschaftlicher Modernisierung, Wirtschaftswachstum und Technologisierung bzw. Industrialisierung ausging, geriet in den 80er Jahren in eine theoretische und praktische Krise. Als Reaktion darauf fanden einige Neuorientierungen des klassischen Paradigmas statt, die folgendermaßen skizziert werden können (siehe auch Kap. 3): Die sinkende Attraktivität und schließlich der Zusammenbruch des Ostblocks führten zur Aufgabe des „Entwicklungsversprechens“: Die angesichts der relativen Erfolglosigkeit der Entwicklungshilfe v.a. im „verlorenen Jahrzehnt“ ohnehin immer weniger glaubwürdig wirkende Verheißung, dass die Menschen in den „Entwicklungsländern“ in wenigen Jahrzehnten so leben könnten wie die US-Amerikaner, wurde als überflüssig fallen gelassen. Das Ende des kalten Krieges und der Wegfall der Systemkonkurrenz erlaubten auch eine neue Konditionalität der Entwicklungshilfe unter der Formel „good governance“. Das Scheitern universeller Entwicklungskonzepte angesichts der Heterogenität und zunehmenden Ausdifferenzierung der Dritten Welt führte zur Abkehr von den „großen Theorien“ und zur Hinwendung zu situativen Lösungen im Rahmen von Theorien mittlerer Reichweite. Die Hegemonie des Neoliberalismus bedingte den Zwang zur Marktorientierung und zur Weltmarktintegration, der für alle Entwicklungsstrategien galt (die „Konterrevolution in Entwicklungstheorie und -politik“). Die Kritik an den ökologischen Konsequenzen des westlichen Entwicklungsmodells und entsprechenden Entwicklungsmaßnahmen (die auch eine Rolle bei der Aufgabe des Entwicklungsversprechens spielte) führte zum neuen Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Die Kritik an der autoritären Komponente einer „top-down“-Entwicklung führte schließlich zum neuen Konzept der Partizipation, das die Beteiligung der Betroffenen an Entwicklungsprojekten und -maßnahmen vorsieht. Sowohl die mit dem Neoliberalismus verbundene eingeschränkte Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten, die mit der Aufwertung transnationaler Konzerne als politische Akteure einhergeht als auch die Neuorientierung im Hinblick auf die partizipative Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die politischen Entscheidungsprozesse führte zur Herausbildung des Konzepts der „global governance“. Alle diese Neuorientierungen lassen sich auch im Konzept der globalen Strukturpolitik nachweisen (zur Partizipation vgl. BMZ 2001a: XVIII, 18, 59, 63, 68, 126; 2000a: 209, 220f; zu Konditionalität und good governance bzw. guter Regierungsführung vgl. 2000a: 213; 2001a: XV, XIX, 19, 48, 63ff, 75, 78, 82, 126, 143; zu global gover-

nance im Sinne institutionalisierter bzw. zu institutionalisierender kooperativer internationaler Politikgestaltung durch Vertreter von Regierungen, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft vgl. 2001a: XIV, XVI, 34, 48, 52f, 59f, 61,66, 145).

Entscheidend ist nun, dass diese Neuorientierungen, die von den dominanten Institutionen der Produktion von Entwicklungswissen praktiziert oder übernommen wurden, teilweise in Widerspruch mit den Formationsregeln des Diskurses geraten und zu Inkohärenzen in der Ordnung des Diskurses führen (zu den Formationsregeln des Entwicklungsdiskurses vgl. Ziai 2002). Dies ist das Ergebnis einer empirischen Studie über Vorstellungen über Entwicklung in einigen entwicklungspolitischen Organisationen.<sup>6</sup> Die Hinwendung zu situativen statt universellen Lösungen ist nicht kompatibel mit der durch die Formationsregel der Begriffe vorgeschriebenen Existenz von „Entwicklung“ im Singular, die von einem allgemeinen Muster sozialen Wandels ausgeht. Das neue Konzept der Nachhaltigkeit kann die ressourcenverschwendenden, umweltzerstörenden Industrienationen auf keinen Fall mehr als universelle gesellschaftliche Zielvorstellungen bzw. einzuholende Vorbilder darstellen und gerät so in Widerspruch zu den Formationsregeln der strategischen Wahl, die das Leitbild der „Entwicklung“ untrennbar mit genau diesen Gesellschaften verbinden. Die Neuorientierung im Hinblick auf Partizipation schließlich führt – *wenn* sie konsequenterweise nicht nur die Projektimplementierung, sondern auch die Projektplanung und v.a. die dieser Planung zu Grunde liegende Problemkonstruktion miteinbezieht und auf Selbstbestimmung der Betroffenen abzielt (participatory action research) – zu einer Delegitimierung des Expertenwissens. Wenn die Menschen selber entscheiden sollen, was für sie „Entwicklung“ ist und wie sie sie erreichen, so ist dies ein fundamentaler Widerspruch v.a. zu den Formationsregeln der Äußerungsmodalitäten: Eine Äußerung im Entwicklungsdiskurs ist nur dann sinnvoll, wenn sie aus der Subjektposition eines Experten getätigt wird, der weiß, was „Entwicklung“ ist und wie man sie erreicht. Ein Widerspruch zu dieser Formationsregel konstituiert einen klaren Bruch mit dem Entwicklungsdiskurs. Sowohl eine ökologische als auch eine situativ angepasste Entwicklungspolitik ist vorstellbar, die vielleicht weniger eurozentrisch fundiert ist, aber an der autoritären Komponente des Entwicklungsdiskurses festhält und die Menschen neuen Zwängen unterwirft. Bei einer radikalen Auslegung des Begriffs der Partizipation<sup>7</sup> ist dies jedoch nicht möglich. Da normative Äußerungen über Entwicklungsziele schlicht illegitim wären, würde dies mindestens eine grundlegende Umstrukturierung des Entwicklungsdiskurses und so auch des Entwicklungsdispositivs, des Komplexes aus Diskurs, Institutionen und Machtverhältnissen auf dem Gebiet der „Entwicklung“ bedeuten.

Wie die Analyse der globalen Strukturpolitik jedoch zeigt, ist dieser Teil des Entwicklungsdiskurses nicht unbedingt auf ein kohärentes Paradigma angewiesen, um seine gesellschaftliche Funktionen zu erfüllen: die Entpolitisierung von Konflikten durch Konstruktion von Interessenidentitäten, die Legitimierung dominanter „Problemlösungsinstitutionen“ durch ihre Konstruktion als Inkarnationen des allgemeinen Interesses, die Rechtfertigung von marktorientierten Reformen unter Berufung auf privilegiertes Wissen über den Geschichtsverlauf.

## Fazit

Der im Konzept der globalen Strukturpolitik auftretende Neoliberalismus ist klar zu unterscheiden von dem Marktradikalismus der frühen neunziger Jahre, er ist ein „weicher“, der die Notwendigkeit von Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit erkannt hat, Widersprüche zwischen dem Marktprinzip und diesen Zielsetzungen jedoch systematisch durch die Konstruktion von Interessenidentitäten und Synergieeffekten aufzulösen versucht: Die Bekämpfung der Armut nützt der Wirtschaft, verhindert Kriege und Migration und sichert langfristig auch Frieden und Wohlstand im Norden, Deregulierung und Liberalisierung nützen langfristig auch den Armen, die nachhaltige Ressourcennutzung liegt im gemeinsamen weltweiten Interesse usw. Insofern kann hier von einem nachhaltigen Neoliberalismus gesprochen werden, der sowohl um seiner Zukunftsfähigkeit als auch um seiner gesellschaftlichen Akzeptanz willen den Staat zu (möglichst markt-konformen) sozialpolitischen und ökologischen Maßnahmen verpflichten will, jedoch an der universellen Gültigkeit der Imperative des Washington Consensus ebenso festhält wie an Konkurrenz und Wettbewerb als Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens.

Die Integration ursprünglich progressiver Elemente in das Konzept der globalen Strukturpolitik im Rahmen der Neuorientierung des klassischen Entwicklungsparadigmas liefert jedoch Widersprüche, diskursive Sollbruchstellen und – falls der Diskurs tatsächlich den Handlungsrahmen der politischen Akteure absteckt – Potenzial für weiter reichende Veränderungen der Entwicklungspolitik. Um hierzu beizutragen darf sich die Kritik jedoch nicht auf das Einfordern der konsequenten Umsetzung eines Konzepts beschränken, das allenfalls „Anschlussförderung an einen neoliberal geformten Globalisierungsprozess“ (Braunmühl 2000: 15) betreibt.

## 11. Die Bank, die Armen und der Markt Ideologische Mechanismen im Weltbankdiskurs

„Our dream is a world free of poverty“ – so verkündet es die hauseigene Internetseite der Weltbank. Mit großem medialen Aufwand versucht die IBRD/IDA vom Klischee der Staudamm- und Trickle-Down-Institution wegzukommen und sich als weltweit erfolgreichste Armutsbekämpferin zu profilieren. Eine nähere Betrachtung der neueren Publikationen, v.a. des Weltentwicklungsberichts mit dem Titel „Attacking Poverty“ (World Bank 2000) lässt jedoch Zweifel an einem grundlegenden Sinneswandel aufkommen.

Auch wenn das althergebrachte Paradigma nachholender Entwicklung im Diskurs der Weltbank bisweilen noch deutlich sichtbar ist, so besteht doch kein Zweifel, dass das Konzept der Weltbank längst nicht mehr auf Wachstum und Modernisierung beschränkt ist. Es finden sich zahlreiche Elemente, die einstmals auf Seiten der KritikerInnen der Weltbank geprägt wurden. So wird auf die ungleiche Machtverteilung als eine Ursache von Armut hingewiesen, die Unfähigkeit, das eigene Leben bestimmende Entscheidungen zu beeinflussen als wichtiger Aspekt der Armut erwähnt und folgerichtig das „empowerment“ der Armen gefordert. So wird die soziale Fragmentierung von Gesellschaften anhand geschlechtlicher, ethnischer oder klassenspezifischer Grenzen erkannt und kritisiert. So wird auch der Protektionismus der Industrieländer als für Armut und Elend der Entwicklungsländer mitverantwortlicher Faktor benannt. Als neue Prinzipien einer Entwicklungspolitik werden „ownership“ und „partnership“ genannt. Entwicklungsmaßnahmen sollen demnach partnerschaftlich zwischen Regierung und Geberländern sowie zwischen Regierung und Zivilgesellschaft abgesprochen werden, damit sie „Eigentum“ der Menschen in Entwicklungsländern werden. Partizipation soll gewährleisten, dass die Wünsche und Werte der Menschen sich in den entsprechenden Maßnahmen und Projekten widerspiegeln, und die Armen sollen als eigenständige Akteure in den Mittelpunkt einer sie unterstützenden Armutsbekämpfungsstrategie gestellt werden, was eine nicht unwichtige Modifikation der handelnden Subjekte der Entwicklungspolitik darstellt. Darüber hinaus verlangt die Weltbank nach weiteren Entschuldungsmaßnahmen, mehr und qualitativ besserer Entwicklungshilfe und verstärktem Umwelt- und Klimaschutz. Alles in allem scheint die Behauptung der Weltbank, ihre Forderungen würden sich mit denen der globalisierungskritischen Protestbewegung überlappen, oberflächlich gesehen nicht völlig aus der Luft gegriffen. Am Prinzip der Marktorientierung jeglicher Entwicklungsmaßnahmen wird jedoch festgehalten.

## Harmonisches Spannungsverhältnis

Die Beantwortung der nahe liegenden Frage, wie die Weltbank das Spannungsverhältnis zwischen emanzipativ- oder zumindest partizipativ-armutsorientierter und marktorientierter Entwicklung löst, liefert den Schlüssel zum Verständnis ihres Entwicklungskonzeptes: Das Verhältnis ist – diese Argumentation zieht sich wie ein roter Faden durch die Publikationen – nicht eines der Spannung, sondern der Harmonie. Das Problem der Armut wird so konzeptualisiert, dass die Armen durch schlechte Regierungsführung oder soziale, politische, oder anderweitige Ausgrenzung an einer effektiven Teilnahme an der Marktwirtschaft (und folglich auch an ihren wohlstandshebenden Wirkungen) gehindert werden, so dass marktorientierte Reformen, die ihnen diese Teilnahme ermöglichen, ihnen zugute kommen. Andererseits hat ihre Teilnahme wachstumsfördernde Wirkung, so dass Armutsbekämpfung und marktwirtschaftliche Entwicklung sich nicht nur ergänzen, sondern Synergieeffekte erzeugen: Sie üben einen sich verstärkenden positiven Einfluss aufeinander aus.

Dementsprechend betont die Armutsbekämpfungsstrategie der Bank „opportunity“ – die Schaffung von Möglichkeiten zur Teilnahme am Markt in Form von Arbeitsplätzen, Kredit, Infrastruktur, Absatzmärkten, Chancengleichheit, Abbau von Diskriminierung und Korruption usw., die den Armen zugute kommen und ihre Wirtschaftsleistung erhöht –, „empowerment“ – eine stärkere Partizipation der Armen an politischen Prozessen, was zu zugänglichen, rechenschaftspflichtigen und besser funktionierenden staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen führt und so eine Grundlage für solides Wirtschaftswachstum schafft – und „security“ – die Verringerung der Anfälligkeit gegen Risiken wie Währungskrisen, Naturkatastrophen und Bürgerkriege, die sowohl ärmeren Bevölkerungsschichten, die von solchen Krisen stets am schlimmsten betroffen sind, nützt als auch investitionsfördernde Wirkung hat. Die ökonomischen Vorteile (mehr und stabileres Wachstum, höhere Produktivität, besseres Investitionsklima) von Gleichberechtigung, Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Krisenverhinderung und einem Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit und sozialstaatlicher Absicherung werden ebenso häufig betont wie umgekehrt die positiven Wirkungen des Wirtschaftswachstums für die ärmeren und benachteiligten Bevölkerungsschichten (effektive Institutionen vorausgesetzt) und seine zentrale Rolle in der Strategie der Armutsbekämpfung.

Zusammengefasst lässt sich diese Sichtweise auf folgenden Nenner bringen: Was gut ist für die wirtschaftliche Entwicklung, ist auch gut für die soziale Entwicklung – und umgekehrt. Laut Weltbank besteht zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung „virtuous circle“,

es existieren „reinforcing effects from economic development to human development and back“ (World Bank 2000: 58). Folgerichtig wird hier auch konstatiert, dass die gesellschaftlichen Interessen von Armen und dem Rest der Gesellschaft in vielerlei Hinsicht verknüpft seien, denn „efforts to reduce poverty can promote social and economic development and thereby raise the living standards of the nonpoor“ (108). Dass sich diese Interessensharmonie auch auf Unternehmen erstreckt, wird laut Weltbankpräsident Wolfensohn erfreulicherweise in zunehmendem Maße bemerkt: „...there is a growing understanding on the part of business leadership, that it is not only morally good but good business to invest with a strong sense of social responsibility“ (Wolfensohn 1999: 27). Dementsprechend ruft die Weltbank zu einer gemeinsamen, partnerschaftlichen Anstrengung von internationaler Staatengemeinschaft, Regierungen, Privatsektor und Zivilgesellschaft auf, die Armut zu bekämpfen und die Entwicklung voranzutreiben.

## Programmatische Kontinuität

Bei aller Rhetorik, die sich um die Schlagwörter „a changing World Bank“, „our dream is a world free of poverty“, „poverty reduction strategy papers“ usw. gruppiert, bleibt festzuhalten, dass die entwicklungspolitische Strategie der Weltbank sich *im Kern* nicht sehr von jener unterscheidet, die bei ihrer Gründung 1944 in den „Articles of Agreement“ verankert wurde. Dort schon sollte durch Kapitalinvestitionen in den weniger entwickelten Ländern das Wirtschaftswachstum *und so* auch der Lebensstandard erhöht und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Letztlich begegnen wir dem Credo der bürgerlichen Entwicklungstheorie wieder, dass kapitalistische Entwicklung im Wesentlichen ein konfliktfreier Prozess ist, der allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommt. Wie schon in den siebziger Jahren sieht die Weltbank heute in der Eingliederung der marginalisierten Gruppen in den marktwirtschaftlichen Entwicklungsprozess die Lösung ihrer Probleme.

Dennoch sollten die Kontinuitäten nicht überbewertet werden. Das Entwicklungsparadigma, das die Weltbank in den Publikationen vertritt, ist klar eines der Post-Entwicklungskrisen-Ära: Das Entwicklungsversprechen wurde ersetzt durch den Zwang zur Weltmarktintegration und das Versprechen auf Armutsreduzierung; Partizipation und Zivilgesellschaft sind integrale Bestandteile des Diskurses geworden; und selbstverständlich wird „development“ in der Regel mit der Qualifizierung „sustainable“ versehen. „Global governance“ ist als Begriff kaum aufzufinden, aber die Inhalte des Konzepts (Absprachen zur globalen Strukturpolitik, korporativer Politikansatz, Abkehr von der Staatszentrierung und Integration von Privatsektor, Zivilgesellschaft und internationaler Gemein-

schaft als Akteure der Politik) sind an vielen Stellen präsent. Die früheren visionären Konzepte eines Strukturwandels der Entwicklungsländer zu Schwellen- und Industrieländern sind passé, stattdessen wird der Schwerpunkt zwar nicht explizit auf Nothilfe, aber doch auf Verringerung der extremen Armut und Krisenprävention (security) gelegt. Die Kritik an der Marktorientierung der Weltbankkonzepte (allen voran der Strukturanpassungsprogramme) und ihren negativen Folgen für den ärmeren Teil der Bevölkerung hat zur Neuformulierung der Konzepte geführt: Armutsorientierung heißt das nicht ganz neue Zauberwort. Die These, dass Armutsbekämpfung und Marktorientierung eng miteinander verknüpft sind und einander ergänzen, erlaubt hierbei die Aufrechterhaltung der Marktorientierung bei gleichzeitiger Integration der Kritik.

Auf einen leicht verkürzten Nenner gebracht lässt sich das Konzept der Weltbank als Programm zur besseren – und das heißt: markt- und menschenfreundlicheren – Welt-Marktwirtschaft beschreiben, als Entwicklung durch einen institutionell eingebetteten globalen Kapitalismus.

## Ideologische Diskursmechanismen

Auf der Grundlage einer Definition, dass diskursive Mechanismen (beispielsweise der Ausweitung oder Einengung von Sagbarkeitsfeldern), die auf der Verallgemeinerung partikularer Annahmen beruhen und die mit einem gesellschaftlichen Interesse und bestimmten gesellschaftlichen Funktionen verknüpft sind, als ideologisch bezeichnet werden können, lassen sich folgende ideologische Mechanismen im Diskurs der Weltbank identifizieren:<sup>1</sup>

1. Die oben dargelegte Verknüpfung von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung kann in mehrerer Hinsicht als Beispiel dienen. Sie kann als *Universalisierung* partikularer faktischer Vorstellungen sowie partikularer Erfahrungen gelten, die mit dem Ausschluss konkurrierender Erklärungsansätze (die z.B. Wachstumspolitik oder Klassegegensätze als Ursache von Armut in Betracht ziehen) einhergeht und bestimmte gesellschaftliche Funktionen wahrnimmt: zunächst einmal die der Handlungsorientierung ganz allgemein für die Entwicklungspolitik, aber auch die der Akzeptanzbeschaffung, Sinnstiftung und Integration für die Weltbank selbst. Wenn nämlich Wirtschaftswachstum der Armutsbekämpfung und Armutsbekämpfung dem Wirtschaftswachstum dient, wird jenen, die auf Wachstum ausgerichtete Politik im Interesse der Armen kritisieren, genauso der Wind aus den Segeln genommen, wie denen, die armutsorientierte Politik aus neoliberaler Perspektive angreifen. Die sinnstiftende Funktion wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie unsinnig die sowohl primär auf Wachstum gerichtete Maßnahmen als auch primär auf

(partizipative) Armutsbekämpfung orientierte Projekte beinhaltende Politik der Weltbank wäre, falls ein Widerspruch zwischen diesen Zielen existierte, falls also Partizipation und Empowerment der Armen möglicherweise ein das Wachstum förderndes Infrastrukturprojekt verhindern oder eine marktorientierte Politik eventuell den Einkommensschwachen schaden würde. Unter der Annahme der engen Verknüpfung sind diese Ziele nicht nur nicht widersprüchlich, sie ergänzen einander sogar. Bei gegenteiliger Annahme werden so faktische Widersprüche der Weltbankpolitik ertragbar gemacht.

2. Aus dieser engen Verknüpfung ergibt sich ein weiterer ideologischer Mechanismus: der der *Unterstellung einer Interessensidentität* zwischen Armen und Nicht-Armen, zwischen Privatsektor und Zivilgesellschaft, letzten Endes zwischen allen Akteuren im gesellschaftlichen Prozess. Diese sollen nach den Vorstellungen der Weltbank partnerschaftlich die allen zugute kommende wirtschaftliche und soziale Entwicklung vorantreiben, unberührt von Interessensdivergenzen oder Zielkonflikten. Gesellschaftliche Funktion ist die Schaffung eines stabilen und friedlichen sozialen Klimas, in dem es keine Konflikte oder Unruhen gibt. Dieses wiederum liegt in höherem Maße im Interesse jener Gruppen, die mit dem status quo aufgrund ihrer privilegierten Stellung zufrieden sind.

3. Gleichzeitig taucht ein weiterer Mechanismus auf: die *Technisierung* von gesellschaftlichen Problemen und Konflikten, die im Rahmen des Entwicklungsprozesses auftreten. Politische und ethische Fragen werden bei der Befassung mit diesen Konflikten ausgeklammert, es geht lediglich um deren rationale Lösung, die im Interesse aller ist. Eventuelle Machtverhältnisse bei der Konzeptualisierung, Darstellung und Lösung von Problemen tauchen ebensowenig auf wie die Frage, welchen Interessen die jeweilige rationale Lösung am ehesten entgegenkommt, oder die Frage nach alternativen Lösungen. Die Weltbank gibt sich Mühe, die von ihr vorgeschlagenen und zumindest höchst kontroversen Thesen (z.B. „openness to trade has unambiguously helped the Third World economy“ (World Bank 2002: 5), Privatisierung und Marktliberalisierung usw. führen zu wirtschaftlicher Entwicklung, wirtschaftliche und soziale Entwicklung verstärken sich gegenseitig) als wissenschaftlich fundiert und streng rational, unpolitisch und werturteilsfrei erscheinen zu lassen und begründet sie unter Verweis auf ihre professionelle Kompetenz, eindeutige Lehren aus der Erfahrung, oder wissenschaftliche Expertise.

4. Auch die Weltbank kommt nicht umhin zuzugeben, dass marktorientierte bzw. neoliberale Reformprozesse (Deregulierung, Privatisierung, Marktöffnung, Währungsabwertung, Subventionsstreichung) in der Realität teilweise mit verheerenden sozialen Folgen verbunden waren. Aber, so die Argumentation, das durch diese Prozesse entstandene Elend

ist nicht dem Markt anzulasten, sondern die Schuld der mangelhaften sozialen und politischen Institutionen, deren Aufgabe es gewesen wäre, eventuelles „Marktversagen“ aufzufangen bzw. abzufedern (vgl. World Bank 2000: Kap. 4, 64, 36f, 32; 2002: 19; Wolfensohn 1999: 5). Nicht die Deregulierung des Marktes hat (beispielsweise) die Arbeitslosigkeit in die Höhe getrieben, sondern der mangelhafte Umgang mit der Deregulierung seitens der Institutionen – die Argumentation ähnelt fatal der Binsenweisheit „Es gibt kein schlechtes Wetter, es gibt nur unpassende Kleidung“. Ebenso wie das Wetter erscheint der Markt als gegebene, quasi-natürliche und schicksalhafte Größe, der sich die Menschen anpassen haben, die sie aber nicht beeinflussen können. Hier liegt eine *Naturalisierung* vor, deren gesellschaftliche Funktionen der Entpolitisierung und Legitimierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung noch deutlicher werden, wenn die abstrakt-anonyme Begrifflichkeit „der Markt“ näher in Augenschein genommen wird. Im Konkreten tritt in diesen Reformprozessen „der Markt“ nämlich allzuoft in der Form finanzstarker und wettbewerbsfähiger Konzerne auf, die von diesen Prozessen profitieren und – über Entlassung von ArbeiterInnen, Verdrängung kleinerer Anbieter und ihre ganz gewöhnliche Praxis, Waren und Dienstleistungen nur den Zahlungsfähigen zur Verfügung zu stellen – das menschliche Elend als Ausführende der „ehernen Gesetze des Marktes“ erst hervorrufen. Sowohl die Praktiken der Unternehmen als auch die ihnen zugrundeliegenden Mechanismen des Kapitalismus werden durch ihre Naturalisierung einer ethischen und politischen Diskussion, ob diese Praktiken moralisch vertretbar oder gerecht sind und ob nicht andere Formen des Zusammenlebens möglich und sinnvoller wären, entzogen. Wenn die freie Marktwirtschaft eine natürliche, unveränderliche Gegebenheit darstellt, ist eine Diskussion über ihre Legitimität müßig.

Überhaupt stellen die Aktivitäten von Privatunternehmen in gewisser Weise einen ausgeprägten blinden Punkt des Weltbankdiskurses dar: In dem gut 200 Seiten starken Text über Ursachen der Armut und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung ist mit keiner Silbe erwähnt, dass die Handlungen von Konzernen in irgendeiner Weise mit der Erzeugung (oder Aufrechterhaltung) von Armut zusammenhängen könnten. Erwähnung findet lediglich, dass auch Aktivitäten von multinationalen Konzernen zum Empowerment der Armen beitragen können (unklar bleibt, wie und warum sie dies tun) (2000: 12). An anderer Stelle weist die Weltbank darauf hin, dass der Privatsektor unbedingt vor staatlichen Eingriffen zu schützen sei (2001: 5). Der Schutz vor dem Privatsektor erfährt keine Berücksichtigung: Er ist innerhalb dieses Diskurses nicht vorgesehen, weil negative Konsequenzen privatwirtschaftlicher Aktivitäten ja in der Verantwortung der mangelhaften Institutionen liegen, nicht etwa in der der Konzerne oder gar des kapitalistischen Systems.

5. Davon abgesehen, so die Argumentation der Weltbank weiter, dass die negativen sozialen Folgen der neoliberalen Reformen nicht dem Markt, sondern den mangelhaften Institutionen anzulasten sind, waren diese Reformen unvermeidlich und ihr Ausbleiben hätte noch schlimmere Folgen gehabt: „The debate about reforms is therefore not over a choice between reforms or no reforms: the absence of reforms to develop vibrant, competitive markets and create strong institutions condemns countries to continued stagnation and decline.“ (2000: 62) Hier liegt ein klassisches Beispiel einer „Nicht-Entscheidung“ (Bachrach/Baratz) vor: Die Entscheidung, ob marktorientierte Reformen stattfinden sollten, steht gar nicht zur Debatte, es geht lediglich um das *wie*. Der hier als selbstverständlich präsentierte Horizont der Handlungsalternativen verhindert, dass bestimmte Entscheidungen überhaupt erwogen werden können, indem er sie von vornherein ausschließt. Analog urteilt die Weltbank hinsichtlich solcher Austeritätsmaßnahmen wie den Struktur Anpassungsprogrammen, sie seien „inevitable and less costly than the alternative of delaying such measures, which could lead to a larger crash.“ (2000: 163) Hier wird die Begründung der *Naturalisierung* solcher marktorientierter Reformen deutlich: Sie mögen zwar schlimme Folgen haben, aber sie sind unvermeidlich und ihr Aufschieben hätte noch weitaus schlimmere Folgen. Es wird mit dem historischen Irrealis argumentiert, mit der Berufung auf privilegiertes Wissen darüber, wie die Geschichte bei Ausbleiben der neoliberalen Politik abgelaufen wäre: Irgendwann hätten die entsprechenden Reformen doch durchgeführt werden müssen – sie sind eine feste, naturhafte Größe im Entwicklungsprozess – und dann wären die Konsequenzen noch weitaus negativer. Die Möglichkeit eines Verzichts auf diese Reformen wird aus dem Diskurs ausgeschlossen, eine politische Entscheidung darüber findet nicht statt, höchstens eine Debatte über die Details – eine klassische Einengung von Sagbarkeitsfeldern. Der gesellschaftliche Effekt ist wiederum die Entpolitisierung und Legitimierung dieser Reformen.

Die Einengung des Sagbarkeitsfeldes zeigt sich besonders deutlich, wenn als einziges Mittel gegen die negativen Konsequenzen markt- und wachstumsorientierter Reformen nur *weitere* Reformen derselben Art in Frage kommen: „Global per capita output rose at an unprecedented rate, but not fast enough to prevent the number of poor people from rising.“ (2002: 3) Der Gedanke, dass die Zunahme der Armut möglicherweise mit der Fixierung der Politik auf maximales Wirtschaftswachstum zusammenhängen könnte, wird *systematisch* aus dem Diskurs verbannt. Die einzige Lösung lautet: noch mehr Wachstum. Ebenso wird das Ziel einer marktfreundlichen Reform, ein dynamischer privater Sektor, als eins der effektivsten Gegenmittel gegen die sozialen Kosten dieser Reform angepriesen, mit anderen Worten: Wenn die Medizin

krankmacht, verschreibt man schlicht noch mehr von derselben Medizin. Die kurzfristigen Härten müssen in Kauf genommen werden, da sie a) unvermeidlich sind und b) zu einem langfristigen Nutzen in Form einer florierenden Wirtschaft führen: Auch wenn ArbeiterInnenlöhne infolge von Liberalisierungen kurzfristig sinken sollten, so werden sie doch auf lange Sicht steigen, behauptet die Weltbank (2002: 13f). Erneut dient das privilegierte (und unüberprüfbare) Wissen über den zukünftigen Lauf der Geschichte als unwiderlegbare Legitimation und Sinnstiftung für die von ihr propagierte Reformpolitik.

6. Nicht nur die Strategien der Wahrheitsproduktion, sondern auch ein weiterer ideologischer Mechanismus wird im folgenden Zitat deutlich: „Well-functioning markets are important in generating growth and expanding opportunities for poor people. That is why market-friendly reforms have been promoted by international donors and by developing country governments, especially those democratically elected.“ (2000: 61) Es wird ein Zusammenhang hergestellt zwischen marktfreundlichen Reformen, Chancen der Armen, der internationalen Gebergemeinschaft und demokratisch gewählten Regierungen: *Weil* diese Reformen gut für die Armen sind, sind letztere Akteure ihre Anhänger. (*Dass* sie den Armen nützen, wird bereits vorausgesetzt.) Zunächst ist hier eine *Gemeinwohlunterstellung* zu konstatieren: Die Geber verfolgen das Interesse der Armen und propagieren deshalb marktfreundliche Reformen – mögliche andere Motive werden aus dem Diskurs ausgeschlossen. Des Weiteren verfolgen auch die Regierungen der Drittweltstaaten das Interesse der Armen (sie sind also kein Terrain vielfältiger Einflüsse und wenig altruistischer Interessen) und führen diese Reformen aus diesem Grund durch – und nicht etwa weil diese eine Auflage der Kreditgeber darstellen. Darüber hinaus wird mit der assoziativen Verknüpfung von Marktorientierung und Demokratie beiläufig der Kalte-Kriegs-Topos aufgegriffen, dass Kapitalismus und Demokratie einerseits und Sozialismus und Diktatur andererseits untrennbar verbunden sind, oder etwas vorsichtiger formuliert, dass Eingriffe in den Markt eher ein Kennzeichen undemokratischer Regime sind.

Die gesellschaftliche Funktion liegt auf der Hand: die Legitimierung der reformfreundlichen Geber und ihrer Handlungen nach außen sowie identitäre Sinnstiftung nach innen. Diese Funktionen werden auch in den Sätzen deutlich, mit denen der Weltbankpräsident das Vorwort zum Weltentwicklungsbericht 2000 beginnt: „We at the Bank have made it our mission to fight poverty with passion and professionalism, putting it at the center of all the work we do. And we have recognized that successful development requires a comprehensive, multifaceted, and properly integrated mandate.“ (2000: v) Entgegen anderslautenden Vermutungen ist die Weltbank demnach keine Kreditinstitution, die Darlehen vergibt,

marktübliche Zinsen nimmt, Gewinne einstreicht und dabei noch beträchtlichen politischen Einfluss ausübt, sondern eine Art Heilsarmee im Kampf gegen die Armut. Ihre moralische Mission und professionelle Kompetenz vermitteln eine unangreifbare Legitimation einerseits und eine identitäre Sinnstiftung für ihre Handlungen andererseits. Um ihre religiös anmutende Mission erfolgreich zu bewältigen, bedarf diese Institution jedoch eines „umfangreichen Mandats“, d.h. der Lizenz zu weitreichenden gesellschaftlichen und politischen Eingriffen, die wiederum mit dem hehren Ziel der Handlungen (Entwicklung und Armutsbekämpfung) und den bisherigen Erfolgen legitimiert werden. Noch einmal der Weltbankpräsident: „I believe that we ... have contributed significantly to the betterment of mankind and to the improvement of the lives of many in poverty.“ (Wolfensohn 1999: 1) Wer würde es wagen, eine solche Institution zu kritisieren und ihr jene Lizenz mit dem Hinweis auf unzureichende demokratische Legitimation zu verweigern?

Derselbe Mechanismus findet sich noch häufiger: Auch der internationalen Staatengemeinschaft wird stillschweigend unterstellt, sie orientiere sich am Gemeinwohl und am Ziel einer gerechteren Welt. Dies geschieht durch die verbreitete Praxis, Reformvorschläge zur Verbesserung der Welt zu formulieren, die von jenen Akteuren durchgesetzt werden könnten. Die banale Einsicht, dass Politik nicht die einträchtige Verfolgung des Allgemeinwohls, sondern ein Prozess ist, in dem vielfältige Interessen kollidieren und sich die stärkeren durchsetzen, wird hierbei ausgeblendet. Solche Reformvorschläge existieren zuhauf, und wenn nicht die Gründe ihrer Nichtverwirklichung in der Vergangenheit und die Möglichkeiten ihrer potentiellen Verwirklichung in der Zukunft samt den dazugehörigen Akteuren, Machtfragen, Interessenskoalitionen und politischen Prozessen thematisiert werden, verbleiben sie bei der naiven Annahme, man müsse den mächtigen Akteuren nur vernünftige Vorschläge unterbreiten, die diese dann in die Tat umsetzen.

Ein Beispiel liefert Weltbankpräsident Wolfensohn mit seiner Aussage über Bevölkerungswachstum: „Unless population growth is brought under control, the less developed countries face a losing battle, with most of the scarce savings simply being used to forestall a decline in standards of living.“ (Wolfensohn 1999: 14) Auch wenn er gar nicht im Satz auftaucht, wird hier von einem mächtigen, allgemeinwohlorientierten Akteur (vermutlich in Form des Nationalstaats) ausgegangen, der Finanzen und Nahrungsmittel des Landes verwaltet und verteilt und so den Lebensstandard reguliert. Ein ungebremstes Bevölkerungswachstum wird nun zu einer allgemeinen Knappheit und einem Absinken des Lebensstandards aller führen, wenn nicht der besagte Akteur das Bevölkerungswachstum, und das heißt konkret: die Reproduktionsprozesse der Menschen und die Geburtenhäufigkeit der Frauen, von oben kontrolliert.

Dass z.B. auf dem Gebiet der Nahrungsmittel Knappheit der Güter und Mangel keinesfalls direkt korrelieren, weil es eben keine gerechte Verteilung dieser Güter gibt und die Armut und Machtlosigkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen, und eben nicht das Vorhandensein von Nahrungsmitteln, die entscheidenden Faktoren in Bezug auf Hungersnöte und Unterernährung sind, sollte eigentlich als bekannt gelten. Die hier konzipierte Problemkonstruktion blendet Herrschaftsverhältnisse völlig aus, unterstellt dem Nationalstaat eine Allgemeinwohlorientierung, verschiebt die Verantwortung für Knappheiten von der ungleichen Verteilung hin zu der Bevölkerung selbst und dient dabei noch als Legitimation für eine stärkere Kontrolle der Menschen (besonders der Frauen) und ihrer Reproduktion.

7. Mechanismen der inhaltlichen und sprachlichen Verzerrung sind zahlreich. Sie seien hier nur mit wenigen Beispielen am Rande erwähnt. Die propagierten neoliberalen oder neoklassischen Reformen werden durchweg als „marktorientiert“ bezeichnet. Die mit Kritik überhäuftten Begriffe „Neoliberalismus“ oder „Kapitalismus“ tauchen nicht auf. Der Begriff des „empowerment“, der ursprünglich von progressiver Seite geprägt wurde, um Prozesse der kollektiven Selbstermächtigung im Kampf gegen Herrschaftsverhältnisse zu bezeichnen, wird hingegen sehr häufig verwendet – allerdings mit einer gewissen Verschiebung der Bedeutung: empowerment wird bei der Weltbank oftmals als Ermächtigung zum Wettbewerb, als staatliche Hilfestellung zur effektiveren Teilnahme an der Marktwirtschaft interpretiert (vgl. World Bank 2000: 9, 39; 2002: 20). Erwähnt sei auch noch die sprachliche Wirkung der Begrifflichkeiten „Liberalisierung“ und „freie Marktwirtschaft“, die einen unkontrollierten Kapitalverkehr mit Freiheit und politischem Liberalismus in Verbindung bringen, deren Gegner jedoch mit der Beschneidung von Freiheit assoziieren. Selbst eine (keinesfalls kapitalismusfeindliche) Politik des Schutzes der inländischen Industrie wird als „beggar-thy-neighbor-protectionism“ (2002: 4) diffamiert.

## Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Entwicklungsdiskurs der Weltbank die neoliberale Globalisierung der Ökonomie als sowohl alternativlos als auch (bei entsprechendem institutionellen Rahmen) als zum Nutzen aller charakterisiert und auf diese Weise eine weltmarkt-orientierte kapitalistische Ordnung, in der Eigentumsrechte und der Ressourcenzugang in den ehemaligen Kolonien gewährleistet sind, zu festigen sucht. Strukturelle Änderungen dieser Ordnung sind im Diskurs nicht mehr vorgesehen. Der Tenor ist, dass zwar negative soziale Konsequenzen des globalen Kapitalismus als Problem erkannt werden,

die Lösung dieses Problems jedoch nur *im* Kapitalismus durch das professionelle Problemmanagement der Weltbank, die freien Kräfte des Marktes und eine Zusammenarbeit aller gesellschaftlich-politischen Akteure bei deren institutioneller Einbettung erreicht werden kann („The problems must be addressed, but they are manageable“ - 2002: 22). In diesem Fall verspricht die Weltbank den Entwicklungsländern bei konsequenter und unerschrockener Anwendung der neoliberalen Rezeptur Wirtschaftswachstum und Entwicklung im Sinne einer Verringerung der Armut.

# Anmerkungen

## 1. Foucault in der Entwicklungstheorie

- 1 Natürlich wird auch im Post-Development wahrgenommen, dass der Begriff der Entwicklung eine weit längere Geschichte hat. Seine spezifische Prägung erfahre der Entwicklungsdiskurs jedoch erst durch die „Erfindung der Unterentwicklung“ in der Nachkriegszeit (vgl. Esteva 1992: 8ff).
- 2 Ferguson verwendet hier den Terminus *governmentality* anscheinend in einer eigenen Bedeutung, wahrscheinlich in Unkenntnis von Foucaults Begriffsdefinition.
- 3 Zwar hat Ferguson diese Transformationen in seinem Konzept des „wissenschaftlichen Kapitalismus“ zu erfassen versucht (Ferguson 1995), allerdings kann hier kaum von einer Foucault'schen Diskurs- und Machtanalytik die Rede sein.
- 4 „Die Regeln der Konstituierung des Gegenstandes lassen sich als Zusammendenken des einst Unvereinbaren (Umwelt und Entwicklung) und als zeitliche Ausrichtung (Zukunft) erfassen. Für die Äußerungsmodalitäten kann festgehalten werden, daß ein obligatorischer Bezug zur ethischen Basisaussage mit Variationen der Problematisierung von Natur und/oder Gesellschaft verknüpft wird. ... Insbesondere der *Naturbegriff* ist in seiner Bedeutung umkämpft, während die Organisationsformen von Gesellschaft kaum umstritten sind. ... Die theoretische Wahl ist ablesbar am reduzierten Gattungsbegriff (zukunftsfixiert), an der ethischen Entscheidung (Rawls Gerechtigkeitstheorie) und an der modifizierten Grenzhypothese (von den Grenzen des Wachstums zur Selbstbegrenzung).“ (Timpf 2001: 161f, Herv.i.O.)
- 5 An dieser Stelle muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Informationspolitik der Weltbank sich in den letzten Jahren im positiven Sinne verändert hat.
- 6 Eine solche Vorgehensweise kann den neo-populistischen Post-Development-Ansätzen durchaus vorgeworfen werden, den skeptischen jedoch nicht (siehe Kap. 9).

## 2. Imperiale Repräsentationen

- 1 Natürlich hatte die Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Menschenrechten auch bestimmte Grenzen, aber z.B. die „Counter-Insurgency“-Politik der USA in Lateinamerika und Asien zeichnet sich gerade durch den Rückgriff auf diskursive Strategien der kolonialen Ära aus, v.a. hinsichtlich der Unfähigkeit der Filipinos, Vietnamesen, Chilenen usw., sich selbst verantwortungsvoll zu regieren, so dass in ihrem eigenen Interesse (militär-)politische Interventionen notwendig seien. Hier, wie auch in den neueren „Menschenrechts-Kriegen“, wird die Entscheidung über die Notwendigkeit entsprechender Interventio-

- nen natürlich hauptsächlich im Kreise der „entwickelten“ Industrienationen diskutiert.
- 2 Auch wenn der Nodalpunkt des Entwicklungsdiskurses geschlechtsneutral scheint, so sind die mit ihm assoziierten Werte (Technologisierung, Modernität, Rationalität, Produktivität) doch unverkennbar maskulin konnotiert.
  - 3 „The ‘white man’s burden’ of the colonial period shifted from civilizing the uncivilized to global governance, the production of a world in which the US way of life could flourish.“ (Doty 1996: 83)
  - 4 In anderen Diskursen haben sich solche „Problemlösungen“ hingegen etabliert: Man denke an Yoga, Buddhismus, Akupunktur, Ayurveda oder auch Hare Krishna.
  - 5 Das heißt nicht, dass eine solche nicht vorgekommen wäre. Allerdings wurde sie mit diskursiven Strategien der Vorgänger- (Kolonialismus) oder Nachfolgeära (internationale Staatengemeinschaft) legitimiert.

### *3. Zur Ordnung und Transformation ...*

- 1 Technologie, Modernität und Rationalität sind in aller Regel mit Maskulinität; Handarbeit, Traditionalität und emotionale Irrationalität untrennbar mit Feminität assoziativ verbunden (vgl. z.B. Scott 1995: 129; siehe auch Kabeer 1994).
- 2 „Man wird also sagen können, daß eine diskursive Formation sich abzeichnet (wenigstens hinsichtlich ihrer Gegenstände), ... wenn man zeigen kann, wie irgendein Gegenstand des in Frage stehenden Diskurses darin seinen Platz und das Gesetz seines Erscheinens findet; ... daß er gleichzeitig und nacheinander sich einander ausschließende Gegenstände hervorbringen kann, ohne daß er sich selbst verändern müßte.“ (Foucault 1981: 69).
- 3 Diese Organisationen waren: IBRD (Weltbank), BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), Misereor, Medico International (vgl. Ziai 2004).

### *4. Begegnung im Entwicklungsprojekt*

- 1 Institutionen werden hier dem soziologischen Wortsinn nach als Resultate sozialer Praktiken angesehen. Streng genommen können aus einer poststrukturalistischen Perspektive nicht nur Institutionen, sondern auch Identitäten und Wirklichkeitskonstruktionen als Resultate sozialer Praktiken angesehen werden. Eine analytische Trennung wird hier dennoch für sinnvoll erachtet.
- 2 Der Anthropologe James Ferguson vertritt diese These v.a. hinsichtlich der Identität von Entwicklungsorganisationen: „An academic analysis is of no use to a ‘development’ agency unless it provides a place for the

agency to plug itself in, unless it provides a charter for the sort of intervention that the agency is set up to do. An analysis which suggests that the causes of poverty in Lesotho are political and structural (not technical and geographical), that the national government is part of the problem (not a neutral instrument for its solution), and that meaningful change can only come through revolutionary social transformation in South Africa has no place in 'development' discourse simply because 'development' agencies are not in the business of promoting political realignments or supporting revolutionary struggles. ... For an analysis to meet the needs of 'development' institutions, it must do what academic discourse inevitably fails to do; it must make Lesotho out to be an enormously promising candidate for the only sort of intervention a 'development' agency is capable of launching: the apolitical, technical 'development' intervention." (Ferguson 1994: 68f)

- 3 Im Hinblick auf die begriffliche Formation des Entwicklungsdiskurses ist festzustellen, dass gerade die Vagheit des Signifikanten „Entwicklung“ eine Fortsetzung der Entwicklungspolitik und -hilfe auch nach zahlreichen Fehlschlägen erlaubt. Die Entwicklungsinstitutionen erklären, aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben, und definieren das Konzept neu: als grundbedürfnisorientierte, partizipative oder nachhaltige Entwicklung. Der Anspruch der universellen Problemlösung und damit verbunden die Legitimation für gesellschaftliche Interventionen bleibt dabei unverändert. Die Unbestimmtheit des Konzepts ist es auch, welche das Bekenntnis zur Zielvorstellung „Entwicklung“ vereinbar mit den unterschiedlichsten Tätigkeiten macht: der Bürokrat im IWF, die Sozialarbeiterin im Slum von Sao Paulo, Bono und der Papst: Sie alle wollen „Entwicklung“, auch wenn sie darunter unterschiedliche Sachen verstehen. Diese Diagnose scheint in einem gewissen Spannungsverhältnis zur vorhergehenden Analyse zu stehen, die ja von der Wirkungsmacht einer bestimmten Vorstellung nachholender Entwicklung ausging. Tatsächlich wäre es falsch, darauf zu beharren, dass Entwicklung nichts weiter als ein eurozentrisches Projekt des Westens sei, oder generell die vielschichtige soziale Realität auf eine klare Definition von „Entwicklung“ zu reduzieren. Allerdings ist kein Akteur dazu in der Lage, sich aus einem herrschenden Diskurs auszuklinken, und die vielfältigen Konnotationen des Entwicklungsbegriffs können nicht ohne weiteres durch eine beliebige weitere Neudefinition überwunden werden.
- 4 Es soll hier keine Verharmlosung rassistischer Diskriminierung betrieben, sondern lediglich auf den fundamentalen Wandel der Wahrnehmung der „Anderen“ hingewiesen werden.
- 5 Ansatzpunkte einer solchen Forschung finden sich zum einen in einigen an Foucault orientierten entwicklungstheoretischen Ansätzen, z.T. auch unter den „Post-Development“-Ansätzen (siehe Kap. 1, 9), zum anderen in der akteursorientierten Entwicklungssoziologie (vgl. Long/Long 1992; Arce/Long 2000).

## 6. *Global Governance, Good Governance ...*

- 1 Etwas problematisch ist der fragmentarische und uneindeutige Charakter des Konzeptes, der sich bereits daran zeigt, dass Foucault mit dem Begriff nicht nur eine Form der Machtausübung kennzeichnete, sondern auch die Gesamtheit der Verfahren, die diese Machtausübung ermöglichen, die dieser Machtausübung zugrunde liegende Rationalität, sowie den Prozess der historischen Durchsetzung dieser Form der Machtausübung (vgl. Foucault 1978a: 64f.; Lemke 1997: 158). Eine weitere Schwäche des Konzeptes ist die tendenzielle Identifizierung der liberalen Gouvernamentalität mit der Gouvernamentalität schlechthin.
- 2 „... die Sklaverei ist kein Machtverhältnis, wenn der Mensch in Eisen gekettet ist (da handelt es sich um ein physisches Zwangsverhältnis), sondern nur dann, wenn er sich bewegen und im Grenzfall entweichen kann. Macht und Freiheit stehen sich also nicht in einem Ausschlussverhältnis gegenüber (wo immer Macht ausgeübt wird, verschwindet die Freiheit), sondern innerhalb eines sehr viel komplexeren Spiels“ (Foucault 1982: 255f.).
- 3 Der Übergang in der politischen Rhetorik vom Schlagwort der „Deutschland-AG“ zu dem der „Ich-AG“ deutet darauf hin, dass die von Foucault und anderen diagnostizierte „Ökonomisierung des Sozialen“ sich mittlerweile nicht nur auf die unternehmensförmige Führung der Gesellschaft erstreckt, sondern zumindest programmatisch auch auf die unternehmensförmige Führung der eigenen Existenz abzielt – auch wenn sich hinter dem Schlagwort nichts anderes verbirgt als das keineswegs neue „Eine-Person-Unternehmen“.
- 4 „Das charakteristische Merkmal von Regierung besteht darin, dass sie eine Form der Macht etabliert, die Individuen nicht direkt unterwirft oder beherrscht, sondern sie durch die Produktion von ‘Wahrheit’ anleitet und führt. Ihr Zwang ist umso subtiler, je mehr er hinter der Gesetzmäßigkeit dieser Wahrheiten und der Notwendigkeit ihrer Imperative zurücktreten kann, ihre Willkür umso unsichtbarer, je mehr sie lediglich jene Verhaltensformen oder Handlungsziele einfordert, die mit diesen Wahrheiten übereinstimmen.“ (Lemke 1997: 327f., vgl. Foucault 1992: 15)
- 5 Zwar befasst sich die politikwissenschaftliche Policy- und Implementationsforschung auch mit dieser Frage, jedoch aus einer gänzlich anderen Perspektive.
- 6 In diesem Zitat scheint Foucault Herrschaft als institutionalisierte, asymmetrische und ungewollte Machtbeziehung zu charakterisieren.
- 7 An dieser Stelle ist die unklare Begriffsverwendung Foucaults zu kritisieren. Tatsächlich meint er hier mit Unterdrückung bereits eine Art der Machtausübung, die (auch) produktiv und subjektkonstituierend wirkt.
- 8 Auch wenn hier in der Aufgabe von Theorie eine deutliche Parallele zu Horkheimers Vorstellungen von kritischer Theorie (1937) sichtbar wird, so ist in der Trennung der kritischen Haltung von einer sie begründenden

Theorie (der „einzig richtigen“) eine ebenso deutliche Differenz zu den Vorstellungen der kritische Theorie zu konstatieren. „Eine ‘logische’ Bindung zwischen Theorie und Politik in Frage gestellt zu haben, um eine Form der Kritik zu skizzieren, die weniger dem Zwang einer theoretischen Notwendigkeit folgt als der Freiheit einer praktischen Haltung, ist – scheinbar paradox – eine der wichtigsten *theoretischen* Leistungen Foucaults.“ (Lemke 1997: 37, Herv.i.O.)

- 9 Seine zentrale These dabei lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: „Der moderne (westliche) Staat ist das Ergebnis einer komplexen Verbindung von ‘politischer’ und ‘pastoraler’ Macht. Während Erstere sich von der antiken Polis herleitet und um Recht, Universalität, Öffentlichkeit etc. organisiert ist, ist Letztere eine christlich-religiöse Konzeption, in deren Mittelpunkt die umfassende Führung von Einzelexistenzen steht. Wenn diese Annahme richtig ist, dann setzt jede Analyse des modernen Staates voraus, über ‘politische’ Praktiken und Institutionalisierungsformen hinaus auch jene scheinbar ‘privaten’ Techniken einzubeziehen, die im Rahmen pastoraler Führungsmethoden ausgearbeitet worden sind.“ (Lemke 1997: 152)
- 10 „Die liberale Regierungstechnologie zielt nicht darauf, die Subjekte unmittelbar zu beherrschen oder sie zu unterwerfen, da es die Aktivität und Freiheit der Subjekte ist, die die unabdingbare Voraussetzung für die liberale Form der Regierung bildet und die konkreten Formen ihrer Machtausübung strukturiert. Anders als die vorangegangenen Regierungstechniken rekurriert sie daher weniger auf Zwang und Gewalt, sondern setzt im Gegenteil die Freiheit der Individuen voraus, d.h. die Freiheit der Individuen steht einer liberalen Regierung nicht entgegen, sondern ist ihre unverzichtbare Bedingung und das zentrale Element einer ökonomischen Regierung. Der liberalen Freiheit der Subjekte korrespondiert jedoch nicht die Abwesenheit eines Koordinations- und Regulationsinteresses. Im Gegenteil verschärft das Element der Freiheit die Notwendigkeit ihrer Abstimmung und Steuerung. Damit das Handeln der Individuen für die Zwecke der liberalen Regierung eingesetzt werden kann, ist es notwendig, der Freiheit der Subjekte eine bestimmte Form zu geben. Der Liberalismus kann Freiheit nur in dem Maße operationalisieren, wie er zugleich sicherstellt, dass ein klar abgegrenzter Gebrauch von der Freiheit gemacht wird. ... Die Installierung der liberalen Freiheiten ist nicht zu trennen von der Etablierung von *Dispositiven der Sicherheit*, die einen bestimmten Gebrauch der Freiheit gewährleisten sollen.“ (Lemke 1997: 184f., Herv.i.O.)
- 11 „Mit der Abschaffung der ständisch-feudalen Schranken, der Institutionalisierung der (Markt-)Freiheit und dem Postulat der Rechtsgleichheit kann der Armut nicht mehr mit den traditionellen Praktiken einer patriarchalen Bevormundung und/oder einer repressiven Ausschließung begegnet werden. Im Gegenteil: Die/der Arme wird prinzipiell Gleiche/r unter Gleichen. Nur innerhalb einer Regierungspraxis, die die Zwänge des Marktes

- mit dem Statut allgemeiner Rechtsgleichheit koppelt und ein Spannungsverhältnis zwischen ökonomischer Freiheit und politischer Souveränität inszeniert, wird Armut zu einem Problem.“ (Lemke 1997: 198)
- 12 „Diese Konzeption der bürgerlichen Gesellschaft als der Summe der individuellen Interaktionen ermöglichte es der liberalen Rationalität, jeder Vorstellung einer die Einzelwillen transzendierenden sozialen Systematik eine Absage zu erteilen. Die politische ‘Leistung’ des Liberalismus besteht darin, jeden Gedanken an eine soziale Kausalität zurückzuweisen: Zwischen dem Reichtum der einen und der Armut der anderen existiert kein soziales Band, das ihre Beziehungen nach dem Prinzip der Notwendigkeit organisiert. Der Grund und die Ursache der Ungleichheit liegt nicht in einer generativen Systematik, sondern allein in einem individuell anderen Gebrauch der Freiheit.“ (Lemke 1997: 199f.)
  - 13 Natürlich ist die liberale Armutsbekämpfung in einem Paradox befangen: „Der Liberalismus muss die Armut ebenso voraussetzen wie er proklamiert, sie abschaffen zu wollen.“ (Lemke 1997: 203) Zum einen ist die Armut ökonomisch notwendig (sie sorgt für das Vorhandensein billiger Arbeitskraft und „bezeichnet den Raum ungestillter oder gar unbekannter Bedürfnisse und ist das Symbol eines Marktes ohne Grenzen“, 204), zum anderen ist sie moralisch unverzichtbar („Die Armut ist das Stigma der moralischen Verfehlung, und ihre bedrohliche Anwesenheit ist unentbehrlich, um die besseren Energien der Individuen zu mobilisieren“, ebd.).
  - 14 „Im Frühliberalismus ist das Prinzip der Rationalität des Regierungshandelns an die Rationalität der regierten Individuen gekoppelt. ... Zwar bindet auch der Neoliberalismus die Rationalität der Regierung an das rationale Handeln der Individuen; sein Bezugspunkt ist jedoch nicht mehr eine gegebene menschliche Natur, sondern ein künstlich hergestellter Verhaltensstil.“ (Lemke 1997: 241)
  - 15 „Die ‘persönliche Dimension’ ist nicht mehr ein Hemmschuh für die Erhöhung der Produktivität, sondern ihr Vehikel. Die ‘autonome’ Subjektivität der produzierenden Individuen bildet kein Hindernis mehr für den ökonomischen Erfolg, sondern ist dessen Grundlage. ‘Selbstbestimmung’ ist eine zentrale ökonomische Ressource und ein Produktionsfaktor. Dies bedeutet, dass es aus Unternehmensperspektive immer weniger nötig ist, eine Einschränkung der individuellen Freiheit vorzunehmen“ (Lemke 1997: 256)
  - 16 Die (eher symbolische) Schuldenerlassinitiative des Kölner G8-Gipfels 1999 und die Schuldenerlasse 2005 können möglicherweise als Vorboten eines solchen sozialen Ausgleichs im Rahmen der liberalen Gouvernamentalität gedeutet werden.
  - 17 Um Missverständnisse zu vermeiden: Kritik ist in dieser Sichtweise kein Selbstzweck, sondern ermöglicht durch die Kritik an bestehenden Formen und Mechanismen der Wissensproduktion die Entstehung alternativer Wissensformen, Subjektivierungen und sozialer Praktiken. Diese

präskriptiv zu formulieren ist jedoch aus dieser Perspektive nicht Sache des Theoretikers bzw. der Theoretikerin.

## 7. *Global Governance aus postkolonialer Perspektive*

- 1 Zur Erläuterung: im Anschluss an Saussures Postulat der „Arbitrarität des Zeichens“ wird eine inhärente oder natürliche Beziehung zwischen Signifikant (das Bezeichnende, z.B. das Wort „Brot“) und Signifikat (das Bezeichnete, z.B. die mit diesem Wort in unserer Sprache bezeichnete Vorstellung eines Brotes) negiert und Sprache als System von Beziehungen zwischen Worten und Vorstellungen gedacht. Die Sinnstiftung beruht dabei auf der Differenz zwischen den Signifikanten untereinander (den Wörtern „Brot“ und „Boot“ und „Schrot“ sowie „Kuchen“ und „Brötchen“): Nur weil sie sich unterscheiden, sind sie in der Lage, Kommunikation zu ermöglichen. Sinnstiftung und Realitätskonstruktion findet demnach auf der Ebene der Signifikanten statt, es existiert keine Verbindung zwischen dieser Ebene und der der Signifikate und so auch kein außerdiskursiver Zugang zur Realität. Im Anschluss an die poststrukturalistische Weiterführung wird das sprachliche System als unabgeschlossen und veränderlich und die Beziehungen zwischen Signifikant und Signifikat als kontingent charakterisiert (wie z.B. die Verschiebungen zwischen den Signifikanten „Neger“ und „Schwarzer“ in der deutschen Sprache zwischen Mitte und Ende des 20. Jahrhunderts bei annähernd gleichbleibendem entsprechendem Signifikat, aber auch die diametral entgegengesetzte kontextuelle Konnotation des Signifikanten „Nigger“ in Texten schwarzer „Gangster-Rapper“ und in Pamphleten des Ku-Klux-Klans verdeutlicht). Vgl. auch Ziai 2005.
- 2 Auch wenn der Nodalpunkt des Entwicklungsdiskurses geschlechtsneutral scheint, so sind die mit ihm assoziierten Werte (Technologisierung, Modernität, Rationalität, Produktivität) doch unverkennbar maskulin konnotiert.
- 3 In den Kapiteln 2 und 3 wird ausführlicher auf die Ordnung des Entwicklungsdiskurses eingegangen.
- 4 Ein solches Vorgehen müsste die vielfältigen sich aus der Position im gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht ergebenden Interessen (als Frau, als Weiße, als Bewohnerin der BRD, als Nicht-Deutsche, als Mutter, als Heterosexuelle, als Lohnarbeiterin, als Arbeitgeberin einer Putzfrau, als Angestellte in der Textil-Branche, als Autofahrerin, etc.) nicht nur in ihrer Heterogenität anerkennen, sondern auch mit der subjektiven Prioritätensetzung (die von Werturteilen geleitet ist) vermitteln. Das Versäumnis, den zweiten Punkt zu erfassen, führt zu der erwähnten kognitiven Entmündigung.
- 5 „The ‘white man’s burden’ of the colonial period shifted from civilizing the uncivilized to global governance, the production of a world in which the US way of life could flourish.“ (Doty 1996: 83)

## 8. Post-Development

- 1 Nustad verteidigt zwar die Post-Development-Ansätze dahingehend mit dem Verweis, dass „fehlende Praktikabilität kein gewichtiges Argument gegen eine Analyse sein könne“ (2001: 479), teilt jedoch die Ansicht, dass sie keine Alternativen bieten.
- 2 Für eine ausführlichere Diskussion der Post-Development-Ansätze und der Kritik an ihnen siehe Ziai 2004.
- 3 Ein weiterer Punkt ist, dass Escobar hier dieselben Indikatoren für Entwicklung und Unterentwicklung verwendet, die er später auf überzeugende Weise mit eurozentrischen und technokratischen Entwicklungsdiskursen in Verbindung bringt: „Development proceeded by creating ‘abnormalities’ (the ‘illiterate’, ‘underdeveloped’, ‘malnourished’) which it would later treat and reform.“ (Escobar 1995: 41)
- 4 In Anbetracht der Tatsache, dass ein Standardargument der Post-Development-Kritik ist, das Entwicklungskonzept sei ein kulturspezifisches westliches Konstrukt (z.B. Rist 1991: 11), wäre alles Andere auch eine ernstliche methodologische Inkonsistenz.
- 5 Selbstverständlich beinhaltet das Konzept des Kulturrelativismus immer noch, dass in anderen Kulturen gängige Praktiken, die tatsächlich auf einem Konsens der Betroffenen beruhen, akzeptiert werden müssen. Genauer: Sie können zwar noch kritisiert werden, jedoch nicht mehr aus einer universalistischen („Diese Praktiken sind falsch“), sondern allenfalls aus einer partikularistischen Position („Wir hier halten diese Praktiken für falsch“).
- 6 Gleichermaßen unangemessen ist Schuurmans Bemerkung, dass „Hunger and high morbidity and mortality rates do not disappear merely by changing the perspective of the people involved“ (2000: 15). Keine der Post-Development-AutorInnen haben dem Diskurs magische Kräfte angedichtet, ebensowenig wie sie Existenz von Elend in der Welt gelehnet haben (vgl. z.B. Escobar 1985: 389; 1995: 52). Was sie jedoch betonen, ist die Notwendigkeit einer weniger eurozentrischen, technokratischen und entpolitizierenden Konzeption von Elend. In diesem Sinne ist „changing the order of the discourse ... a political question“ (Escobar 1995: 216), es ist ein Teil der Kämpfe sozialer Bewegungen in der Dritten Welt gegen eine Politik und ein Weltbild, das sie als kulturell unterlegen definiert.
- 7 Obwohl zum Beispiel der skeptische Diskurs in den Arbeiten von Nandy und Marglin vorherrschend, noch ausgeprägt in denen von Escobar, vergleichsweise schwach in denen von Rahnama und kaum auffindbar in denen von Alvares ist.
- 8 In ähnlicher Weise differenziert Rist zwischen Post-Development und Anti-Development (vgl. 1997: 248).
- 9 „Postmodernism challenges global, all-encompassing world-views, be they political, religious, or social. ... [It] dismisses them all as logocentric, transcendental totalizing meta-narratives that anticipate all questions and provide predetermined answers. The postmodernist goal is not to formu-

late an alternative set of assumptions but to register the impossibility of establishing any such underpinning for knowledge. ... In the fields of administration and public planning, suspicion of rational organization encourages a retreat from central planning, a withdrawal of confidence from specialists and experts. In political science it questions the authority of hierarchical, bureaucratic decision-making structures that function in carefully defined, non-overlapping fields. In anthropology it inspires the protection of local, primitive cultures and opposition to 'well-intentioned' First World planned intervention that seeks to modify (reorganize) these cultures. In philosophy this translates into a renewed respect for the subjective and increased suspicion of reason and objectivity. Post-modernists in all disciplines reject conventional, academic styles of discourse; they prefer audacious and provocative styles of delivery ... (Rosenau 1992: 6f).

- 10 Post-Development beruht offensichtlich auf einer Ungläubigkeit gegenüber der modernen „großen Erzählung“ der Entwicklung.
- 11 Es bedarf der Erwähnung, dass die in diesem Aufsatz als „skeptisch“ bezeichneten Ansätze in der Terminologie von Rosenau (1992: 14ff) nicht als „skeptische“, sondern als „affirmative“ postmoderne Texte eingeordnet werden würden. Damit ist gemeint, dass sie an der Möglichkeit sinnvoller politischer Tätigkeit trotz der Einsicht in die Relativität von Normen und Wissen festhalten. Während die skeptischen Post-Development-Texte ihr zufolge als „aktivistisch affirmativ“ bezeichnet werden könnten, entsprechen die neo-populistischen Texte viel eher ihrer Beschreibung von „New-Age-affirmativen“ oder „Dritte-Welt-affirmativen“ Positionen. „Aktivistisch affirmativ“ bezeichnet hierbei Perspektiven, die autonome Organisation, direkte Demokratie, freiwillige Vereinigungen und Pluralismus betonen (144ff), während die „New-Age-affirmativen“ Sichtweisen die spirituellen, emotionalen und irrationalen Aspekte menschlicher Wesen hervorheben (148ff) und die „Dritte-Welt-affirmativen“ Standpunkte die Zurückweisung von Modernität mit einer Rückkehr zur Unverdorbenheit traditioneller Kultur und antidemokratischen Entscheidungsstrukturen verknüpfen (152ff). Da allerdings die neo-populistischen Post-Development-Texte oftmals typisch moderne Argumentationselemente und -strukturen aufweisen (universell gültige Modelle, falsches Bewusstsein, usw.), erscheint es unpassend, Post-Development mit Postmodernismus gleichzusetzen, wie es einige der KritikerInnen tun.
- 12 Aus der Perspektive des Kulturrelativismus ist es natürlich unangebracht, solche Modelle als Außenstehender grundsätzlich auszuschließen. Wenn alle (*alle* – dies ist die durch die konstruktivistische Kulturkonzeption auferlegte Bedingung) Menschen einer Gemeinschaft ein autoritäres politisches System befürworten, gliche eine Aufoktroierung liberaler Demokratie jenem Kulturimperialismus, der lange Zeit von Entwicklungsexperten und avantgardistischen Arbeiterparteien praktiziert wurde.
- 13 Die Ausnahmen zu dieser Regel finden sich bei Nandy (1992: xvi, 141) und Escobar (1995: 43, 171ff).

- 14 Apffel-Marglin erinnert daran, dass das ganze Konzept der „Entwicklung“ „is based on the premise that the world is objectively knowable, and that the knowledge so obtained can be absolutely generalized“ (Apffel-Marglin 1996: 1). Nur aufgrund dieser Annahme kann das Wissen von Entwicklungsexperten weltweit exportiert und in unterschiedlichsten Kontexten angewandt werden.
- 15 Beide Perspektiven legen also ein gesundes Misstrauen gegenüber „fundamentalem“ Wissen und „fundamentaler“ Politik an den Tag (vgl. Bauman 1992).

## 9. Die Stimme der Unterdrückten

- 1 In der deutschen Übersetzung abgedruckt unter dem Titel „Die Intellektuellen und die Macht“, in Foucault 2000, 106-114.
- 2 Natürlich wäre es so simplifizierend wie essentialistisch, würde Spivak die subalternen Gruppen über ihre Stellung im Produktionsprozess definieren. Dort, wo sie einer Definition am nächsten kommt, beschreibt sie die Identität der Subalternen (poststrukturalistisch) als durch Differenz konstituiert (S. 80), d.h. als von der jeweiligen nationalen Subjektivität ausgeschlossen. Dabei ist allerdings – und hier sollten wir Spivak weiterdenken – von einer Mehrdimensionalität der Ausschließungsverhältnisse auszugehen (Rasse, Klasse, Geschlechterverhältnis, sexuelle Orientierung, Alter, akademische Bildung, Behinderung, ...), weshalb die Subalternen streng genommen nicht als eine fest umrissene Gruppe gelten können. Sie sind die Differenz zwischen einer demographischen Gruppe und ihrer Subjektivität, die von dieser Gruppenidentität in der jeweiligen Dimension Ausgeschlossenen. Vgl. auch Steyerl 2005.
- 3 Auch wenn sie anmerkt, dass in der Geschichtsschreibung so gut wie nie Aussagen der betroffenen Frauen selbst verzeichnet sind, verknüpft Spivak doch nicht die Vorstellung eines authentischen freien Willens mit diesen Aussagen.
- 4 Siehe hierzu auch Edward Said, *Permission to narrate*, in: *London Review of Books* vom 16.2.1984, (zit. nach Spivak, S. 79).
- 5 Und daher gebührt Gerhard Drekonja-Kornat bei aller Kritik auch Dank.
- 6 „Diskurs“ wird hier in vager Anlehnung an Foucault oft als Regelwerk der Wissensproduktion verstanden, vgl. z.B. Williams/Chrisman 1994b: 5.
- 7 Vgl. z.B. der Artikel von James Ferguson (1997) über Anthropologie und den „bösen Zwillingbruder“ Entwicklung. Zwar hat sich gerade die Anthropologie von dem quasi-missionarischen Anspruch der modernisierungstheoretischen Entwicklungstheorie abgesetzt und kulturelle Eigenständigkeit anerkannt, aber auch in ihr bezog sich z.B. die Untersuchung „indigener, lokaler Kulturen“ nie auf Niederbayern, sondern beschränkte sich auf die „nichtwestlichen“ Gesellschaften.
- 8 Zum Verhältnis der Ansätze zu Michel Foucault siehe Kap. 1.

- 9 Melber (1992) spricht in diesem Zusammenhang vom „kolonialen Blick“.
- 10 Die Beispiele, bei denen unter Berufung auf die Bewahrung der traditionellen eigenen Kultur eine menschenverachtende Politik gerechtfertigt wurde, sind zahlreich. Allerdings wäre es fatal, die Kulturdefinition der entsprechenden Despoten zu übernehmen, sowohl inhaltlich als auch formal (Kultur als statisches, abgeschlossenes System). Ebenso fatal wäre es zu glauben, Wertmaßstäbe für menschliches Handeln seien nur aus der westlichen Kultur (universelle Menschenrechte) abzuleiten.

### 10. Globale Strukturpolitik ...

- 1 Der Begriff der „globalen Strukturpolitik“ ist allerdings keine Erfindung der rot-grünen Regierung, sondern wurde schon Mitte der neunziger Jahre nicht nur von NRO, sondern auch schon von der CDU/CSU verwendet.
- 2 Diese Ziele des Entwicklungshilfekomitees der OECD, auf die sich auch die Weltbank beruft, beinhalten die Halbierung des Anteils der in Armut lebenden Menschen bis 2015, universale Grundschulbildung, nachweisliche Fortschritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, Verringerung von Säuglings- und Müttersterblichkeit, gesundheitliche Grundversorgung für alle sowie Umsetzung von Strategien nachhaltiger Entwicklung bis 2005 oder 2015.
- 3 Diese legitimatorische Doppelstrategie reflektiert die Sonderstellung des BMZ als Ministerium, das nicht ausschließlich das „nationale Interesse“ verfolgen, sondern auch anderen Zielen gerecht werden soll. Daher ist es (sicher in ungleichem Maße) dem Legitimationsdruck von Parlament, anderen Ministerien, Wirtschaftsverbänden, allgemeiner Öffentlichkeit einerseits und der entwicklungspolitischen „Szene“ und ihrer spezifischen Öffentlichkeit andererseits ausgesetzt.
- 4 Als weitere globale Bedrohungen werden die Ausbreitung von HIV-Infektionen, die Volatilität der internationalen Finanzströme und ein hohes Bevölkerungswachstum genannt.
- 5 In diesem Zusammenhang äußerte Ministerin Wieczorek-Zeul in einem Interview: „Gerade in diesen Zeiten muss Entwicklungszusammenarbeit Konjunktur haben. Es geht darum anzuerkennen, dass die Gestaltung von Globalisierung und von Entwicklung die wichtigste Form von Sicherheitspolitik darstellt.“ FR, 22.5.2002.
- 6 Diese Organisationen waren: IBRD (Weltbank), BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), Misereor, Medico International (vgl. Ziai 2004).
- 7 Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, dass das Konzept der Partizipation in einer häufigeren Auslegung der manipulativen Konsensherstellung und der Legitimierung herrschaftsförmiger Strukturen dient. Vgl. z.B. White 1996. Interessant erscheint in diesem Zusammen-

hang der Hinweis einer Gutachterin/eines Gutachters, dass partizipative Konzepte aus der Perspektive einer Foucault'schen Analyse der Gouvernementalität auf der Ebene der Subjektkonstitution zu einer ungleich wirksameren Durchsetzung neoliberaler Praktiken führen könnten, so dass der „neue“ Neoliberalismus durchaus effektiver sein könne als ein plumper Marktradikalismus.

### *11. Die Bank, die Armen und der Markt*

- 1 Ausgehend von einem poststrukturalistischen (oder wissenssoziologischen) Ideologiebegriff wird hierbei nicht primär mit einer inhaltlichen Falschheit argumentiert.

## Drucknachweise

1. „Foucault in der Entwicklungstheorie“, in: *Peripherie* Nr. 92, S. 406-429
2. „Imperiale Repräsentationen. Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs“, in: *iz3w* Nr. 276, S. 15-18
3. „Zur Ordnung und Transformation des Entwicklungsdiskurses“, in: Kollmann, Susanne/Schlödel, Kathrin: *PostModerne DeKonstruktionen. Ethik, Politik und Kultur am Ende einer Epoche*, Münster, LIT, S. 157-170
4. „Begegnung im Entwicklungsprojekt: Zur Ko-Konstituierung von Handlungen, Identitäten und Bedeutungssystemen im Entwicklungsdispositiv“, Beitrag zur Konferenz „Neue Orte einer Ethnologie der Globalisierung“, Uni Trier, Juli 2005, unveröffentlicht (Tagungsband erscheint Mitte 2006)
5. „Entwicklung, Neoliberalismus und Migration als Diskurse der Gewalt“, in: Schultze, Michael et al. (Hg.) 2005: *Diskurse der Gewalt – Gewalt der Diskurse*, Frankfurt a.M., Peter Lang, 99-113
6. „Global Governance, Good Governance, Gouvernamentalität“, in: *Nord-Süd Aktuell*, 18. Jg., Nr. 3, S. 411-422
7. „Global Governance aus postkolonialer Perspektive: Kontinuität und Wandel der diskursiven Formationen in den Nord-Süd Beziehungen und die Rolle der Politikwissenschaft“, Beitrag zur Konferenz „Nord und Süd im globalen Regieren“ am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (mit Unterstützung der ZEIT-Stiftung), Juni 2005, unveröffentlicht
8. „Post-Development: Fundamentalkritik der ‘Entwicklung’“, (Autoren: Cord Jakobeit und Aram Ziai), unveröffentlicht
9. „Ambivalenzen des Post-Development: Zwischen reaktionärem Populismus und radikaler Demokratie“, englische Version erschienen in: *Third World Quarterly*, 25(6), 1045-1061, auf deutsch unveröffentlicht
10. „Die Stimme der Unterdrückten. Spivak, koloniale Wissensproduktion und die Post-Development Kritik“, in: *Peripherie*, Nr. 100, Winter 2005/2006
11. „Globale Strukturpolitik oder nachhaltiger Neoliberalismus? Anmerkungen zum Entwicklungsdiskurs des BMZ“, in: *Peripherie* Nr. 90/91, S. 152-170
12. „Die Bank, die Armen und der Markt. Ideologische Diskursstrategien der Weltbank“, in: BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft/iz3w (Hg.): *Wo steht die Bewegung? Eine Zwischenbilanz der Globalisierungskritik*, S. 16-19

Alle bereits veröffentlichten Texte wurden für diesen Band überarbeitet.

## Zitierte Literatur

(Die eingeklammerten Jahresangaben beziehen sich auf das Datum der Erstveröffentlichung.)

- Abrahamsen, Rita 2000: *Disciplining Democracy. Development Discourse and Good Governance in Africa*, London, Zed Books
- Alcalde, Javier Gonzalo 1987: *The Idea of Third World Development. Emerging Perspectives in the United States and Britain, 1900-1950*, Lanham u.a., University Press of America
- Alvares, Claude 1992: *Science, Development and Violence. The Revolt against Modernity*, Delhi, Oxford University Press
- Angenendt, Steffen (Hg.) 1997a: *Migration und Flucht. Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft*, München, Oldenbourg
- 1997b: „Zur Einführung“, in: Angenendt 1997a, 9-24
- 1997c: „Perspektiven einer deutschen Migrationspolitik“, in: Angenendt 1997a, 275-294
- Apffel-Marglin, Frédérique 1990: „Smallpox in Two Systems of Knowledge“ in: Apffel-Marglin/Marglin 1990, 102-144
- 1996: „Introduction: Rationality and the World“, in: Apffel-Marglin/Marglin 1996, pp 1-39.
- /Marglin, Stephen (Hg.) 1990: *Dominating Knowledge: Development, Culture and Resistance*, UNU, Oxford, Clarendon
- /- (Hg.) 1996: *Decolonizing Knowledge. From Development to Dialogue*, UNU, Oxford, Clarendon
- Arbeitskreis Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe (BMZ u.a.) 2000: *Die Kluft überwinden - Wege aus der Armut*, Bonn, BMZ.
- Arce, Alberto/Long, Norman (Hg.) 2000: *Anthropology, Development and Modernities. Exploring discourses, counter-tendencies and violence*, London u.a., Routledge
- Banuri, Tarik 1990: „Modernization and its Discontents: A Critical Perspective on the Theories of Development“, in: Apffel-Marglin/Marglin 1990, 73-101
- Barker, Francis/Hulme, Peter/Iversen, Margaret 1994: „Introduction“ in dies. (Hg.) 1994: *Colonial discourse/postcolonial theory*, Manchester, Manchester University Press, 1-23
- Bauman, Zygmunt 1992: *Intimations of Postmodernity*, London, Routledge
- Berger, Peter L. 1974: *Pyramids of Sacrifice. Political Ethics and Social Change*, New York, Basic Books (dt. 1976: *Welt der Reichen, Welt der Armen. Politische Ethik und Sozialer Wandel*, München, List)
- Betz, Joachim 2001: „Die Entwicklungspolitik der rot-grünen Bundesregierung“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18-19, 30-38
- /Brüne, Stefan (Hg.) 2003: *Globalisierung und Entwicklungsländer. Neues Jahrbuch Dritte Welt*, Opladen, Leske+Budrich

- Bhabha, Homi K. 1987: „Of mimicry and man: The ambivalence of colonial discourse“, in: ders. 1993: *The Location of Culture*, London, Routledge, 85-92
- BMZ 1999a: *Leitlinien für die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern*, BMZ Konzepte Nr. 061, Bonn, BMZ;
- 1999b: *Entwicklungspolitik - „Herausforderung für die eine Welt“*, Bonn, BMZ;
- 1999c: *Konzept zur Entwicklungszusammenarbeit mit indianischen Bevölkerungsgruppen in Lateinamerika*, BMZ Konzepte Nr. 73, Bonn, BMZ;
- 2000a: *Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2000*, Bonn/Berlin, BMZ;
- 2000b: *Wer braucht Entwicklungspolitik?*, Bonn, BMZ;
- 2001a: *Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung*, Bonn
- 2001b: *Armutsbekämpfung - eine globale Aufgabe. Aktionsprogramm 2015. Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut*, Bonn
- 2001c: *Gemeinsam Entwicklung gestalten. Partnerschaften zwischen privater Wirtschaft und öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit*, Bonn;
- 2002a: *Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2002*, Bonn/Berlin
- 2002b: *Schuldenerlasse für die ärmsten Länder*. BMZ Spezial Nr. 41, Bonn/Berlin
- Brand, Ulrich 2003: „Diskursive Effekte von Global Governance unter postfordistisch-neoliberalen Bedingungen“, in: *Nord-Süd Aktuell*, 3/03, 447-455
- et al. 2000: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster, Westfälisches Dampfboot
- Braunmühl, Claudia von 2000: „Modernisierte Modernisierung. Der entwicklungspolitische Trend zur ‘Globalen Strukturpolitik‘“, in: *Blätter des iz3w*, Nr. 244, 12-15
- Brigg, Morgan 2002: „Post-Development, Foucault, and the Colonisation Metaphor“, in: *Third World Quarterly*, Vol. 23, No. 3, 421-436
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) 2000: *Gouvernementalität der Gegenwart*, Frankfurt a.M., Suhrkamp
- Cardoso, Fernando H./Faletto, Enzo 1976 (1969): *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt a.M., Suhrkamp
- CGG (Commission on Global Governance) 1995: *Our Global Neighbourhood*, Oxford, OUP
- Comte, Auguste 1923 (1842): *Soziologie*, Band I, Jena, Gustav Fischer
- Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini 2002: „Einleitung: Geteilte Geschichten - Europa in einer postkolonialen Welt“, in: dies. (Hg.) 2002: *Jenseits des Eurozentrismus*, Frankfurt a.M., Campus, 9-49
- Conzelmann, Thomas 2003: „Auf der Suche nach einem Phänomen: Was bedeutet Good Governance in der europäischen Entwicklungspolitik?“, in: *Nord-Süd Aktuell*, Jahrgang 17, Nr. 3, 468-477

- Cooper, Frederick/Packard, Randall (Hg.) 1997: *International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge*, Berkeley, Los Angeles: University of California Press
- Cooper, Richard 2002: „The New Liberal Imperialism“, [www.observer.co.uk/worldview](http://www.observer.co.uk/worldview) 6.4.02
- Corbridge, Stuart 1998: „‘Beneath the Pavement only Soil’: The Poverty of Post-Development“, in: *Journal of Development Studies*, Vol.34, No.6, 138-148
- Cowen, Michael P./Shenton, Robert W. 1996: *Doctrines of Development*, London, Routledge
- Cox, Robert 1983: „Gramsci, hegemony and international relations: an essay in method“, in: *Millennium: Journal of International Studies* 12, 162-175
- Crush, Jonathan 1995: „Introduction: Imagining Development“, in: ders.: *Power of Development*, London, Routledge, 1-23
- Danaher, Kevin (Hg.) 1994: *50 Years is enough. The case against the World Bank and the International Monetary Fund*, Boston, South End Press
- Deutscher, Eckhard/Hilliges, Gunter/Kulesa, Manfred 1998: *Memorandum '98. Für eine Politik der Nachhaltigkeit - Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik. Forderungen an Bundestag und Bundesregierung*, Bonn
- Dietrich, Helmut/Glöde, Harald 2000: *Kosovo - Der Krieg gegen die Flüchtlinge*, Hamburg u.a., Verlag Libertäre Assoziation
- Dokumentationsseite zum Tod von Amir Ageeb vom 21.5.2004, im Internet unter: <http://lola.d-a-s-h.org/~rp/ageeb/index.php>
- Doty, Roxanne Lynn 1996: *Imperial Encounters. The Politics of Representation in North-South Relations*, Minneapolis, University of Minnesota Press
- Drekonja-Kornat, Gerhard 2004: „Wer darf wie über die Dritte Welt schreiben?“, in: *Leviathan* 4/2004, 431-439
- Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul 1987 (1982): *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*, Weinheim, Beltz Athenäum
- DuBois, Marc 1991: „The Governance of the Third World: A Foucauldian Perspective on Power Relations in Development“, in: *Alternatives*, 16 (1), 1-30
- Eblinghaus, Helga/Stickler, Armin 1996: *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*, Frankfurt a.M., IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation
- Eriksson Baaz, Maria 1999: „Culture and the Eurocentrism of Development: The Noble Third World versus the Ignoble West and Beyond“, in: *Journal of International Relations and Development*, 2 (4), 380-390
- Escobar, Arturo 1984: „Discourse and Power in Development: Michel Foucault and the relevance of his work to the Third World“, in: *Alternatives*, 10, 377-400

- 1988: „Power and Visibility. Development and the Invention and Management of the Third World“, in: *Cultural Anthropology*, 3 (4), 428-43
- 1991: „Anthropology and the Development Encounter: The Making and Marketing of Development Anthropology“, in: *American Ethnologist*, 18 (4), 658-681
- 1994 (1987): *Power and Visibility. The Invention and Management of Development in the Third World*, Ann Arbor, UMI Dissertation Services
- 1995: *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*, Princeton, Princeton University Press
- Esteve, Gustavo 1985: „Development: Metaphor, Myth, Threat“, in: *Development - Seeds of Change*, No.3, S.78-79
- 1987: „Regenerating Peoples's Space“, in: *Alternatives*, 12 (1), 125-152
- 1991: „Preventing Green Redevelopment“, in: *Development - Journal of SID*, No. 2, 74-78
- 1992: „Development“, in: Sachs 1992a, S. 6-25
- 1995: *FIESTA - jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik*, 2. A., Frankfurt a.M., Brandes & Apsel
- /Prakash, Madhu Suri 1998: *Grassroots Post-Modernism. Remaking the Soil of Cultures*, London, Zed Books
- Falk, Rainer 2001: „Globale Strukturpolitik als Zauberformel. Entwicklungspolitik unter Rot-Grün“, in: in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 2/2001, 222-229
- Ferguson, James 1994 (1990): *The Anti-Politics Machine. „Development“, Depoliticization and Bureaucratic Power in Lesotho*, Minneapolis, University of Minnesota Press
- 1995: „From African Socialism to Scientific Capitalism: Reflections on the Legitimation Crisis in IMF-ruled Africa“, in: Moore, David/Schmitz, Gerald J. (Hg.) 1995: *Debating Development Discourse. Institutional and Popular Perspectives*, Basingstoke, Macmillan, S. 129-148
- 1997: „Anthropology and its Evil Twin: 'Development' in the Constitution of a Discipline“, in: Cooper/Packard 1997, 150-175
- FFM (Forschungsgesellschaft Flucht und Migration)/Flüchtlingsrat Brandenburg 2002: *Italien: Legalisierung von Flüchtlingen - Militarisierung der Außengrenzen*, Berlin, Assoziation A
- Fine, Ben/Lapavistas, Costas/Pincus, Jonathan (Hg.) 2001: *Development Policy in the Twenty-first Century. Beyond the post-Washington consensus*, London, Routledge
- Foucault, Michel 1971: „Nietzsche, die Genealogie, die Historie“, in: ders. 2000, 69-90
- 1977 (1975): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a.M., Suhrkamp
- 1978a: „Die Gouvernementalität“, in: Bröckling et al. 2000, 41-67

- 1978b: *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin, Merve
- 1978c: „Wahrheit und Macht. Interview mit A. Fontana und P. Pasquino“, in: Foucault 1978b, 21-54
- 1978d: „Historisches Wissen der Kämpfe und Macht. Vorlesung vom 7. Januar 1976“, in: Foucault 1978b, 55-74
- 1978e: „Recht der Souveränität - Mechanismus der Disziplin. Vorlesung vom 14. Januar 1976“, in: Foucault 1978b, 75-95
- 1978f: „Die Machtverhältnisse durchziehen das Körperinnere. Gespräch mit Lucette Finas“, in: Foucault 1978b, 104-117
- 1978g: „Ein Spiel um die Psychoanalyse“, in: Foucault 1978b, 118-175
- 1978h: „Mächte und Strategien. Antwort auf Fragen von ‘Les révoltes logiques’“, in: Foucault 1978b, 199-216
- 1981 (1969): *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M., Suhrkamp
- 1982: „Das Subjekt und die Macht“, in: Dreyfus/Rabinow 1987, 241-260
- 1983 (1976): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit, Erster Band*, Frankfurt a.M., Suhrkamp
- 1992 (1990): *Was ist Kritik?* (Vortrag vom 27. Mai 1978), Berlin, Merve
- 2000 (1974): *Von der Subversion des Wissens*, München, Fischer
- 2001 (1971): *Die Ordnung des Diskurses*, Frankfurt a.M., Fischer
- Gendzier, Irene 1985: *Managing Political Change: Social Scientists and the Third World*, Boulder, Westview
- George, Susan 1988: *A Fate Worse than Debt. A radical new analysis of the Third World Debt Crisis*, Hammondsworth, Penguin
- Glatzel, Horst 1997: „Bilaterale Rückübernahmeinkommen und multilaterale Harmonisierungspolitik“, in: Angenendt 1997a, 107-115
- Gore, Charles 2000: „The Rise and Fall of the Washington Consensus as a Paradigm for Developing Countries“, in: *World Development*, 28 (5), 789-804
- Habermann, Friederike/Patel, Rajeev 2001: „Wer spricht denn da? Peoples Global Action und das Problem der Repräsentation“, in: *iz3w 2001: Gegenverkehr. Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus*, *iz3w-Sonderheft*, 40-42
- Hall, Stuart 1992: „Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht“, in: ders. 1994: *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*, Hamburg, Argument, 137-179
- Hayek, Friedrich August von 1981: „Ungleichheit ist nötig“ Interview mit F.A. von Hayek, in: *Wirtschaftswoche* vom 6.3.81, 36-40
- 1977: *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, Tübingen, Mohr
- Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John 2002a: *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Opladen, Westdeutscher Verlag

- /- 2002b: „Gewalt. Zu den Schwierigkeiten einer systematischen Bestandsaufnahme“, in Heitmeyer/Hagan 2002a, 15-25
- Hettne, Björn 1995: *Development Theory and the Three Worlds: Towards an international political economy of development*, second edition, Harlow, Longman
- Hirsch, Joachim 1995: *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin, Edition ID-Archiv
- Hirsch, Joachim 1998: *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, Berlin, ID-Verlag
- Hoering, Uwe 1998: „Public-Private Partnership - (Nur ein) neues Instrument oder eine neue Epoche der Entwicklungspolitik?“, in: *Peripherie*, Nr. 72, 6-24
- Hoogvelt, Ankie 2001: *Globalization and the Postcolonial World. The New Political Economy of Development*, second edition, Baltimore, Johns Hopkins University Press
- Horkheimer, Max 1937: „Traditionelle und kritische Theorie“, in: ders. 1995: *Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze*, Frankfurt a.M., Fischer, 205-260
- /Adorno, Theodor W. 1988 (1944): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt a.M., Fischer
- Imbusch, Peter 2002: „Der Gewaltbegriff“, in: Heitmeyer/Hagan 2002a, 26-57
- Kabeer, Naila 1994: *Reversed Realities. Gender hierarchies in development thought*, London u.a., Verso
- Kiely, Ray 1999: „The Last Refuge of the Noble Savage? A critical assessment of Post-Development Theory“, in: *The European Journal of Development Research*, 11 (1), 30-55
- Klemp, Ludgera 2001: „Entwicklungspolitik am Scheideweg - politische Randerscheinung oder globale Strukturpolitik?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18-19, S. 13-20
- Kößler, Reinhart 1998: *Entwicklung*, Münster, Westfälisches Dampfboot
- Knippenberg, Luuk/Schuurman, Frans 1994: „Blinded by Rainbows: Antimodernist and modernist deconstructions of development“, in: Schuurman, Frans (Hg.) 1994: *Current Issues in Development Studies. Global aspects of agency and structure*, Nimegen Studies in Development and social change Vol.21, Saarbruecken: Verlag fuer Entwicklungspolitik Breitenbach, 90-106
- Kohler-Koch, Beate 1993: „Die Welt regieren ohne Weltregierung“, in: Böhret, Carl/Wewer, Götrik (Hg.) 1993: *Regieren im 21. Jahrhundert*, Opladen
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2001 (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London, Verso
- Latouche, Serge 1993: *In the wake of the affluent society: Explorations in Post-Development*, London, Zed Books

- Lemke, Thomas 1997: *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin u.a., Argument
- Long, Norman/Long, Ann (Hg.) 1992: *Battlefields of Knowledge. The interlocking of theory and practice in social research and development*, London u.a., Routledge
- Lühr, Volker/Schulz, Manfred 1997: „Einleitung“, in: Schulz, Manfred (Hg.) 1997: *Entwicklung. Die Perspektive der Entwicklungssoziologie*, Opladen, Westdt. Verlag 1997, 7-28
- Lummis, Douglas 1996: *Radical Democracy*, Ithaca, Cornell University Press
- Manzo, Kate 1991: „Modernist Discourse and the Crisis of Development Theory“, in: *Studies in comparative international development*, Vol. 26, No. 2, S. 3-36
- Manzo, Kate 1999: „Critical Humanism. Postcolonialism and Postmodern Ethics“, in: Campbell, David/Shapiro, Michael J. (Hg.) 1999: *Moral Spaces. Rethinking Ethics and World Politics*, Minneapolis, University of Minnesota Press, 154-183
- Marglin, Stephen 1990: „Towards the Decolonization of the Mind“, in: Apffel-Marglin/Marglin 1990, 1-28
- Marx, Karl 1888 (1890): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals*, MEW, Bd. 23, Ost-Berlin, Dietz
- McAfee, Kathy 1994: „Jamaica: The Showpiece that didn't stand up“, in: Danaher 1994, 68-77
- Mehta, Pradeep S. 1994: „Fury over a River“, in: Danaher 1994, 117-120
- Melber, Henning 1992: *Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick*, Frankfurt a.M., Brandes & Apsel
- Menzel, Ulrich 1993: „40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie“, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hg.) 1993: *Handbuch Dritte Welt. Band I: Grundprobleme, Theorien, Strategien*, Bonn, Dietz, 131-155
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz 1996: „Global Governance - Organisationselemente und Säulen einer Weltordnungspolitik“, in: dies. (Hg.) 1996: *Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*, Bonn, Dietz/Institut für Entwicklung und Frieden, 12-36
- /- 1997: „Global Governance. Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.) 1997: *Frieden machen*, Frankfurt a.M., Suhrkamp, 337-361
- /- 2003a: *Das Konzept Global Governance: Stand und Perspektiven*, INEF-Report Nr. 67, Duisburg
- /- 2003b: „Reformfelder zur Weiterentwicklung des internationalen Systems. Global Governance als Königsweg?“, in: *Nord-Süd Aktuell*, 3/2003, 423-439

- Münker, Stefan/Roesler, Alexander 2000: *Poststrukturalismus*, Stuttgart, Metzler
- Münz, Rainer/Weiner, Myron 1997: „Migration, Flucht und Außenpolitik“, in: Angenendt 1997a, 200-220
- Mürle, Holger 1998: *Global Governance. Literaturbericht und Forschungsfragen*, INEF-Report Nr. 32, Duisburg
- Nanda, Meera 1999: „Who needs Post-Development? Discourses of Difference, Green Revolution and Agrarian Populism in India“, in: *Journal of Developing Societies*, 15(1), 5-31
- Nandy, Ashis 1988: „Introduction: Science as a Reason of State“, in: ders. (Hg.): *Science, Hegemony and Violence. A Requiem for Modernity*, Tokyo, Oxford University Press, 1-23
- 1992: *Traditions, Tyranny, and Utopias. Essays in the Politics of Awareness*, Delhi, Oxford University Press
  - 1995: *Development and Violence*, Trier, Zentrum für europäische Studien
- Nederveen Pieterse, Jan 1998: „My Paradigm or Yours? Alternative Development, Post-Development, Reflexive Development“, in: *Development and Change*, 29, 343-373
- Nederveen Pieterse, Jan 2000: „After Post-Development“, in: ders. 2001, 99-112
- 2001: *Development Theory: Deconstructions/Reconstructions*, London, Sage
- Norberg, Hodge, Helena 1991: *Ancient Futures. Learning from Ladakh*, San Francisco, Sierra Club Books
- 1996: „The Pressure to Modernize and Globalize“, in: Mander, Jerry/Goldsmith, Edward (Hg.): *The Case against the Global Economy*, San Francisco, Sierra Club, 33-46
- Nuscheler, Franz 1999: „Deutsche Entwicklungspolitik: Auf alten Wegen vor neuen Herausforderungen?“, in: *Politische Bildung*, 32. Jg., Nr. 3, 9-22
- Nustad, Knut G. 2001: „Development: the devil we know?“, in: *Third World Quarterly*, 22(4), 479-489
- Ogata, Sadako 1997: „Flüchtlinge und Migranten: Möglichkeiten der Steuerung von Wanderungsbewegungen“, in: Angenendt 1997a, 239-247
- Paech, Norman/Sommer, Birgit A./Burmeister, Theo 1972: „Entwicklungs-länderforschung in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Nuscheler, Franz (Hg.) 1986: *Politikwissenschaftliche Entwicklungsländerforschung*, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 3-28
- Peterson, V. Spike 2002: „On the Cut(ing) Edge“, in: Harvey, Frank P./Brecher, Michael (eds.) 2002: *Critical Perspectives in International Studies*, Ann Arbor: University of Michigan Press, 148-163
- 2003: *A Critical Rewriting of Global Political Economy. Integrating reproductive, productive and virtual economies*, London, Routledge

- Rahnema, Majid 1992: „Poverty“, in: Sachs 1992a, 158-176
- (mit Bawtree, Victoria) (Hg.) 1997a: *The Post-Development Reader*, London, Zed Books
  - 1997b: „Introduction“, in: ders. mit Bawtree (Hg.) 1997, ix-xix
  - 1997c: „Development and the People’s Immune System: The Story of another Variety of AIDS“, in: Rahnema mit Bawtree (Hg.) 1997, 111-129
  - 1997d: „Towards Post-Development: Searching for Signposts, a New Language and New Paradigms“, in: Rahnema mit Bawtree (Hg.), 377-403
- Rich, Bruce 1998: *Die Verpfändung der Erde. Die Weltbank, die ökologische Verarmung und die Entwicklungskrise*, Stuttgart, Schmetterling
- Rist, Gilbert 1991: „Development as a Part of the Modern Myth: The Western ‘Socio-cultural’ Dimension of ‘Development’“, in: *The European Journal of Development Research*, 2 (1), 10-21
- Rist, Gilbert 1997: *The History of Development. From Western Origins to Global Faith*, London, Zed Books
- Rolshausen, Claus 1997: *Macht und Herrschaft*, Münster, Westfälisches Dampfboot
- Rosenau, James/Czempiel, Ernst-Otto 1992: *Governance without Government*, Cambridge
- Roy, Arundhati 1999: „... dann ertrinken wir eben. Der Widerstand gegen das Narmada-Stauprojekt“, in dies. 2002: *Die Politik der Macht*, München, btb, 21-118 sowie in dies. 1999: *Das Ende der Illusion. Politische Einmischung*, München, Karl Blessing, 9-114
- Ruppert, Uta 2001: „Nicht visionär, aber passabel: Globale Strukturpolitik als Handlungsrahmen für Entwicklungspolitik“, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) 2001: *Entwicklungspolitik als Internationale Strukturpolitik. Dokumentation des Ersten Entwicklungspolitischen Forums der HBS am 19./20. Mai 2000*, Dokumentationen der HBS Nr. 14, Berlin, 39-46
- Sachs, Wolfgang (Hg.) 1992a: *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power*, London, Zed Books (dt.: 1993: *Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik*, Reinbek, Rowohlt)
- 1992b: „Introduction“, in: Sachs 1992a, 1-5
  - 1995 (1992): *Zur Archäologie der Entwicklungsidee*, 2.A., hg. von K. Friedrich Schade, Frankfurt a.M., IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation
  - 1999: *Planet Dialectics. Explorations in Environment and Development*, London, Zed Books
- Said, Edward 1978: *Orientalism*, New York, Pantheon Books
- 1994: *Kultur und Imperialismus*, Frankfurt a.M., Fischer
- Sawyer, R. Keith 2003: „Archäologie des Diskursbegriffs“, in: *Das Argument*, 45(1), Nr. 249, 48-62

- Scherrer, Christoph 2000: „Global Governance: Vom fordistischen Trilateralismus zum neoliberalen Konstitutionalismus“, in: *Prokla*, Heft 118, 13-38
- Schneider, Ann Kathrin 2004: „Papier ist geduldig. Die Armutsstrategie-papiere der HIPC-Initiative verringern die Armut in der Realität kaum“, in: INKOTA-Netzwerk 2004, 31-39
- Schrijvers, Joke 1993: *The Violence of 'Development': a choice for intellectuals*, Utrecht, International Books
- Schuurman, Frans J. 2000: „Paradigms lost, paradigms regained? Development studies in the twenty-first century“, in: *Third World Quarterly*, 21 (1), 7-20
- Scott, Catherine 1995: *Gender and Development. Rethinking Modernization and Dependency Theory*, Boulder, Lynne Rienner
- SEF (Stiftung Entwicklung und Frieden) (Hg.) 1995: *Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik*, Bonn,
- Senghaas, Dieter 1997: „Die Entwicklungsproblematik. Überlegungen zum Stand der Diskussion“, in: Schulz (Hg.) 1997, 47-64
- Shreshta, Nanda: „Becoming a Development Category“, in: Crush, Jonathan (Hg.) 1995: *Power of Development*, London, Routledge, 266-277
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands/Bündnis '90 - Die Grünen 1998: „Aufbruch und Erneuerung. Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert.“ Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998, abgedruckt in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12/1998, S. 1521-1552, die entwicklungspolitisch relevanten Passagen sind abgedruckt in *E+Z*, 39 (12), 326-327
- Spehr, Christoph 1996: *Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise*, Wien, Pro-media
- /Stickler, Armin 1997: „Morphing Zone - Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken“, in: Foitzik, Andreas/Marvakis, Athanasaios (Hg.) 1997: *Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche*, Hamburg, Verlag Libertäre Assoziation, 211-226
- Spivak, Gayatri Chakravorty 1988: „Can the Subaltern Speak?“, in: Williams/Chrisman 1994a, 66-111
- Spurr, David 1993: *The Rhetoric of Empire. Colonial Discourse in Journalism, Travel Writing, and Imperial Administration*, Durham/London, Duke University Press
- Stäheli, Urs 2000: *Poststrukturalistische Soziologien*, Bielefeld, Transcript
- Steyerl, Hito 2005: „Das Schweigen der Ausgeschlossenen. Ist 'Subalternität' eine postkoloniale Alternative zum Klassenbegriff?“, in: *iz3w* Nr. 282, 24-28
- Storey, Andy 2000: „Post-Development Theory: Romanticism and Pontius Pilate Politics“, in: *Development (SID)*, 43 (4), 40-46
- terre des hommes/Deutsche Welthungerhilfe (Hg.): *Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Achter Bericht 1999/2000. Eine kritische Bestands-*

- aufnahme der deutschen Entwicklungspolitik, Internationales EUROSTEP-Projekt von NRO in Deutschland
- Timpf, Siegfried 2001: *Das Dispositiv der Zukunftsfähigen Entwicklung*, Diss., Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg
- White, Sarah C. 1996: „Depoliticising Development: The uses and abuses of participation“, in: *Development in Practice*, Vol.6, No.1, S. 6-15
- 2002: „Thinking race, thinking development“, in: *Third World Quarterly*, 23(3), 2002, S. 407-420
- Williams, Patrick/Chrisman, Laura (Hg.) 1994a: *Colonial Discourse and Post-Colonial Theory. A Reader*, New York, Columbia University Press
- /- 1994b: „Colonial Discourse and Post-Colonial Theory: An Introduction“, in dies. 1994a, 1-20
- Wolfensohn, James D. 1999: *A proposal for a Comprehensive Development Framework*, discussion paper, veröffentlicht unter <http://www.worldbank.org/cdf/cdf-text.htm>
- World Bank 1989: *Articles of Agreement*, veröffentlicht unter <http://www.worldbank.org/html/extdr/backgrd/ibrd/arttoc.htm>
- 1992: *Governance and Development*, Washington D.C., Oxford University Press
- 2000: *World Development Report 2000/2001: Attacking Poverty*, Washington, OUP
- 2001: *World Development Report 2002: Building Institutions for Markets*, Washington, OUP
- 2002: *Globalization, Growth and Poverty. Building an inclusive World Economy*, Washington, OUP
- 2004: *Global Development Finance*, Washington D.C.
- Zapf, Wolfgang 1997: „Entwicklung als Modernisierung“, in: Schulz (Hg.) 1997, 31-45
- Ziai, Aram 2004: *Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses*, Hamburg, DÜI
- 2005: *Poststrukturalistische Sozialforschung? Triadische Dispositivanalyse als methodische Vorgehensweise im Anschluss an Foucault*, Institut für Soziologie der RWTH Aachen, Paper Nr. 43
- 2006a: „Gustavo Esteva – Selbstbestimmte Gemeinwesen statt ‘Entwicklung’“, in: *Zeitschrift für Entwicklungspolitik*, Frühjahr 2006
- 2006b: „Arturo Escobar – Diskursanalyse und Post-Development“, in: *Zeitschrift für Entwicklungspolitik*, Frühjahr 2006



# einsprüche

*Jürgen Meier*

„Eiszeit“ in Deutschland

Band 16

2005 – 186 Seiten – € 15,30 – ISBN 3-89691-593-2

*Joscha Wullweber*

Das grüne Gold der Gene

Globale Konflikte und Biopiraterie

Band 15

2004 – 188 Seiten – € 15,30 – ISBN 3-89691-594-0

*Mathias Brodkorb*

Metamorphosen von rechts

Eine Einführung in Strategie und Ideologie  
des modernen Rechtsextremismus

Band 14

2003 – 182 Seiten – € 14,90 – ISBN 3-89691-595-9

*Christoph Görg/Ulrich Brand (Hrsg.)*

Mythen globalen Umweltmanagements

„Rio + 10“ und die Sackgassen

„nachhaltiger Entwicklung“

Band 13

2002 – 217 Seiten – € 15,30 – ISBN 3-8691-596-7

*Alain Lipietz*

Die große Transformation des 21. Jahrhunderts

Ein Entwurf der politischen Ökologie

Übersetzt und mit einem Nachwort versehen von  
Frieder Otto Wolf

Band 11

2000 – 192 Seiten – € 15,30 – ISBN 3-89691-470-7

*Helga Cremer-Schäfer/Heinz Steinert (Hrsg.)*

Straflust und Repression

Zur Kritik der populistischen Kriminologie

Band 8

1998 – 282 Seiten – € 20,50 – ISBN 3-8691-431-6

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Hafenweg 26a · 48155 Münster · Tel. 0251-3900480 · Fax 0251-39004850  
e-mail: [info@dampfboot-verlag.de](mailto:info@dampfboot-verlag.de) · <http://www.dampfboot-verlag.de>

# EINSTIEGE

Grundbegriffe der Sozialphilosophie  
und Gesellschaftstheorie

*Gerhard Hauck*  
Kultur  
Zur Karriere eines  
sozialwissenschaftlichen  
Begriffs  
Band 16/17  
ISBN 3-89691-685-8

*Boris Michel*  
Stadt und  
Gouvernementalität  
Band 15  
ISBN 3-89691-686-6

*Carsten Rösler*  
Medien-Wirkungen  
Band 14  
ISBN 3-89691-687-4

*Jürgen Ritsert*  
Ideologie  
Band 11/12  
ISBN 3-89691-689-0

*Heiner Ganßmann*  
Politische Ökonomie  
des Sozialstaats  
Band 10  
ISBN 3-89691-690-4

*Jürgen Ritsert*  
Soziale Klassen  
Band 8  
ISBN 3-89691-692-0

*Christoph Görg*  
Gesellschaftliche  
Naturverhältnisse  
Band 7  
ISBN 3-89691-693-9

**Neu** *Hanns Wienold*  
Empirische  
Sozialforschung  
Band 6  
ISBN 3-89691-694-7

*Heinz Steinert* **2. Auflage**  
Kulturindustrie  
Band 5  
ISBN 3-89691-695-5

*Rainer Rotermundt*  
Staat und Politik  
Band 4  
ISBN 3-89691-696-3

*Reinhart Köbler*  
Entwicklung  
Band 3  
ISBN 3-89691-697-1

*Claus Rolshausen*  
Macht und Herrschaft  
Band 2  
ISBN 3-89691-698-X

*Jürgen Ritsert*  
Gerechtigkeit  
und Gleichheit  
Band 1  
ISBN 3-89691-699-8

WESTFÄLISCHES  
DAMPFBOOT



Hafenweg 26a · 48155 Münster  
Tel. 0251 3900480 · Fax 0251 39004850  
e-mail: [info@dampfboot-verlag.de](mailto:info@dampfboot-verlag.de)  
<http://www.dampfboot-verlag.de>



## PROKLA

### Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Einzelheft € 12,00  
 Apart-Bestellungen jederzeit  
 möglich  
 ISSN 0342-8176

*Eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge noch nach Jahren lesenswert sind. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton: eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken über den eigenen Tellerrand hinaus. Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo jährlich € 33,00 (plus Porto) statt € 48,00. AbonnetInnen können bereits erschienene Hefte zum Abo-Preis nachbestellen (bis einschließlich Heft 85: € 6,80, Heft 86-109: € 7,50). Das Abo kann jeweils bis acht Wochen vor Jahresende schriftlich beim Verlag gekündigt werden.*

PROKLA 142  
 Soziale Kämpfe in  
 Lateinamerika

PROKLA 141  
 Die Zukunft ist links!

PROKLA 140  
 Migration

PROKLA 139  
 Globale Ungleichheiten

PROKLA 138  
 Die Ökonomie des Konsums

PROKLA 137  
 Bildung und Ausbildung

PROKLA 136  
 Umbrüche des Sozialstaats

PROKLA 135  
 Ressourcenkonflikte

PROKLA 134

Die kommende  
 Deflationskrise?

PROKLA 133

Imperialistische  
 Globalisierung

PROKLA 132  
 Gesundheit im  
 Neoliberalismus

PROKLA 131  
 Korruptes Empire

WESTFÄLISCHES  
 DAMPFBOOT 

Hafenweg 26a · 48155 Münster  
 Tel. 0251 3900480 · Fax 0251 39004850  
 e-mail: [info@dampfboot-verlag.de](mailto:info@dampfboot-verlag.de)  
<http://www.dampfboot-verlag.de>